

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



SPW — 24



Neue Technik — alte Politik ?



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion: Jürgen Blume, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas B. Westphal

Redaktionssekretariat: Christiane Rix

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Motzstraße 65, Postfach 1101, D-1000 Berlin 30

Tel.: (030) 2134057

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,

Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1984.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend September 1984

Die spw erscheint 1984 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschienschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 1115028300 (BLZ 100 101 11)

Postcheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West.

Inhalt

Editorial	259
Verlagsmitteilungen	260

Aktuelle Kommentare

<i>Uwe Kremer und Carsten Sieling</i> Kein Grund zum Jubel, kein Grund zur Resignation Zum Kampf um die 35-Stunden-Woche	261
<i>Andreas Wehr</i> Chancen rot-grüner Zusammenarbeit	263
<i>Detlev Albers und Kurt Neumann</i> Die Programmdebatte nutzen!	265

Analysen: Sozialdemokratische Friedenspolitik / Austromarxismus / Frauen / Faschismus

<i>Christiane Rix</i> Der Fortschritt liegt im Widerspruch Zur sicherheitspolitischen Debatte auf dem Essener Parteitag der SPD	269
<i>Christoph Butterwege</i> Otto Bauer — ja bitte! Aber welcher?	275
<i>Ingrid Petersen-Buggisch</i> Frauenarbeit bei den Jungsozialisten	285
<i>Harald Mattfeld</i> Reglementierung von Frauenerwerbstätigkeit am Beispiel des Nationalsozialismus	289

Diskussionsschwerpunkt: Neue Technik — alte Politik ?

<i>Paul Oehlke</i> Zur technologiepolitischen Diskussion der SPD auf dem Parteitag 1984 in Essen .	299
<i>Roland Schneider</i> Weg vom Sozialstaat — hin zum innovatorischen Imperativ	309
<i>Erich Ott</i> Aspekte neuerer staatlicher Technologiepolitik	319
<i>Ulrich Klotz</i> Perspektiven arbeitnehmerorientierter Innovations- und Technologieberatung	329
<i>Manfred H. Bobke und Bruno Zwingmann</i> Rechtsweg ausgeschlossen? Zum Bildschirmurteil des Bundesarbeitsgerichts	339

Dokumentation

»Maschinen wollen sie — uns Menschen nicht« Rationalisierung in der Metallwirtschaft	346
Jetzt erst recht! Berliner Jungsozialist/inn/en zur Frauenarbeit	351

Interview

mit Dr. Günther Bühring, Leiter der DDR-Delegation auf der Stockholmer Abrüstungskonferenz	356
---	-----

Archiv

<i>Anna Siemsen</i> Georg Ledebour	360
---	-----

Berichte und Ankündigungen

<i>Jürgen Blume und Frank Heidenreich</i> »Marxismus ist halt schöner als Reformismus« Otto-Bauer-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung	367
<i>Andreas Wehr</i> Erste Sommerschule der Zeitschrift <i>spw</i>	372
Antonio Gramsci — Rosa Luxemburg Gesellschaft, Kultur und Politik im Vergleich zweier Theorien. Internationales wissenschaftliches Symposium an der Universität Hamburg 1985	373

Statt eines Leserbriefs

<i>Kurt Neumann und Andreas Wehr</i> Kurze Replik auf Fiete Saß in <i>spw</i> 23	375
---	-----

Besprechungen

<i>Mielke, Siegfried (Hrsg.): Internationales Gewerkschaftshandbuch (D. Scholz) ..</i>	377
<i>Heidenreich, Frank: Arbeiterbildung und Kulturpolitik (J. Wollenberg)</i>	378
<i>Frei, Alfred Georg: Rotes Wien — Austromarxismus und Arbeiterkultur (R. Stöger)</i>	380
<i>Pfabigan, Alfred: Max Adler (Chr. Butterwegge)</i>	382
Über die Autorinnen und Autoren	384

Editorial

Sporadisch haben wir in den letzten Jahren das Thema »Neue Technologien« in unserer Publikationstätigkeit aufgegriffen. Ein systematischer und gezielter Diskussionszusammenhang hat sich aber bisher nicht entwickelt. Obwohl diese kritikwürdige Tatsache sicher auch das Ergebnis unzulänglicher Redaktionspolitik ist, spiegelt sie doch auch ein deutliches Defizit der Politik marxistischer Sozialdemokraten wider. Die Dimensionen kapitalistischer Produktivkraftentwicklung bewegen uns offensichtlich mehr theoretisch-historisch als praktisch-aktuell. Der Nutzen historischer Analyse ist an der möglichen Formulierung von Antworten für heute zu messen. Eine zur politischen Strategie verdichtete Antwort auf die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Produktivkraftentwicklung steht aber noch aus. Eine Antwort, die nicht einfach und kurzfristig zu geben ist. Es gilt auch hier: »Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt.« Was uns daher unmittelbar im Rahmen von *spw* bleibt, ist, durch regelmäßige Veröffentlichungen zur Produktivkraftentwicklung das politische Wollen deutlich zu stärken, uns Antworten zu nähern. In diesem Sinn versteht sich das vorliegende Heft in seinem Schwerpunktthema als ein erster Beitrag. Dabei ist es nicht unsere Absicht, durch die vorliegenden und zukünftigen Beiträge in Konkurrenz zu der Vielzahl von Analysen spezifischer Technologien und ihren »sozialen Wirkungen« zu treten. Der Schwerpunkt der Technologiediskussion in *spw* soll eindeutig auf dem Gestaltungsproblem von Technik im Spannungsfeld von Ökonomie und Politik liegen. Denn hier haben — nach unserer Auffassung — alternative Strategien anzusetzen. Aus diesem Grund liegt auch das Gewicht der hier veröffentlichten Beiträge eindeutig auf *Technologiepolitik*. Dabei steht die Analyse herrschender Praxis im Vordergrund. *Paul Oehlke* setzt sich mit der Technologiepolitik der SPD am Beispiel der Parteitagsdiskussion in Essen auseinander. *Roland Schneider* skizziert die Politik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und *Erich Ott* neuere Aspekte staatlicher Technologiepolitik. Alle drei Artikel zeigen, daß die nach wie vor bestimmende Doktrin der »Modernisierung der Volkswirtschaft« nicht in der Lage ist, den möglichen Nutzen der Produktivkraftentwicklung im Interesse der Gesamtbevölkerung zu verallgemeinern. Eine Einsicht, die — so Paul Oehlke — auch in der SPD zunehmend Platz greift, obwohl sie auf dem Essener Parteitag noch nicht mehrheitsfähig war. Als analytischen Ansatz für eine alternative Technologiepolitik gehen diese drei Beiträge von der notwendigen Kritik kapitalistischer Produktionsverhältnisse aus. Im Gegensatz dazu abstrahiert *Ulrich Klotz* in seinem Beitrag über arbeitnehmerorientierte Technologieberatung bewußt von diesen Verhältnissen. Soweit seine Erfahrungen gewerkschaftlicher Technologieberatung für ihn verallgemeinerbar sind, strukturieren sich Betriebskonflikte im Widerspruch von Zentralisierung und Dezentralisierung. Er formuliert daher eine Politik, die eine dezentrale Technologiestruktur zum Ziel hat und sich somit auch als konkreter Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft versteht. Der abschließende Beitrag von *Manfred H. Bobke* und *Bruno Zwingmann* kommentiert die Rechtsprechung des BAG zur Mitbestimmung bei Einführung neuer Bürotechnologien. Trotz des reaktionären Charakters der dargestellten Urteile versuchen sie Handlungsspielräume für die betriebliche Praxis aufzuzeigen.

Außerhalb des Schwerpunkts kommt *Christiane Rix* in ihrer Analyse der sicherheitspolitischen Debatte auf dem diesjährigen SPD-Parteitag zu einem widersprüchlichen Ergebnis: Eine *neue Qualität* sieht sie darin, daß bisherige Essentials (Abschreckungsdenken) erstmals Gegenstand der Diskussion wurden. *Grenzen* seien aber noch in der praktischen Beantwortung der neu gestellten Fragen zu sehen. Hier sei ein Kampffeld eröffnet, auf

dem es einzugreifen gelte. — In *Christoph Butterwegges* Beitrag sehen wir einen Fortschritt in der Debatte um Otto Bauer. Die Frage, ob man sich mit Bauer beschäftigen sollte, ist der nach dem *Wie* der kritischen Aneignung gewichen. Polemisch allerdings bleibt Butterwegges Fraktionierungsvorwurf gegen seine Kontrahenten. Generell ist eine stärkere Praxisorientierung der Bauer-Debatte Wunsch der Redaktion. — Noch weitere Kreise zogen die Diskussionen zwischen *Bernsteinianern* und *Marxisten* um die Frage des *Wie* und *Was* des Beerbbaren am Austromarxismus auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung, von der *Jürgen Blume* und *Frank Heidenreich* berichten. — *Ingrid Petersen* fordert eine Neubestimmung des Verhältnisses von Feminismus und Marxismus: Der Marxismus darf den Kampf der Frauen nicht zu einer zweitrangigen Frage machen, der Feminismus sich nicht auf das »Private« beschränken. Eine Perspektive sieht sie im gleichzeitigen Kampf für die marxistische (Recht auf Arbeit auch für Frauen) und feministische (Vergesellschaftung der Hausarbeit) Befreiung ohne Unterordnung des einen unter den anderen. Anknüpfend an derselben Problemstellung entwickelt der Juso-Landesverband Berlin Vorschläge für eine Frauenarbeit der Jungsozialisten, die wir in diesem Heft dokumentieren. — *Harald Mattfelds* ökonomische Analyse der Frauenerwerbstätigkeit im Faschismus beschäftigt sich mit dem bisweilen widersprüchlichen Verhältnis zwischen patriarchalischer Ideologie der Nazis und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten in den Jahren 1933-36. Sein Ergebnis: die Ideologie kann bisweilen eine Eigendynamik entwickeln, die mit den ökonomischen Notwendigkeiten nicht immer synchron läuft und umgekehrt. — In der Deutschlandpolitik tut sich im Moment einiges: Die Konflikte werden zum Teil in der »verrückten Form« des Artikelabdrucks/Nichtabdrucks im ND ausgetragen. Wir führten ein Interview mit dem Verhandlungsleiter der DDR-Delegation bei den Stockholmer Abrüstungsgesprächen, *Günther Bühring*, über den Stand der Verhandlungen und die Zukunft der Entspannungspolitik. Jürgen Blume und Dieter Scholz

Verlagsmitteilungen

1. spw-Laden

Bereits im Juli sind wir in neue, vom Verlag angemietete Räume umgezogen. Die Ladenwohnung im Bezirk Schöneberg liegt zentraler und verkehrsgünstiger (U-Bahnhöfe Spichernstraße und Viktoria-Luise-Platz); spw rückt damit aus dem entlegenen Villenvorort näher an die Westberliner »City« heran. Arbeitsraum und Keller nehmen unser Büro (incl. Vertrieb) und Lager auf. Korrespondenzen und Bestellungen daher bitte *ab sofort* richten an:

spw-Redaktion/Vertrieb, Postfach 1101, Motzstraße 65,
D-1000 Berlin (West) 30. Telefon: 030/213 40 57.

Ab Oktober sind wir telefonisch nur noch unter der neuen Rufnummer erreichbar. Der automatische Anrufbeantworter wird dann gleichzeitig an den neuen Anschluß geschaltet werden und Gespräche auch außerhalb der Bürozeiten aufzeichnen.

2. Frankfurter Buchmesse '84

Erstmals wird der spw-Verlag mit einem eigenen Stand auf der Frankfurter Buchmesse vertreten sein. Vom 3. bis 8. Oktober finden Sie uns in Halle 5, Obergeschoß. Unsere Standnummer: 5.1 F 155. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Aktuelle Kommentare

Uwe Kremer und Carsten Sieling

Kein Grund zum Jubel, kein Grund zur Resignation

Zum Kampf um die 35-Stunden-Woche

Es wäre verfehlt, eine politische Einschätzung der zurückliegenden Arbeitskämpfe auf einen tarifpolitischen Vergleich von erzieltm Ergebnis und ursprünglichen Zielen reduzieren zu wollen. Gerade für die härteste Tarifauseinandersetzung in der Geschichte der Bundesrepublik gilt, daß konkrete Ereignisse, tarifpolitische Kampfführung und die Entwicklung des gesellschaftspolitischen Rahmens im Zusammenhang gesehen werden müssen: denn selten zuvor waren ökonomischer, politischer und ideologischer Klassenkampf so unmittelbar miteinander verschränkt wie in den letzten Wochen und Monaten.

Unsere Meinung ist: *Im Verlauf des Arbeitskampfes trat immer deutlicher ein Widerspruch zwischen der Stabilität der Streikfront und der gesellschaftspolitischen Isolierung der kämpfenden Gewerkschaften hervor; im Ergebnis des Arbeitskampfes schlägt sich die Tatsache nieder, daß dieser Widerspruch weder im Sinne der Unternehmer (Zusammenbruch der Streikfront bzw. der Gewerkschaften) noch im Sinne der Gewerkschaften (Übergang zu einer gesellschaftspolitischen Offensive) aufgelöst werden konnte.* Dieses Ergebnis hat an und für sich mit den ursprünglichen Zielsetzungen des Kampfes nur noch sehr wenig zu tun. Das wesentliche Problem besteht vor allem darin, daß keiner der drei maßgeblichen Gründe für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche im vorliegenden Ergebnis wirklich zum Tragen kommt:

Gegenüber der angestrebten Sicherung und Schaffung von ca. 1,5 Mio. Arbeitsplätzen stellen die vereinbarten 38,5 Stunden eine »Null-Lösung« dar, erst recht angesichts des fehlenden Stufenplans für eine weitergehende Arbeitszeitverkürzung und der Notwendigkeit, die neue Regelarbeitszeit erst einmal betrieblich umsetzen zu müssen.

»Arbeit humanisieren — der Streß muß weg« war die zweite Begründung für die gewerkschaftliche Forderung. Die vorliegende Vereinbarung läßt die Unternehmer aber geradezu dazu ein, die Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitsverdichtung und arbeitsorganisatorische Rationalisierung und Flexibilisierung aufzufangen.

»Mehr Zeit zum Leben« bringt eine derartige Verkürzung um 1,5 Stunden ebenfalls kaum. Sie wird insbesondere nicht zu einer Veränderung des Alltags und der Familienstrukturen führen.

Die positiven Seiten des Ergebnisses sind weniger unmittelbar *materieller*, sondern eher *prinzipieller* Art:

- das Tabu der 40-Stunden-Woche ist im Grundsatz vom Tisch;
- der volle (Nominal-)Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen wurde festgeschrieben (real werden die Löhne aber auch in den kommenden zwei Jahren weiterhin sinken);
- die Ergebnisse sind nur bis zum 30.9.1986 festgeschrieben, so daß die nächste Runde eingeläutet werden kann.

Es wird sich zeigen, inwieweit darin Ansatzpunkte liegen, um 1986/87 auch die negativen Seiten des erzielten Ergebnisses zu korrigieren.

In der Frage der gewerkschaftlichen *Kampfführung* muß zunächst festgehalten werden, daß der Versuch der Unternehmer, die gewerkschaftliche *Organisation* zu treffen und zu

schwächen, abgewehrt werden konnte. Trotz mancher Vorbehalte gegenüber der Kampfforderung solidarisierten sich die allermeisten Kolleginnen und Kollegen in den einleitenden Urabstimmungen mit ihrer Organisation. Und auch in den darauffolgenden Wochen »stand« die Streikfront trotz Aussperrungsterror, massiver finanzieller Einbußen, ideologischem Trommelfeuer und psychologischer Einschüchterung. Vor allem im Bereich der IG Metall sind aber auch einige kritische Fragen hinsichtlich der Kampfführung angebracht: die offenkundige Überraschung über die Eindeutigkeit der Regierungsposition, Illusionen über das Verhalten der Bundesanstalt für Arbeit, Unsicherheit und Zögern im Umgang mit den »kalt« ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen, mangelnde Flexibilität durch die Konzentration auf einen regionalen Schwerpunkstreik — alles dies sind Punkte, die gerade die IG Metall wird produktiv verarbeiten müssen, um für kommende Auseinandersetzungen gerüstet zu sein. Der entscheidende Punkt, der unseres Erachtens die Gewerkschaften zur Beendigung des Arbeitskampfes gezwungen hat, liegt darin, daß der gesellschaftliche *Flankenschutz* für die unmittelbare Auseinandersetzung mit dem Kapital unzureichend blieb, daß sich das gesellschaftspolitische Klima gegenüber den kämpfenden Gewerkschaften eher noch verschärfte, das heißt die politische Defensive, in die die Gewerkschaften seit spätestens Ende der 70er Jahre geraten sind, konnte in dieser Tarifrunde auch nicht im Ansatz durchbrochen werden. Und dies ist nicht nur ein Problem der Gewerkschaften, sondern der Linken überhaupt.

In diesem Zusammenhang müssen folgende Probleme diskutiert werden: Obwohl es schon in der Tarifrunde 1978/79 um die 35-Stunden-Woche ging (v.a. im Stahlarbeiterstreik), wurde die innergewerkschaftliche Mobilisierung für diese Forderung seit Mitte 1983 viel zu spät wieder aufgenommen. Um so gefährlicher waren die Wirkungen des beispiellosen ideologischen Trommelfeuers der »konzertierten Aktion« von Regierung(sparteien), Arbeitgeberverbänden und bürgerlicher Presse. Und Tatsache ist, daß dieses Trommelfeuer die in weiten Bevölkerungskreisen vorhandenen Vorurteile gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen wirksam verstärken konnte — und zwar auch in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse! Die professionelle Propaganda wurde durch die »Propaganda des Alltags« multipliziert. Der Verein, der Stammtisch, die Nachbarschaft usw. bildeten ideologisch-kulturelle Zusammenhänge, in denen der herrschende Konsens in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen allenfalls angekratzt, aber — im Gegensatz zum Friedenskampf — keineswegs aufgebrochen werden konnte. In diesen Zusammenhängen blieben die einzelnen hinter dem Streik stehenden Kollegen und Kolleginnen zumeist isoliert; hier wurde die Auseinandersetzung letzten Endes ideologisch verloren.

Vor diesem Hintergrund wiegt die — von einigen Ausnahmen abgesehen — ziemlich lahme Solidarität innerhalb des DGB natürlich besonders schwer. Dies betrifft sowohl jene Einzelgewerkschaften, die sich mit ihren Vorruhestandsmodellen als besonders »vernünftig« präsentieren wollten, als auch jene Gewerkschafter, die in aller Öffentlichkeit den gesellschaftspolitischen Charakter dieser Auseinandersetzungen zu einem Zeitpunkt noch abstritten, als sich die Gegenseite schon dafür in aller Öffentlichkeit rüstete. Die notwendige Verbindung von aktiver Solidarität insbesondere in Form von Solidaritätsstreiks und breit geführter politisch-ideologischer Auseinandersetzung mit Regierung und Kapital blieb in zaghaften Ansätzen stecken.

Verbal hat sich die SPD zwar mit der IG Metall und der IG Druck & Papier solidarisiert, gleichzeitig aber kräftig bemüht, die Position der *Vernunft* gegenüber den streitenden Tarifparteien zu besetzen. Nicht die vorbehaltlose und aktive Unterstützung der ge-

werkschaftlichen Forderung stand im Vordergrund, sondern die Kritik an der »unvernünftigen« Einseitigkeit der Bundesregierung und der Nachweis der eigenen »Regierungsfähigkeit«. Die Solidarität der SPD blieb im Grundsatz äußerlich und instrumentell: es ging nicht so sehr um die Sache, der man in vielerlei Hinsicht eher mißtraute, sondern um die Profilierung als ausgleichender bzw. sozialintegrativer Kraft. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn es auch mit der *aktiven* Solidarität von Parteigliederungen meist nicht sehr gut bestellt war. Kritisch vermerkt werden muß schließlich, daß die hinlänglich bekannten Probleme in der Zusammenarbeit von Arbeiter- und demokratischer Bewegung, zwischen Gewerkschaftern und anderen fortschrittlichen Kräften erneut aufgetreten sind. Es waren in erster Linie gewerkschaftlich orientierte bzw. sozialistische Gruppen, die sich vor Ort um eine solche Kooperation bemühten, während sich andere allzu häufig in einer »kritisch-solidarischen« Beobachterrolle gefielen.

Erst im Herbst 1986 — nach der Kündigung des Metall-Tarifvertrags — dürfte die Arbeitszeitverkürzung erneut auf die Tagesordnung von Tarifauseinandersetzungen kommen, das heißt im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen! Die Brisanz einer solchen Verköpplung liegt auf der Hand. Sie erfordert eine optimale Vorbereitung durch die gesellschaftliche Linke insgesamt. Dazu scheint es uns unabdingbar zu sein, den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung noch stärker als bisher mit drei anderen Aspekten zu verknüpfen: der Auseinandersetzung um die Kontrolle der technologischen Entwicklung, dem Kampf gegen Rotstiftpolitik und Sozialabbau, den Anforderungen an eine alternative staatliche Wirtschaftspolitik. In diesen Auseinandersetzungen wird es nicht nur um eine Absage an die reaktionäre »Wende« gehen, sondern auch darum, alle Pläne in Richtung eines prokapitalistischen Modernisierungsblocks und einer faktischen großen Koalition zu durchkreuzen. Unser Fazit: *Erst in den kommenden Kämpfen wird sich zeigen, ob die diesjährigen Arbeitskämpfe eine Niederlage für die Arbeiterbewegung darstellen oder ob sie eine Zwischenstation markieren auf dem Weg zu einer Wende nach links!*

Andreas Wehr

Chancen rot-grüner Zusammenarbeit

»Die neue Mehrheit links von der CDU« hat sich in Hessen entgegen fast aller Voraussagen stabilisieren können. Im Streit über die Bewertung des ausgehandelten Kompromisses verstrickten sich die Grünen in ihre bisher grundsätzlichsste Selbstverständnisdiskussion, von der auch heute noch nicht zu sagen ist, ob sie letztendlich zur Zersplitterung dieser Partei führen wird. Die SPD beeilte sich, das hessische Ergebnis allein aus den regionalen Bedingungen heraus zu erklären, um ja nicht in eine bundesweite Debatte über die weitere bündnispolitische Strategie der Partei zu geraten. Da jedoch bei den anstehenden Wahlen im Saarland, Berlin und in Nordrhein-Westfalen (NRW) ähnliche Konstellationen durchaus wahrscheinlich sind, ist diese Debatte bestenfalls aufgeschoben. Genug Gründe demnach für die Linke, sich intensiver mit dieser Konstellation zu beschäftigen, um einmal über die unverbindlich allgemeine Zustimmungserklärung hinwegzukommen.

Zunächst darf wohl nicht übersehen werden, daß die Zusammenarbeit von SPD und

Grünen ein Stück »Wende«politik in diesem Bundesland — bislang jedenfalls — zunichte gemacht hat. Dies ist keineswegs eine Kleinigkeit angesichts einer seit Jahren andauernden Offensive der Rechtskräfte, in der so manche Hochburg der Sozialdemokratie abgeräumt wurde. Mehr noch: Mit den jüngsten Beschlüssen zur Ausländerpolitik leitete die hessische Landesregierung in einem hochsensiblen Bereich einen vorsichtigen Vorstoß ein, auf den man in Hamburg, Bremen und in NRW bislang vergeblich gewartet hat. Jeder Tag der konstruktiven Zusammenarbeit in Hessen demontiert schließlich ein Stück des sorgfältig von den bürgerlichen Kräften präparierten Popanzes eines »rot-grünen Chaos«. Selbst die FAZ mußte feststellen, daß »eine Warnung vor weiteren rot-grünen Bündnissen allein nicht mehr ausreicht« (FAZ vom 10.8.1984).

Für den weiteren Weg der Sozialdemokratie haben Erfolg bzw. Mißerfolg des hessischen Experiments eine entscheidende Bedeutung, denn hier geht es generell auch um die weitere Bündnispolitik der SPD. Unter der Voraussetzung, daß die Partei auf Bundes- und prinzipiell auch auf Landesebene auf Bündnispartner angewiesen bleiben wird, gibt es als Alternative zu einer Zusammenarbeit mit den Grünen nur die uns von Glotz empfohlene »Kooperation antagonistischer Kräfte«, die parlamentarisch die Kooperation mit Teilen des konservativ-liberalen Lagers, wenn nicht gar die Große Koalition bedeutet. Es gehört sicherlich nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wie es in einer solchen Allianz um die Durchsetzungschancen linker Inhalte bestellt wäre.

Die Parteilinke muß daher schon aus ihrem ureigenen Interesse heraus zu den entschiedensten Befürwortern einer Zusammenarbeit mit den Grün/Alternativen gehören. Sie sollte sich allerdings abgrenzen von einer vielfach in der SPD anzutreffenden Vereinnahmungsstrategie, die eine Zusammenarbeit nur als günstige Gelegenheit begreift, die abhanden gekommenen Wählerstimmen wieder bequem einsammeln zu können. Wer den neu entstandenen Gruppierungen das Existenzrecht abspricht und ihr Todesdatum gar schon auf 1987 festlegen zu können glaubt, hat herzlich wenig aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gelernt. Er führt die SPD abermals in einen sinnlosen Abnutzungskampf, an dessen Ende erneut die Rechte Sieger bleiben wird. Die Parteilinke muß sich aber auch umgekehrt davor hüten, die Zusammenarbeit mit den Grün/Alternativen zu einem prinzipiellen Bündnis zu stilisieren. Wo nicht ein Minimum an gemeinsamen Vorstellungen existiert, kann es auch keine Zusammenarbeit geben. Wer dies unbeachtet läßt, produziert Enttäuschungen und Mißmut und verbaut damit zugleich ungewollt Chancen einer späteren stabileren Kooperation.

Ebenso irreführend ist es, die konkrete Zusammenarbeit mit der Etablierung eines »Fortschrittsblocks« oder gar mit der Erringung einer »Hegemonie der antikapitalistischen sozialen Bewegungen« zu verwechseln. SPD und Grüne finden gegenwärtig erst mühsam als zwangsläufig gemeinsame Gegner zur reaktionären Krisenlösungsstrategie zueinander. Der Bestand an gemeinsamen alternativen Zielvorstellungen ist noch recht mager. Die SPD als der mit Abstand wichtigste Teil eines solchen denkbaren Blocks hat seit ihrem Abgang in die Opposition nur sehr unzureichend aus den begangenen Fehlern und Versäumnissen Konsequenzen gezogen. So steht Fortschritten in der Friedenspolitik ein Stagnieren in der Wirtschaftspolitik gegenüber. Die Etablierung der Grünen hat innerhalb der Partei sicherlich zum Aufbrechen von Verkrustungen geführt, und so mancher schöne Erfolg der Parteilinken wäre ohne diesen Druck nicht denkbar gewesen. Andererseits haben gerade die hessischen Grünen in den Tolerierungsverhandlungen erkennen müssen, wie gering die Chance zur Durchsetzung einer alternativen Politik auch nur in Ansätzen und wie groß dagegen das Beharrungsvermögen einer rechten Sozialdemokratie ist. Be-

zeichnenderweise konnten die Grünen denn auch ihre größten Verhandlungserfolge auf dem Gebiet der Müllversorgung verbuchen.

Häme auf seiten der Parteilinken und der Jusos angesichts dieser Wiederbegegnung mit der realexistierenden Sozialdemokratie ist allerdings unangebracht. Das hessische Verhandlungsergebnis zeigt zunächst einmal die Schwierigkeiten der Linken überhaupt auf, eine alternative Politik gegenwärtig durchzusetzen. Trotz mancher vollmundiger Erklärungen gilt dies auch für die Grünen, denn allein eine parlamentarische Präsenz kann ihre geringe Organisationsdichte, die unzureichende Verankerung in den Kommunen und in den Gewerkschaften sowie einen fast ganz fehlenden theoretischen Diskussionszusammenhang nicht ersetzen. Das hessische Verhandlungsergebnis zeigte aber zum anderen, wie widerspruchlos die Basis der Grünen mit kaum meßbaren Erfolgen zufriedengestellt werden kann. Aus einer fundamentalistischen Verweigerungshaltung wurde auf eine sogenannte »realpolitische Strategie« umgeschaltet, die das wenige Erreichte zum einzig Machbaren verklärte. Es ist hier erneut erkennbar, daß unter dem Druck der Krise nicht nur Gefühle der Vereinzelung und der Machtlosigkeit wachsen, sondern auch jedes Versprechen mit dem Inhalt, die soziale Lage des einzelnen wenigstens stabil zu halten, dankbar aufgegriffen wird. Reformistische Strategien für Leichtgläubige haben in den jetzigen Zeiten wieder Konjunktur. Eine lediglich ökologisch und radikaldemokratisch orientierte Grüne Partei würde sich gut in solche Strategien einfügen lassen. Um einer solchen Integration zu entgehen, fordern daher die sozialistischen Kräfte bei den Grünen, die Tolerierung der SPD mit dem Aufgreifen der Widersprüche in der SPD selbst zu verbinden. Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, daß die Widersprüche, die zur Herausbildung der Grünen geführt haben, auch weiterhin innerhalb der SPD existieren. Nur bei Mobilisierung dieses Widerstandspotentials könnten die ausgetretenen reformistischen Pfade verlassen werden. Es versteht sich von selbst, daß der SPD-Linken dabei eine zentrale Rolle zukommt. Die sozialistischen Kräfte in der SPD sollten diese Herausforderung annehmen und mit ihrem Kampf um die Veränderung der Partei verbinden.

Detlev Albers und Kurt Neumann

Die Programmdebatte nutzen!

Jetzt ist es also soweit. Der Essener Parteitag hat förmlich beschlossen, »noch in diesem Jahrzehnt« — wie es die Grundwertekommission formulierte — ein neues Grundsatzprogramm »vorzubereiten, zu diskutieren und zu verabschieden«. Dieser Beschluß ist in unseren eigenen Reihen, wie in jenen der Parteilinken überhaupt, keineswegs unumstritten gewesen. Niemand bezweifelte indes, daß das »alte« Godesberger Programm keine angemessenen Antworten auf die drängenden aktuellen Fragen zu geben vermag. In den Kernpunkten der politischen Auseinandersetzung der letzten Jahre ist vor allem von einer sich herausbildenden identitätsbewußten marxistischen Position in der Sozialdemokratie immer wieder darauf hingewiesen worden, daß der »Godesberger Kitt« der Parteimehrheit nicht mehr hält.¹ Wohl aber gab und gibt es Befürchtungen, ob der Zeitpunkt einer neuen Programmdebatte richtig gewählt sei, der Linken überhaupt Spielraum biete und ob nicht das

Ganze von vornherein als ein »integrationistisches Manöver« der Parteiführung abzutun sei. Es ist daher möglich, daß je nachdem, ob einen diese Befürchtungen überzeugen, auch das eigene Engagement in der beginnenden Grundsatzdebatte höchst unterschiedlich ausfallen wird. Vielleicht erwarten einige skeptisch, ständig auf der Hut, nicht unversehens selbst integriert zu werden, die Ausarbeitungen der Parteiführung. Der eigene Beitrag wird sich dann »wie von selbst« zu allererst auf die Kritik an deren Ergebnissen, auf die Aufklärung über deren zweifellos unbefriedigende Kompromisse konzentrieren.

Die Frage des wünschenswerten Zeitpunkts für eine Programmdebatte ist überholt. Ihr Beginn ist Realität und zugleich eine der wichtigsten inhaltlichen, theoretischen, aber durchaus auch praxisrelevanten Herausforderungen, denen sich marxistische Sozialdemokraten in den nächsten Jahren gegenübersehen werden. Deshalb können wir uns nicht mit Kritik begnügen; die Ausarbeitung und Verankerung alternativer sozialistischer Positionen, ja selbst die Formulierung eines alternativen Programmentwurfs werden statt dessen einen Schwerpunkt der eigenen politischen Praxis bilden müssen.

Sowenig das Gewicht der Parteilinken oder der marxistischen Kräfte in ihr ausgereicht hätte, den Zeitpunkt einer neuen Programmdebatte aus eigenen Stücken für die ganze Partei festzulegen, sowenig läßt sich bestreiten, daß für die kommenden Jahre überreichlich Problemstoff aufgehäuft ist, um nach einer erneuten Standortbestimmung der Partei zu verlangen. Von den Erscheinungsformen und Gesetzmäßigkeiten der zweiten großen Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts über die Ursachen der offenkundig nicht nur kurzfristigen »Rückversetzung in die Opposition« und die Wege zu ihrer Überwindung bis hin zu den Anforderungen des Friedenskampfes und zum Verarbeiten schicksalhaft gewordener Problemstellungen der ökologischen Krise, der sogenannten Dritten Welt, der Frauenbewegung — niemand wird um die Beantwortung dieser Fragen, zu großen Teilen neuer Fragen, herumkommen. Und dies in der anspruchsvollsten Form zu versuchen, die einer Partei zu Gebote steht, nämlich die Erarbeitung eines neuen Parteiprogrammes, wird gerade von links am wenigsten zu kritisieren sein. Ganz anders aber verhält es sich mit dem überall sichtbar werdenden Bestreben, die Diskussion von vornherein in das Korsett der »Godesberger Grundentscheidungen« hineinzuzwängen — von der reformistisch verengten Grundwerteinterpretation bis hin zum Dogma der Marktwirtschaft. Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der wir in die Debatte einzugreifen haben, wird einer solchen Tendenz entgegenzutreten sein.

Die SPD hat in der Vergangenheit zu Recht auf jede Inflationierung programmatischer Aussagen verzichtet. Strenggenommen sind es nur vier Dokumente, die ihre Geschichte nachhaltig geprägt haben: das Kommunistische Manifest am Vorabend der europäischen Revolutionen von 1848, die eigentliche Geburtsurkunde des modernen wissenschaftlichen Sozialismus; das Erfurter Programm von 1891, das den Einfluß des Marxismus bahnbrechend für die deutsche wie die damalige internationale Arbeiterbewegung festgeschrieben; das Heidelberger Programm von 1925, dem wir im Rahmen der deutschsprachigen Sozialdemokratie als vielleicht noch bedeutsamer jeweils das Linzer Programm von 1926 zur Seite stellen sollten — denn nur hier gelang eine nennenswerte Weiterentwicklung der sozialistischen Parteiprogrammatik für die neuen Kampfbedingungen in einer parlamentarischen Demokratie. Und schließlich das Godesberger Programm von 1959, das gleichermaßen mit seiner Abkehr vom Marxismus als gemeinsamer Grundvorstellung der Partei wie mit seiner Hoffnung auf die reformistische Versöhnung von Marktwirtschaft und Sozialismus in die Parteigeschichte eingehen wird.²

Sich diese vier zentralen Programme zu vergegenwärtigen, die jedes für sich für höchst

unterschiedliche Entwicklungsabschnitte der deutschen Arbeiterbewegung charakteristisch sind, läßt bereits den Anspruch des jetzt begonnenen Vorhabens erkennen. Es gilt, Zielperspektiven zu entwickeln, aus der Wirklichkeit der Gegenwart zu begründen, die dem politischen Kampf der Partei heute wie für die nächsten Jahrzehnte, also weit über den Horizont des Jahres 2000 hinaus, eine glaubwürdige Handlungsorientierung zurückzugeben. Linke und Marxisten können hieran gleich in zweifacher Hinsicht ansetzen. Jede Ausarbeitung und Diskussion eines neuen Grundsatzprogramms erfordert eine historische Bilanz des Weges, woher man kommt, erlaubt aber auch, ihn für die Zukunft zu korrigieren. War der sozialdemokratische Marxismus der große Verlierer der »Godesberger Operation«, der Spaltung Deutschlands und des Wirtschaftswunders, ist niemals klarer als in eben dieser Bilanz die Frage zu beantworten, wohin die Partei ohne ihn gelangt ist. Wir haben das nicht triumphierend aufzutischen, sondern Punkt für Punkt zu erklären, auch selbstkritisch aus bestimmten Defiziten des früheren Parteimarxismus zu erklären, worin die Voreiligkeit der Wende von Godesberg bestanden hat und wie dies künftig zu beheben ist. Warum der Godesberger Bruch mit sozialistischen Grundeinsichten, die Generationen von Sozialdemokraten gegen Bismarck wie gegen Hitler zusammengehalten haben, die vom Manifest bis Heidelberg unbestritten tonangebend waren, heute weniger denn je weiterzuhelfen vermag. Zum anderen aber bietet die neue Programmdebatte der Linken die nicht alltägliche Chance zu beweisen, daß gerade marxistische Methoden der Analyse wie der Formulierung gesellschaftlicher Zielsetzungen zu Antworten auf die alten wie neuen Herausforderungen befähigen. Wobei klar ist, daß unsere Gruppierung hierfür mit den »Herforder Thesen« auf wichtige Vorarbeiten zurückgreifen kann — auf Vorarbeiten, »weder auf eine Bibel, noch auf eine Fibel«, versteht sich.

Bleibt noch die Frage, wie zu verhindern ist, daß sich die Linke mit der Programmdebatte wie auf einer Spielwiese beschäftigen läßt, wogegen die Parteirechte in Bonn und anderswo die tatsächliche Politik der SPD bestimmt. Die Antwort ist so einfach wie notwendig und dennoch schwer durchzuhalten: indem wir uns die Alternative Programm — Realpolitik nicht aufzwingen lassen. Die politische Praxis linker Sozialdemokraten findet in der Mitarbeit am Kampf der gesellschaftlichen Bewegungen, alten wie neuen, wie im innerparteilichen Ringen um die Neuorientierung der SPD statt. Beides aber benötigt eine klare sozialistische Zielperspektive, wie sie in der Programmdebatte zuallererst zu entwickeln ist. Und umgekehrt ist diese für uns keine Sache, die über den Wolken schwebt; wir sollten sie vielmehr als Aufgabe begreifen, »eine konkrete, an tausend Fäden mit den realen gesellschaftlichen Widersprüchen verbundene Vorstellung von den sozialistischen Veränderungsmöglichkeiten unseres Landes auszuarbeiten« (Herforder Thesen). Am Ende der jetzt beginnenden Grundsatzdiskussion wird bestimmt kein konsequent sozialistisches Parteiprogramm stehen. Wohl aber muß versucht werden, die SPD in ihrem Verlauf weiter nach links zu öffnen und dabei endlich wieder zur Herausbildung einer marxistischen Strömung zu gelangen, die nicht von vornherein auf Außenseiterpositionen beschränkt ist.

Anmerkungen

- 1 Albers, Detlev, und Klaus Peter Wolf 1981: Der Godesberger »Kitt« hält nicht mehr. In: Zukunft SPD. Aussichten linker Politik in der Sozialdemokratie, hrsg. v. Klaus Thüsing, Hamburg, S.118-128.
- 2 Sämtliche Texte (bis auf das Linzer Programm) sind jetzt wieder leicht zugänglich; in: Dowe, Dieter, und Kurz Klotzbach (Hrsg.), 1984: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bonn.

Marxistische Blätter 5/84

Integration oder Opposition?

Mit Beiträgen zu folgenden Themen:

Sozialdemokraten und Kommunisten

SPD und Friedensbewegung

Wirtschaftspolitik nach dem Essener Parteitag

Bankrotterklärung in der Medienpolitik?

Ist die SPD-Rechte tot?

SPD und Grüne – Hessische Erfahrungen

Sozialistische Internationale und Friedenspolitik

Sozialdemokratische Frauen und Frauenpolitik

Peter Glotz und die „regierungsfähige Linke“.

Außerdem: Der Kampf um die 35-Std.-Woche (Chronik, Stimmungsberichte, Einschätzungen); Zur Herkunft und Wiederkunft des Elitemythos; Engels' „Ursprung der Familie...“; Geißler und der §218; Vor den Herbstaktionen der Friedensbewegung; Walter Markov zum 75. Geburtstag; Berichte und Buchkritiken.

Die Marxistischen Blätter erscheinen alle zwei Monate; 128 (und öfter mal 144) Seiten für nur 4,80 DM pro Heft. Das Jahresabonnement kostet (nur ab Verlag) 21,50 DM; für Auszubildende, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende nur 17,50 DM (zuzügl. Versandkosten).

-
- Ich bitte um ein Probeheft Eurer Zeitschrift
- Ich hätte gern ... Exemplar(e) von Heft 5/84
- Ich abonniere die Marxistischen Blätter ab Heft ...
und erhalte dafür als Buchgeschenk (bitte ankreuzen)
- Handbuch für Arbeiter und Angestellte
 - Marx ist Gegenwart (Konferenzprotokoll)
 - Steigerwald, Protestbewegung

Verlag Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt 50

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Analysen

Christiane Rix

Der Fortschritt liegt im Widerspruch Überlegungen zum Stand der sicherheitspolitischen Debatte in der SPD nach dem Essener Parteitag

»Ich bin in Hamburg-Barmbek aufgewachsen. Das war ein gefährliches Viertel. Damals wurde die Miete mit vorgehaltenem Revolver kassiert. Seitdem weiß ich: Wenn du nicht bereit bist, selbst Ohrfeigen auszuteilen, fängst du sie ein. Deshalb: wir müssen den Sowjets Raketen entgegenseetzen können.«

Hans Apel, Spiegel 48/82

I. Was tun mit der SPD?

Die sicherheitspolitische Diskussion in der SPD steht unter Beschuß. Die Konservativen attackieren die Partei unter anderem wegen ihres Sinneswandels in Sachen NATO-Doppelbeschluß. Nach dem Essener Parteitag vom Mai 1984 wird gar von der Aufkündigung des außenpolitischen Konsenses und vom Abschied von der atlantischen Allianz als Grundlage für die bundesdeutsche Sicherheit gesprochen. Alle Beteuerungen von seiten führender Sozialdemokraten, man stehe zur NATO, nützen nichts. Auch der SPD wird eine Wendepolitik zugeschrieben, nämlich eine Umorientierung hin auf einen Weg in eine alternative Sicherheitspolitik. Von Verteidigungsminister Wörner wird nicht einmal mehr der »politisch-psychologische Druck« einer (in Anführungszeichen gesetzten) Friedensbewegung oder der (ebenfalls in Anführungszeichen gesetzten) parteiinternen Basis verantwortlich für die Aufkündigung jahrzehntelanger sicherheitspolitischer Glaubenssätze gemacht. Vielmehr säßen die »Architekten« dieser alternativen Politik bereits an den Schaltebelen der Partei. Nachdem man sich in Essen Helmut Schmidts »entledigt« habe, gehe die SPD jetzt praktisch widerstandslos auf neuen Kurs. Eine große Partei melde sich ab. So sieht es der Verteidigungsminister.¹

Die Grünen und Teile der Friedensbewegung sind da anderer Meinung. Sie mißtrauen den neuen Tönen aus der SPD, wittern Betrug oder bestenfalls Opportunismus von seiten der Parteizentrale, die im steten Bemühen, wieder in die Regierung zu kommen, Wähler zu angeln versuche. Die Stimmen wollen nicht verstummen, die die friedensbewegten Massen vor der Gefahr der Integration und damit der Neutralisierung warnen.²

Die Frage, welche Motive einzelne Sozialdemokraten dazu bewegt haben, ihre Position zur Sicherheitspolitik neu zu überdenken und zu anderen Ergebnissen zu kommen, ist Gegenstand von Spekulation. Entscheidender ist zu bestimmen, wovon eine solche »Wende« abhängt, worin sie konkret besteht und welches die Ansatzpunkte sind, die in der SPD Mehrheitsverhältnisse und reale Politik verändern. Bestimmt man diese Ansatzpunkte, so kann im nächsten Schritt die Frage sinnvoll angegangen werden, wie programmatische Entwicklungen der SPD so verfestigt werden können, daß sie weiterentwickelt werden und schließlich in eine Strategie zur Durchsetzung dieser neuen Inhalte münden. Bei ge-

nauerer Betrachtung der Be- und Verurteilungen der jüngsten SPD-Entwicklung in Sachen Sicherheitspolitik wird deutlich, daß es meistens an einer genauen Untersuchung der tatsächlichen Positionen der Parteimehrheit mangelt. Dies gilt keineswegs nur für Kritiker von außerhalb der SPD. Jahrelange Fraktionskämpfe haben auch bei manchen in der Partei den Blick dafür verstellt, daß in Fragen der Sicherheitspolitik inhaltliche Umorientierungen und Qualifizierungen in Gang gekommen sind. Daß diese Lernprozesse mit der Oppositionsrolle der SPD verkoppelt, vielleicht sogar bei vielen von ihr abhängig waren, steht nicht im Widerspruch zu der Behauptung, daß sie sich mehrheitsmäßig auf dem Weg zu einer grundlegend neuen Betrachtung von Sicherheit befindet, hinter den sie unter bestimmten, nicht nur parteiinternen Voraussetzungen nicht mehr zurückfallen kann, wenn sie wieder an die Regierung kommen sollte. — Wenn mit anderen Worten die Veränderung der Parteimehrheitsposition zur Sicherheitspolitik von der Oppositionsrolle abhängt, so ist dies noch kein Grund, prinzipiell an der Aufrechterhaltung einer so erreichten Programmatik zu zweifeln. Die Beantwortung der Frage, wer und was auf die Entwicklung sozialdemokratischer Programmatik Einfluß nimmt, ermöglicht strategische Vorschläge, die verankert, verfestigt und umgesetzt werden können. Wenn also von seiten Konservativer die Abkehr der SPD vom »sicherheitspolitischen Konsens« beklagt wird und auf der anderen Seite Teile der Friedensbewegung und der Grünen die Glaubwürdigkeit der SPD-Debatten bezweifeln, erscheint es sinnvoll, sich zunächst anzusehen, worauf sich die jeweiligen Zweifel an der deutschen Sozialdemokratie konkret gründen. — Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen versucht der folgende Beitrag, anhand der sicherheitspolitischen Debatten und Beschlüsse der vergangenen Parteitage, insbesondere des Essener Parteitages, die programmatischen und innerparteilichen Entwicklungen, Kontinuitäten und Veränderungen herauszuarbeiten. Dabei geht es an dieser Stelle um die Bestimmung und Bewertung der Debatten selbst und ihres Gegenstandes, also um die so häufig vernachlässigte Frage, was eigentlich *wie* diskutiert wurde und *wer* diskutiert hat.

II. Von Berlin 1979 bis Köln 1983

Der in Essen verabschiedete Leitantrag des Parteivorstandes enthält sowohl in seiner ursprünglichen als auch in der beschlossenen Fassung Widersprüche, die an seinem Kompromißcharakter keinen Zweifel lassen. Nur sind Kompromisse dann nicht per se etwas Schlechtes, wenn man weiß (und nicht vergißt), von welchen Ausgangspositionen sie eingegangen wurden. Die Widersprüche im Essener Beschluß deuten auf Probleme hin, die auf dem Parteitag auf dem Tisch lagen, die mit der Verabschiedung des Antrages nicht gelöst sind, aber Ansatzpunkte aufzeigen, an denen die innerparteiliche Debatte weitergehen muß, und wo auch die Friedensbewegung dazu beitragen könnte, der SPD zu klareren Positionen zu verhelfen.

Von den vorangegangenen Parteitagen kann das nicht so ohne weiteres behauptet werden. Trotz aller Betonung und ständigen Wiederholung, daß die SPD mit Essen in der Kontinuität der Berliner, Münchener und Kölner Parteitagsbeschlüsse stehe, wird schon bei einem flüchtigen Blick auf die dort verabschiedeten Leitanträge deutlich, daß sich sowohl Inhalte als auch Gegenstände dessen, was die SPD unter dem Stichwort Sicherheitspolitik diskutiert, gewandelt haben. Wichtiger ist noch, daß die Kritik am bestehenden Sicherheitsdenken in Essen zum ersten Mal grundlegend das Ergebnis geprägt hat.

Der Berliner und der Münchener Parteitag trugen deutlich die Handschrift Helmut Schmidts. Die Legitimierung seiner Regierungspolitik in Sachen NATO-Doppelbeschluß steht von daher im Vordergrund der dort verabschiedeten Anträge. Darüber hinaus wird

das Abschreckungssystem sowie die Notwendigkeit, durch sowjetische Rüstung vermeintlich entstandene Ungleichgewichte ausgleichen zu müssen (»Nach«rüstung), nicht nur nicht in Frage gestellt, sondern vielmehr ausdrücklich betont.

In München kam gut zwei Jahre nach dem Doppelbeschluss die bis dahin in Gang gekommene inner- und außerparteiliche Debatte um die »Nach«rüstung hinzu. Lediglich die Erpressung Helmut Schmidts, der die Mehrheit für den sicherheitspolitischen Leitantrag zu einer Frage der Loyalität gegenüber der SPD-geführten Regierung machte, konnte die faktisch schon vorhandene Mehrheit gegen die Aufrechterhaltung des NATO-Beschlusses unterdrücken. Dennoch klingt der Tenor des Münchener Beschlusses bereits zweifelnd. So wird zum Beispiel ausdrücklich betont, es dürfe »keinen Automatismus der Stationierung« geben. Der Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses wird aber von der SPD auf ihren, das heißt insbesondere auf Helmut Schmidts Einfluß zurückgeführt. Die Partei ist in München 1982 noch in erster Linie Regierungspartei, die es als vornehmste Aufgabe betrachtet, Kanzler Schmidt den Rücken zu stärken.

Die Kontinuität dieser SPD-Position reicht bis zum Kölner Parteitag 1983. Auch hier wird ausschließlich die Frage der Stationierung der Mittelstreckenraketen thematisiert. Die Grundlagen, auf denen unter anderem der NATO-Beschluß gefaßt wurde, das Gleichgewichts- und Abschreckungsdenken, die Annahme, die Warschauer Vertragsorganisation sei konventionell und — seit der Stationierung der SS 20 — auch nuklear auf dem Feld der Mittelstrecken in Europa überlegen, werden nicht hinterfragt. Hierin liegt die eigentliche Kontinuität der Parteitage bis Köln 1983. Dabei spielt keine Rolle, daß der Kölner Parteitag die Stationierungsfrage betonte, um die Abkehr der SPD vom Stationierungsbeschluss zu rechtfertigen. Auch dort stellten die Delegierten noch fest, daß die Genfer Verhandlungen nur durch den NATO-Doppelbeschluss, »insbesondere auch durch den persönlichen Einsatz von Helmut Schmidt«, ermöglicht wurden. Die Verhandlungen seien aber ergebnislos verlaufen, und angesichts des Bonner Regierungswechsels müsse die SPD davon ausgehen, daß nunmehr die Stationierung beginnen würde.

Erstmals klingt sehr verhalten Kritik an der amerikanischen Regierung an, allerdings nur im Zusammenhang mit Formulierungen wie »die ungenügende Bewegung beider Supermächte«. Da nicht alle Möglichkeiten für einen Verhandlungserfolg genutzt seien, müsse man nun gegen die Stationierung stimmen. Der fehlende Verhandlungserfolg und Zweifel am Willen der beteiligten Supermächte, ihn herbeizuführen, bleiben somit auch in der Debatte auf dem Kölner Parteitag zentraler Begründungskontext für die Veränderung der bisherigen Beschlußlage. Lediglich Egon Bahr erwähnt in seiner Rede bereits die Perspektive, »die Strategie der nuklearen Abschreckung zu ersetzen« und die damit zusammenhängende Notwendigkeit, eine neue Strategie für die NATO zu entwerfen (Protokolle, S.96). Die Debatte blieb aber aus.

III. Der Essener Parteitag

Gerade an der Frage des Abschreckungssystems deutet die *Debatte* des Essener Parteitages eine neue Qualität der innerparteilichen Sensibilität in Sachen Sicherheitspolitik an. Dem mehrfach überarbeiteten Leitantrag 259 des Parteivorstandes unter dem bezeichnenden Titel »Für eine neue Strategie des Bündnisses« standen zwei Initiativanträge (I8 und I17) gegenüber, die von Parteilinken eingebracht und als Alternative zum Antrag 259 verstanden wurden. Konrad Gilges, der für die Antragsteller des I17 sprach, hob die Halberzigkeit des Vorstandsantrages hervor und bezog dies in erster Linie auf das Verhältnis zur NATO-Strategie bzw. zu ihrer notwendigen Änderung, die unumstritten war. Gilges

bezeichnete die eindeutige Ablehnung der NATO-Strategie der flexible response, die auf Abschreckung beruht, als Qualitätssprung des Initiativantrags gegenüber dem Leitantrag, der noch auf der heute gültigen NATO-Strategieinterpretation aufbaue: »Wir sagen, daß die jetzige NATO-Strategie auf der Grundlage des HARMEL-Berichtes es nicht zuläßt, eine neue Strategie aufzubauen. Die alte Strategie muß weg, damit eine alternative Strategie aufgebaut werden kann. (...) Die gültige Strategie der Abschreckung beruht auf der Notwendigkeit der nuklearen Eskalation. Weil wir die nukleare Eskalation nicht wollen, muß diese gültige Strategie fallen.« (Protokolle, S. 228)

Im Problem des Verharrens im Abschreckungsdenken als Paradigma bundesdeutscher Sicherheitspolitik liegt das zentrale Konfliktfeld der innerparteilichen Auseinandersetzung über den Essener Parteitag hinaus. Der Parteitag hat das Verdienst, diesen Streitpunkt auf den Tisch gebracht und öffentlich gemacht zu haben.

Abschreckung beruht auf der Vorstellung, daß der Gegner im Falle eines Angriffes ein so hohes Risiko eingehen würde, selbst vernichtet zu werden, daß er von einem Angriff von vornherein absieht. Maßstab für die Glaubwürdigkeit der Abschreckung sind die militärisch-technischen *Fähigkeiten* beider Seiten, nicht jedoch ihre politischen Absichten. Man geht vom schlimmsten Fall aus (worst case), fragt also, was *kann* der Gegner? und nicht, was *will* der Gegner? Die eigene Bewaffung wird entsprechend ausgerichtet und muß immer den tatsächlichen oder vermuteten technischen Möglichkeiten der anderen Seite mindestens entsprechen. Die Beurteilungen, ob dies der Fall ist oder nicht, ist politischen Kalkülen unterworfen, die veränderbar, jedenfalls nicht objektivierbar sind. Dies ist das Dilemma des Gleichgewichtsbegriffs schlechthin, der mit der Abschreckung eng verknüpft ist. Vor dem Hintergrund des waffentechnologischen Fortschritts hat das Abschreckungssystem deshalb lediglich Aufrüstung zur Folge. Die Aufrechterhaltung der Abschreckung birgt somit eine Dynamik in sich, die jeden Versuch der Abrüstung zum Scheitern bringen muß. Die Tatsache, daß selbst auf dem Höhepunkt der Entspannung zwischen den Blöcken keine Erfolge bei Rüstungskontrollgesprächen erzielt wurden, beweist dies.

Im Essener Parteitagsbeschuß wird selbst davon gesprochen, daß ein neues Sicherheitskonzept von der nuklearen Abschreckung wegführen müsse (VI). Dieser Satz sollte nicht schon deshalb stirnrundelnd beiseite geschoben werden, weil er die Ablehnung auf die Nuklearwaffen beschränkt. Zwar ist diese Beschränkung schon allein angesichts der technischen Entwicklung der verniedlichend »konventionell« genannten Waffensysteme nicht gerechtfertigt. Aber in der Debatte auf dem Parteitag wurde auf dieses Problem hingewiesen. Es ist eine der vielen ungelösten Fragen der Debatte. Hier bietet sich ein Ansatzpunkt für die notwendige innerparteiliche Auseinandersetzung, weil hier bereits ein Problembewußtsein bei der Mehrheit der Delegierten vorhanden ist. Zur Erinnerung: der Berliner Parteitagsbeschuß von 1979 klingt noch ganz anders: »Der Verhandlungsbereich von SALT III muß durch die Einbeziehung der nuklearen Mittelstreckensysteme ausgeweitet werden, *um damit die Einheit der Abschreckung zu erhalten* ...« (Hervorhebung von mir, C.R.)

Es hat also — aus welchen Gründen, sei dahingestellt — eine Sensibilisierung in der SPD und eine Qualifizierung in diesen Fragen gegeben, die immerhin zu einem Streit in der Debatte des Essener Parteitages geführt hat. Als Beispiel für das Dilemma in der Standortfindung der Partei zur Frage der Abschreckung sei Egon Bahr angeführt. Er versuchte, mit dem Widerspruch zwischen Verharren im Abschreckungsgedanken einerseits und der Forderung nach Abrüstung, Sicherheitspartnerschaft und defensiver Verteidi-

gungsstruktur andererseits klarzukommen, indem er — bedrängt von Argumenten gegen die widersprüchlichen Aussagen des Leitetrags — einen Ausweg in die Rhetorik suchte: »Abschreckung heißt, notfalls so stark zu sein, daß man den anderen schlagen kann, und gemeinsame Sicherheit heißt, gemeinsames Risiko oder auch eben insofern gemeinsame begrenzte Sicherheit.« (Protokolle, S.256) Ein Delegierter aus Schleswig-Holstein wies danach auf »die verheerenden psychologischen Folgen für die Auseinandersetzung im Land« hin, die solche verwaschenen Formulierungen mit sich brächten. Tatsächlich dürfte diese Formel keinen Schritt in Richtung auf mehr Glaubwürdigkeit der SPD in der Sicherheitspolitik darstellen. Gemeinsame Sicherheit bezeichnet eine zwangsläufige Überlebensgemeinschaft mit dem Systemgegner aufgrund der militärischen Fähigkeiten der beiden Militärblöcke. Es ist dasselbe gedankliche Konstrukt wie bei der Abschreckung: es können nur beide überleben oder beide untergehen.

Die Parteitagsdebatte hatte einen weiteren Eckpfeiler in der Frage der konventionellen Rüstung und Umrüstung. Auch hier war die Diskussion ebenso wie der Beschluß widersprüchlich und kontrovers. Zu Recht wies Konrad Gilges daraufhin, daß der Leitetrags 259 eine klare Absage an konventionelle Aufrüstung vermissen lasse. »Es muß klar und eindeutig und unmißverständlich sein, daß die konventionelle Alternative Abrüstung bedeutet, und zwar sofort und jetzt, nicht aber so, wie es in vielen Diskussionen vorgeschlagen und auch im Rodgers-Plan angedeutet wird: erst konventionelle Aufrüstung, dann nukleare Abrüstung, dann konventionelle Abrüstung.« (Protokolle, S.228) Wie durch die Hintertür das Abschreckungsdenken auf dem Gebiet der konventionellen Waffen wieder Einzug gehalten hat, wird in dem Redebeitrag von Erhard Eppler sehr anschaulich. Er vertrat die Überzeugung, es sei »die einzig vernünftige Funktion, die eine bewaffnete Streitmacht für unser Volk in der Mitte Europas und für alle Europäer haben kann, nämlich dazu beizutragen, daß ein Krieg überhaupt nicht ausbricht« (Protokolle S.230). Damit kann jede Rüstungsmaßnahme gerechtfertigt werden. Solange der *Glaube* existiert, Waffen könnten Kriege *verhindern*, kann es eine umfassende Abrüstung nicht geben. Auch der Begriff der konventionellen Umstrukturierung, die der Parteitagsbeschluß fordert, bleibt solange verwaschen, wie nicht konsequent von dem Glaubenssatz der Abschreckungsfunktion von Waffen Abschied genommen wird. Die Delegierte Brigitte Traupe formulierte einen ebenso wichtigen Aspekt desselben Problems: »Man soll bei der Unterscheidung von Defensivwaffen und Offensivwaffen vorsichtig sein. Denn manchen würde es hervorragend ins Konzept passen, die hübschen babies, die vor uns stehen, als Defensivwaffen zu definieren und alle zu beschaffen.« (Protokolle, S.281) Wolfgang Amlung brachte es schließlich auf den Punkt: »Abschreckung — auch konventionelle Abschreckung — und Sicherheitspartnerschaft sind unvereinbar. Das, was wir wollen, ist: Ausstieg aus der Abschreckungsstrategie und Einstieg in die Sicherheitspartnerschaft.« (Protokolle, S.237)

Der Klärungsprozeß über den Stellenwert der konventionellen Rüstung hat erst angefangen. Dies gilt nicht nur für die innerparteiliche Debatte, die nicht losgelöst vom Problembewußtsein der bundesdeutschen Öffentlichkeit gesehen werden kann. Aber Eile tut not. Katrin Fuchs wies nachdrücklich darauf hin, daß im Verteidigungsausschuß über *konkrete* Beschaffungsvorhaben abgestimmt werden muß (Protokolle, S.264). Was das bedeutet, sagte Wolfgang Amlung: »Die konventionelle Verteidigung der Bundesrepublik kann eben auch nur ihre Vernichtung bedeuten, insbesondere dann, wenn wir sehen, was an Modernisierungsmaßnahmen bei konventionellen Waffen geschieht. Es stehen Waffen zur Einführung an, die zwar noch konventionell genannt werden, die aber in ihrer

Wirkungs- und Zerstörungskraft schon längst mit Nuklearwaffen vergleichbar sind.« (Protokolle, S.237) — Klarere und qualifiziertere Positionen zur Frage konventioneller Rüstung und Rüstungsbeschaffung sind Voraussetzung für die Entwicklung politischer Strategien. Ein solcher »praktischer« Vorschlag vom Bezirk Ostwestfalen-Lippe zu den Rüstungsausgaben wurde wegen seiner möglichen »Signalwirkung« (Hans Apel) nicht beschlossen. Ostwestfalen-Lippe hatte beantragt, die Rüstungsausgaben auf dem Stand des SPD-Haushaltsvorschlages aus dem Jahre 1983 festzuschreiben und damit einzufrieren. Statt dessen beschloß der Parteitag, daß die Rüstungsausgaben den *Anteil* des Verteidigungshaushaltes am Gesamthaushalt entsprechend der '83er Vorlage nicht überschreiten dürfe. Dies heißt im Klartext, daß der Verteidigungshaushalt mit der Zunahme des Gesamthaushaltes weiter steigen kann.³

IV. Schlußbemerkung

Die Debatte auf dem Parteitag hat mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben. Die Fragen zur neuen sicherheitspolitischen Standortbestimmung der Partei sind drängend. Es ist zu begrüßen, daß sie aufgeworfen wurden. Im nächsten Schritt sollte aber deutlich gemacht werden, daß Antworten gefunden werden müssen, die für die reale Umsetzung in sozialdemokratische Politik von Bedeutung sind. Dies gilt für die Arbeit der Bundestagsfraktion, insbesondere im Hinblick auf den Verteidigungsausschuß. Dies gilt aber auch für die Partei als organisierende Kraft in der Friedensbewegung, die an sich den Anspruch stellt, alternative sicherheitspolitische Konzepte als Teil einer gesellschaftlich umfassenden Friedenspolitik zu entwickeln. Die Durchsetzung wichtiger Positionen durch die Linke und ihr offensives Auftreten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Parteirechte sich nur solange zurückhält, wie die *Umsetzung* der Programmatik in reale Politik unberücksichtigt bleibt. Bestes Beispiel auf dem Parteitag: das Thema Rüstungsausgaben. — Die Kompromisse auf dem Parteitag, die in den verabschiedeten Leitantrag eingegangen sind, haben nur dann eine (im Wortsinne!) fortschrittliche Funktion, wenn sie eine Dynamik in Gang setzen, die es der Partei ermöglicht, gemeinsam an den Widersprüchen und Ungereimtheiten weiterzudiskutieren und zu lernen, sowie alles zu tun, um mit Beschlüssen Signalwirkung zu erzielen. Die weitestmögliche Integration von vor noch gar nicht langer Zeit unversöhnlichen Flügeln in der SPD zur Sicherheitspolitik ist — das sollte man fairerweise unterstellen — das Anliegen von Erhard Eppler und Peter von Oertzen gewesen, als sie sich für den Vorschlag stark machten. Aber der Sinn dieser Integration muß sich erst noch erweisen: läuft es auf eine Befriedung von Unruhestiftern in den eigenen Reihen hinaus oder kann auf dieser Grundlage innerparteilich ein Klima geschaffen werden, das kollektive Lernprozesse ermöglicht, die die SPD zu einer Friedenskraft werden läßt?

Die Debatte ist eröffnet. Alle sind aufgerufen, 'sich an ihr zu beteiligen.

Anmerkungen

- 1 Manfred Wörner im Spiegel Nr.23 v. 4.6.84.
- 2 So zum Beispiel ein internes Papier des Arbeitskreises Abrüstung, Frieden und Internationales der Grünen im Bundestag. Zitate aus der Parteitagsdebatte sind dem Wortprotokoll des SPD-Parteitages vom 3. Tag, Samstag, den 19. Mai 1984, entnommen. Der endgültige Beschluß zur Sicherheitspolitik ist zu beziehen im Erich-Ollenhauer-Haus und veröffentlicht in der Reihe »Politik« Nr.5 v. Juni 1984.
- 3 In der offiziell vom Erich-Ollenhauer-Haus verschickten Version der Essener Beschlüsse zur Friedenspolitik ist *fälschlicherweise* die Fassung des OWL-Antrags 260 als Beschluß abgedruckt. Vgl. jedoch Protokolle S.287.

Christoph Butterwegge

Otto Bauer — ja bitte! Aber welcher?

Austromarxismus-Rezeption und Richtungskämpfe der Jungsozialisten

Über die Frage, ob man sich mit Otto Bauer und dem Austromarxismus beschäftigen soll — und wenn ja, wie? —, gibt es unterschiedliche Meinungen innerhalb der Juso-Linken. Meine Warnungen vor einer (unkritischen) Rezeption des Austromarxismus und einem »Bauer-Boom« bei den Jungsozialisten scheinen Früchte getragen zu haben, sonst würde Uli Schöler sich nicht über mangelndes Interesse der Basis beklagen und mir wohl kaum eine ganze Broschüre widmen.¹ Darin polemisiert Schöler gegen Kritiker der Bauer-Renaissance, schlägt jedoch — im Unterschied zu Michael Krätkes Pamphlet, das demselben Zweck diene² — oberhalb der Gürtellinie. Die Auseinandersetzung, hinter der sich unterschiedliche Staats- und Demokratiebegriffe verbergen, ist also sachlicher geworden, ohne ganz frei von Überspitzungen zu sein.

Schölers Austromarxismus-Rezeption beschränkt sich im wesentlichen auf die Schriften *Otto Bauers*, ohne dessen Scheitern damit in Verbindung zu bringen, und blendet sein politisch-praktisches Schaffen ebenso aus wie die Flügelkämpfe innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie. Wer nicht über Bauers Rolle im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen Reformisten (um *Karl Renner*) und Linksozialisten (um *Max Adler*) reden will, sollte vom Austromarxismus schweigen. Schließlich war Bauer, wie sein Schüler und Biograph Otto Leichter berichtet, ein Parteiführer, »der zeit seines Lebens versuchte, in der Mitte zwischen politischen Extremen zu bleiben, der eine Synthese von Gegensätzen zustande bringen wollte. Mag sein, daß in einer Zeit der politischen Polarisierung innerhalb und außerhalb der Arbeiterklasse dieses Ziel nicht zu verwirklichen war. Möglicherweise gab es auch in keiner praktisch-politischen oder theoretischen Frage eine genaue Mitte, doch Bauer war vom 'Zentrismus' beherrscht.«³

Bauers moralische Integrität steht außer Frage, ebenso wie seine Autorität als sozialistischer Theoretiker, die sich in Bemühungen manifestierte, das wissenschaftliche Erbe (der Klassiker) des Marxismus zu verwalten, diese Lehre auf den zeitgenössischen Kapitalismus anzuwenden und schöpferisch weiterzuentwickeln. Die Brillanz vieler Analysen Bauers darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie häufig Legitimationsfunktion besaßen, Fehleinschätzungen und -entscheidungen der SDAP-Führung nachträglich rechtfertigten. Schölers Bauer-Rezeption bleibt oberflächlich, weil sie diesen Aspekt geflissentlich übersehen und so tut, als habe es keine Entwicklungsphasen seines Werkes gegeben, die mit großer Skepsis zu betrachten sind. Bauers Radikalisierung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, seine »Amtszeit« als Außenminister im Kabinett Renner bzw. als Oppositionsführer und das selbstkritische Spätwerk müßten sauberlich voneinander geschieden werden, um ein treffendes Gesamtbild zu bekommen.

Max Adler, den Hauptrepräsentanten des österreichischen Linksozialismus, läßt Schöler — sicher nicht zufällig — links liegen. Obwohl Schöler ihm einen seiner Lieblingbegriffe verdankt (»dritter Weg«), wird Adler als toter Hund behandelt und kein einziges Mal zitiert. In der Weimarer Republik haben sich die Jungsozialisten (des *Hannoveraner Kreises*) ganz bewußt Max Adler statt Otto Bauer zugewandt, ihn zum Mitherausgeber ihrer Schriftenreihe gemacht und als Referenten auf Reichskonferenzen sprechen lassen. »Der Einfluß des Austromarxismus auf die sozialdemokratische Linke in Deutschland wurde vor allem durch Prof. Dr. Max Adler vermittelt.«⁴ Eine Beschränkung auf Bauer mag im

Rahmen einer vergleichenden Theoriengeschichte, die Gramscis Hegemonietheorie als Bezugspunkt wählt⁵, sinnvoll sein, wird jedoch weder dem großen Gedankenreichtum des Austromarxismus noch seiner politisch-ideologischen Bandbreite gerecht. Wenn die Austromarxismus-Rezeption der Juso-Linken an Breite und Tiefe gewinnen soll, muß Adler, den man nicht wie Bauer »von links nach rechts« und »von rechts nach links« lesen kann, zumindest ergänzend berücksichtigt werden.

Weil Schöler Positionen, die ihm nicht in den Kram passen, wie etwa Max Adlers Kritik an Otto Bauers Stellung zur Staatsfrage (Demokratie und/oder Diktatur des Proletariats), einfach totschweigt, wirkt seine Pose des Linkspluralisten, der im Grabenkrieg mit marxistisch-leninistischen Dogmatikern liegt, sie zur offenen Feldschlacht herausfordert und Krokodilstränen darüber vergießt, daß die Kritiker des »Bauer-Kults« ihre Bedenken nur hinter vogelhaltener Hand äußern, wenig glaubwürdig. Als wüßte Schöler nicht, wie schwer es für Kritiker seiner Rezeptionsrichtung war und ist, in der Juso-Öffentlichkeit Gehör zu finden! In der Alltagspraxis bleibt vom pluralistischen Anspruch vieler (Juso-)Linker leider wenig übrig, wie die Geschichte rücksichtslos ausgetragener Richtungskämpfe lehrt. Die Methode, wie man sich zum Garanten der geistigen Vielfalt aufschwingt und marxistische Konzeptionen ausgrenzt, hat Klaus Holzkamp treffend beschrieben:

»Aus dem Umstand, daß die vermeintliche 'Öffnung' des Marxismus in Richtung auf viele 'Marxismen' in Wirklichkeit eine Immunisierung des jeweils eigenen 'Marxismus' gegen marxistische Kritik bedeutet, versteht sich, daß im Zuge der Polemik, in der dies vorgetragen wird, öfter der Schwerpunkt vom Inhalt auf die Form der Auseinandersetzung verschoben wird, man so den harschen Umgangston der marxistischen 'Dogmatiker' als Ausdruck ihrer Alleinvertretungs-Anmaßung moniert und dem gegenüber etwa eine 'Diskussionskultur' in Anschlag bringt, die einem selbst eigen ist und derer man sich gefälligst zu befleißigen habe, wenn man irgend Aussicht beansprucht, als Gesprächspartner akzeptiert zu werden.«⁶

Wer sich auf die geschilderte Art unangreifbar zu machen sucht, unterscheidet sich von den befehdeten »Gralschützern des Marxismus-Leninismus« lediglich dadurch, daß er die Maske des sozialdemokratischen Biedermanns trägt und sein Geschäft, mißliebige Meinungen auszuschalten, im Namen des Pluralismus verrichtet. Schöler reduziert den Marxismus auf eine *Methode* der Gesellschaftsanalyse (157), wobei er sich auf Bauer beruft, der in seinem Artikel »Marx als Mahnung« schrieb: »Alle Wissenschaft ist nichts anderes, kann nichts anderes sein als Sammlung, Ordnung, Bearbeitung von Erfahrungen.«⁷ Max Adler hat in der Auseinandersetzung mit Karl Renners empiristischem Wissenschaftsbegriff darauf hingewiesen, daß ungezählte Generationen die Erfahrung des zur Erde fallenden Steins machten, ohne das Gravitationsgesetz zu entdecken, und daß es eines theoretischen Impulses (Newtons Idee der Massenanziehung) bedurfte, um diese Tatsache erklären zu können. »Was Erfahrung und was Tatsache ist, ist immer nur von einer Theorie her zu bestimmen, und die 'Erfahrungen' werden nicht seltener durch die Theorie umgestaltet als diese durch die Erfahrung.«⁸ Marx und Engels haben sich nicht nur der dialektischen Methode bedient, sondern auch ein *theoretisches* Fundament geschaffen, das sich bis heute als tragfähig erweist. Damit sich uns die Fülle neuer Erfahrungen im Zeitalter des Systemgegensatzes zwischen Kapitalismus und Sozialismus erschließt, muß der Doppelcharakter des Marxismus als Theorie *und* Methode hervorgehoben werden. Zwar gibt es unterschiedliche Richtungen (wenn man so will: Denkschulen) des Marxismus, aber ihre Ansätze zur Erklärung und Veränderung der sozialen Wirklichkeit haben nicht gleichermaßen recht. — Mit dem Austromarxismus, genauer: der einseitigen Auslegung seiner Schriften, wird handfeste Fraktionspolitik gemacht. Der wissenschaftlichen Rekonstruk-

tion des Austromarxismus ist diese Instrumentalisierung für Richtungskämpfe sicher wenig förderlich. Demgegenüber möchte mein Diskussionsbeitrag Leer- und Schwachstellen des Austromarxismus sowie Alternativen seiner Rezeption aufzeigen. Schölers Versuch, mich unter Rückgriff auf überholte Arbeiten in die Ecke des marxistisch-leninistischen Dogmatikers zu drängen, ist zum Scheitern verurteilt. Da ich selbst zu denjenigen gehöre, die sich »bestimmten Teilen der Leninschen Weiterentwicklung des Marxismus verweigern«, verfallen solche Denkansätze mitnichten der Ausgrenzung oder Ablehnung, wie Schöler behauptet (157).

Die Habilitationsschrift, an der ich arbeite, befaßt sich mit dem Thema »Austromarxismus und Staat. Politiktheorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen«. Mich nach meinen jüngsten Forschungsergebnissen zu fragen wäre besser gewesen, als sich an Vorarbeiten zu reiben, die dem Erkenntnisstand des Verfassers nicht mehr entsprechen. Den mit Fleiß geführten Nachweis, daß ich meine Ausgangsposition zur Austromaxismus-Rezeption im Laufe der Zeit modifiziert habe, hätte sich Schöler schenken können. Aus diesem Lernprozeß habe ich nämlich nie ein Hehl gemacht. Umgekehrt wird, wer Schölers Ausführungen mit früheren Lobliedern (seines Lehrers) vergleicht⁹, zugeben, daß die Anfangseuphorie der Verehrer Bauers bei den Jungsozialisten größerer Nüchternheit gewichen ist.

Zunächst hielt ich nicht viel von einer Austromarxismus-Renaissance, die mir als Marotte oder Manie einer akademischen Minderheit, als geistesgeschichtliche Nostalgie und taktisches Ablenkungsmanöver erschien. Schließlich drohte die Beschäftigung mit Bauer teilweise auf das Niveau eines Fan-Clubs herabzusinken, der Personenkult um sein Idol betreibt, ohne sich einen Rest kritischer Distanz zu bewahren. Nur als Reaktion darauf ist übrigens das von Schöler (153) kritisierte Tragen von Plaketten mit der Aufschrift »Otto Bauer — nein danke« zu verstehen.

Schon bald faszinierten mich jedoch die Schriften österreichischer Sozialisten der Zwischenkriegszeit, und die folgenden Ausführungen zeigen hoffentlich, daß ich Vorurteile revidiert habe und heute den Wert einer (kritischen) Austromarxismus-Rezeption im Rahmen der Staatsdiskussion durchaus zu würdigen weiß.

Theorie und Praxis des Austromarxismus

Der Schlüssel zum Verständnis des Austromarxismus liegt in der Herstellung des strukturellen Zusammenhangs zwischen seiner Theorie und Praxis. Die Fachdiskussion über das Verhältnis von Theorie und Praxis im Austromarxismus beherrschen zwei miteinander konkurrierende Deutungsmuster: Einheit und Widerspruch. Sozialdemokratische Hausgeschichtsschreibung und in der Tradition Trotzki stehende Historiker behaupten, die Parteipraxis habe mit der Theorie des Austromarxismus weitgehend übereingestimmt, sei es, weil sie deren konsequente Verwirklichung, sei es, weil sie die Grundlage für eine Legitimationsideologie war. »Theorie war Rechtfertigung der radikalen Passivität.«¹⁰

Rechtssozialdemokratische und kommunistische Kritiker des Austromarxismus verweisen hingegen auf die Kluft zwischen Verbalradikalität und praktischer Untätigkeit (Attentismus). »Der Austromarxismus ist als politische Theorie an dem Versuch der Herstellung der Einheit von Theorie und Praxis, als politische Bewegung am Fehlen des revolutionären Willens, das im Widerspruch zu der deklamierten revolutionären Phase stand, gescheitert.«¹¹ Während Norbert Leser, von dem dieses Zitat stammt, die (pseudo-)revolutionäre Theorie der Austromarxisten für ein Hindernis praktischer Reformpolitik hält, werfen ihnen die Marxisten-Leninisten Opportunismus vor, der durch massenwirksame

Kampfparolen verborgen geblieben sei. »Austromarxismus ist Widerspruch zwischen Wort und Tat, zwischen Theorie und Praxis.«¹² Bruno Frei macht an dieser Stelle allerdings den Fehler, das Wort der sozialdemokratischen Parteiführer mit ihrer Theorie gleichzusetzen, obwohl beide sich nicht immer deckten, sondern teilweise auseinanderfielen. Sonntagsreden sind etwas anderes als Gesellschaftsanalyse und Parteistrategie.

Beide Paradigmen (Einheit bzw. Widerspruch zwischen Theorie und Praxis des Austromarxismus) enthalten ein Körnchen Wahrheit, sind jedoch allein außerstande, das komplexe Wechselverhältnis zwischen programmatischem Anspruch und Parteiwirklichkeit zu erklären. Theorie erfüllte im Austromarxismus eine Doppelfunktion: Sie war einerseits Handlungsanleitung für Gegenwart und Zukunft, andererseits Rechtfertigung früherer Untätigkeit, falscher Einschätzungen und politischer Fehlentscheidungen. Aus der Verknüpfung von Instruktions- und Legitimationsfunktion ergab sich die für den Austromarxismus charakteristische Ungleichzeitigkeit zwischen Theorie und Praxis. Dieser Verspätungseffekt führte dazu, daß die Austromarxisten ihre Strategiemodelle beinahe regelmäßig »im falschen Moment« entwickelten, weil die Analyse hinter der aktuellen Situation herhinkte. Beispielsweise klassifizierte Bauer Österreich erst als »Bourgeoisrepublik«, nachdem der staatliche Repressionsapparat am 15. Juli 1927 eine Arbeiterrevolte in Wien blutig niedergeschlagen hatte, und seine Konzeption eines »integralen Sozialismus« wurde, so wichtig sie war, nicht im Kampf gegen den aufsteigenden Heimwehrfaschismus, sondern erst entwickelt, als sich die Dollfuß-Diktatur etabliert und den Widerstand der Arbeiterbewegung im Bürgerkrieg (Februar 1934) gebrochen hatte.

Die österreichische Sozialdemokratie unterschied sich von ihren Schwesterparteien in der SAI nicht zuletzt dadurch, daß sie ihr Scheitern (Novemberrevolution 1918/19, Sieg des Faschismus) reflektierte und durch Aufhebung in der Theorie bewältigte. Gleichwohl oder gerade deswegen war die Politiktheorie des Austromarxismus ein retardierendes Moment seiner Praxis. Sie nahm den Widerspruch zwischen Wort und Tat, Parteipropaganda und Pragmatismus in sich auf, um Legitimationsmuster für die handelnden Personen zu liefern. Prinzipien und Alltagspraxis des Austromarxismus klaffen nur dann auseinander, wenn man seine Tagespolitik mit Theorien/Transformationsstrategien konfrontiert, die zu einem früheren Zeitpunkt oder gleichzeitig konzipiert wurden. Die parteioffiziellen bzw. -offiziösen Strategiemodelle nutzten sich wegen der zweifachen Aufgabenstellung ihrer Argumentationsmuster schnell ab und wurden ständig modernisiert, woraus der vielbewunderte Theorienreichtum des Austromarxismus resultiert.

Schöler bestreitet, daß Bauer bzw. der Austromarxismus gescheitert ist, und führt den 12. Februar 1934 als Beweis dafür ins Feld, daß die österreichische Sozialdemokratie dem Faschismus Widerstand geleistet, nicht bedingungslos kapituliert habe (155). Das Argument klingt überzeugend und hinkt nur insofern, als die Februarkämpfe gegen den erklärten Wunsch Bauers ausbrachen, weil sich der Linzer Schutzbundführer und oberösterreichische Landespartei sekretär Richard Bernaschek seinem Befehl widersetzte und zu den Waffen griff, obwohl sich die SDAP-Führung weigerte, den Generalstreik auszurufen und die Dollfuß-Diktatur mit Gewalt zu stürzen. »Die Kämpfe, die die Arbeiter Österreichs und vor allem Wiens im ungünstigsten Augenblick ohne Führung und strategisches Konzept aufnahmen, gleichsam als Folge eines Disziplinbruchs, bedeuteten das Fiasko der verfehlten, den eigenen programmatischen Äußerungen nicht gerecht werdenden Strategie der österreichischen Sozialdemokratie.«¹³ Die Februarkämpfe waren ein Schlag ins Gesicht der zaudernden Parteispitze, was weder Bauer daran hinderte, sie als Erfolg seines Wirkens zu verbuchen, noch Schöler, diese Geschichtsklitterung nachzubeten. Bauers Selbst-

kritik blieb zunächst oberflächlich und gestand nur *taktische* Fehler ein, ohne die tieferliegenden Gründe für das Debakel des Austromarxismus zu berühren.¹⁴

Wenn es beispielhafte Praxisfelder des Austromarxismus gab, dann die Kommunalpolitik der Bundeshauptstadt. Schöler glorifiziert den Wiener Gemeindewohnbau (157) unter Berufung auf Alfred Georg Frei¹⁵, ohne die Grenzen einer fortschrittlichen Kommunalpolitik zu bestimmen und die Kompensations- bzw. Integrationsfunktion des Roten Wien (Problem des »Hineinwachsens« der Arbeiter in den bürgerlichen Staat¹⁶) zu erwähnen. Der Widerspruch, daß die Austromarxisten 1918/19 auf den Trümmern der Donaunarchie eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie mit der Begründung errichteten, Österreich biete keinen geeigneten Rahmen für grundlegende Gesellschaftsveränderungen nach dem Muster der Oktoberrevolution (Lehre von der Unmöglichkeit des Sozialismus in einem *kleinen* Land), sich aber Wunderdinge in seiner Hauptstadt zutrauten, kommt nicht zur Sprache. Dem in der ganzen Welt Bewunderung erweckenden Aufbauwerk des Roten Wien täte es wahrlich keinen Abbruch, Klarheit darüber herzustellen, daß die sozialdemokratische Kommunalpolitik durch ihre Erfolge Illusionen nährte, den Kapitalismus auf dem Reformwege überwinden zu können!

Staat, Gewalt und Hegemonie

Das Kardinalproblem des Austromarxismus, seiner Grundsatzdiskussionen und strategischen Konzeptionen war die Eroberung der Staatsmacht. Die Frage, wie der Machtwechsel und die sozialistische Umwälzung zu verwirklichen sind, war zugleich die Achillesferse des Austromarxismus. Es gehört zu Bauers größten Verdiensten, die Bedeutung der Integrationsmechanismen des bürgerlich-parlamentarischen Staates herausgearbeitet zu haben. In seinem Artikel »Kapitalherrschaft in der Demokratie« untersuchte Bauer die Beziehungen zwischen herrschender Klasse und »politischer Kaste«, mit deren Hilfe jene ihre Macht ausübt. Die Umsetzung von Kapitalinteressen in staatliche Politik führte er auf Fraktionierungstendenzen innerhalb der Bourgeoisie, die finanzielle Abhängigkeit des Staatsapparates und geistige Überlegenheit (Eingliederung der Beherrschten durch Ideologien, wie etwa die der »Volksgemeinschaft«) zurück¹⁷. Ein halbes Jahr, nachdem die Wiener Polizei am 15. Juli 1927 fast hundert Menschen erschossen hatte, beantwortete Bauer die Frage, wie und warum das Bürgertum auch unter den Bedingungen einer parlamentarischen Demokratie herrscht, mit der Feststellung: »Darin liegt eben der Fortschritt der Republik gegenüber der Monarchie, daß früher die Macht der herrschenden Klassen gegründet war auf Privilegien und Vorrechten, gegründet war auf der Gewalt ihrer Armee, und daß heute die Herrschaft der Bourgeoisie nur noch [!] gegründet ist auf dem geistigen Einfluß auf die Massen.«¹⁸

Bauers Verabsolutierung der »Herrschaft über die Köpfe und Gehirne« ging Hand in Hand mit seiner Neigung zur Idealisierung der (bürgerlichen) Demokratie. »Die Demokratie läßt den Klassenkampf durch den Stimmzettel entscheiden, durch das Votum der Mehrheit der Wähler, und das heißt durch die Mehrheit des Volkes. Und darum wird unvermeidlich jeder Kampf um die politische Macht, solange er sich unter den Formen und den Bürgschaften der Demokratie vollzieht, zu einem Kampf um die Seele der Mehrheit des Volkes.«¹⁹ Bauer beging den Fehler, politischen und ideologischen Kampf gleichzusetzen, die parlamentarische Mehrheit mit Erringung der Staatsmacht zu verwechseln. Demgegenüber unterschied Max Adler Machtgewinne im Staat und die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bzw. seine (sozialdemokratische) Partei. Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Koalitionspartnern schloß Adlers Postulat, die Staatsgewalt zu

erobern und sich nicht mit Machtgewinnen im Bourgeoisstaat zu begnügen, aus: »Es handelt sich bei dieser Forderung nicht um Gewinnung bloß größerer Macht im Staate, um neben oder gar mit den 'Herren von Grund und Boden und vom Kapital' den Staat mitzuregieren, sondern um den Staat gegen sie zu beherrschen und schließlich ganz von ihnen zu befreien, wodurch er aber aufhört, Staat zu sein, und in die klassenlose Gesellschaft übergehen wird.«²⁰

Mehrfach wies Max Adler darauf hin, daß Demokratie nicht Gewaltfreiheit bedeutet. »Nicht jede Gewalt ist 'undemokratisch'. Eine Gewalt, die bewirkt, daß die staatliche Ordnung in größere Übereinstimmung mit der tatsächlichen gesellschaftlichen Interessenschichtung gebracht wird, ist ja nur ein Instrument für die größere Verwirklichung der Demokratie.«²¹ Berücksichtigt man diese Überlegungen, erscheint der Begriff des »demokratischen Weges zum Sozialismus« mißverständlich, wenn nicht fragwürdig, genauso wie seine Kennzeichnung mit einer Zahl. Daß in einem hochentwickelten Industriestaat Westeuropas, wie etwa der BRD mit ihrem überdimensionierten Repressionsapparat, Putschtaktiken fehl am Platz sind, versteht sich ohnehin von selbst. Schöler baut einen Popanz auf (161), um darauf einschlagen zu können: Meinen Äußerungen zu unterschieben, mir schwebte die russische Oktoberrevolution als Modell der Transformation des Staates vor, ist absurd.

Bauers Feststellung, daß geistige Fäden entscheidend dazu beitragen, Unterdrückte an ihre Unterdrücker und deren Staat zu binden, ist richtig und wichtig, nur nicht neu. Ohne Gramscis Verdienste schmälern zu wollen, muß konstatiert werden, daß die Wurzeln der Hegemonietheorie bis zur »Deutschen Ideologie« zurückreichen, wo Marx und Engels die geistige Dominanz der herrschenden Klasse aus den Produktions- bzw. Eigentumsverhältnissen ableiten.²² Die Hegemonie der Bourgeoisie wurzelt in der Ökonomie und ist mit der politischen Macht eng verbunden. Deshalb dürfen die ideologische Unterwerfung, Formen der Bewußtseinsmanipulation und Konsensfindung genausowenig verabsolutiert werden wie die Mechanismen der materiellen Integration (Sozialleistungen) und der physischen Repression: »Die herrschenden Klassen haben nie bloß durch die Gewalt geherrscht; sogar die absolutistischen Träger der Staatsgewalt haben sich doch noch als Diener des Staates bezeichnet oder als die Vormünder des Volkswohles.«²³ Umgekehrt hat aber auch keine Klasse der Weltgeschichte ihre Herrschaft lediglich auf geistige Potenzen gestützt. Die meisten Austromarxisten unterschätzten die Rolle der Gewalt im Klassenkampf. Bauers vergeistigter Demokratie- und Machtbegriff resultierte aus seiner Angst vor dem Griff zur Waffe: »Seit dem November 1918 war unsere ganze Politik durch das Prinzip bestimmt, alles bis zum Äußersten daranzusetzen, um den Bürgerkrieg zu vermeiden.«²⁴ Paul Levi, Wortführer der SPD-Linken und Herausgeber der Zeitschrift »Sozialistische Politik und Wirtschaft«, kritisierte die österreichische Schwesterpartei, weil sie, bedingt durch ihr Bürgerkriegstrauma, die Gewaltlosigkeit zum Prinzip erhob, was er als »Freibrief für die Bourgeoisie« betrachtete: »Sie braucht nur den Bürgerkrieg zu wollen, und sie hat, was sie will, auch ohne Bürgerkrieg.«²⁵

Die Transformationsstrategie des Austromarxismus übersah, daß sich der Stärke des Arguments das Argument der Stärke hinzugesellen muß. In einem Staat, der weniger Soldaten als die Sozialdemokratie Schutzbundsmänner unter Waffen hatte, bestanden gute Chancen, mit Hilfe dieser Gegenmacht mehr zu erreichen. Bauers Devise »Nicht die Köpfe einschlagen, die Köpfe gewinnen!«²⁶ war gut; besser wäre gewesen, sich rechtzeitig zu überlegen, was der Kampf um die Köpfe nützt, wenn Faschisten und Staatsgewalt keine Scheu haben, sie einzuschlagen. Wie drückte sich Wolfgang Abendroth auf dem Braker

Seminar 1980 aus? »Das Problem der Gewalt existiert, so lange es den Staat gibt. Es bleibt auch bestehen, wenn wir eine parlamentarische Demokratie mit rechtsstaatlicher Basis unter die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer Interessen stellen. Auch dann haben wir durchaus Gewalt anzuwenden und müssen uns dessen bewußt sein, denn es gibt immer wieder konterrevolutionäre Gewalt, zum Beispiel ganz aktuell das Problem des Neofaschismus, gegen den die Staatsmacht zur Zeit recht wenig tut. Die Gewalt des Klassengegners wird es auch in anderen Formen immer geben, gegen die staatliche Gewalt unter der Hegemonie der Arbeiterklasse auch von uns eingesetzt werden müßte.«²⁷

Die Tragik des Austromarxismus bestand darin, daß sein beinahe kategorischer Imperativ der Gewaltlosigkeit die Staatsgewalt auf den Plan rief und das Proletariat wehrlos gegenüber der bewaffneten Reaktion machte. Das Scheitern der österreichischen Sozialdemokratie liegt nicht zuletzt darin begründet, daß sie die Dialektik des proletarischen Emanzipationskampfes verkannte, seinen Doppelcharakter, Befreiungsakt *und* Niederringung des Klassengegners zu sein, außer acht ließ. Um die Hegemonie des Bürgerblocks brechen und die Macht ergreifen zu können, hätte der Austromarxismus die Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur des Proletariats (Grundaxiom bürgerlicher Staatsideologie) vermeiden, seine Fixierung auf den Parlamentarismus ablegen und die außerparlamentarische Kraft der Arbeiterklasse in die Waagschale werfen müssen.

Perspektiven der Austromarxismus-Diskussion

Die Rezeption des Austromarxismus bei den Jungsozialisten reproduziert einen gut Teil seiner Erkenntnisdefizite, statt an positive Seiten der sozialdemokratischen Theoriengeschichte anzuknüpfen. So häufig Schöler den Begriff »dritter, demokratischer Weg zum Sozialismus« gebraucht, so wenig Gedanken macht er sich über den undemokratischen Rückweg zum Kapitalismus und darüber, wie die Arbeiterbewegung ihn versperren kann. Der Austromarxismus beantwortete die Gewaltfrage im Sinne eines bürgerlich-demokratischen Notwehrrechts gegenüber Verfassungsfeinden, die den Mehrheitswillen mit Waffengewalt durchkreuzen und außer Kraft setzen wollen. War diese Antwort der Sache wirklich angemessen und ausreichend, um der in- und ausländischen Reaktion Paroli zu bieten, und welche Sicherungen gegen bewaffnete Übergriffe gäbe es in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation? Wäre die Friedensbewegung als Bollwerk gegenüber dem Faschismus ein Garant der Rechtsstaatlichkeit?

Soll die Beschäftigung mit dem Austromarxismus kein linksintellektuelles Glasperlen-spiel sein, muß sie über Bauers begrenzten Erfahrungshorizont hinausblicken. Gleichwohl könnte sein Ansatz für die Anforderungen der Gegenwart aufbereitet und entsprechend nutzbar gemacht werden. Beispielsweise wäre es möglich, unter Rückgriff auf den Austromarxismus Berührungspunkte gegenüber Kommunisten abzubauen, die seinem Denken zwar nicht fremd, aber schwächer ausgeprägt waren als innerhalb der Gegenwartssozialdemokratie. Zum Entwurf eines Programms, das auf dem Linzer Parteitag 1926 einstimmig verabschiedet wurde, erklärte die »Arbeiter-Zeitung«, Zentralorgan der SDAP, »daß wir vorurteilslos vieles vom Bolschewismus gelernt und übernommen haben; so vor allem die Lehre von der 'Hegemonie des Proletariats', von der Aufgabe des Proletariats, unter seiner Führung alle werktätigen Volksklassen zu sammeln. Das Programm zeigt in seiner Darstellung des Überganges von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft, wie unsere Vorstellungen von diesem Übergang durch die Erfahrungen der großen russischen Revolution, durch ihre Irrtümer, aber auch durch ihre Erfolge geklärt worden sind.«²⁸

Im Linzer Programm, das die Anwendung diktatorischer Mittel für den Fall vorsah, daß

die Bourgeoisie der Machtergreifung des Proletariats durch Liquidierung der Demokratie zuvorkomme oder den Sozialismus durch konterrevolutionäre Umtriebe zu stürzen versuche²⁹, erreichte der Austromarxismus seine »klassische« Reife. Der Unterschied gegenüber Marx, Engels und Lenin bestand darin, daß die Austromarxisten in ihrer Mehrheit nicht den (Staatstyp des) Sozialismus als proletarische Klassendiktatur auffaßten, sondern eine Staatsform, die ausnahmsweise — bei Übergriffen der Reaktion — an die Stelle der Demokratie treten soll. Wie schillernd der Hegemoniebegriff des Austromarxismus war, zeigt die Tatsache, daß er von der SDAP-Linken zur innerparteilichen Kampfformel umfunktionierte und gegen Anpassungstendenzen der Spitzenfunktionäre gewendet wurde: »Wer, wenn auch aus mitleiderregenden Motiven, sich verleiten läßt, die Grundlagen, auf denen unsere Kampfkraft beruht, preiszugeben, der wird erfahren müssen, daß sich die in Wahrheit klassenbewußte Arbeiterschaft noch die Hegemonie in ihrer eigenen Partei zu erobern wissen wird, die ihr allein zusteht.«³⁰

Der Austromarxismus ist eine herausragende Strömung des Linkssozialismus, die sich durch ihr Scheitern nicht selbst desavouiert hat, jedoch kritisch, das heißt unter Berücksichtigung ihrer Janusköpfigkeit, Brüche und Widersprüche, rezipiert werden muß. Als 1918/19 grundlegende Gesellschaftsveränderungen auf der Tagesordnung des Klassenkampfes standen, wickelte Bauer mit dem Hinweis auf die drohenden Schwierigkeiten (Eingreifen der Entente, Lebensmittelnot) aus; als sich die Austrofaschisten 1934 ff. fest etabliert hatten und nicht einmal Demokratisierungsbestrebungen duldeten, rief er im revolutionären Überschwang nach der Diktatur des Proletariats. Bei Bauer finden sich Stellen, wo er gegen die Bolschewisten wettete, genauso wie Äußerungen, wo er sie als Klassenbrüder bezeichnet und die Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt rückt.

Die große Chance, durch Rezeption des Austromarxismus antisowjetische Ressentiments zu überwinden und der Bedrohungslüge (einer »Gefahr aus dem Osten«) mit Bauer-Zitaten entgegenzutreten, wurde bislang nicht genutzt. Obwohl Bauer 1918 prophezeite, daß die Oktoberrevolution aufgrund der industriellen und kulturellen Rückständigkeit Rußlands zum Scheitern verurteilt sei, beschwor er das Prinzip des proletarischen Internationalismus und übte Solidarität: »Gegen die Bourgeoisie, die die Bolschewiki mit den Verleumdungen ihrer Presse und mit den Bajonetten ihrer Soldaten bekämpft, müssen wir uns an die Seite der Bolschewiki stellen, denen wir verbunden sind und verbunden bleiben durch die internationale Gemeinschaft der Klasseninteressen des Proletariats und durch das gemeinsame Ideal des Sozialismus.«³¹ Bauer blieb ein Freund der Sowjetrepublik, verfolgte ihre Entwicklung mit Aufmerksamkeit und ließ sich selbst durch den Stalinschen Terror nicht irremachen. Je hoffnungsloser die Lage der mitteleuropäischen Arbeiterbewegung im Abwehrkampf gegen den Faschismus wurde, um so mehr Hoffnungen setzte er in die UdSSR. Bauer erkannte, wie eng das Schicksal des Weltsozialismus mit dem Gelingen des sowjetischen Experiments verbunden war: »Wenn das ungeheuer große Land, wie wir hoffen wollen, der Welt die Möglichkeit einer Gesellschaftsordnung ohne Kapitalisten zeigen wird, die Möglichkeit einer planmäßigen gesellschaftlichen Produktion, dann würde das die Kraft des Sozialismus in der ganzen Welt vervielfachen, so daß er dann überall siegen könnte.«³² Übrigens gewinnen Bauers Warnungen vor einer militärischen Intervention der kapitalistischen Staaten im Zeitalter nuklearer Präzisionsraketen, Erstschlagkapazitäten und Enthauptungsstrategien neue Aktualität.

Aus den Schriften des Austromarxismus lernen kann man nur, wenn sein Scheitern damit in Verbindung gebracht wird, was Schöler nicht tut. Statt dessen wird Wolfgang Abendroth durch aus dem Zusammenhang gerissene Zitate als Kronzeuge für die eigene

Bauer-Interpretation vereinnahmt, seine differenzierte Position bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Wen Abendroth wohl gemeint haben mag, als er von einer *unkritischen* Bauer-Renaissance abriet?³³ Entscheidend ist schließlich die Frage, ob der Boom des Austromarxismus die Juso-Praxis befruchtet, unberührt läßt oder zurückwirft.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Schöler, Ulrich, 1984: »Otto Bauer — nein danke?« Austromarxismus und historische Bezüge für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten, Berlin/W., Bremen, hier zit. nach: *spw* 23 (1984), S.153ff. Seitenangaben beziehen sich auf diesen Artikel.
Zur Broschüre zwei Klarstellungen: Schöler erklärt mich zum Befürworter eines Einparteiensystems im (Übergang zum) Sozialismus, weil ich den Pluralismus ablehne. Dabei wirft er Pluralismus (Bestandteil der bürgerlichen Staatsideologie, wonach alle gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt und -rangig an der Willensbildung des Repräsentativstaates mitwirken) und Pluralität (die natürlich gewährleistet sein muß) durcheinander. Außerdem wird mir unterstellt, ich wolle den Bruch mit der SPD. Tatsächlich habe ich nach dem Bennecker-Ausschluß nur gefordert, den Bruch mit der SPD zu »thematisieren« und zu diskutieren, ob die Jungsozialisten als selbständiger Jugendverband bessere Wirkungsmöglichkeiten hätten. Nie habe ich auch nur einem einzigen Sozialdemokraten geraten, die Partei zu verlassen, weil ich die Mitarbeit von Marxisten in der SPD nach wie vor für unerläßlich halte, mich selbst als marxistischer Sozialdemokrat verstehe und seit der »Wende« meine Wiederaufnahme betreibe.
- 2 Vgl. Krätke, Michael, 1980: Die Vernichtung des Austromarxismus. Der jüngste Akt eines alten Trauerspiels, in: *spw* 7, S.73ff., sowie die Replik: Christoph Butterwege: Marxismus und/oder Austromarxismus? In: *spw* 8 (1980), S.87ff.
- 3 Leichter, Otto, 1970: Otto Bauer. Tragödie oder Triumph. Wien, S.226.
- 4 Drechsler, Hanno, 1965: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan, S.28.
- 5 Vgl. z.B. Albers, Detlev, 1983: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus, Berlin/W.
- 6 Holzkamp, Klaus: »Aktualisierung« oder Aktualität des Marxismus? Oder: Die Vorgeschichte des Marxismus ist noch nicht zu Ende, in: Albers, Detlev, u.a. 1983: Aktualisierung Marx'. Argument-Sonderband 100, S.62.
- 7 Bauer, Otto: Marx als Mahnung. Zu Marxens vierzigstem Todestag. In: Werkausgabe (BWA), Bd.9, S.49.
- 8 Adler, Max, 1981: Praktischer oder unpraktischer Klassenkampf. In: Ausgewählte Schriften, hrsg. v. Alfred Pfabigan und Norbert Leser (MAAS), Wien, S.250
- 9 Vgl. z.B. Albers, Detlev, 1979: Otto Bauer und die Konzeption des »Integralen Sozialismus«. In: ders. u.a. (Hrsg.): Otto Bauer und der »dritte« Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt/M., New York 1979, S.28ff.
- 10 Burian, Wilhelm, 1974: Reform ohne Massen. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie seit 1918, Wien/München, S.68. Vgl. auch Kulemann, Peter, 1979: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg³, S.31.
- 11 Leser, Norbert, 1968: Der Austromarxismus als Theorie und Praxis. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3, S.498.
- 12 Frei, Bruno, 1980: Otto Bauer und der Eurokommunismus. In: Das Argument 119, S.90f.
- 13 Schunck, Almut, und Hans-Josef Steinberg: Mit Wahlen und Waffen. Der Weg der österreichischen Sozialdemokratie in die Niederlage. In: Huber, Wolfgang, und Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.) 1976: Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, Stuttgart, S.481.

- 14 Vgl. Bauer, Otto: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und seine Wirkungen. In: BWA, Bd.3, S.955ff.
- 15 Vgl. Frei, Alfred Georg, 1984: Rotes Wien. Austromarxismus und Arbeiterkultur, Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919-1934, Berlin/W..
- 16 Vgl. z.B. Wandruszka, Adam, 1977: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedikt, Heinrich (Hrsg.): Geschichte der Republik Österreich, München, S.464
- 17 Vgl. Bauer, Otto: Kapitalsherrschaft in der Demokratie. In: BWA, Bd.9, S. 202ff.
- 18 Ders.: Der Klassenkampf in der Demokratie. In: BWA, Bd.6, S.472.
- 19 Ders., 1926: Das neue Parteiprogramm. Referat, gehalten auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs in Linz, 30. Oktober bis 3. November, in: BWA, Bd.5, S.405.
- 20 Adler, Max: Über das Prinzip der proletarischen Politik. In: MAAS, S.264.
- 21 Ders., Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung. In: ebd., S.214.
- 22 Vgl. Marx, Karl, und Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophen in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. In: MEW, Bd.3, S.46ff.
- 23 Adler, Max, 1927: Die Verveständigung der Staatsmacht. Über marxistische Staatsauffassung. In: Der Klassenkampf 5, S.133.
- 24 Bauer, Otto: Kritiker links und rechts. In: BWA, Bd.9, S.153.
- 25 Levi, Paul, 1927: Die österreichische Krise. In: Sozialistische Politik und Wirtschaft 42, S.2. Levi äußerte sich auch über den Grund, weshalb die Schüsse der Wiener Polizei am 15. Juli 1927 den Austromarxismus unvorbereitet trafen: »In Österreich ward die Demokratie zum Kult gemacht« (ebd., S.1).
- 26 Siehe Bauer, Otto: Die österreichische Revolution. In: BWA, Bd.2, S.855.
- 27 Abendroth, Wolfgang, 1981, in: Linke Sozialdemokraten und bundesrepublikanische Linke. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen. Beiträge zum Bielefelder Seminar der *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* — *spw* und des Bezirksvorstandes der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe, 30.10.-2.11.1980, *spw*-Sonderheft 3, S.151f.
- 28 Ein neues Parteiprogramm, in: Arbeiter-Zeitung v. 8.8.1926, S.2.
- 29 Vgl. Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs, beschlossen vom Parteitag zu Linz am 3. November 1926, in: Sandkühler, Hans Jörg, und Rafael de la Vega (Hrsg.) 1970: Austromarxismus. Texte zu »Ideologie und Klassenkampf« von Otto Bauer u.a., Frankfurt/M., Wien, S.384f.
- 30 Duczynska-Polony, Helene, 1927: Zum Wiener Parteitag. In: Sozialistische Politik und Wirtschaft 43, S.4.
- 31 Bauer, Otto (Heinrich Weber): Die Bolschewiki und wir. In: BWA, Bd.8, S.931.
- 32 Ders., Der Fünfjahrplan. Vortrag. Gehalten am 9. Mai 1931 in Wien. In: BWA, Bd.6, S.550.
- 33 Vgl. Abendroth, Wolfgang, 1980: Renaissance des »klassischen« Austromarxismus. In: Deppe, Frank, u.a. (Hrsg.): Marxismus und Arbeiterbewegung. Josef Schleifstein zum 65. Geburtstag, Frankfurt/M, S.105 (nachgedruckt in *spw* 8).

Ingrid Petersen-Buggisch

Frauenarbeit bei den Jungsozialisten

Auf dem letzten Juso-Bundeskongreß ist die Quotierung beschlossen worden. Ursache für diesen Beschluß war die Erkenntnis, daß auch in der Juso-Organisation Frauen wenig zu sagen haben. Trotz Belebung der Frauenthemen auch bei den Jusos fällt es auf, daß eine breite Auseinandersetzung mit der Frauenfrage als integraler Bestandteil sozialistischer Politik kaum stattfindet. Immer noch fehlt eine theoretische Grundlage für Frauenarbeit von marxistischen Jungsozialisten, die gemeinsam erarbeitet worden wäre. Somit ist Frauenarbeit auch weiterhin ein Reservat von Frauen geblieben. Für die Jusoarbeit bleibt es vorerst beim Anspruch, Frauenarbeit als integralen Bestandteil sozialistischer Politik zu betrachten. — Diese Haltung sozialistischer Organisationen hat ihre Geschichte! Nicht nur Clara Zetkin (vgl. Dokumentation des Berliner Antrags) mußte sich Vorwürfe gefallen lassen, auch Alexandra Kollontai kam in Konflikt mit der Parteiführung, als sie die Gründung autonomer Frauenabteilungen in der Partei vorschlug. Als sie gar 1919 den Vorsitz der tatsächlich geschaffenen Frauenabteilung übernahm, waren viele Genossen mit ihrer Arbeit nicht einverstanden und warfen ihr vor, »militante Feministin« zu sein. Gleichzeitig kam der Vorwurf, daß ihr wohl die Befreiung der Frau mehr gelte als die Parteidisziplin. — Der Vorwurf des Feminismus muß auch heute noch vielfach als Begründung für eine ablehnende Haltung zur Frauenarbeit erhalten. Gerade Marxisten tun sich schwer daran, eine offene Diskussion um feministische Positionen zu führen. Bezeichnenderweise gibt es kaum eine Diskussion in der Bundesrepublik um die Frage des Verhältnisses von Feminismus und Marxismus. Die folgenden Ausführungen sind ein Versuch, diese Diskussion anzuzuregen!

Feminismus — Sozialismus

Ausgangsposition für Marxisten in der Frauenfrage war immer die Position, daß die untergeordnete Stellung der Frau ein »Nebenwiderspruch« innerhalb des »Hauptwiderspruchs« zwischen Kapital und Arbeit sei. Insofern läßt sich die Frauenfrage auch nicht geschlechtsspezifisch lösen, sondern letztlich nur durch eine Umgestaltung der kapitalistischen Klassenverhältnisse in eine sozialistische klassenlose Gesellschaft (vgl. Menschik, 1971). Damit blieb der Vorrang des Klassenkampfes vor der Lösung der Frauenfrage bei Marxisten unangefochten. Karl Marx hat sich in seiner Analyse nie mit der Frauenfrage als solcher beschäftigt. Seine Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems bildet aber die Grundlage zur sozialistischen Frauenemanzipationstheorie von Friedrich Engels, Clara Zetkin und August Bebel. Sie »... sehen die Bedeutung des Privateigentums als Ursache der Versklavung von Arbeiter und Frau in der Vergangenheit und Gegenwart und ordnen so die Frauenemanzipation der Arbeiterbewegung zu und sehen ihre Verwirklichung nur durch den Sieg des Sozialismus garantiert.« (Menschik, 1971)

Demgegenüber lehnen Feministinnen die sozialistische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft als unvollkommen oder sogar falsch ab. Sie analysieren die Ursachen der gesellschaftlichen Unterdrückung der Frau als Ausdruck des Patriarchats. Gemessen am marxistischen Anspruch hat der Feminismus keine eigene Theorie. »Man kann Feminismus nicht als Theorie, als Denkgebäude fassen, wohl aber als Grundstruktur des Bewußtseins.« (Schenk, 1983) Politik wird an den Bedürfnissen der einzelnen, das heißt an den subjektiv erfahrenen Problemen orientiert. Begriffe wie Identität, Selbstverwirkli-

chung, Selbstbestimmung haben im feministischen Verständnis Vorrang. Eine Abschaffung der Frauenunterdrückung ist für Feministinnen nur durch die Abschaffung der Geschlechterunterdrückung erreichbar, das heißt, sie greifen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie auf. Ihr Grundsatz lautet, »das Private ist politisch«. Vor diesem Hintergrund ist auch die kritische Stellungnahme der Mainzer Juso-Frauen zur bisherigen marxistischen Analyse der Frauenfrage zu verstehen:

»Lange haben wir unreflektiert die bürgerliche Auffassung der Trennung eines gesellschaftlich-politischen und eines privaten unpolitischen Lebens übernommen, eine Trennung, die auch in unserer Organisation nicht hinterfragt wird. Dabei werden die Auswirkungen des kapitalistischen Ausbeutungs- und Entfremdungssystems bis hinein in die ganz persönlichen zwischenmenschlichen Beziehungen allenfalls abstrakt erörtert, in die politische Praxis schon überhaupt nicht mit einbezogen. Hier hat die Frauenbewegung, die mit ihrer Arbeit stets an der persönlichen Betroffenheit ansetzt (§ 218, Frauenhäuser, Notrufstellen etc.) und damit eine eminent politische Arbeit geleistet hat, wichtige Anstöße gegeben.« (AKE der Mainzer Jungsozialisten, 1984)

Zu Recht weisen die Berliner Jungsozialisten in ihrem jüngsten Beschluß der Landesdelegiertenkonferenz zum Bereich Frauenarbeit darauf hin, daß die Befassung mit den Aspekten der *Geschlechter*unterdrückung nicht heißt, daß die *Klassen*unterdrückung von Frauen im Kapitalismus ausgeblendet wird. Gerade das kapitalistische Wirtschaftssystem baut auf der besonderen Ausbeutung der Frau auf, ihrer geringen Entlohnung und ihrer »Pufferfunktion« als industrielle Reservearmee. Mit dieser richtigen Feststellung wird nur allzu häufig vergessen, daß die Abschaffung des Privateigentums nicht automatisch die Abschaffung der Frauenunterdrückung mit sich bringt.

»Am deutlichsten sichtbar ist dies in der Sowjetunion, wo ja 90% der Frauen Lohnarbeit verrichten, ihre Aufgabe daneben als Hausfrau aber merkwürdig viel Ähnlichkeit mit der von Hausfrauen im kapitalistischen System hat. Und auch in allen westlichen kapitalistischen Ländern sieht es so aus, daß Berufstätigkeit von Frauen in erster Linie eine doppelte Aufgabe im Alltag bedeutet. Die Schablone von der Frau als Hausfrau bleibt sogar dort weiter bestehen, wo sowohl Mann als auch Frau einen Beruf ausüben.« (Meulenbelt, 1982)

Für die Lösung der Frauenunterdrückung heißt das, daß weder ein Steckenbleiben im »Privaten« hilfreich ist, diese vielmehr einer gesamtgesellschaftlichen Lösung im Wege steht. Noch ist eine Reduzierung des Frauenproblems auf den »Nebenwiderspruch« akzeptabel. Konsequenz aus diesen Überlegungen ist es, daß Sozialismus ohne Feminismus und Feminismus ohne Sozialismus in der Lösung der Frauenunterdrückung undenkbar ist. Als Marxist/innen sollten wir offen sein zu fragen, inwieweit wir den feministischen Ansatz für unsere Arbeit und damit auch unsere Theorie nutzen können. Ein Lernprozeß ist notwendig.

Marxisten und der Reproduktionsbereich

Mit der These, daß der Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit liegt, wird in der marxistischen Analyse ausgesagt, daß Hausfrauen keine ökonomische Funktion haben. Die von Hausfrauen geleistete Arbeit ist damit ohne Bedeutung für die Produktionssphäre, das heißt sie ist nicht produktiv im Sinne von Schaffung von Mehrwert, denn Hausfrauen begeben sich mit ihrer Arbeitskraft nicht in Lohnabhängigkeit. Marxisten (Bebel, Zetkin, Engels u.a.) sahen die Lösung des Problems »Hausarbeit« darin, daß die Frau mit zunehmender Industrialisierung in den Produktionsbereich eintritt und gleichzeitig die Hausarbeit vergesellschaftet wird. Friedrich Engels schreibt dazu:

»Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem, gesellschaftlichem Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt. Und dies ist erst möglich geworden durch die moderne große Industrie, die nicht nur Frauenarbeit auf großer Stufenleiter zuläßt, sondern förmlich nach ihr verlangt, und die auch die private Hausarbeit mehr und mehr in eine öffentliche Industrie aufzulösen strebt.« (Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates)

Festzustellen ist aber, daß Frauen weiterhin Hausarbeit leisten und die Erwartung einer Vergesellschaftung bis heute nicht erfüllt ist. Auch weiterhin wird in unserer Gesellschaft eine strikte Teilung vorgenommen: auf der einen Seite der Produktionsbereich, für den die Männer zuständig erklärt werden, und auf der anderen Seite die Frauen, deren Zuständigkeit der Reproduktionsbereich sein soll. Die Aufhebung dieser Teilung ist ein wesentlicher Bestandteil zur Überwindung der Unterdrückung der Frau. Eine ökonomische Unabhängigkeit der Frau ist unverzichtbarer Bestandteil des Emanzipationskampfes.

Die ökonomische Unabhängigkeit der Frau löst jedoch nicht das Problem der Doppelbelastung. In unsere Betrachtungen ist deshalb miteinzubeziehen, welche Funktion die Familie in unserer Gesellschaft hat.

»Die Privatheit ist eine Ideologie, mit deren Hilfe geschlechts-, kultur- und klassenspezifische Strukturen unserer Gesellschaft aufrechterhalten und reproduziert werden. Die kostenlose Reproduktionsleistung ist eine wichtige Funktion der Kleinfamilie für die kapitalistische Gesellschaft.« (AKE Mainz)

Anja Meulenbelt führt die Frage, warum die Vergesellschaftung der Hausarbeit nicht vollzogen worden ist, auf die Art und Weise zurück, wie sie organisiert ist. »Hausarbeit ist notwendig, um den Produktionsprozeß fortzusetzen, aber solange Hausfrauen in der Lage sind, die Wiederherstellung der Arbeitskraft täglich und generationsweise fortzusetzen, ist dem Kapitalisten gleichgültig, wie viele Arbeitsstunden sie darauf verwendet, ob sie effizient arbeitet, ob sie gute Hilfsmittel dafür zur Verfügung hat.« (Meulenbelt, 1982) Die Erkenntnis, das Geschlechterverhältnis als Teil der Produktionsverhältnisse zu begreifen, bedeutet Hausarbeit als Teil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse anzuerkennen und als eine Bedingung für ihr Funktionieren zu betrachten. Dies bedeutet jedoch längst nicht, daß es die Familie gibt, weil es das Kapital so will.

»Die Familie existiert auch, weil es die Menschen selbst so wollen ... Unterdrückung besteht nicht allein aus dem Zwang, sondern auch aus der Verlockung. Verinnerlichte Unterdrückung macht uns beeinflusbar, und eine Analyse, die lediglich in polit-ökonomischen Begriffen die gesellschaftlichen Strukturen erfaßt, kann nicht erklären, warum sich anscheinend Menschen in ihre Unterdrückung fügen.« (Meulenbelt, 1982)

Aufgaben und Probleme der Frauenarbeit bei den Jungsozialisten

Aus den oben gemachten Ausführungen ergibt sich, daß eine ökonomische Unabhängigkeit der Frau auch weiter zum unverzichtbaren Bestandteil unseres Kampfes gehört. Der Kampf um eine tägliche Arbeitszeitverkürzung ist dabei von hoher Bedeutung. Deutlich geworden ist aber auch, daß sich unsere Arbeit nicht nur an der Forderung nach der Berufstätigkeit der Frau ausrichten kann. Feministische Gedanken in die Arbeit einzubeziehen, hat zur Folge, in der Frauenfrage dem Sozialismus nicht Allheilkraft zuzubilligen.

»Sicher müssen Klassenunterschiede innerhalb der autonomen Frauenbewegung ebenso erkannt werden wie patriarchalische Trennungen in der Linken. Es geht nicht darum, das eine dem anderen unterzuordnen oder das eine Problem in der Vorstellung, daß das andere automatisch folgen wird, zuerst zu lösen.« (Dietrich, 1984)

Hinzu kommt, daß bei einer realistischen Einschätzung der Lage der erwerbstätigen Frau angesichts von Krise und Massenarbeitslosigkeit ein weiterer Rückgang der Erwerbstätigkeit der Frauen zu befürchten ist. Immer mehr Frauen werden in die Hausfrauenrolle zurückgedrängt werden. Junge Mädchen werden noch mehr Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Hausfrauen vorzuwerfen, ihre Arbeit sei nicht produktiv, hat keinen Sinn. Statt dessen ist ihre Aktivierung und Politisierung notwendig. Unsere Frage sollte lauten: Wie können wir diese Frauen erreichen und in unsere Arbeit miteinbeziehen? Erkennen müssen wir, daß sich Unterdrückung nicht selbstverständlich in Gegenwehr umsetzt. Unser traditionelles Konzept von politischer Arbeit muß neu überdacht werden. Buci-Glucksmann drückt es so aus, daß es uns gelingen muß,

»gemeinsame Kämpfe zu schaffen und gleichzeitig zuwegzubringen, daß diese kollektiven Kämpfe eine neue Kreativität des Individuums auszudrücken vermögen«.



Michèle Barrett:
Das unterstellte Geschlecht —
Umriss eines materialistischen
Feminismus

Zu den Bereichen Sexualität/
Literatur/Schule/Familie/Staat
240 S., frz. Br. DM 24,-/Ln DM 34,-



Frauenformen 2
Die Sexualisierung der Körper
Erinnerungsarbeit als Methode
weiblicher Forschung: Wie wir uns zu
Frauen formen.

Argument-Sonderband AS 90, 1983
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)

FRAUENFORMEN 2
SEXUALISIERUNG

Harald Mattfeldt

Reglementierung von Frauenerwerbstätigkeit am Beispiel des Nationalsozialismus

I. Einleitung

Der Versuch, mit ideologischen und/oder praktischen Mitteln die Frauenerwerbstätigkeit zu vermindern, ist fast eine gesetzmäßige Begleiterscheinung der Krise. Dies läßt sich sowohl am Beispiel der Weltwirtschaftskrise in der Endphase der Weimarer Republik und im Dritten Reich wie am Beispiel der Bundesrepublik spätestens seit den Anfang der 70er Jahre beginnenden Zyklen zeigen. Lohnabhängig erwerbstätige Frauen sind von der Krise mehrfach betroffen: als potentielle Angehörige der industriellen Reservearmee und als »Spielmaterial« besonderer beschäftigungspolitischer Maßnahmen. Hierin sind sie vergleichbar mit ausländischen Arbeitskräften, denen ebenso wie den Frauen eine »Alternative« zur Arbeitslosigkeit aufgedrängt wird, nämlich das Land, in dem sie bisher als Arbeitnehmer beschäftigt waren, zu verlassen und in ihre »angestammte Heimat« zurückzukehren. Dies schönt die Arbeitslosenstatistik und lenkt, bei gegebener und zunehmender — häufig genug geschürter — Ausländerfeindlichkeit von den eigentlichen Ursachen der Krise ab. Die Entwicklung in der BRD zeigt, daß den Ausländern sogar finanzielle Angebote gemacht werden, damit sie das Land verlassen. Auch hier ließe sich ohne Schwierigkeiten ein Vergleich zu den Frauen ansetzen.¹

Die »Alternative« für die Frau ergibt sich aus ihrem »Doppelcharakter« in unserer Gesellschaft als Arbeitnehmerin und — als (tatsächliche oder potentielle) Ehefrau und Mutter — als Hüterin von Herd und Kindern, ihrer »angestammten« oder »natürlichen« Heimat. Der männliche Arbeitnehmer besitzt im traditionellen Rollenverständnis keine entsprechende »Beschäftigungsalternative« zur Arbeitslosigkeit. Insofern scheint der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Krise und doppelter Diskriminierung der Frauen in der Krise nur über die herrschenden patriarchalischen Verhältnisse vermittelbar zu sein. Hieraus läßt sich jedoch nicht schließen, daß der besonders stark ausgeprägte Antifeminismus der deutschen Nationalsozialisten allein patriarchalanalytisch und nicht kapitalökonomisch erklärt werden könnte. Wenn wir den Faschismus im wesentlichen begreifen als Herrschaftsform zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise, die zu einem Zeitpunkt einsetzt, zu dem das Funktionieren der privatwirtschaftlichen Kapitalverwertung auf der Grundlage anderer staatlicher Herrschaftsformen nicht mehr gesichert werden kann, ist jede Erscheinung unter dieser Herrschaftsform auch nach ihrer Kapitalrationalität zu hinterfragen. Geschieht dies nicht, so lassen sich viele wesentliche Erscheinungen im deutschen Faschismus (so auch die Judenverfolgung und -vernichtung) nur noch als ökonomisch irrational, das heißt nicht mehr kapitalismustheoretisch, oder nur noch individual- oder sozialpsychologisch erklären.

Eine Diskussion um einen Primat der Ökonomie oder einen Primat patriarchalischer Frauenideologie im Kapitalismus, insbesondere im Dritten Reich, soll hier jedoch nicht geführt werden. Sowohl für die Berechtigung der einen wie der anderen Position bezüglich eines Primats können zahlreiche empirische Beispiele für die Zeit des Dritten Reichs angeführt werden. Dies zeigt aber nur, daß es für diese Frage *keine eindeutige empirische Entscheidungsregel* gibt. Dies gilt insgesamt für die Problemstellung des Primats der Politik bzw. des Primats der Ökonomie in der Faschismusforschung, wobei aus dem Primat der

Politik schnell und unvermutet eine »Hegemonie der Ideologie« werden kann. Die Nazis selbst gehen in ihrem Selbstverständnis immer von einem Primat ihrer politischen Zielsetzungen aus, d.h. von der Annahme, daß sie den von ihnen beherrschten Staat nach ihren politischen Vorstellungen und Zielen umbauen können und, auf der Erscheinungsebene, auch umgebaut haben. Hieraus läßt sich nicht schließen, daß »Nazilogik« im Sinne eines Primats der Politik mit »Kapitallogik« im Sinne eines Primats der Ökonomie unvereinbar sei.

In dieser Weise soll im folgenden der Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ökonomie und Patriarchat gesehen werden. Zumal ja ganz allgemein gilt, daß sich die private Kapitalverwertung immer vorhandener (vorgefundener) oder selbst fabrizierter Diskriminierungen und Spaltungen bei den abhängig Beschäftigten bedient, seien sie rassischer, altersmäßiger, geschlechtsspezifischer oder sonstiger Art, um zum Beispiel über hierauf aufbauende Lohndifferenzierungen ihre Rentabilität zu verbessern. Patriarchalische und ökonomische Verhältnisse können, wenn man diese Unterscheidung überhaupt für analytisch tragfähig hält, sehr wohl ein Bündnis eingehen. Dies schließt nicht aus, daß zwischen patriarchalischer Ideologie und aktueller ökonomischer Entwicklung bzw. Notwendigkeit Widersprüchlichkeiten entstehen können, daß patriarchalische Ideologeme eine auch materielle Eigendynamik entwickeln können, die mit ökonomischen Notwendigkeiten nicht immer synchron laufen und umgekehrt. Unsere Aufgabe wird es sein — unabhängig von der Frage eines Primats — die Reglementierungen der Frauenerwerbstätigkeit im Dritten Reich in der Phase des stärksten Antifeminismus auf dem Arbeitsmarkt, das heißt von 1933 bis ca. 1936, unter ökonomischen Gesichtspunkten einzuschätzen.

II. Faschistische Frauen- und Familienideologie

Im konservativen und faschistischen Denken und politischen Handeln spielen familien- und damit, im herkömmlichen Verständnis, auch frauenpolitische Fragen eine wichtige Rolle. Die Familie war und ist selten der Ort, von dem gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Veränderungen ausgehen. Sie ist vielmehr ein stabilisierender Faktor in allen Gesellschaften und von daher ein Strukturelement des Konservatismus.

Das Familien- und Frauenbild der Nationalsozialisten unterschied sich grundsätzlich nicht von dem konservativer Parteien und Gruppierungen in der Weimarer Republik. Die Verbindung des konservativen Frauen- und Familienauffassung mit der Rassenideologie des Nationalsozialismus bewirkte, daß die Frau nicht wie der Mann als menschliches Wesen mit intellektuellen, psychischen und körperlichen Qualitäten in ihrer Ganzheit gesehen wurde, sondern schon immer reduziert als zukünftige Mutter reinrassiger arischer Kinder und darauf bezogenen gefühlsmäßigen Fähigkeiten.² Die *biologische Definition* der Frau führte dazu, daß ihr »natürliches« Tätigkeitsfeld im häuslichen Bereich angesiedelt wurde. Da auch in den Mädchen lediglich die kommende Mutter und Ehefrau gesehen wurde, sollte die berufliche Ausbildung der Mädchen vorwiegend auf solche Bereiche beschränkt werden, die mit einer späteren Mutterschaft verbunden werden konnten. Die Frau galt im wesentlichen als naturbestimmtes Wesen, deren Wert sich von ihrer Gebärleistung herleitete. Hitler hatte schon in »Mein Kampf« formuliert: »Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein.«³ Und auf dem Nürnberger Parteitag 1936: »Die Welt der Frau ist, wenn sie glücklich ist, die Familie, ihr Mann, ihre Kinder, ihr Heim.«⁴ Herabsetzende Äußerungen über die geistigen Fähigkeiten der Frauen, gemacht von führenden Nationalsozialisten, sind vielfach dokumentiert und gehören ebenfalls zum Antifeminismus der Nazis.⁵ Zwar wurde die Frau öffentlich verbal von den Machthabern

hohiert und, wegen ihrer Mutterschaft, dem Mann gegenüber nicht nur als gleichberechtigt, sondern sogar überlegen hingestellt.⁶ Da die gesellschaftliche Funktion und Wertschätzung der Frau in der nationalsozialistischen Ideologie allein an ihre biologischen Fähigkeiten des Kinderkriegens gekoppelt war, sind solche Äußerungen als Propaganda zu werten. In der Frau wurde, verglichen mit dem Mann, ein minderwertiges Wesen gesehen, daß es »männlich« zu unterwerfen gilt und das den Zielen des nationalen und völkischen Staates als »Fortpflanzungsmaschine« nutzbar zu machen ist, damit die rassistischen, expansionistischen und kriegerischen Zielsetzungen auch verwirklicht werden können.

Allerdings konnten die Nationalsozialisten nicht ganz daran vorbeigehen, daß wegen des hohen Frauenüberschusses und vielfach vorhandener Frauenerwerbstätigkeit schon vor 1933 nicht alle Frauen den »Idealzustand« als Mutter und Hausfrauen objektiv erreichen konnten, zumal viele Frauen die einzigen Ernährerinnen ihrer Familie blieben, sofern die Männer arbeitslos oder aber im Ersten Weltkrieg gefallen waren. Für die alleinstehenden oder berufstätigen Frauen propagierten sie deshalb frauenspezifische Tätigkeiten im Bereich der sozialen, pflegerischen, landwirtschaftlichen sowie erzieherischen Berufe, in denen sie ihre »natürlichen« Fähigkeiten und »mütterlichen Instinkte« einbringen konnten.⁷

Das nationalsozialistische Frauenbild appellierte an vorhandene Wunschworstellungen von der »heilen« Familienwelt bei Männern wie bei Frauen. Die gesetzliche Gleichberechtigung von Mann und Frau und die wirtschaftliche Entwicklung in der Weimarer Republik hatte den Frauen zwar auch erweiterte Möglichkeiten beruflicher Betätigung gebracht, häufig genug aber auch zur verstärkten Doppelbelastung durch Beruf, Familie und Haushalt geführt. Besonders die Krisenzeiten in der Weimarer Republik führten dabei zu hoher psychischer und physischer Belastung, wenn die Frau die einzige in der Familie war, die noch einen Arbeitsplatz hatte.⁸ Die Familienidylleideologie der Nationalsozialisten lenkte in dieser Situation von den aktuellen Problemen der Arbeit und der Politik ab. Die Aufwertung der Schutzfunktion der Familie für das Individuum in ökonomischen und politischen Krisenzeiten wurde von den Nationalsozialisten propagandistisch geschickt genutzt und unterstützt. Die Frau als im wesentlichen biologisch determiniertes und, dazu komplementär, gefühlsbetontes Wesen wurde als »natürliche« Produzentin von Emotionalität und heimeliger Wärme in diese Familienideologie eingepaßt und ließ sich ziemlich widerspruchlos in das vorherrschende Bild der Frau als Ehefrau und Mutter einfügen. Die Frauen- und Familienideologie des Nationalsozialismus hatte nicht nur ablenkende, sondern auch hinsichtlich der politischen und ökonomischen Verhältnisse versöhnende Funktionen, denn »je größer die Ausbeutung der Arbeitskräfte und die Konzentration des Kapitals, je willkürlicher, unüberschaubarer und unverständlicher die staatliche Gewalt, um so wichtiger wurde die vermeintlich komplementäre, tatsächlich versöhnende Funktion des Instituts Familie.«⁹

Diese Ausführungen dürfen aber nicht in der Weise interpretiert werden, daß der NS-Staat die Familie als Rückzugs- und Ausweichort, als politik- und ökonomiefrei tolerierte. Die Eltern nahmen quasi als Delegierte von Staat und Partei den Auftrag wahr, die Kinder im Sinne der Volksgemeinschaftsideologie zu erziehen. Das Sorgerecht konnte entzogen werden, wenn die Eltern zum Beispiel ihren Kindern verboten, der Hitlerjugend beizutreten.¹⁰ Die Aufopferung der Frau in der Familie galt als beispielbildend für die Opfer, die alle für die gemeinsame völkische Sache, falls dies notwendig werden sollte, zu erbringen hatten. In diesem Sinne war die Familienideologie immer auch, als Ur- und Keimzelle der völkischen Gesamtgemeinschaft definiert, nutzbar für die gesamtpolitischen und gesamtökonomischen Zielsetzungen des deutschen Faschismus.

III. Die Beeinflussung der Frauenerwerbstätigkeit in der ersten Phase der wirtschaftlichen Entwicklung im Dritten Reich

Die wirtschaftliche Entwicklung, die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit im Dritten Reich lassen sich in drei Phasen einteilen: die erste Phase stand im Zeichen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, mit deren schnellem und nachhaltigem Erfolg die Legitimierung der nationalsozialistischen Machtübernahme und der weitere Einfluß der NSDAP eng verbunden waren. Die wesentlichen Grundlagen für die Regulierung des Arbeitsmarktes wurden in dieser ersten Phase, die sich von 1933 bis Ende 1936 datieren läßt, gelegt. Die zweite Phase von 1937 bis zum Kriegsbeginn ist die Zeit, die mit dem Zweiten Vierjahresplan beginnt und die den Rüstungsboom und die Vollbeschäftigung bringt. Sie endet mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Dieser läßt sich insgesamt als dritte Phase behandeln. Wir wollen uns hier insbesondere mit der ersten Phase beschäftigen, weil sich hier am ausgeprägtesten Inkongruenzen zwischen Ideologie und Kapitalrationalität zu zeigen scheinen.¹¹

Die nationalsozialistische Frauenarbeitsmarktpolitik in der ersten Phase wird in der Regel als direkter Ausfluß der antifeministischen Naziideologie betrachtet. Die erlassenen Gesetze und Verordnungen im Verein mit der schon geschilderten Frauen- und Familienideologie ergeben ein Bild, das als Versuch der Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt gedeutet werden muß.

Die Auseinandersetzung um die »Doppeldiener« war nicht neu und keine Erfindung der Nationalsozialisten. Schon gleich nach dem Ersten Weltkrieg, im März 1919, wurde in einer Demobilmachungsverordnung bestimmt, daß weibliche Arbeitskräfte entlassen werden sollten, um den aus dem Krieg zurückkehrenden Männern Arbeitsplätze zu verschaffen. Diese Bestimmung hatte die Zahl der weiblichen lohnabhängig Beschäftigten in der Tat erheblich verringert.¹² Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise ab 1929 kam es ebenfalls zu einer Kampagne gegen die weiblichen »Doppeldiener«,¹³ die im »Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten« vom Mai 1932 gipfelte, das eindeutig einen Verstoß gegen den Gleichberechtigungsgrundsatz der Weimarer Verfassung (Art. 109) darstellte. Nach diesem Gesetz konnten Beamtinnen, die verheiratet waren, entlassen werden, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung durch die Einkünfte des Ehemannes gesichert war. Diese von den Kabinetten Brüning und von Papen eröffneten gesetzlichen Möglichkeiten der Diskriminierung von Frauen im öffentlichen Dienst wurden von den Nationalsozialisten erweitert (»Gesetz zur Änderung der Vorschriften auf dem Gebiet des allgemeinen Beamten- und Versorgungsrechts« vom 30.6.1933). Wegen der Proteste aus der Bevölkerung und vor allem Schwierigkeiten bei der praktischen Handhabung dieses Gesetzes kam es jedoch nicht zu einer konsequenten und allgemeinen Anwendung.

Von noch geringerem Erfolg gekrönt war der Versuch, ein Doppeldienerverbot in der privaten Wirtschaft durchzusetzen. Da die Löhne der Frauen im Durchschnitt 25 bis 40 Prozent unter den Männerlöhnen lagen und außerdem die meisten Arbeitsplätze für Frauen in der privaten Wirtschaft nicht ohne Verzögerungen hätten von Männern übernommen werden können (Anlern- und sonstige Ausbildungszeiten hätten keinen nahtlosen Übergang der Frauenarbeitsplätze auf Männer ermöglicht, selbst wenn diese gewollt hätten), hatten die Unternehmer kein Interesse an einem undifferenzierten Doppeldienerverbot. Versuche von Arbeitsverwaltungs- und Parteidiensstellen, ein solches Verbot dennoch im privatwirtschaftlichen Bereich durchzusetzen, hätten nur über massive Eingriffe in die Personalautonomie der Unternehmen zum Erfolg geführt. Dort, wo solche Versuche unternommen wurde, kam es zu entsprechenden Protesten von Unternehmern

und wurden sie von der obersten Parteiführung schnell unterbunden. — Es läßt sich festhalten, daß die Kampagne gegen das Doppelverdienertum, das heißt gegen die lohnabhängige Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen, nur geringe Erfolge im Sinne der Verdrängung von Frauen von ihren Arbeitsplätzen zugunsten arbeitsloser Männer gehabt haben dürfte. Statistisch läßt sich der Erfolg bzw. Mißerfolg dieser Kampagne schwerlich belegen. Versuche einer tatsächlichen Durchsetzung für den Bereich der privaten Wirtschaft sind schon Ende 1933 von der obersten Parteiführung und der Regierung angehalten worden. Als antifeministische ideologische Figur dürfte das Doppelverdienertum allerdings bis heute einige Wirkung auf das Bewußtsein gehabt haben, auch auf das Bewußtsein von Frauen gegenüber ihrer eigenen Erwerbstätigkeit.

Qualitativ erfolgreicher, wenn auch nicht allein als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, sondern gerade auch als Maßnahme zur Verwirklichung nationalsozialistischer frauen- und familienpolitischer Zielsetzungen, war das sogenannte Ehestandsdarlehen. Das »Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit« vom 1. Juli 1933 sah die Gewährung von Darlehen zur Unterstützung von Eheschließungen vor. Zinslose Darlehen zur Anschaffung von Möbeln, Hausrat und ähnlichem bis zu einer Höhe von 1 000 Reichsmark konnten gewährt werden, wenn die Ehefrau vor der Eheschließung berufstätig war und sich verpflichtete, spätestens zum Zeitpunkt der Eheschließung ihre Tätigkeit als Arbeitnehmerin aufzugeben und solange nicht wieder auszuüben, wie der Ehemann nicht arbeitslos und das Ehestandsdarlehen nicht restlos getilgt war. Jede Geburt eines Kindes in einer Darlehenssumme wurde mit der Streichung von 25 Prozent der Darlehenssumme belohnt.¹⁴ Da die höchstmögliche Darlehenssumme von 1 000 Reichsmark dem acht- bis neunfachen Monatslohn eines Industriearbeiters entsprach, dessen Frau nach dem ersten Kind häufig genug ihre Berufstätigkeit entweder unterbrach oder ganz einstellte, bewirkte dieses Darlehen zweifellos eine Steigerung der Heiratsziffern. Das Ehestandsdarlehen strebte neben einer der Naziideologie entsprechenden Reduzierung der Frauenerwerbstätigkeit eine Erhöhung der Geburtenziffern und eine Absatzsteigerung und damit Ankurbelung in den Branchen dauerhafter Konsumgüter an, die von der Wirtschaftskrise besonders in Mitteleuropa gezogen waren. Das Darlehen wurde nämlich nicht in bar ausgezahlt, sondern in Form von Gutscheinen, die zum Bezug der genannten Güterarten berechtigten. In der Zeit von August 1933 bis Januar 1937 wurden ca. 700 000 Darlehenshosen geschlossen, aus denen ca. 500 000 Kinder (ebenfalls bis Januar 1937) hervorgingen.¹⁵

Über den Erfolg bzw. Mißerfolg des Ehestandsdarlehens unter dem Aspekt der Zurückdrängung der Frauenerwerbstätigkeit gibt es unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten. Das sich die Gesamtzahl der in der Zeit von 1933 bis 1936 beschäftigten Frauen erhöht hat, könnte man zu dem Schluß kommen, daß diese Maßnahme, auch gekoppelt mit der Doppelverdienerkampagne, nicht erfolgreich war. Dieser Eindruck wird unterstützt durch die Gegenüberstellung der prozentualen Verminderung der Arbeitslosigkeit bei Männern und Frauen.¹⁶ Danach ist es den Nationalsozialisten gelungen, die relative Bedeutung der weiblichen Erwerbstätigkeit zu verringern.¹⁷ Ob dies ihren ideologischen Vorstellungen ausreichend entsprach, läßt sich nur spekulativ beantworten. Sie werden aber wohl kaum davon ausgegangen sein, daß die Frauen ganz vom industriellen, also im engeren Sinne »nicht frauengemäßen« Arbeitsmarkt verdrängt werden könnten.

Zur Unterstützung der These eines Erfolges des Ehestandsdarlehens in der beabsichtigten Weise sollte auch bedacht werden, daß die verheirateten bzw. kurz vor der Heirat stehenden Frauen ihrer Verdrängung vom industriellen Arbeitsmarkt kaum großen Widerstand entgegengesetzt haben dürften, um nicht als Ehefrau und zukünftige Mutter an den

heimischen Herd zu müssen. Gerade die zweite und dritte Phase der Entwicklung im Dritten Reich geben hierfür Hinweise. In diesen Phasen gab es erhebliche Schwierigkeiten, die Frauen wieder zurück in die Fabriken zu bringen. Ein Hinweis mag hier genügen. Es ist eine unsinnige Vorstellung, anzunehmen, daß die Frauen sich wohlgeföhlt hätten im Bereich eintöniger industrieller Fabrikation. Bei ausreichendem Verdienst des Mannes und keinen alternativen Berufs- und/oder Ausbildungsmöglichkeiten dürften sie den »Arbeitsplatz Haus und Herd« dem der Fabrik vorgezogen haben. Auch von hierher scheint es plausibel, daß das Ehestandsdarlehen, verbunden mit Kinderbeihilfen und Steuervergünstigungen für Familien, sehr wohl eine von den Nazis angestrebte Wirkung gehabt hat. Selbst wenn in dem genannten Zeitraum nicht entsprechend der Zahl der Ehestandsdarlehen in gleicher Höhe Arbeitsplätze, schon gar nicht nur für Männer, freigeworden sein dürften, war das Ehestandsdarlehen zumindest als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ein Erfolg. Darüber hinaus, und darauf wird noch genauer einzugehen sein, half es dabei, die Aufwendungen zur Reproduktion der Gruppe der abhängig Beschäftigten zu vermindern.

Die Nazis waren sich bei ihrer Machtübernahme angesichts der fast sechs Millionen Arbeitslosen gewiß nicht sehr sicher, daß sie in doch relativ kurzer Zeit die Massenarbeitslosigkeit so schnell und erfolgreich würden besiegen können und daß schon ab 1937 die ersten Engpässe auf dem Arbeitsmarkt auftreten würden. Die »praktische« Nutzenwendung ihrer Frauenideologie war daher ursprünglich offenbar längerfristig angelegt. Von daher ist auch die Vehemenz verständlich, mit der sie anfangs immer wieder ihr Frauenbild propagierten.

Neben der Beeinflussung der Frauenerwerbstätigkeit durch Doppelverdienerkampagne und Ehestandsdarlehen sollen kurz noch die Versuche angesprochen werden, die Frauenerwerbstätigkeit auf Hausgehilfinnen- und landwirtschaftliche Tätigkeit auszurichten, das heißt bei den weiterhin erwerbstätigen Frauen eine Veränderung der Inhalte ihrer Tätigkeit zu erreichen. Ziel der Frauenarbeitsmarktpolitik der Nationalsozialisten war ja nicht nur eine Verringerung der Bedeutung weiblicher Erwerbstätigkeit unter quantitativen Aspekten, sondern auch die Änderung der Ausrichtung der weiblichen Erwerbstätigkeit auf die Bereiche Haus- und Landwirtschaft sowie der Wohlfahrts- und Krankenpflege.

Im Verlaufe der Rationalisierungsmaßnahmen der Industrie in den 20er Jahren konnten in zahlreichen industriellen Bereichen mehr und mehr Frauen auf Arbeitsplätzen eingesetzt werden, die bisher den Männern vorbehalten waren. Wegen der geringeren Frauenlöhne war dies für die Unternehmer attraktiv, da kostensenkend und damit gewinnsteigernd. Die geregelten Arbeitszeiten, insgesamt die Arbeitsbedingungen in der Industrie, verglichen mit denen in der Landwirtschaft, wo auch die relativ geringsten Löhne gezahlt wurden, führten dazu, daß viele in der Landwirtschaft beschäftigte Frauen (hier arbeitete der größte Teil der Frauen zu der Zeit) und Männer in die Fabriken abwanderten. Das bewirkte, daß selbst in der großen Depression teilweise Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft herrschte und die dort Verbliebenen noch länger und härter als schon bisher arbeiten mußten. Bezogen auf die Männer hielt dieser Trend weg von der landwirtschaftlichen Lohnarbeit auch im Dritten Reich an.

Der Beruf der Hausgehilfin verlor vor diesem Hintergrund gleichfalls zunehmend an Anziehungskraft. Hier gab es keinen Acht-Stunden-Tag, keinen geregelten Urlaub. Bei Unterbringung im Haushalt des Arbeitgebers waren Hausgehilfinnen ständiger Überwachung und Arbeitsbereitschaft ausgesetzt. Die Entlohnung war ebenfalls vergleichsweise gering.¹⁸ Auf der anderen Seite entsprach gerade die Tätigkeit im Bereich von Land- und Hauswirtschaft dem nationalsozialistischen Frauenbild. Zusammen mit der speziell auf

die Landwirtschaft gemünzten Blut- und Boden-Ideologie und den frühzeitig einsetzenden Autarkiebestrebungen für den Bereich der Ernährung mußte der NS-Staat versuchen, der Landwirtschaft ausreichende und billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Die Hausgehilfentätigkeit bot sich an, um einen Teil der ab Mitte der 30er Jahre auf den Arbeitsmarkt strömenden, wegen der geburtenstarken Jahrgänge nach dem Ersten Weltkrieg zahlreichen Mädchen nach dem Schulbesuch zu absorbieren und sie für den späteren »Naturberuf« auszubilden, für den sie von den Nazis, als Ehefrauen und Mütter, vorgesehen waren. Diese »Ausbildung« in Privathaushalten hatte weiterhin den Vorteil, daß sie für den Staat sehr billig war und keine anderen Ausbildungsstätten geschaffen werden mußten. In den Bereichen der Kranken- und Wohlfahrtspflege gab es keinerlei Mangel an weiblichen Arbeitskräften. Insofern bedurfte es hier auch keiner besonderen Propaganda und sonstigen Reglementierungen.

Die Propagierung des landwirtschaftlichen Bereichs für weibliche Arbeitskräfte war nicht besonders erfolgreich. Selbst gesetzliche Regelungen, die Landarbeiterinnen und Landarbeiter »an die Scholle« zu binden und abgewanderte Landarbeiterinnen etwa zurückzuverpflichten, bewirkten wenig. Auch die Umorientierung des freiwilligen Frauendienstes, der schon 1931 gegründet wurde, auf die Vermittlung von Stellen auf dem Land brachte nicht die gewünschten Erfolge. Die schlechten Arbeitsbedingungen und die geringe Bezahlung in der Landwirtschaft erforderten zur Erreichung der Zielsetzungen die Unterstützung durch Zwangsmaßnahmen. Diese begannen mit der Verkündung des Reichsarbeitsdienstes vom Juni 1935. Im Jahre 1938 wurde dann das Pflichtdienstjahr für alle unverheirateten Frauen bis zum 25. Lebensjahr eingeführt. Es verpflichtete diese Frauen, ein Jahr in der Land- oder Hauswirtschaft tätig zu sein. Allen öffentlichen und privaten Arbeitgebern wurde untersagt, Frauen einzustellen, die ihr Pflichtjahr noch nicht abgeleistet hatten.¹⁹

Diese Maßnahmen staatlicher Arbeitskräftelenkung für die Frauen waren insgesamt wirksam. Hatte die Zahl der Männer, die im Jahre 1933 in der Landwirtschaft beschäftigt waren, die der Frauen noch um 50000 überstiegen, so gab es 1939 schon 800000 beschäftigte Frauen in der Landwirtschaft mehr als Männer. Die Versuche, Frauen die Hausgehilfentätigkeit nahezubringen, waren gleichfalls erfolgreich. Vom Juli 1933 bis Juli 1934 erhöhte sich ihre Zahl von rund 660000 auf ca. 750000, also um 20 Prozent in einem Jahr. Bis Ende 1936 stieg die Zahl der Hausgehilfinnen stetig weiter an auf rund 918000, was einer Steigerung gegenüber der Julizahl von 1933 von 39 Prozent entspricht. Die höchste Zahl der Hausgehilfinnen wurde kurz vor Kriegsausbruch im Juli 1939 mit 1,05 Millionen erreicht. Allerdings muß dazu bemerkt werden, daß die Fluktuation in diesem Berufszweig sehr hoch war.²⁰ In diesem Sinne war die nationalsozialistische Frauenideologie und waren die Versuche des NS-Staates, über sie die Frauenerwerbstätigkeit nachhaltig zu verändern, nicht so wirksam. Für den Bereich der Landwirtschaft und ihren Arbeitskräftebedarf stellte sie zwar eine passende ideologische Position bereit, deren materielle Macht hinsichtlich der angesprochenen Zielgruppe lohnabhängiger Frauen aber gering war. Ohne die propagandistischen und Zwangsmöglichkeiten des NS-Staates wären die Schwierigkeiten der Gewinnung von billigen Arbeitskräften für die Landwirtschaft nicht einmal teilweise behoben worden. Eine billige Ernährungsbasis war aber eine Notwendigkeit, um die auch in der Industrie Beschäftigten preiswert zu ernähren, das heißt auch ihre Löhne entsprechend niedrig halten zu können, damit die hohen Akkumulationsfonds für die Investitionsgüter- und Rüstungsindustrie bereitgestellt werden konnten.

Schon in den bisherigen Ausführungen wurde deutlich, daß nicht etwa allein die natio-

nalsozialistische Frauen- und Familienideologie die treibende Kraft der quantitativen und qualitativen Beeinflussungsmaßnahmen der Nationalsozialisten auf dem Frauenarbeitsmarkt war. Sie können auch nicht auf eine allein patriarchalanalytische Kurzformel einer Verdrängung der Frauen vom industriellen Arbeitsmarkt und dem des öffentlichen Dienstes zugunsten der Männer gebracht werden. Vielmehr waren es ökonomische Interessen, Notwendigkeiten und Zielsetzungen, mit denen sich zahlreiche Reglementierungen erklären lassen. Im folgenden Abschnitt soll etwas allgemeiner auf den Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Versuchen, die Frauen in Krisenzeiten an den eigenen oder fremden Herd zu drängen, eingegangen werden.

IV. Zur Interpretation der Beeinflussung der Frauenerwerbstätigkeit in der Krise

Bei der Bewältigung kapitalistischer Krisen geht es immer auch darum, das gesamte erstellte Nationalprodukt zugunsten der Erhöhung der Rentabilität des privat genutzten Produktivvermögens neu zu verteilen. Deshalb gehören Ökonomisierungsversuche für alle gesellschaftlichen Fonds, die nicht direkt der Rentabilitätsverbesserung dienen bzw. dieser sogar im Wege stehen, zu den typischen Sanierungsstrategien. Der größte gesellschaftliche Fonds, der hierfür zur Verfügung steht, ist der Reproduktionsfonds für die Arbeitskräfte, das heißt immer auch der für die Familien der abhängig Beschäftigten. Hier nun kommt der eingangs schon angesprochene »Doppelcharakter« der weiblichen Arbeitskraft »ins Spiel«.

Bei gegebener geschlechtlicher Arbeitsteilung ist die Frau wesentliche Trägerin der Subsistenzproduktion, das heißt der Verausgabung von Arbeit (als Ehefrau, Hausfrau und Mutter) zur Herstellung konsumtiver Gebrauchswerte im Bereich des Wohnens, Essens, Saubermachens, der Aufzucht und Erziehung von Kindern etc.²¹ Mit zunehmender lohnabhängiger Erwerbstätigkeit der Frauen führt diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zur bekannten kräftezehrenden Doppelbelastung der Frauen, die entweder der Produktion häuslicher Gebrauchswerte Grenzen setzt oder zu Grenzen bei der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft im Bereich der lohnabhängigen Erwerbstätigkeit führt, soll die Reproduktion der Arbeitskraft nicht gefährdet werden. Ein Teil der Subsistenzarbeit kann ersetzt werden dadurch, daß die bisher selbst erstellten Produkte fertig gekauft bzw. Hausgeräte angeschafft werden, die die weiterhin notwendige Hausarbeit erleichtern. Darüber hinaus ist es notwendig, um die Reproduktion von Arbeitskräften während der Erwerbstätigkeit der Frauen nicht zu unterbrechen, Institutionen — häufig gebührenpflichtig für die Benutzer — für die Aufbewahrung der Kinder zu schaffen, wie Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen usw., sobald die Kleinfamilie der vorherrschende Typus geworden ist.

Letzteres trifft für Deutschland für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, spätestens für die Zeit nach 1930 zu.²² Einzelökonomisch, aus der Sicht des einzelnen Haushalts, führt die Lohnarbeit der Frau also nur dann zu einer Erhöhung des Lebensstandards der Familie, wenn ihr Verdienst höher ist als der Aufwand für die von ihr nicht mehr leistbaren Subsistenzarbeiten.²³ Der »psychische Ertrag« einer eigenständigen Erwerbstätigkeit der Frauen gegenüber dem »psychischen Aufwand« (gesteigertes Selbstgefühl versus schlechtes Gewissen gegenüber vernachlässigten Kindern etwa) dürfte in den meisten Frauenberufen, so bei eintöniger Fließbandarbeit u.ä., insgesamt kaum, wenn überhaupt, positiv sein. Diese Differenz kann auf jeden Fall durch entsprechende Propaganda, wie sie die Nazis betrieben haben, herabgedrückt werden. Von daher ist es verständlich, daß Frauen bestimmter Schichten und Berufssparten schnell bereit sein werden, bei vom Staat bezahlten finanziellen Ersatz für den Lohnausfall bei einer Rückkehr an den Herd ihre lohnabhängige Tätigkeit aufzugeben. Für die Lohnhöhe selbst und damit für die Unternehmer

bedeutet dies, daß Frauen erst bereit sind, ab einer bestimmten Lohnhöhe zu arbeiten, es sei denn, die blanke Existenz der Familien steht auf dem Spiel. Unterstellt, der Staat baut und unterhält die bei Frauenerwerbstätigkeit notwendigen Krippen, Kindergärten usw., so verlangt unter dem gesamtwirtschaftlichen Aspekt die Erwerbstätigkeit der Frauen zusätzliche Aufwendungen. Diese steigen weiter, wenn der Staat zur Erhöhung der Qualifikation der Frauen entsprechende Ausbildungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsstätten finanziert.

Der durchschnittlich notwendige Reproduktionsfonds von *Waren* für eine gegebene Zahl von Arbeitskräften ist also bei Frauenerwerbstätigkeit höher als bei ihrer Abwesenheit. Zählt man noch notwendige Ausgaben im Gesundheitsbereich hinzu, die zusätzlich entstehen, weil zum Beispiel die Zahl von Fehlgeburten und Schwangerschaftskomplikationen mit zunehmender Erwerbstätigkeit der Frauen im industriellen Bereich zunimmt bzw. die Zahl der Geburten insgesamt bei Erwerbstätigkeit der Frauen abnimmt oder weil um den Geburtenvorgang herum »Fehlzeiten« entstehen, so steigen die gesamtwirtschaftlichen und einzelwirtschaftlichen Reproduktionskosten bei Frauenerwerbstätigkeit weiter an. Die Summe des notwendigen gesellschaftlichen Reproduktionsfonds kann also durch die Frauenerwerbstätigkeit in die Höhe getrieben werden. Dies kann ganz oder teilweise kompensiert oder überkompensiert werden durch die niedrigeren Frauenlöhne und/oder Zeiten guter konjunktureller Situation, in der durch die Nutzung der weiblichen Arbeitskraft trotz der damit verbundenen Aufwendungen die Profitabilität des eingesetzten privaten Kapitals verbessert wird. Sind aber auch in guten wirtschaftlichen Zeiten »billigere« Lösungen eines Arbeitskräftemangels möglich, werden diese bevorzugt. Das erklärt etwa die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften in den 60er Jahren in der BRD. Eine Mobilisierung der weiblichen Arbeitskräftereserven in dieser Zeit hätte zu erheblichen kurzfristigen Aufwendungen für den Bereich der staatlichen und betrieblichen Infrastruktur der genannten Art geführt. Daneben gab es selbstverständlich auch strukturelle Probleme. Zusätzliche Bauarbeiter waren bei der gegebenen geschlechtsspezifischen Berufsaufteilung nicht bei der Mobilisierung der Frauen für den Arbeitsmarkt zu erwarten.

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen, wenn die Zahl allein der männlichen Arbeitslosen groß genug ist, um die Reallöhne niedrig zu halten bzw. zu drücken, werden die Frauen in der Funktion als Teil der Reservearmee nicht mehr benötigt. Sie sind dann nur noch »Kostgänger« der für die Arbeitslosenunterstützung notwendigen gesellschaftlichen Sozialversicherungsfonds. Ihr Herausdrängen als Fondsempfänger setzt Mittel frei, mit denen »Sanierungszahlungen« zur Verbesserung der Rentabilität von staatlicher Seite (Steuersenkungen, Sozialabgabenverminderungen, Subventionen etc.) an die Unternehmer geleistet werden können. Sind Frauen weiter beschäftigt und erhält der Mann, weil er arbeitslos ist, Unterstützungszahlungen, so ist es für das Gesamtsystem »preiswerter«, die Frau ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung in die Hausfrauentätigkeit zu entlassen und den Mann dafür einzustellen. Die Summe aus Frauenlohn und männlicher Arbeitslosenunterstützung dürfte größer sein als der Männerlohn allein. Insgesamt ergibt sich eine Ersparnis bei den gesellschaftlichen Reproduktionskosten für die Familie. Je nach konjunktureller Lage ist es durch das Vorhandensein von Frauen in ihrer doppelten Funktion als Subsistenzproduzentin, die unbezahlte Arbeit zur Herstellung von Reproduktionsgütern für die Familie leistet, und als unabhängige Lohnarbeiterin möglich, die Reproduktionsaufwendungen zu variieren. »Die Frauen bilden ein Potential der industriellen Reservearmee, deren Arbeitskraft im industriellen Produktionsprozeß absorbiert und wieder aus ihm herausgehoben werden kann, je nach Akkumulationszyklus, seit diese

Produktionsweise besteht.«²⁴ — Die Vorgänge auf dem Frauenarbeitsmarkt in der Zeit von 1933 bis 1936 lassen sich mit Hilfe dieses analytischen Rahmens interpretieren. Dies gilt auch für die Versuche der Nationalsozialisten, die Subsistenzproduktion in den Haushalten durch Hausgehilfinnen zu verbilligen, deren »Ausbildungs«aufwendungen durch ihre Tätigkeit in privaten Haushalten minimiert wurden. Auch die Propaganda für eine landwirtschaftliche Tätigkeit läßt sich hier einpassen. Die Entgelte für die in der Landwirtschaft Tätigen waren äußerst gering, für die Frauen, die ihr »Pflichtjahr« ableisteten bzw. die im Rahmen des Frauenarbeitsdienstes in der Landwirtschaft tätig waren, noch geringer. Sie entsprachen einem Taschengeld. Dies war notwendig, um die Lebensmittelpreise niedrig zu halten, wiederum eine Voraussetzung für die Lohnstop- und Niedriglohnpolitik im NS-Staat. Für Mädchen und Frauen wurden hauswirtschaftliche Schulungskurse eingerichtet. Nicht nur die Zurückdrängung der Frauen an den Herd war das Ziel, sondern auch eine möglichst ökonomische Hauswirtschaft, was wiederum die These der höchstmöglichen Reduzierung der familiären Reproduktionskosten unterstützt. Daß sich in diesem Sinne auch kriegswirtschaftliche Überlegungen einspannen ließen, sei ebenfalls erwähnt. »Der in einem künftigen Krieg zu erwartenden Verknappung von Konsumgütern, insbesondere solchen des täglichen Bedarfs, sollte durch die Erziehung zu sparsamen Haushalten und durch die Vermittlung von Kenntnissen in Selbstversorgung sowie Beschaffung und Zubereitung von Ersatzstoffen (besonders auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung) entgegengewirkt werden.«²⁵

Anmerkungen

- 1 Das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft ausländischer Arbeitnehmer (Rückkehrhilfegesetz), das insbesondere für türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik gedacht ist und für die Rückkehr ausländischer Arbeitskräfte in ihre Heimatländer finanzielle Anreize vorsieht, ist in diesem Sinne vergleichbar mit dem Gesetz zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit vom 1.6.33, das das sog. Ehestandsdarlehen brachte und das Frauen finanzielle Anreize dafür bot, ihre bisherige Berufstätigkeit aufzugeben, um als Ehefrauen Familien zu gründen.
- 2 Vgl. D. Klinksiek: Die Frau im NS-Staat. Stuttgart 1982, sowie D. Winkler: Frauenarbeit versus Frauenideologie, in: Archiv für Sozialgeschichte Bd.17, S.104f.
- 3 A. Hitler: Mein Kampf. 241/245. Aufl., München 1937, S.460.
- 4 Reden des Führers am Parteitag der Ehre 1936. München 1936, S.43.
- 5 Vgl. z.B. D. Winkler, Frauenarbeit im »Dritten Reich«. Hamburg 1977, S.29f.
- 6 Vgl. D. Klinksiek, a.a.O., S.23.
- 7 Vgl. D. Klinksiek, a.a.O., S.24.
- 8 Ebd.
- 9 T. Mason: Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930 bis 1940: Wohlfahrt, Arbeit und Familie. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6, Frankfurt/M. 1976, S.180f.
- 10 Vgl. D. Klinksiek, a.a.O., S.82f. und 83, Fn.4.
- 11 Näher dazu D. Winkler: Frauenarbeit im »Dritten Reich«, a.a.O., und St. Bajohr: Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914 bis 1945, Marburg 1979.
- 12 St. Bajohr, a.a.O., S.158ff.
- 13 Ebd., S.180ff.
- 14 Siehe A. Kuhn und V. Rothe: Frauen im deutschen Faschismus. Bd.1, Düsseldorf 1982, S.90f.
- 15 Vgl. T. Mason, a.a.O., S.139.
- 16 Siehe dazu bei St. Bajohr, a.a.O., Tabelle 41 auf S. 223, Tabellen 42 und 43 auf S. 225 sowie eigene Berechnungen.
- 17 Vgl. D. Winkler, Frauenarbeit im ..., a.a.O., S.196, obere Tabelle.
- 18 Vgl. St. Bajohr, a.a.O., S.205ff.
- 19 Ebd., S.228.
- 20 Ebd., S.230f., insb. Tabelle 44 auf S.231.
- 21 V. Bennholdt-Thomsen: Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisediskussion, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 14, Frankfurt/M. 1981, S.30f.
- 22 Mason zählt diese Veränderungen hin zur Kleinfamilie zu den wichtigsten Veränderungen nach 1933. Vgl. T. Mason, a.a.O., S.120.
- 23 Vgl. S. Pohl, Frauenlohndiskriminierung. Feministische Überlegungen zur Marxschen Arbeitswertlehre, in: Das Argument 140 (1983), S.528.
- 24 V. Bennholdt-Thomsen, a.a.O., S.45
- 25 St. Bajohr, a.a.O., S.233

Diskussionsschwerpunkt

Paul Oehlke

Zur technologiepolitischen Diskussion der SPD auf dem Parteitag 1984 in Essen

Die sozialdemokratische Diskussion der Technologiepolitik steht im Zeichen der Arbeitsmarktkrise. Entsprechend überschreibt der Parteivorstand seinen Leitantrag programmatisch mit dem Ziel: »Arbeit für alle — Gemeinsam die Zukunft gestalten«. Diese Zukunft ist angesichts der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der drohenden Selbstvernichtung eines großen Teils der Menschheit und der absehbaren Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen in der Tat verdunkelt. Insofern ist es verständlich, wenn die Sorge um die Zukunft auch auf dem Parteitag umgeht. Daß diese Grundprobleme unserer Zeit, wie sie von dem stellvertretenden Vorsitzenden Johannes Rau einprägsam in seinem Referat dargestellt wurden, eine gemeinsame Ursache in der kapitalistischen Form der Entfaltung der Produktivkräfte haben, scheint verdrängt oder schlicht vergessen. In diesem Sinne sprach er über »Die dritte industrielle Revolution und die Zukunft der Arbeit«, nicht aber über den ganz gewöhnlichen Kapitalismus. Dabei wäre es gewiß hilfreich, sich an jene ebenso analytischen wie prognostischen Worte von Karl Marx im ersten Band des »Kapital« zu erinnern, wo er die Dialektik von Fortschritt und Zerstörung so zusammenfaßt:

»Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter«.

Der Rückgriff auf die begründete Einsicht in den parasitären Charakter kapitalistischer Entwicklungsprozesse verweist zugleich auf Strukturen, Kräfte und Prozesse wie auf Ursachen-Folgen-Zusammenhänge, die in vielfältigen historischen Ausprägungen bis heute wirksam sind. In die widersprüchliche Totalität aus Natur, Wirtschaft und Politik ist auch die technologische Entwicklung eingebettet, die daher nicht als Technik an sich, *sondern in ihren gesellschaftlichen Bestimmungen und Funktionen untersucht werden muß*.

Zunächst steht die Modernisierungskonzeption des Parteivorstandes im Antrag 1 zur Diskussion. In ihn sind einige Ergänzungen aus den *Anträgen 10/Unterbezirk Hannover/Land (Bezirk Hannover)* und *13/Bezirk Westliches Westfalen* eingegangen — nach Aussage von *Wolfgang Roth* als Mitglied der Antragskommission ferner Ideen aus den *Anträgen 21/Bezirk Niederbayern-Oberpfalz* und *35/Unterbezirk Kassel-Stadt (Bezirk Hessen-Nord)*. Die berücksichtigten Anträge enthalten jedoch weitergehende Vorstellungen und andere Erklärungen, die faktisch auf eine alternative Politik hinauslaufen. Deshalb sind nach einer Reihe von kritischen Einwänden gegenüber dem Leitantrag des Vorstandes auf Antrag *Detlev von Larchers/Hannover* die genannten Anträge als Grundlage für eine weiterführende wirtschaftspolitische Diskussion angenommen und im Juniheft von »Politik. Aktuelle Informationen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« abgedruckt worden. Die entsprechende Passage im beschlossenen Antrag 1 lautet nun:

»Die Anträge 1, 10, 13, 21 und 35 enthalten Ausgangspositionen aus heutiger Sicht für die Fortsetzung der Arbeit an den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD. Der Parteitag be-

auftragt den Parteivorstand, auf dieser Basis bis 1986 eine weiterführende wirtschaftspolitische Konzeption zu erarbeiten. Um die vorhandene Sachkompetenz voll auszuschöpfen, wird die Partei aufgefordert, die Arbeit an den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SPD in ihren Untergliederungen ebenfalls fortzuführen.

Aus diesem Abstimmungsprozeß schälen sich zwei strategische Folgerungen heraus: daß alternative wirtschafts- und technologiepolitische Positionen mehrheitsfähig sein können und die dafür nötige Diskussion in den verschiedenen Gliederungen der Partei *offensiv* geführt werden sollte. Angesichts dieser politischen Öffnung ist es nützlich, die unterschiedlichen, zum Teil kontroversen Begründungszusammenhänge und entsprechenden Maßnahmenbündel zu verdeutlichen.

1. Zur Modernisierungskonzeption im Leitantrag des Parteivorstandes

Der Leitantrag des Parteivorstandes geht davon aus, daß Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern, der Hunger in der Dritten Welt und drohende Umweltkatastrophen in einer vom Verfall bedrohten Weltwirtschaft die wirtschaftlichen Herausforderungen der 80er Jahre seien. Hierfür werden die zweite Ölkrise, die US-Wirtschaftspolitik, die Verschuldung vieler Entwicklungsländer und das Wettrüsten, verantwortlich gemacht. Im Unterschied zur beschäftigungspolitischen Abstinenz der Regierungskoalition nach der irreführenden Devise »mehr Markt« und »weniger Staat«, wo doch Sozialabbau und Exportdominanz gemeint sind, wird im Leitantrag eine Erneuerung der materiellen, sozialen und natürlichen Grundlagen der Volkswirtschaft angestrebt. Diese Erneuerung soll von einer zukunftsorientierten Industriepolitik ausgehen, die im wesentlichen auf einen sozial- und umweltverträglichen Strukturwandel und Modernisierungsprozeß zielt, ohne die herrschende ökonomische Marktlogik prinzipiell anzutasten — im Gegenteil, sie wird in der weiteren Argumentation noch verstärkt.

Im Einklang mit der grundgesetzlichen Sozialbindung des Eigentums gehen Sozialdemokraten »in der Bundesrepublik Deutschland von einem *gleichermaßen* marktwirtschaftlichen *und* sozialverpflichteten Wirtschaftssystem aus«, wie es in der Vorstandsvorlage heißt. Mit dem anschließenden Bezug auf den Orientierungsrahmen '85 wird der Akzent auf die als »weitgehend unentbehrlich« bezeichnete »einzelwirtschaftliche Verfügung über Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz« verschoben. Der gleichzeitig angemeldete Bedarf an staatlichen Planungsinstrumenten läßt erkennen, daß diese nur für sozialökonomische Korrekturen gebraucht werden. Aus dem proklamierten Gleichgewicht ist somit unter der Hand ein Nacheinander und das Sozialstaatsangebot eine abhängige Variable geworden. Nahezu im selben Atemzug wird gegenüber mächtigen Interessen und Machtkonzentrationen die Entfaltung des Wettbewerbs auf der marktwirtschaftlichen Grundlage gepriesen, innerhalb derer wir gerade auf die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen angewiesen seien. Aufgabe des Staates ist es jedoch, angesichts der vielfältigen nationalen und internationalen Gründe für die anhaltende Massenarbeitslosigkeit Impulse für ein qualifiziertes Wachstum zu setzen. Ein wichtiges strukturpolitisches Ziel sei daher die Modernisierung der Volkswirtschaft:

»damit sie im internationalen Wettbewerb mit anderen hochentwickelten Volkswirtschaften konkurrieren kann. Neue Produkte sind zu fördern, die Einführung neuer Produktionsverfahren, neuer Prozesse ist zu unterstützen. Die Anwendung neuer Prozesse im Inland ist die Voraussetzung für den Verkauf von Investitionsgütern auf den Weltmärkten. Ein Land wie die Bundesrepublik kann nicht auf Rationalisierung und Modernisierung verzichten, um bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Auf mittlere Sicht hilft nur eine entschlosse-

ne Modernisierung, die ganzen Branchen die neuen Märkte eröffnet ... Unerlässlich ist deshalb eine vorausschauende Forschungs- und Technologiepolitik, die auch sicherstellt, daß die Folgen einer Einführung neuer Technologien, die Sicherheit und Qualität der Arbeitsplätze und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in die Forschung einbezogen werden.«

Da eine zukunftsgerichtete Modernisierung unserer Wirtschaft nur realisierbar sei, wenn sie die Betroffenen akzeptieren, müsse der Staat durch seine Industriepolitik für entsprechende Bedingungen wie humanere Arbeitsplätze, Qualifizierungsmöglichkeiten und Mitwirkungsrechte sorgen. Mit der sozialen Bewältigung des technischen Wandels sollen zugleich die individuellen Arbeitsmarktchancen verbessert werden.

In dieser Argumentationskette des Parteivorstandes setzt die sozialdemokratische Opposition auf eine konsequente Modernisierungsstrategie. Hiermit wird auf Vorstellungen zurückgegriffen, die schon Mitte der 70er Jahre von Volker Hauff und Fritz Scharpf unter dem Leitgedanken der »Modernisierung der Volkswirtschaft — Technologiepolitik als Strukturpolitik« formuliert worden sind. Danach soll die staatliche Förderung der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien über den Ausbau der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Industrie auf dem Weltmarkt langfristig die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten sichern. Obwohl später ergänzt um den Aspekt der Erhaltung der natürlichen Lebensvoraussetzungen, bleibt die sozialdemokratische Technologiepolitik auch heute weitgehend auf eine exportorientierte Wachstumsstrategie fixiert. Generell zeichnet sich der Leitantrag dadurch aus, daß innere Krisenfaktoren der kapitalistischen Länder wie Investitionsschwäche und Aufblähung des Kreditystems für die gravierenden ökonomischen Probleme nicht verantwortlich gemacht werden. Strukturelle Krisenursachen wie Überproduktion von Kapital und Waren gegenüber einer zurückbleibenden Nachfrage und unrentablen Anlagemöglichkeiten bleiben tabu. Die im Leitantrag geforderte politische Manipulation an den geld- und kreditpolitischen Folgen der Krise — so dringend eine Senkung des hohen amerikanischen Realzinsniveaus und eine konzertierte Entschuldung der verarmten Länder sein mögen —, führen nicht aus den immanenten Stagnationstendenzen heraus. Dies gilt auch für die geforderte abgaben- und steuerpolitisch induzierte Lenkung von spekulierendem Geldkapital in produktive Bereiche, seien es technologische Spitzenbranchen oder traditionelle Industrieregionen oder Infrastruktur, Energie und Umwelt. Der beabsichtigte finanzpolitische Eingriff in den krisenhaften Reproduktionsprozeß wird ohne gesellschaftliche Kontrolle der privaten Investitionstätigkeit unzulänglich bleiben, selbst wenn er mit einer Ausweitung der Mitbestimmung und einer Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen verknüpft wird. Die voneinander isolierten Einzelmaßnahmen dürften ohne Koordination in eine Gesamtstrategie verpuffen.

Es stellt sich die Frage, wie angesichts der alltäglich — auch für Sozialdemokraten — erfahrbaren Existenzbedrohung der Menschen durch den gewöhnlichen Kapitalismus letztendlich im Leitantrag des PV einer systemunkritischen Modernisierungsstrategie das Wort geredet werden kann? Ausgangspunkt für dieses Denken sind offensichtlich zwei historische Entwicklungen nach dem letzten Weltkrieg, die sich zu einem scheinbar unwiderlegbaren Sachargument für eine aktive Modernisierungspolitik verdichten:

- die langfristig zunehmende Exportorientierung der westdeutschen Wirtschaft als ein Eckpfeiler der beispiellosen Wachstumsperiode, an der sozialdemokratische Politik mitbeteiligt war;
- ein jahrzehntelang anhaltendes Wachstum als Grundlage für tarif-, sozial- und

gesellschaftspolitische Erfolge, mit denen zugleich die sozialen Risiken des technischen Wandels entschärft werden konnten.

Gegenüber der Kehrseite der Medaille, wie wachsende internationale Abhängigkeiten und Umweltprobleme, die erst unter fortwährenden Stagnations- und Krisenbedingungen registriert wurden, lassen sich die Erfahrungen eines Lebensalters und einer 16jährigen Regierungsbeteiligung wiederbeleben, wo man im internationalen Vergleich auch zuletzt noch einigermaßen über die Runden gekommen ist. Solch augenscheinliches Bewußtsein stabilisiert sich an der kaum bestreitbaren Notwendigkeit, weiter im internationalen Geschäft zu bleiben, das heißt zu investieren, produzieren und verkaufen. Dies scheint mir der realökonomische und sozialpsychologische Hintergrund für eine nahezu ungebrochene Modernisierungsideologie, die sich zudem organisationspolitisch auf ein tradiertes naturgeschichtliches Entwicklungsdenken vom fortschrittlichen Charakter der Produktivkräfte, deren Entfaltung quasi automatisch das Reich der Freiheit herbeiführe, stützen kann.

Dennoch gelang — bedingt durch die vielfältigen negativen Erfahrungen des Arbeitsalltags — der modernisierungspolitische Durchmarsch auf dem Parteitag nicht. Selbst in den Diskussionsbeiträgen von *Johannes Rau* und *Herbert Ehrenberg* stellte sich eine innere Zwiespältigkeit ein, die auch mit der Übernahme von Versatzstücken aus anderen Anträgen in den Leitantrag des Parteivorstandes dokumentiert wird. Einerseits versteift man sich auf die Wachstumschancen und Verteilungsspielräume durch neue Technologien, andererseits kritisiert man, daß die realisierten Gewinne aus Produktivitätsfortschritten nur den Kapitaleigentümern zugute kommen. Statt wenigstens unter dem schützenden Dach der Artikel 14, 15 und 20 des Grundgesetzes über Mitbestimmung, Vergesellschaftung und Planung nachzudenken, im Klartext: vor der Profitlogik und Eigentumsfrage nicht haltzumachen, werden respektable Forderungen addiert, die schon in der sozialliberalen Ära wieder eingestampft werden mußten. Es bleibt der hilflose Appell an die gemeinsame Verantwortung und die Zusammenarbeit aller. Trotz der gerade anhebenden Streikaktionen um die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, zu der zahlreiche Anträge gestellt und der detaillierte *Antrag 39/Bezirk Südbayern* in einer überarbeiteten Fassung angenommen wurde, klammert man sich an einen längst aufgekündigten Grundkonsens. *Wolfgang Roth* bringt diese defätistische Haltung auf den Nenner:

»Die SPD darf sich nicht verleiten lassen, auf den Klassenkampf von oben mit Klassenrhetorik von gestern zu antworten. Wir müssen gerade jetzt versuchen — und meines Erachtens sogar mitten im Arbeitskampf —, die Vernünftigsten aus allen Lagern zusammenzuführen.«

2. Zu kritischen und alternativen Vorstellungen auf dem Parteitag

Eine Reihe von Diskussionsbeiträgen verdeutlicht die klassen- und sozialpolitischen Auswirkungen der Neuen Technologien, die in den Begriffen und Konzepten von Modernisierung, Strukturwandel, Weltmarkteinbindung und Wachstum untergehen. Dies gilt insbesondere für die sich zu *Wort meldenden Frauen*. Sie lassen mehr oder weniger keinen Zweifel daran, daß unter den gegebenen Bedingungen Arbeitsplätze, soziale Leistungen, gewerkschaftliche Rechte, überhaupt das erreichte soziale Kräfteverhältnis bedroht sind. In diesem Zusammenhang erinnert *Heidemarie Wiczorek-Zeul* an das vom Parteirat beschlossene Europa-Programm, in dem es heißt:

»Vielmehr kann die Unterwerfung unter das alleinige Diktat einer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erst recht zu einer Entwicklung führen, bei der extremen Rationalisierung, Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Abbau gewerkschaftlicher Rechte, ja die radikale Abkehr von dem Ziel einer sozialen Demokratie die Folge wären.«

Wie mit der Verlagerung der Arbeit in dezentrale Büros und das häusliche Heim, Teilzeitarbeit und Arbeitszeitflexibilisierung, vermehrte Ausbeutung und eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, verstärkte innere Spaltungen und eine allgemeine Schwächung der Arbeitnehmer einhergehen, darauf verweisen eindringlich *Brunhilde Peter* und *Ingeborg Wettig-Danielmeier*. In ihrem Hauptreferat zum Thema »Frauenarbeitsplätze und Mikroelektronik« legt *Herta Däubler-Gmelin* anhand verschiedener Branchen wie Elektro- und Bekleidungsindustrie, Einzelhandel und Banken dar, in welchem großen Ausmaß Frauenarbeitsplätze durch neue Technologien, arbeitsorganisatorische Maßnahmen und ausgefeilte Methoden der Personaleinsatzplanung wie flexible und variable Arbeitszeiten bis hin zur berüchtigten Kapovaz (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) wegrationalisiert werden. Oder sie werden zu verschlechterten Bedingungen in zerstückelten Arbeitsplätzen bis unter die nicht mehr sozialversicherungspflichtige 390-Mark-Grenze eingestellt, wo die Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge sparen und die Frauen nicht arbeitslosen-, kranken- und rentenversichert sind. Angesichts derartiger Entwicklungen mahnt *Brigitte Adler*, daß Sozialdemokraten sich nicht aus der Verantwortung stehlen können, über die Verfügungsgewalt der neuen Technologien nachzudenken. Und *Sabine Ruwe* fragt, ob es nicht an der Zeit wäre, den gesellschaftlichen Reichtum und die Produktivitätsgewinne tatsächlich gerechter zu verteilen, anstatt in Strategien technischer Neuerung auszuweichen. Fortschritt und Modernisierung müßten kritisch durchleuchtet und im humanen Sinne beeinflußt werden. Vom Primat der Politik her fordert sie eine aktive Auseinandersetzung mit Wachstums- und Technikfetischisten.

In diesem Sinne wendet *Eckart Kuhlwein* gegen das »Totschlagsargument« von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein, das eine technologieorientierte Exportoffensive nicht zur Lösung der beschäftigungspolitischen Probleme taue, da sich die anderen Länder gegen deren Export — mit Gefahren für den freien Welthandel — wehren würden. *Klaus Traube* erinnert an die Fragwürdigkeit gewisser Spitzentechnologien wie Reaktorbau und Kupferverkabelung, die viel kosten und für den internationalen Wettbewerb nicht viel hergeben. Schlüsseltechnologien wiederum wie die Mikroelektronik sind nach *Wolf-Michel Catenhusen* umfassende Rationalisierungstechnologien, die möglicherweise als Knüppel im Unternehmerinteresse gerade nicht die Kluft zwischen Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum schließen. Arbeitsplatzabbau, verstärkter Lohndruck und steigende Disziplinierung in den Betrieben durch technische und organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen ermöglichen auf einzelunternehmerischer Ebene, wie *Thomas Lärm* ausführt, Kostenentlastungen und Gewinnsteigerungen. Deshalb haben nach ihm die Unternehmen einen rationalen Grund zum Arbeitsplatzabbau, wodurch sich Handlungsspielraum für konfliktfreie Lösungen der beschäftigungspolitischen Probleme vermindere.

Wie dieser auf der betrieblichen Ebene durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes etwa hinsichtlich von Mitbestimmungsrechten bei der Einführung neuer Technologien (vergleiche dazu den Beitrag von Manfred H. Bobke und Bruno Zwingmann, »Rechtsweg ausgeschlossen?«, in diesem Heft) oder durch leistungs- und verhaltensbezogene Kontrollen mit Hilfe von computergestützten Betriebs- und Informationssystemen eingeschränkt wird, erläutert *Helmuth Kynast* anhand seiner Erfahrungen als Betriebsratsvorsitzender der deutschen Texaco in Hamburg.

Die kritischen Stellungnahmen beziehen sich zum großen Teil auf reale Erfahrungen und detaillierte Kenntnisse über die negativen Folgen der neuen Technologien, mit denen zugleich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Unternehmenseite verschoben

ben werden, wie es in dem Memorandum »Teilen der Arbeit ist gefordert« vom Ökumenischen Sozialethischen Arbeitskreis Kirche — Gewerkschaft schlüssig dargelegt wird:

»Je mehr die menschliche Arbeit durch Maschineneinsatz ersetzt werden kann, desto mehr profitieren die Arbeitgeber von den Vorteilen eines reichlichen Arbeitskräfte-Angebots ... Die Folgen sind erkennbar in der tiefgreifenden Verunsicherung ganzer Belegschaften, die sich im Rückgang der Krankheitsquoten und der Anträge auf Heilverfahren, aber auch im freiwilligen Verzicht vieler Arbeitnehmer auf zustehende Rechte sowie in einem geschwächten Aktions- und Durchsetzungsvermögen der Gewerkschaften in Tarifkonflikten niederschlägt« (Frankfurter Rundschau vom 10. Februar 1984).

Die neuen Techniken wie Mikroelektronik und EDV, Computer und Roboter stellen zwar Rationalisierungstechnologien dar; sie sind in dieser Funktion aber durch ökonomische Interessenbezüge bestimmt, die selbst wieder in systemspezifische Gesetzmäßigkeiten wie der Konkurrenz, Konjunktur usw. eingebunden sind. So sehr scheint man von deren Analyse entwöhnt zu sein, daß Peter von Oertzen sich bei diesem Unterfangen an der Praxis des Arztes rückversichern muß, der vor der Therapie erstmal die wirklichen Krankheitsursachen diagnostiziert. Dabei nimmt er das Godesberger Programm zu Hilfe, spricht es doch von der »von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft«. Und in einem dritten Legitimationsschritt schlägt er bei den »landläufigen Lehrbüchern der Betriebswirtschaftslehre nach, für die es Aufgabe des Unternehmers sei, Gewinn zu erwirtschaften, und wenn er das nicht tue, dann strafe ihn der Markt mit Untergang. Dieser Mechanismus führe unter dem Druck der internationalen Konkurrenz zu verschärften Rationalisierungen, mit denen sich die Produktivitätszuwächse gegenüber dem Wachstum der Produktion und damit die Arbeitsplatzverluste noch beschleunigen. Es sei denn, wie Ulrich Klose später ausführt, daß die Märkte im gleichen Tempo wachsen würden, wovon nicht auszugehen sei. Demgegenüber vermehrten sich aber die Gewinne der Kapitaleigentümer, wodurch sich — »es tut mir leid« — die Eigentumsfrage stelle, zumindest aber, zögere man bei der Vergesellschaftung des Produktivvermögens, die alte sozialdemokratische Forderung nach Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen etwa nach schwedischem Vorbild an Aktualität gewinne.

Die offenkundigen parteiinternen Schwierigkeiten, das Kind beim Namen zu nennen, erklären mit der erst in den Anfängen steckenden Ursachenanalyse auch, daß nur wenige Beiträge auf Strategien gegen die unternehmerischen Rationalisierungs- und Kontrolltechnologien eingehen. Natürlich erhebt man die nach wie vor aktuellen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Humanisierung der Arbeit und Qualifizierung der Arbeitnehmer sowie immer wieder nach erweiterten Mitbestimmungsrechten, gelegentlich auch Wirtschafts- und Sozialräten, die mit technologie-, struktur- und allgemeinen industriepolitischen Zielsetzungen verbunden wurden. Dabei akzentuiert Axel Horstmann das bisher ungelöste Problem, daß all die ausprobierten Instrumente wie direkte und indirekte Förderung, Gründungshilfen und Investitionsberatungsstellen deshalb nicht greifen konnten, weil für die Unternehmen bei stagnierenden Märkten nicht Produktionsausweitungen, sondern Kosteneinsparungen vernünftiger seien. Um die dadurch erzeugten »Fehlrationalisierungen« (Otto Bauer) zu vermeiden, müßten die Investitionsentscheidungen nach gesamtgesellschaftlichen Kriterien gefällt werden. Daß die verschiedenen Vorschläge, Forderungen und Maßnahmen aber nur dann eine reelle Chance auf Durchsetzung haben, wenn Druck von unten kommt, ein Interventionspotential geschaffen wird, darauf verweist allein Horst Peter mit seiner Kritik an der fehlenden Mobilisierungsstrategie.

Für die von einigen Rednern angemerkt Modernisierungspolitik gegen die Logik und Kräfte des Marktes sind in einigen Anträgen weitere Anhaltspunkte zu finden. Dazu gehört etwa die aktuelle Forderung im *Antrag 10*, durch erweiterte Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte dafür zu sorgen, daß tarifvertragliche Arbeitszeitverkürzungen nicht durch Intensivierungen der Arbeit aufgefangen werden. Mit dem erhöhten Leistungsdruck gehen zum Teil verringerte Arbeitsinhalte bis zu erheblichen Qualifikationsverlusten einher. Diese ergeben sich in der Regel aus arbeitsorganisatorischen Rationalisierungsmaßnahmen, die wiederum häufig mit der Einführung und vor allem breiten Durchsetzung neuer Technologien verbunden sind. Wie weit dieser Ursache-Wirkungs-Zusammenhang vorangeschritten ist, belegt eine bundesweite Rationalisierungsbefragung der IG Metall in 1107 Betrieben der metallverarbeitenden und eisenbeschaffenden Industrien, die im Oktober 1983 unter dem Titel »Maschinen wollen sie — uns Menschen nicht« erschienen ist (vgl. Dokumentation in diesem Heft). Angesichts dieser Gefährdungen durch breit angelegte Rationalisierungsprozesse wird im *Antrag 13* in Anlehnung an einen *Antrag der Bundestagsfraktion zur Anwendung der Mikroelektronik* vom 27. Oktober 1983 gefordert: »eine Novelle des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes, die die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter bei der Planung, Einführung und sozialen Gestaltung neuer Technologien sichert«.

Derart erweiterte Mitbestimmungsrechte setzen aber über veränderte Kräfteverhältnisse auf parlamentarischer Ebene eine umfassende Mobilisierung auf betrieblicher Ebene einschließlich der Arbeitsloseninitiativen voraus. Die massenhafte Aktivierung wird sich aber erst durchgängig in konkreten Veränderungen niederschlagen, wenn die Belegschaften und ihre Interessenvertretungen, insbesondere die Gewerkschaften, an der Technologieentwicklung auf verschiedenen Ebenen beteiligt sind. Zu Recht fordert der *Antrag 93 / Unterbezirk Dortmund (Bezirk Westliches Westfalen)* daher eine von den Gewerkschaften mitgetragene Humanisierungsforschung, die mit der gesamten Technologieförderung institutionell gleichsam als Querschnittsaufgabe verknüpft ist. Solche mitbestimmten technologiepolitischen Regelkreise könnten längerfristig gewährleisten, daß der technologisch bestimmte Modernisierungsprozeß zunehmend Kriterien menschengerechter Arbeitsgestaltung aufnimmt. Dabei gewinnt der von *Horst Peter* aufgegriffene strategische Ansatz der Gewerkschaften eines »nein, wenn nicht« gegenüber dem »ja, aber« eine zentrale Bedeutung, um aktiven Einfluß auf die Richtung der Technikentwicklung zu nehmen oder, wie es *Franz Steinkühler* mit einem Bild ausdrückt: »Wir müssen darum kämpfen ... vom letzten Wagen des fahrenden D-Zuges auf die Lok zu kommen«. Mögliche Folgen wie auch flankierende Voraussetzungen humaner Technikgestaltung wären:

- auf betrieblicher Ebene ein zunehmender Druck auf Mitbestimmung und Kontrolle der unternehmerischen Investitionsentscheidungen;
- auf staatlicher Ebene eine ressortübergreifende Integration verschiedener Politikbereiche wie Arbeitsmarkt-, Technologie- und Bildungspolitik.

Der technologiepolitische Gestaltungsprozeß erhält weitere Anstöße aus dem Verfall traditioneller Industriegebiete und der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die sich zuspitzenden regionalen Probleme drängen gleichermaßen auf umwelt- und sozialverträgliche Schutz- und Modernisierungsmaßnahmen, die eine umfassende Beteiligung und Initiative der verschiedenen sozialen Kräfte, Interessenverbände und Institutionen gebieten. Unter diesem Vergesellschaftungsdruck könnte das Schlagwort von der »sozial gesteuerten Innovation« in Infra- und Industriestruktur realen Gehalt bekommen. Für die entsprechende Steuerung und Indienstnahme der neuen Technologien sind in

den *Anträgen 13 und 35*, aber auch in anderen Anträgen zahlreiche Hinweise enthalten. Voraussetzung hierfür ist ein integriertes Mitbestimmungskonzept von den Betrieben, Unternehmen über die Handwerks-, Industrie- und Handelskammern bis hin zu Wirtschafts- und Sozialräten auf der Ebene der Regionen, Länder und des Bundes. Weiter schlägt der *Antrag 35* vor, demokratisch kontrollierte Investitionsmeldestellen unter Beteiligung von Gewerkschaften, Unternehmen und Parlament einzurichten, bei der alle größeren Investitionsvorhaben und deren umweltbelastende, soziale und beschäftigungspolitische Folgen anzuzeigen und zu genehmigen sind. In vergleichbarer Weise fordern etwa die *Anträge 14/Unterbezirk Dortmund (Bezirk Westliches Westfalen)* und *16/Landesorganisation Bremen* verbesserte Informationsgrundlagen durch eine regelmäßige Strukturberichterstattung, mit der die geplanten privaten und öffentlichen Investitionen, insbesondere die beschäftigungspolitischen Gefährdungspotentiale auf Branchen- und regionaler Ebene ermittelt werden. Als Orientierungsrahmen für Unternehmensentscheidungen sind Branchenprognosen und regionale sowie bundesweite Entwicklungspläne aufzustellen. Dies gilt vor allem für Energieversorgung und Kohlebergbau, Stahl- und Werftindustrie, deren regionale Konzentration wie in den norddeutschen Küstengebieten oder im Ruhrgebiet nach integrierten Konzepten verlangen. Hierbei sind nach *Antrag 13* die vorhandenen Entwicklungschancen für Energie- und Umwelttechnik, Legierungen und Spezialstähle, Verbundwerkstoffe und Kohletechnologien im Veredelungsbereich wie im Wärmemarkt voll auszuschöpfen. Weitere Beschäftigungsmöglichkeiten sind in Zukunftsinvestitionsprogrammen, aber auch in einer betriebsgrößenorientierten Strukturpolitik für kleinere und mittlere Unternehmen zu erschließen. Auf deren Bedürfnisse zugeschnittene Instrumente stellt der *Antrag 20/Landesorganisation Hamburg* vor: Technologie-, Informations- und Beratungseinrichtungen, Modell- und Demonstrationsvorhaben im Bereich der Anwendung neuer Technologien, Sonderförder- und Risikofinanzierungsprogramme und eine öffentliche Forschungs- und Entwicklungsförderung von »Branchenlösungen« für Verbesserungen in den Bereichen Energieeinsparung, Umwelt- und Arbeitsschutz sowie Produktentwicklung. In diesem Sinne fordern zahlreiche Anträge eine umwelt- und sozialverträgliche Technologiepolitik, die sich auf den Berliner Beschluß für ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept und die Initiative der Bundestagsfraktion zur Bildung eines *Sondervermögens »Arbeit und Umwelt«* berufen kann. Für öffentliche Investitionen zur sparsamen und rationellen Energieerzeugung, zur Verminderung von Umweltbelastungen durch Filter- und Entschwefelungsanlagen, Lärmschutz und Kläranlagen, zur Entwicklung von Recyclingverfahren sprechen sich etwa die *Anträge 12/Landesorganisation Bremen*, *31/Unterbezirk Köln (Bezirk Mittelrhein)*, *35 und 36/Kreis Charlottenburg (Landesverband Berlin)* aus. Geeignete Instrumente für eine derartige aktive Strukturpolitik und eine Palette von geld-, kredit- und steuerpolitischen Maßnahmen sind in den *Anträgen 27/Unterbezirk Göttingen und 38/Unterbezirk Schaumburg (beide Bezirk Hannover)* zum Teil im Detail aufgeführt.

Bereits der kurze Einblick in die Anträge zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik bringt eine Fülle von technologiepolitischen Vorstellungen zu Tage, die im Gegensatz zur weltmarktorientierten Modernisierungskonzeption im Leitantrag stärker auf gesellschaftliche Bedürfnisse ausgerichtet sind. Die einzelnen Elemente einer bedarfsgerechten Technologiepolitik machen jedoch kein integriertes Konzept, wie man es eventuell aus den hier zusammengetragenen Mosaiksteinen herauslesen könnte. Der strategische Mangel hängt auch damit zusammen, daß über die sporadische Kritik konservativer Politik hinaus nur spärliche Ansätze der von *Peter von Oertzen* so einleuchtend begründeten Diagnose vor-

handen sind. Bei der hierzu erforderlichen theoretischen Arbeit hilft die bloße Wiederaneignung kritischer Kategorien der politischen Ökonomie wie im teilweise abgelehnten Antrag 29/Ortsverein West (Neumünster) aus dem Landesverband Schleswig-Holstein noch nicht weiter, auch wenn diese Hausaufgabe unerlässlich bleibt, um einen methodischen Schlüssel zur Durchdringung, Ordnung und Veränderung der historischen und empirischen Faktizität zu erlangen. Dieser Anstrengung unterzieht sich der Antrag 21, der die wirkliche Verschwendung unserer Gesellschaft: Überfluß an Kapital und ungenutzter Arbeitskraft, aus ihren inneren Mechanismen zu erklären versucht. Die anhaltenden Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Lohndruck und verschärfte Arbeitsbedingungen auf der einen Seite und Stilllegung von Produktionsanlagen, Bereinigung von Eigentums- und Besitztiteln, also Kapitalentwertung insbesondere im produktiven Bereich gegenüber einer überproportionalen Ausdehnung von Geldvermögensanlagen auf der anderen werden zurückgeführt auf eine längerfristige Verschiebung im Verhältnis von Sachkapital- zu Arbeitsaufwand. Denn die jedem Unternehmen durch den Konkurrenzdruck aufgeherrschte Einführung neuer Produktionsanlagen habe die Entlassung von Arbeitskräften zur Folge, deren Wiedereinstellung einen steigenden Kapitalaufwand nötig mache:

»Die Größe der Wertschöpfung (genauer: der Profitmasse) — die allein aus der Arbeitskraft resultiert und von der Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte abhängig ist — nimmt deshalb langfristig relativ zur eingesetzten Kapitalmasse ab, die Profitabilität und die Wachstumsdynamik gehen trotz steigender Gewinne zurück«.

Es ist hinzuzufügen, daß mit dem tendenziellen Fall der Profitrate auf der Grundlage eines unverhältnismäßig angewachsenen Kapitalstocks zugleich eine steigende Produktenmasse einhergeht, die nicht mehr umstandslos auf dem Markt absetzbar ist. Gegenüber der vorhandenen zahlungsfähigen Endnachfrage findet eine Überproduktion von Waren statt, die bei angehobenen Masseneinkommen zwar eher, aber nur um den Preis sinkender Rentabilität realisiert werden können. Das Kapital steckt in einer Zwickmühle, aus der Manipulationen auf der Lohnseite nicht mehr heraushelfen, so unverzichtbar der Kampf um ihre Sicherung und Erhöhung für die abhängig Beschäftigten bleibt. Die hier ansatzweise geleistete Aufdeckung struktureller Widersprüche ist nur der erste Schritt, die folgenden müssen deren Vertiefung und Erweiterung um neue Elemente in der historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise erfassen. Mit der technologischen Entfaltung der Produktivkräfte, anwachsenden Kapitalmassen und sich differenzierenden Kapitalstrukturen, aber auch veränderten nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen bilden sich jene aktuellen Reproduktionsmechanismen heraus, die etwa durch stagnative und inflationäre Prozesse sowie vielfältige staatliche Interventionen gekennzeichnet sind. Sie sind wiederum in weltmarktspezifische Bedingungen wie zum Beispiel die amerikanische Rüstungskonjunktur und Zinspolitik eingebettet, die über die Möglichkeiten und Grenzen einer technologieorientierten Modernisierung der Volkswirtschaft mitbestimmen. Deshalb sind die empirisch-konkreten Voraussetzungen für eine alternative Struktur- und Technologiepolitik zu berücksichtigen, soll deren umwelt- und sozialverträgliche sowie bedarfs- und bedürfnisorientierte Stoßrichtung eine reale zukunftsweisende Perspektive haben.

Fazit

Im Unterschied zur Modernisierungskonzeption im Leitantrag des Parteivorstandes sind in zahlreichen Anträgen und Diskussionsbeiträgen kritische und alternative Vorstellungen zur technischen Entwicklung enthalten. Dies gilt auf dem Parteitag vor allem für die Beschreibung ihrer sozialen Folgen für die abhängig Beschäftigten; hierbei wird die besonde-

re Betroffenheit der Frauen auch durch die unternehmerische Flexibilisierungsstrategie hinsichtlich der Arbeitszeitverhältnisse herausgestellt. In den Anträgen wird eine Fülle von Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung und zu anderen Problembereichen wie den traditionellen Industriegebieten, öffentlichen Investitionen und Sozialpolitik vorgeschlagen. Bruchstückhaft bleiben jedoch die Erklärungen für die gegenwärtigen Krisenprozesse und Stagnationstendenzen. So übereinstimmend die amerikanische Rüstungs- und Wirtschaftspolitik kritisiert werden, so sehr meidet man eine Analyse der inneren kapitalistischen Ursachen, auch wenn hier und da von der Profitlogik geredet wird. Ein gemeinsamer Ausgangspunkt ist jedoch in der Forderung zu sehen, die deutlich hervorgehobenen Produktivitätsgewinne mit Hilfe einer aktiven Industriepolitik wieder produktiver Anlage zuzuführen. Dies schließt eine zukunftsgerichtete Modernisierung der Volkswirtschaft ein, die umwelt- und sozialverträglich mitgestaltet werden soll. Die entscheidende Differenz zum Leitantrag besteht dort, wo dieser die Forderungen nach erweiterten Mitbestimmungsrechten, Qualifizierung der Arbeitnehmer und Humanisierung der Arbeitsplätze auf die soziale Abfederung, ja auch Akzeptanz einer Technologieentwicklung bezieht, die unter den nicht mehr hinterfragten Sachzwängen einer exportorientierten Wachstumsstrategie steht. Die Mehrheit des Parteivorstandes scheint vor diesen »Sachzwängen« kapituliert zu haben; erst deren systematische Kritik kann eine alternative Strategie begründen, die in die vorherrschenden Akkumulationsbedingungen regulierend eingreifen will. Sie muß bei langsamer expandierenden bis schrumpfenden Märkten berücksichtigen, daß die hochkonzentrierten Unternehmen und Branchen mit ihren strukturellen Überkapazitäten verstärkt zu Rationalisierungsinvestitionen und Verfahrensinnovationen übergehen. Soll die staatliche Förderung der Entwicklung, Einführung und Verbreitung der neuen Technologien aus den angesprochenen Kapital- und marktlogischen Imperativen herausgelöst werden, dann muß eine vorausschauende Struktur- und Technologiepolitik in eine umfassende Mitbestimmungskonzeption integriert werden, deren Umrisse in verschiedenen Anträgen erkennbar werden. Die Durchsetzung sozialorientierter Innovationsprozesse erfordert jedoch eine durchgängige Mobilisierung, die auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zielt. Erst in einer solchen demokratischen Aktivierung entstehen die politischen Bedingungen für eine gesellschaftliche Wende, in der sich die von Johannes Rau angesprochene Zukunft von Frieden, Umwelt und Arbeit durch eine Art Vogel-Strauß-Politik nicht noch weiter verfinstert.

Roland Schneider

Weg vom Sozialstaat — hin zum innovatorischen Imperativ

Zur technologiepolitischen Strategie des BDI

Der in der Vergangenheit von wirtschaftspolitischen Sterndeutern am Konjunkturhimmel ausgemachte Silberstreif blieb ohne Wirkung. Weder hat er zu einer nachhaltigen Konjunkturbelebung noch zur Milderung der Beschäftigungskrise geführt. Mehr als 2,1 Mio. statistisch registrierte Arbeitslose sind ein deutlicher Indikator für die anhaltende Krisensituation. Dennoch weigert sich die Bundesregierung beharrlich, Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit öffentlichen Mitteln einzuleiten. Sie begründet dies — in Übereinstimmung mit den Vorkämpfern der neoklassischen Gegenrevolution — mit Schwierigkeiten, die einer keynesianischen Krisenbewältigungsstrategie aus internationalisierten Gütermärkten, administrierten Preisen und wachsenden Staatsschulden erwachsen. Statt dessen versucht sie in ihrer Politik die Heilsbotschaften von Hayek und Friedman mit den Thesen Schumpeters zu versöhnen: sie erklärt die Revitalisierung der Marktwirtschaft zum Gebot der Stunde. Danach sollen die von vermeintlichen gewerkschaftlichen und sozialstaatlichen Fesseln befreiten Marktkräfte im Verein mit staatlich geförderten Produkt- und Prozeßinnovation den Konjunkturmotor zünden, neue Märkte erobern und zu zukunftssicheren Arbeitsplätzen führen. Mit dieser Kooperation stößt die Rechtsregierung auf weitgehende Zustimmung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

Laut Satzung nimmt der BDI die wirtschaftspolitischen Interessen seiner Mitgliedsverbände wahr: »Der Bundesverband hat die Aufgabe, alle gemeinsamen Belange der in ihm zusammengeschlossenen Industriezweige zu wahren und zu fördern«, wobei die Vertretung sozialpolitischer Belange ausgenommen sein soll. Dem BDI gehören weder Einzelpersonen noch einzelne Mitglieder an; er ist vielmehr ein Verband, in dem Wirtschaftsverbände, Arbeitsgemeinschaften der Industrie und Spitzenvertretungen von Industriegruppen zusammengeschlossen sind. 1982 gehörten ihm 38 Mitgliedsverbände an, die das industrielle Spektrum von A (Automobilindustrie) bis Z (Zuckerindustrie) abdeckten und in denen mehr als 80000 Industrieunternehmen organisiert waren. Über die Aufgabenwahrnehmung des BDI geben seine Jahresberichte Aufschluß. Schwerpunkte seiner Arbeit liegen danach auf den Gebieten allgemeine Wirtschafts- und Wettbewerbsfragen, Infrastruktur und Forschung, Finanzpolitik und Recht, Außenwirtschaft, Europapolitik, Mittelstands- und Medienpolitik. Der Jahresbericht 1982-1984 verzeichnet insgesamt 521 Eingaben, die unter anderem in 139 Fällen an den Bundesminister für Wirtschaft, in 15 Fällen an den Bundesminister für Forschung und Technologie gerichtet waren. Von diesen Eingaben befaßten sich fünf mit Strukturpolitik, neun mit Konjunktur, 25 befaßten sich mit Fragen der Forschungs- und Bildungspolitik, 31 setzten sich mit Energiepolitik auseinander, 35 hatten die Umweltpolitik zum Gegenstand, 73 hingegen befaßten sich mit Fragen der Steuer- und Finanzpolitik. Auf die wichtigsten Stellungnahmen wird, soweit sie sich mit Fragen der Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik befaßten, im folgenden eingegangen.

1. Krise und Arbeitslosigkeit: Folgen einer Anspruchsinflation?

Die Krisendiagnose des BDI ist eindeutig: »institutionelle Sklerose«. ¹ Seinen Analysen zufolge ist die Krise eine hausgemachte Konditionsschwäche. »Nicht die marktwirtschaftli-

che Ordnung hat versagt«, heißt es in einer Analyse der Beschäftigungskrise, »sondern ihre Funktionsbedingungen sind erschwert und teilweise verletzt worden«. ² Die Begründung der »wirtschaftlichen Fehlentwicklung« ist in nahezu allen Stellungnahmen identisch. Zusammenfassend wird argumentiert, daß

- eine auf Umverteilung, Lohnnivellierung, einseitigen Arbeitnehmerschutz und gesellschaftliche Machtveränderung zielende Gewerkschaftspolitik sowie
- eine überzogene staatliche Steuer- und Sozialpolitik im Einklang mit einer wachsenden Flut gesetzlicher Regelungen und administrativen Behinderungen, die zu einem einschneidenden Ertragsverfall in der deutschen Wirtschaft geführt haben, die Krise ausgelöst hätten. ²

Verschwiegen wird in neueren Veröffentlichungen allerdings, daß der vorübergehende Anstieg der Lohnquote sowie die Zunahme der Lohnstückkosten, wie ein internationaler Vergleich zeigt, hinter den Entwicklungen in anderen Industrieländern zurückblieb. Unerwähnt bleibt ebenso die Tatsache, daß der Zuwachs der Arbeitseinkommen in den Jahren ab 1975 bis 1981 unterhalb des Preis- und Produktivitätszuwachses verblieb. Jener vom BDI-Präsidenten Rodenstock zitierte Ausspruch Mark Twains, »man muß die Tatsachen kennen, bevor man sie verdrehen kann,« ⁴ fällt damit auf die Spitzenorganisation der Industrie zurück. Die Verdrehung empirischer Fakten ist für den BDI nicht unwesentlich, muß sie doch zur Rechtfertigung der Krisenbegründung und der -therapie herhalten. Die Therapie ist eindeutig: »Überwindung der Rentabilitätskrise als wesentliche Voraussetzung für arbeitsplatzschaffende Investitionen« ⁵. Um unternehmerisches Wagnis und Willen zur Leistung wieder lohnend zu machen, fordert der BDI

- eine nachhaltige Milderung des Kostendrucks,
- eine erhöhte Flexibilität und Mobilität in der Wirtschaft sowie
- eine verlässliche Wirtschaftspolitik, die eine bessere Kalkulation des Unternehmerrisikos zuläßt.

Die Anpassung der Wirklichkeit an die neoklassische Modellwelt wird damit zur Voraussetzung der Krisenüberwindung. Doch hinter der Parole »mehr Markt — weniger Staat«, mit der die Krisentherapie des BDI beschrieben werden kann, verbirgt sich sozialer Sprengstoff: die Reallöhne sollen weiter abgesenkt, Manchesterkeule und Sozialdarwinismus verstärkt eingesetzt, die Verfügungsgewalt der Unternehmen über die Arbeit anderer erhöht werden. Die geforderte Überprüfung sozialstaatlicher Versorgungsleistungen zielt letztlich auf Sozialabbau und verstärkte Subsidiarität. ⁶

Das gleiche Ziel verfolgt die Forderung nach Abbau arbeits- und tarifrechtlicher Schutzvorschriften, die der BDI als »beschäftigungs- und ausbildungshemmende Regelungen« einschätzt, da sie die Konkurrenz der abhängig Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt begrenzen. Darüber hinaus fordert der BDI die Einschränkung von Staatsausgaben, die Verringerung von Nettokreditaufnahmen, steuerliche Erleichterungen der Wirtschaft sowie die weitere Privatisierung bislang staatlich organisierter Leistungen. Zusammen sollen diese Maßnahmen die Profitabilität der Unternehmen erhöhen, ihre Eigenkapitalbasis stärken und die Voraussetzung für einen Revitalisierungsprozeß der Wirtschaft schaffen. Die Stellungnahmen des BDI gründen sich auf ein von Adam Smith bereits 1776 formuliertes wirtschaftspolitisches Rezept. Diesem zufolge wird die allgemeine gesellschaftliche Wohlfahrt dann gesteigert, wenn bei staatlicher Zurückhaltung und individueller Freiheit alle Wirtschaftssubjekte auf ihren eigenen Vorteil aus sind und der Markt die privaten Interessen koordiniert. Es kann daher nicht überraschen, wenn sich der BDI in seinen Stellungnahmen weniger auf eigene Interessen als auf ein diffuses Gemeinwohl be-

ruft und die Regierung auffordert, »von sich aus etwas zu tun (oder häufiger: zu unterlassen)« (Offe). Gegenüber der Vergangenheit hat der BDI seine Beschwörung der Allmacht der unsichtbaren Hand des Marktes allerdings differenziert. Sah er in den 70er Jahren noch die Lockerung administrativer Bremsen als ausreichend für die Wiedergewinnung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes an, so betont er mittlerweile die Rolle des technischen Fortschritts und der Innovationen als »4. Produktionsfaktor«. ⁷ An die Stelle pauschaler Klagen über einen vermeintlichen Investitionsstau sind nun Forderungen nach einer Beschleunigung der »dritten industriellen Revolution« getreten.

2. Die Realisierung des innovatorischen Imperativs

In der Verbindung von Investitionen und Innovationen sieht der BDI neuerdings den Schlüssel zur Bewältigung der Beschäftigungs- und Strukturprobleme. In den Worten seines Präsidenten:

»Unsere Beschäftigungskrise läßt sich nur durch konsequente Förderung und Nutzung des technischen Fortschritts beseitigen, nicht gegen ihn. Technologisch veraltete Produkte und Arbeitsplätze haben angesichts der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz keine Chance. Wir können uns gegen den technischen Fortschritt nicht abschotten. Wir würden nicht nur von den Japanern und den USA sowie den europäischen Konkurrenten, sondern zunehmend auch von den Schwellenländern überrollt.« ⁸

Schumpeter hat bereits vor langer Zeit betont, daß die Herstellung neuer, den Konsumenten noch nicht vertrauter Produkte, die Einführung neuer Produktionsverfahren sowie die Erschließung neuer Absatzmärkte, kurz: Innovationen, den fundamentalen »Antrieb« darstellen, »der die kapitalistische Maschine in Bewegung setzt und hält«. ⁹ Wenn der BDI sich dieser Einschätzung zunehmend anschließt, dann trägt er damit nicht nur den aus einzelwirtschaftlicher Sicht veränderten Konkurrenzbedingungen auf den Weltmärkten Rechnung. Mit dem Argument, daß es »zur konsequenten Realisierung des technischen Fortschritts ... für ein hochindustrialisiertes Land wie der Bundesrepublik Deutschland keine Alternative (gibt), wenn die deutsche Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb bestehen will« ¹⁰, werden nicht nur (mangels Alternative) alle Versuche, Richtung und Qualität des technischen Fortschritts kritisch zu hinterfragen, blockiert. Zugleich wird der Staat, wie bei früheren Großtechnologien auch, ein weiteres mal in die Pflicht genommen: Er soll sich an den unternehmerischen Innovationskosten beteiligen, die Infrastruktur bereitstellen und zur Kostenüberwälzung auf die Betroffenen beitragen. Die Forderung des BDI nach verlässlicher und unbürokratischer Forschungs- und Technologiepolitik, zum Ausbau der Telekommunikation, nach einer innovationsorientierten öffentlichen Beschaffung sowie nach veränderten Ausbildungsinhalten belegen dies.

2.1 Neuorganisation der Forschungs- und Entwicklungspolitik

1983 wurden für Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik insgesamt 46,8 Mrd. DM ausgegeben; das waren rund 3 Mrd. DM mehr als im Jahr zuvor. Von den Gesamtmitteln, zu deren Aufbringung die Wirtschaft mit 26,3 Mrd. DM beitrug, wurden 31,6 Mrd. DM für Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft ausgegeben. In den zurückliegenden Jahren sind die Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben beständig gestiegen. Gegenüber 1974 haben sie sich mehr als verdoppelt. Etwas geringer sind hingegen die Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben des BMFT angestiegen. Sie beliefen sich 1983 auf nahezu 7 Mrd. DM. Der überwiegende Teil der BMFT-Mittel wurde zur direkten Förderung zentraler technologischer Entwicklungen aufgewandt. Dies war und ist für den BDI

Anlaß zur Kritik. Folgende Argumente sind es, die von ihm und anderen Industrieorganisationen gegen die bisherige Praxis der staatlichen Forschungs- und Entwicklungspolitik vorgebracht werden: ihre Marktferne, die Gefahr eines strukturpolitischen Dirigismus, die einseitige Bevorzugung von Großunternehmen sowie ein hoher bürokratischer Verwaltungsaufwand. Die zumeist ordnungspolitisch begründete Kritik bezieht sich vor allem auf den hohen Anteil der direkten Forschungsförderung im Rahmen der angewandten Forschung und Entwicklung. Diese, die Umsetzung technologischer Erkenntnisse in marktgängige Produkte, ist für den BDI und andere Interessenorganisationen der Industrie »prinzipiell unternehmerische Aufgabe und integraler Bestandteil einzelwirtschaftlich, marktorientiert bestimmter Produkt- und Prozeßplanung.«¹¹ Angesichts der Wiederentdeckung des (dynamischen) Schumpeter-Unternehmers überrascht es nicht, wenn »Kloppfechter« (Kopfarbeiter im Dienste des Kapitals) in einer Gewinnförderung die leistungsfähigste Forschungs- und Technologiepolitik sehen und deshalb eine Begünstigung industrieller Forschung und Entwicklung durch steuerliche Anreize fordern.¹² Diesen Argumenten vermochte sich die staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik nicht völlig zu entziehen: 1979 wurden eine Forschungs- und Entwicklungs-Investitionszulage sowie eine Forschungs- und Entwicklungs-Personalzulage eingeführt; die damit verbundenen Steuermindereinnahmen in den Jahren 1979 bis 1984 beliefen sich auf mehr als 4,1 Mrd. DM. Ebenso wurde die indirekte Forschungsförderung in den zurückliegenden Jahren ausgebaut; das Sonderprogramm Mikroelektronik (noch eingeleitet zur Zeit der sozial-liberalen Bundesregierung) und das neue Programm Fertigungstechnik markieren eine stärkere Berücksichtigung industrieller Interessen in der staatlichen Forschungs- und Entwicklungspolitik. Die von der Rechtskoalition betriebene Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik, wie sie im kürzlich vorgelegten Forschungsbericht erläutert wird, läßt für die laufende Legislaturperiode zwischen Regierung und Industrie keine ernsthaften Konflikte mehr erwarten. So konnte der BDI in seinem letzten Jahresbericht Zufriedenheit an den Tag legen, obgleich sich aus seiner Sicht »die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung noch wesentlich verbessern und innovationsfreundlicher gestalten [lassen]«. ¹³ Vollends abgebaut werden soll die direkte Forschungsförderung jedoch keineswegs. Im Gegenteil, für den BDI steht sie auch zukünftig nicht zur Disposition, »sie muß sich jedoch auf das notwendige Maß, d.h. auf Projekte der staatlichen Daseins- und Zukunftsvorsorge und auf Projekte mit sehr hohem Risiko, hohem Finanzbedarf oder langer Ausreifzeit, beschränken«. ¹⁴ Solche Projekte stellen für den BDI die Kernenergie und der Ausbau der Telekommunikation dar.

2.2 Der Ausbau der Telekommunikation zum Zweck der Rationalisierung

Im Rahmen seiner Strategie, Beschäftigungs- und Strukturprobleme durch verstärkte Innovation zu lösen, erachtet der BDI den Ausbau der Telekommunikation für unerläßlich. Infolge des damit verbundenen Investitionsvolumens, des Technologiepotentials sowie der erhofften ökonomischen Impulse fordert er, daß der informations- und kommunikationstechnischen Industrie künftig eine Schlüsselrolle zukommen solle. Begründet wird diese mit den vermuteten positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekten der Informations- und Kommunikationstechniken, ihren rohstoffsparenden und angeblich auch umweltschonenden Eigenschaften, ihren technischen Voraussetzungen zur Behebung »erkennbarer Fehlentwicklungen im bestehenden Rundfunksystem« sowie — weniger offen — ihrer Möglichkeiten zur Unterminierung geltender ordnungspolitischer Grundsätze der Netzträgerschaft.¹⁵

Eine Überprüfung der Argumente läßt erkennen, daß sich hinter den vordergründig behaupteten Beschäftigungswirkungen massive Profitinteressen verbergen und die Sorge um Arbeitsplatzsicherheit die Rationalisierungsabsichten verdecken soll. Angesichts rückläufiger Nachfrage nach herkömmlichen Fernmeldeeinrichtungen, nach traditionellen Fernmeldekabeln sowie einem hohen Sättigungsgrad bei Geräten der Unterhaltungselektronik erhoffen sich Fernmeldeindustrie und Unternehmen der Unterhaltungselektronik nicht nur eine Überwindung der Nachfrageschwäche, sondern auch neue Märkte durch digitalen Stereofunk, Kabelfernsehen und Bildschirmtext. Computerfirmen schließlich setzen auf eine Ankurbelung ihres Gerätemarktes durch neue, schnelle und leistungsfähige Telekommunikationsnetze. Die telekommunikationstechnische Aufbruchstimmung der Industrie fußt auf einer Marktstudie, die für die 80er Jahre einen weltweiten Fernmelde-Supermarkt prognostiziert, auf dem für Verkabelung, Digitalisierung und Satellitentechnik rund 460 Mrd. US-Dollar ausgegeben werden sollen. Für die Bundesrepublik belaufen sich, Schätzungen zufolge, die Kosten einer Verkabelung mit Kupferkoaxialkabel auf 46 Mrd. DM, für Glasfaser hingegen auf 100 bis 300 Mrd. DM; Investitionen für erforderliche neue Endgeräte werden auf weitere 150-200 Mrd. DM beziffert. Was sollte den BDI angesichts dieser Umsatzerwartungen daran hindern, nunmehr politische und ökonomische Signale zum flächendeckenden Ausbau von Breitbandverteilnetzen zu fordern und sowohl eine parallele Ausbaustrategie von Koaxialkabel- und Glasfasertechnologie als auch eine Stärkung der Satellitentechnik für unabdingbar zu erklären?¹⁶

Mit diesen Forderungen rannte der BDI bei der Rechtsregierung offene Türen ein. Postminister Schwarz-Schilling griff die Forderung nach Ausbau der Breitbandverteilnetze auf und erhöhte, dankbar für die Unterstützung seiner Medienträume, eifertig die Gelder für die Kupfer-Verkabelung auf jährlich 1 Mrd. DM. Dennoch blieb er ohne Fortüne. Von der Opposition heftig kritisiert, stellte ihm auch der Rechnungshof ein schlechtes Zeugnis aus, seine Kalkulationen erwiesen sich als miserabel. Mittlerweile sind auch seine Bastionen in der Industrie einem Erosionsprozeß ausgesetzt, denn mehr und mehr setzt sich die Industrie, allen voran die informationstechnische Industrie, gegen den forcierten Ausbau der Kupfernetze zur Wehr. Ihre Einwände: Kupferkoaxialkabel seien technologisch rückschrittlich, ihr Ausbau gegenüber Japan und den USA, wo bereits in wachsendem Ausmaß Glasfaserkabel verlegt würden. Zudem wird die Befürchtung geäußert, daß infolge hoher, nicht kostendeckender Vorausinvestitionen der Trend zur Integration digitalisierter Netze verlangsamt und die Erschließung des wachstumsträchtigen Endgerätemarktes verzögert werde. Ihre Sorge hatte die informationstechnische Industrie bereits im vergangenen Jahr in einem vertraulichen Memorandum an den Forschungsminister begründet. Darin wird auf die hohe Bedeutung des Heimatmarktes für Innovationen und deren Erprobung hingewiesen und »eine Schrittmacherverolle der Bundespost beim Ausbau der informationstechnischen Netze und Dienste« gefordert. zugleich wird eine staatliche Kostenbeteiligung an anwendungsorientierten Innovationsprojekten verlangt, sofern deren Erlöse die Kosten nicht abdecken. Unterstützung erhielten diese Forderungen kürzlich durch eine Studie der SCS-Unternehmensberatung, in der eine staatliche Strategie zur Förderung der optischen Nachrichtentechnik gefordert wird. Mit ihr sollen die staatlichen Nachfragevoraussetzungen für die Massenproduktion von Glasfaserkabeln geschaffen werden. Ferner macht die Studie darauf aufmerksam, daß für zahlreiche neue Fernmeldedienste keine neuen Netze, sondern zunächst nur die Digitalisierung des Fernsprechnetzes erforderlich sei. Offensichtlich waren diese Argumente für die Bundesregierung so überzeugend, daß sie sie zum Teil wörtlich in die Begründung ihrer Förderkonzeption Infor-

mationstechnik übernahm. Doch weder der informationstechnischen Industrie noch dem BDI insgesamt geht es beim Ausbau der Telekommunikation lediglich um die Eroberung neuer Märkte. Es geht ihnen darüber hinaus um die Nutzung der »enormen Produktivitätschancen« der neuen Kommunikationstechnologien in Büro und Verwaltung — infolge der hohen Personalkosten in diesen Bereichen, so der BDI, seien »Anstrengungen zur Automatisierung und Rationalisierung immer dringlicher«, da gegenwärtig der »zunehmende Informations-, Kommunikations- und Entscheidungsbedarf nicht mehr allein durch vermehrten Personaleinsatz bewältigt werden« könne.¹⁷ Mit dem gleichen Argument wird auch eine angeblich positive Arbeitsplatzbilanz begründet: Da das beträchtliche Automatisierungspotential nur schrittweis nutzbar sei, werde der steigende Bedarf an Büroarbeit Freisetzungen verhindern. Damit nicht genug: der BDI prophezeit zugleich eine Arbeitsverbesserung, da die im Büro arbeitenden Menschen durch die neuen Geräte und Systeme entlastet würden. Unverständlich hingegen bleibt, wieso vor dem Hintergrund dieser Aussagen, die sich in ähnlicher Form in nahezu allen Publikationen des BDI wiederholen, verstärkt über eine unzureichende soziale Technikakzeptanz Klage geführt wird. Welche Bedeutung kommt den Argumenten des BDI tatsächlich zu?

3. Technischer Fortschritt als universeller Problemlöser?

Folgt man den Argumenten des BDI, dann werden die Lohnabhängigen durch neue Technologie von den »Lückenbüßern der Mechanisierung« endgültig zu den »großen Gewinnern unseres Jahrhunderts« (P.F. Drucker). Beweise für die Behauptung einer durchgängigen qualitativen Arbeitsverbesserung bleibt der BDI jedoch schuldig; seinen Hinweisen auf die in vielen Untersuchungen ermittelte hohe Arbeitszufriedenheit kommt nur begrenzte Aussagefähigkeit zu: infolge einer vorherrschenden gesellschaftlichen Leistungs- und Berufsorientierung gerät die Äußerung von Arbeitsunzufriedenheit leicht in Gefahr, als persönliches Versagen interpretiert zu werden, infolgedessen besteht auch bei Arbeitsunzufriedenheit ein Zwang zu »positiver Selbstinterpretation«.¹⁸ Neue Untersuchungen widerlegen zudem die Behauptungen des BDI nachhaltig. So dokumentieren die Ergebnisse einer unlängst von der IG Metall vorgelegten Untersuchung zu den Folgen der Rationalisierung, daß der technische Wandel die sozialen Risiken der Lohnabhängigen keineswegs reduziert: an die Stelle alter Gesundheitsrisiken treten neue, Qualifikationen, Einkommen und Beschäftigung sind weiterhin bedroht, die soziale Kontrolle weitet sich aus. So steht dem Rückgang schwerer körperlicher Arbeit eine auffallende Zunahme der Leistungsabforderung, des Arbeitstempos und der Belastungen durch Lärm, Monotonie, soziale Isolation, gefährliche Arbeitsstoffe, Schichtarbeit und erhöhte psychische Anforderungen entgegen. Darüber hinaus verzeichnen Verschleißarbeitsplätze, an denen Tätigkeiten nicht bis zur Pensionierung ausgeübt werden können, eine deutliche Zunahme. Zudem entwickeln sich die Qualifikationsanforderungen äußerst widersprüchlich. Einerseits erfolgen die Anpassungen an neue Technologien überwiegend im Rahmen kurzfristiger Qualifizierungsmaßnahmen, die über Geräteeinweisungen hinaus kein stabiles Qualifikationsniveau vermitteln; zugleich nutzen die Betriebe verstärkt Möglichkeiten, berufliches Wissen durch Abbildung auf Datenträgern zu enteignen, wobei der Zugang zu diesem Wissen hinterher meist auf wenige, hochqualifizierte Beschäftigte beschränkt bleibt. Andererseits schlägt sich die in einzelnen Fällen zu beobachtende Zunahme qualifizierter Tätigkeiten keineswegs im gleichen Umfang in Höhergruppierungen nieder. Bestehende betriebliche Machtstrukturen werden durch den Einsatz computergestützter Informationssysteme zugunsten derer verschoben, die über die Möglichkeiten ihres Einsatzes verfügen. Schließlich

sind die Lohnabhängigen einem wachsenden Risiko technologischer Arbeitslosigkeit ausgesetzt.

In seinen Stellungnahmen weist der BDI die Annahme einer technologischen Arbeitslosigkeit infolge des Produktivitätsfortschrittes entschieden zurück. Er vertritt hingegen die Auffassung, die innovative Anwendung der Mikroelektronik werde »auf lange Sicht mehr Arbeitsplätze schaffen als durch Automatisierung einsparen«. ¹⁹ Sein weitreichender Glaube an die Funktionsfähigkeit der Marktkräfte macht den BDI zum Vertreter der Kompensationstheorie. Infolge der mit der Mikroelektronik einhergehenden Tendenz zur Vorwärtsintegration (Verschiebung der Wertschöpfung zu den Bauelemente-Herstellern) verzichtet er wohlweislich auf das bekannte Maschinenherstellungsargument; statt dessen bemüht er das Theorem der Kaufkraftkompensation: zwar könne die Mikroelektronik durchaus zu Verlusten von Arbeitsplätzen führen, diesen stünden jedoch auf der anderen Seite Gewinne an Arbeitsplätzen gegenüber.

»Die Mikroelektronik schafft nicht nur neue Produkte, die durch sie ermöglichte Rationalisierung bei der Geräteproduktion verbilligt häufig auch die Produkte, verbunden oftmals mit besseren Eigenschaften. Billigere Geräte erhöhen die Absatzchancen. Erhöhter Absatz schafft wiederum Arbeitsplätze oder verhindert zumindest, daß Arbeitskräfte freigesetzt werden.« ²⁰

Einer empirischen Überprüfung vermag dieses Argument ebensowenig standzuhalten wie die Behauptung, daß sich Wachstum von Sozialprodukt und Produktivität künftig parallel entwickeln werde. Empirische Belege deuten an, daß sich in jüngster Zeit das Produktivitätswachstum gegenüber dem Produktionswachstum verselbständigt hat — deshalb kann die Arbeitslosigkeit keineswegs mit Wachstumsdefiziten begründet werden.

Wenn Mikroelektronik und Telekommunikation nicht zu Produktivitätssteigerungen führen, so gilt es zu fragen, warum sich der BDI gemeinsam mit potentiellen Herstellern und Anwendern lautstark im Kampf um den Einsatz der Mikroelektronik und den Ausbau der Telekommunikationsnetze engagiert. Warum sollten dann, wie behauptet, im internationalen Wettbewerb jene Volkswirtschaften Konkurrenzvorteile aufweisen, die über leistungsfähige Telekommunikationssysteme verfügen? Ja, warum sollten Mikroelektronik und Telekommunikation dann überhaupt eingeführt werden?

Die Stellungnahmen des BDI sind ein eindeutiges Plädoyer für den technischen Fortschritt. Sie setzen technischen Fortschritt mit dem Fortschritt der Industrie gleich und machen sozialen Fortschritt von deren Wohlergehen abhängig. Die Verherrlichung der Leistungsfähigkeit des technischen Fortschritts soll verdecken, daß dessen Gewinne privatisiert, seine Kosten für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Naturzerstörung, Ausbildung und Forschung hingegen der Gesellschaft aufgebürdet werden. Diese Kosten lassen mehr und mehr Zweifel an der Leistungsfähigkeit des technischen Fortschritts aufkommen — diese Zweifel zeigen sich auch in einer naturwissenschaftlich-technisch fundierten Kritik der Technik, mit der die traditionelle philosophische und sozialwissenschaftliche Technikkritik ergänzt wird. Wenn der BDI zur Bewältigung der anstehenden Probleme einen gesellschaftlichen »Grundkonsens über die Nutzung des technischen Fortschritts« ernsthaft fordert, ²¹ dann muß er bereit sein, die Entwicklung neuer Technologien als politisches Gestaltungsproblem zu begreifen und die scheinbar neutralen Sachfragen technologischer Entwicklung zum Gegenstand politischer Entscheidungen zu machen. Eine solche Bereitschaft der »Sachwalter des produktiven Teils unseres Vermögens« ²² ist jedoch nicht gegeben. So hat der BDI in seiner Kritik der Fortschrittskritiker seine Ablehnung einer institutionalisierten Technikfolgeabschätzung und -bewertung begründet. Nachdem er sich bereits in der Vergangenheit gegen eine — aus seiner Sicht kontraproduktive — begleitende

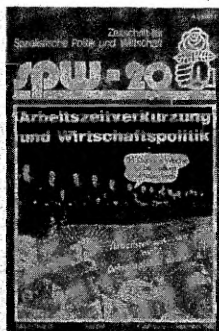
Sozialforschung im Rahmen des HdA-Programms ausgesprochen hatte, wandte er sich nun gegen die von den Gewerkschaften geforderte vorausschauende Technikfolgeabschätzung. Seine Argumente: die bisher entwickelten Prognosemethoden seien unzuverlässig und wenig aussagekräftig, eine Technikbewertung müsse von Einstellungen und Wertungen der Menschen ausgehen, die jedoch »(weder) wissenschaftlich abgeleitet noch mit einigemaßen hinreichender Sicherheit unterstellt werden« könnte.²³

Auf Zustimmung des BDI und seiner Mitglieder kann hingegen nur hoffen, wer mit dem Eingriff in die Speichen des Rades des Wohlfahrtsstaates (Giersch), der Förderung von Prozeß- und Produktinnovationen, massiver staatlicher Investitionslenkung zur politischen Schaffung von Märkten, auf denen Verbraucherentscheidungen durch staatliche Politik ersetzt werden, eine neue lange Welle der Konjunktur einleiten will und bereit ist, die sozialen Kosten dieser Strategie zu externalisieren (= nach außen verlagern, d.h. hier: Kosten sozialisieren, Gewinne privatisieren). Ein Interesse der Kapitalverbände an der Rückkehr zur Vollbeschäftigung kann nicht unterstellt werden, unterminiert diese doch »die soziale Stellung des Chefs« und läßt das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse ansteigen. Die Überwindung der von Kalecki beschriebenen kapitalistischen Ethik — im Schweiß deines Angesichtes sollst du dein Brot essen, es sei denn, du verfügst über Vermögen —, die Durchsetzung sozialer Innovationen, wird daher nur in sozialen Auseinandersetzungen möglich sein. *Dabei muß die Vorherrschaft privater Profitmaximierung als Bestimmungsgröße von Produktion, Investitionen, technischem Fortschritt und Beschäftigung überwunden werden.* Eine soziale Kontrolle der Produktivkraftentwicklung, die mehr sein will als eine Bewältigung von Rationalisierungsfolgen, die nicht nur die Frage danach, wie produziert wird, sondern auch danach, was produziert wird, stellt, kurz: eine Strategie, die den Gebrauchswert des technischen Fortschritts thematisiert und auf eine soziale Gestaltung der Technik zielt, erfordert eine glaubwürdige und durchsetzungsfähige soziale Alternative jenseits der Kapitalverwertungslogik des gegenwärtigen politischen Kurses der Bundesregierung und der Kapitalverbände. Eine dieser Zielsetzung verpflichtete Technologiepolitik wird damit zum Bestandteil einer sozial orientierten Krisenüberwindungspolitik.

Anmerkungen

- 1 BDI-Präsident Rodenstock, in seinem Vortrag auf der BDI-Jahrestagung am 15.5.1984 in Köln, abgedruckt in BDI: Jahrestagung 1984. Köln 1984, S.55.
- 2 BDI: Arbeitsplätze durch Wirtschaftswachstum. Köln 1977, S.29.
- 3 Jahresbericht 1980-1982. Köln 1982, S.22.
- 4 Rodenstock, a.a.O., S.53.
- 5 Jahresbericht 1982-1984. Köln 1984, S.18.
- 6 A.a.O., S.12.
- 7 BDI: Innovationen — die Zukunft unserer Wirtschaft. Köln 1983, S.11.
- 8 Rodenstock, a.a.O., S.50.
- 9 Schumpeter, J.A.: Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie. München 1980, S.137.
- 10 Jahresbericht 1982-1984, S.26.
- 11 Gruhler, W.: Forschungs- und Entwicklungsförderung der deutschen Wirtschaft. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln 1981, S.14.
- 12 Gruhler, a.a.O., S.17.
- 13 Jahresbericht 1982-1984, S.66.
- 14 Jahresbericht 1982-1984, S.67.
- 15 Vgl. BDI: Neue Informations- und Kommunikationstechniken und ihre gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen. Köln 1982.

- 16 A.a.O., S.8.
- 17 A.a.O., S.19f.
- 18 Vgl. Kern, H., und M. Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Frankfurt/M. 1977, S.207ff.
- 19 BDI: Technischer Fortschritt — Wachstum — Beschäftigung. Köln 1980, S.5.
- 20 A.a.O., S.27.
- 21 BDI: Technischer Fortschritt und Technikkritik. Köln 1984, S.14.
- 22 So die Definition der Unternehmerrolle im BDI-Jahresbericht 1952-53
- 23 BDI: Technischer Fortschritt und Technik-Kritik, a.a.O., S.18.



Arbeitszeitverkürzung und Wirtschaftspolitik

35-Stunden-Woche. Flexibilisierungsstrategien. Programmvergleich Memorandum-Grüne. Konjunkturprognosen. Stahlkrise.

Grundgesetz und NATO. Britische Friedensbewegung. Reformismus. Grundsatzprogramm-Diskussion.

Mit Beiträgen u.a. von Bäcker/Bispinck, H. Böhmer, O. Demele, M. Ernst-Pörksen, E. Ott; J. Bloomfield, W. Däubler, H.-G. Hofschien, U. Kremer

September 1983

SOZIALISMUS

Autoren...

G. Bäcker (WSI)/E. Berlinguer (KPI)/P. Conradi/
H. Ehmke/J. Fischer (Grüne)/A. Fuchs/
Chr. Götz (HBV)/P. Glotz/R. Hickel (Memo)/
E. Hobsbawm (Labour)/S. Plogstedt/L. Mahlein
(IG Druck)/P.v. Oertzen/H. Peter/O. Schily
(Grüne)/G. Therborn/K.D. Voigt u.v.a.m.

...und ihre Themen

Machtfrage: 35-Stunden-Woche/SPD-Erneuerung
in sozialer Verantwortung?/Die Linke und das Pro-
jekt der Moderne/Grüne: Juniorpartner der SPD?/
Perspektiven der europäischen Arbeiterbewegung/
Konservative Systemveränderung/Frauen zwischen
Verinnerlichung und Realpolitik/Selbstbehauptung
Europas

Darüber hinaus regelmäßig

Kommentare, Analysen, Berichte und Diskussionen
zu aktuellen Entwicklungen in GB, Frankreich,
Italien, Spanien, USA usw./Zur wirtschaftlichen
Situation, Überschuldung der Dritten Welt/Krisen
in den sozialistischen Ländern/Diskussionsbeiträge
zur marxischen Theorie/Buch- und Zeitschriften-
besprechungen

monatlich

60 Seiten; DM 5,-

Jahresabo frei Haus:
DM 50,- (+Porto)

Im Buchhandel oder bei
VSA, Postfach 501571, 2000 Hamburg 50

Erich Ott

Aspekte neuerer staatlicher Technologiepolitik

1. Technologiepolitik als Staatsaktivität

Die breitere öffentliche Diskussion um »Technologiepolitik«, »Forschungs- und Technologiepolitik« oder auch »Industriepolitik« ist in der Bundesrepublik noch relativ jung und ihre Bedeutung als Bestandteil staatlicher Aktivität noch sehr unzureichend wissenschaftlich und politisch reflektiert. Die Gründe dafür liegen zu einem erheblichen Teil in der Aufschwungs- und Wachstumseuphorie, die erst in den 70er Jahren von größeren Teilen der Bevölkerung mit Fragezeichen versehen wurde. Faktisch sind erst in den letzten zehn Jahren die Bedeutung, die Zusammenhänge und Folgewirkungen von Technik und Gesellschaft, von Mensch und modernen Produktivkräften zu einem wirklichen Problemfeld öffentlichen Bewußtseins geworden und sowohl in das Erkenntnisinteresse von Wissenschaft und Forschung als auch in den Diskussionszusammenhang gesellschaftlicher Maßstäbe und Ziele gerückt.

Ausgelöst wurde diese neue engagierte und kritische Sichtweise des Zusammenhangs von technisch-ökonomischer Rationalität und Produktivität zur gesellschaftlichen Entwicklung und den menschlichen Existenzbedingungen in erster Linie durch die voranschreitenden Umweltzerstörungen, die erkennbaren Folgen hemmungsloser Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die rasante Entwicklung und Installierung von Kernenergieanlagen mit ihren bedrohlichen Gefährdungspotenzen, die in gewaltigem Ausmaß vorangetriebene Herstellung nuklearer, menscheitsgefährdender Rüstungspotentiale, aber auch durch die unübersehbaren sozialen Folgen revolutionierender technologischer Systeme (Mikroelektronik, Informationstechnologien etc.) zum Ersatz menschlicher Arbeit oder deren Veränderung zu sinnentleerter Tätigkeit als Anhängsel einer nicht transparenten und unkontrollierbaren Technologie. Auf diesem Hintergrund trat eine gravierende Differenz zur bisherigen Bewertung technisch-ökonomischer Produktivkraftentwicklung deutlich hervor und fand ihren politischen Ausdruck außerhalb der traditionellen politischen Organisationen in neuen sozialen Bewegungen und Sensibilisierungen. Die Sichtweise, daß die Entfaltung der Technik sich in der gesellschaftlichen Produktion als Reichtumsvermehrung zum Wohle aller niederschlägt, wurde zwar auch früher generell kritisiert, und insbesondere im Hinblick auf die private Verfügung und Aneignung durch die Produktionsmittelbesitzer als gesellschaftlicher Grundwiderspruch charakterisiert, aber gleichzeitig wurde von der Masse der Bevölkerung und den politisch Verantwortlichen diese Produktivkraftentwicklung als Triebkraft und Voraussetzung sozialen Fortschritts gesehen. Die Teilhabe am so produzierten Reichtum und am höheren soziokulturellen Lebensniveau war damit für die große Masse der arbeitenden Menschen zwar nicht automatisch, sondern lediglich als potentielle Voraussetzung gegeben, wobei die tatsächliche Partizipation erst im Ergebnis von Verteilungskämpfen in differenzierter und zumeist bescheidener Weise stattfand. Aber auch auf diesem historisch-sozialen Hintergrund gab es ökonomische Zyklen und Phasen, in denen die Technik mehr oder weniger intensiv dem arbeitenden Menschen in feindlicher und existenzbedrohender Form entgegentrat, wie sich dies in der »Maschinenstürmerei« der Weber Mitte des 19. Jahrhunderts oder in der Debatte um die Rationalisierung und Automation in der Weimarer Republik ausdrückte. Technik und Technikanwendung standen also niemals völlig widerspruchsfrei im Dienste gesellschaftlicher Entwicklung, sondern stets auch im Spannungsfeld gegensätzlicher oder unterschied-

licher Interessen von Eignern und Anwendern einerseits und von Abhängigen und Betroffenen andererseits. Daraus resultiert in jeweils historisch sehr unterschiedlichen Ausprägungen auf der Ebene menschlichen Bewußtseins eine Palette von Technikeuphorie bis Technikfeindlichkeit, wie dies insbesondere die englische, aber auch die deutsche Industrialisierungsgeschichte zeigt.¹

Das Verhältnis von Technologie und Politik stellt eine weitere Dimension gesellschaftlicher Handlungsweise und Bewertung dar, die sich in erster Linie über Staatsaktivitäten vermittelt. Zwar bestand stets eine Beziehung zwischen Staat und Technologie², im Feudalismus weniger, in der bürgerlichen Gesellschaft mehr, die sich im historischen Entwicklungsprozeß jeweils in förderndem, hemmendem oder neutralem Verhalten ausdrückte. Den zentralen Stellenwert und institutionalisierten Aufgabenbereich in der staatlichen Politik nimmt sie jedoch erst seit der Entwicklung aufwendiger Großtechnologien — sei es im militärischen oder zivilen Sektor — und entsprechender Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ein, wofür die staatliche Finanzkraft in wachsendem Umfange in die ökonomisch-technologische Verwertung einbezogen wurde. Diese Staatstätigkeit, die sich im wesentlichen als Unterstützungs-, Förderungs- und Finanzierungspraxis darstellt, war in der Staats- und Regierungsorganisation zumeist ressortübergreifend subsumiert unter: Wissenschaft und Forschung, Wirtschaftspolitik, Rüstung, Verkehr und Luftfahrt etc. Die Herausbildung eines eigenständigen und andere Ressortbereiche federführend einbeziehenden Politikbereiches »Forschungs- und Technologiepolitik« (F.u.T.) ist das Ergebnis neuerer Entwicklungen, wobei der Begriff »Forschungs- und Technologiepolitik« in der Forschungsberichterstattung der Bundesregierung explizit erst im Bericht VI von 1979 ausgewiesen wird³, während in den vorhergehenden von »Forschungsförderung«, »Forschungspolitik«, »Wissenschaftspolitik« und »Wissenschaftsförderung« gesprochen wird. Diese Herausbildung eigenständiger Politikbereiche verläuft hochgradig parallel zur wachsenden Problemträchtigkeit insbesondere der Technikentwicklung, ihren gesellschaftlichen Folgewirkungen, der sich verschärfenden Krise und der Anstrengungen zur Folgenbewältigung bzw. Akzeptanzerhöhung.

Heute ist Technologiepolitik einerseits ein anwendungsorientierter Teilbereich staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik, die dem Zuständigkeitsbereich des Forschungsministers zugeordnet ist, mit den entsprechenden parlamentarischen Ausschüssen und nachgeordneten staatlichen und halbstaatlichen Institutionen, deren Zielsetzung und Aufgabenstellung im wesentlichen auf der Förderung und Finanzierung von Maßnahmen zur Entwicklung, Anwendung und Gestaltung der Produktionstechnologien, der Dienstleistungseinrichtungen und zunehmend auch der Folgenbewältigung aus der Anwendung technologischer Systeme und Verfahren gerichtet ist. Andererseits stellt sie einen Politikbereich dar, dessen Entscheidungen in zunehmendem Maße größeren Einfluß auf Mensch und Gesellschaft ausüben und der damit stärker ins öffentliche Interesse gerückt ist und dem von seiten unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen (Parteien, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften etc.) wachsende Aktivitäten gelten. Dies schlägt sich in den allseits sichtbaren Anstrengungen dieser Organisationen nieder, eigene programmatische Ziele und Werte einer Technologiepolitik zu formulieren. Die Tatsache, daß die Technologiepolitik keine eigenständige wissenschaftliche Disziplin in Lehre und Forschung ist, sondern Einzelaspekte jeweils in zahlreichen Fachgebieten sozialwissenschaftlicher, politikwissenschaftlicher, wirtschaftswissenschaftlicher, technischer und verwaltungswissenschaftlicher Ausrichtung subsumiert sind, wirkt sich nachteilig auf die Ausformung dieses Politikbereiches in Theorie und Praxis und insbesondere auf die Beteiligung, Mitwirkung

und Formulierung von Handlungsalternativen aus. Die Interdisziplinarität technologiepolitischer Inhalte und Aufgaben erschwert eine eigenständige Ausprägung ebenso, wie die jeweilige Programmatik der die Regierung tragenden Parteien ihr (zumindest bis zur neueren Entwicklung) einen sehr unterschiedlichen Stellenwert und stark abweichende Funktionen beigemessen haben. Dies steht in einem direkten Kontext zur jeweiligen wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik einer Regierung, die zum Beispiel lediglich fördernd und finanzierend Unternehmensentscheidungen hinsichtlich Forschung und technologischer Veränderungen unterstützt oder zum Beispiel mit stärker strukturierenden Absichten fehl laufende Markt- und Unternehmensentwicklungen gestaltend und fördernd sowie die Erforschung neuer technologischer Systeme zur Sicherung eines übergeordneten gesamten Verwertungszusammenhangs zu beeinflussen sucht. Solche unterschiedlichen Akzentuierungen kennzeichnen die verschiedenen Phasen der F.u.T. in der Geschichte der Bundesrepublik.

2. »Modernisierung der Volkswirtschaft«

Die staatliche F.u.T. in der Bundesrepublik ist seit Anfang der 50er Jahre im wesentlichen in vier Etappen verlaufen, die sich weitestgehend an die ökonomisch-produktionstechnischen Zyklen anlehnen. Ohne diese hier im einzelnen inhaltlich darstellen und analysieren zu können,⁴ lassen sie sich charakterisieren als:

- *Rekonstruktion* (bis etwa Mitte der 50er Jahre),
- *Anpassung* (bis etwa Mitte der 60er Jahre),
- *Erweiterung* (bis Anfang der 70er Jahre),
- *Krise und Modernisierung* (bis zur Gegenwart).

Für die neuere Diskussion um staatliche Technologiepolitik dürfte in erster Linie das »Modernisierungskonzept« von Interesse sein. Von Sozialdemokraten im wesentlichen in der programmatischen Diskussion Anfang bis Mitte der 70er Jahre um den »Orientierungsrahmen '85« konzipiert⁵, verbunden mit Namen wie Hans Matthöfer und Volker Hauff, fanden diese Vorstellungen Eingang in das Konzept sozialdemokratischer Forschungs- und Technologiepolitik unter einschlägiger ministerieller Verantwortung der genannten seinerzeitigen Ressortminister⁶ und bestimmen auch in den nachfolgenden Zeiten über die »Wende« hinweg mit entsprechenden Umorientierungen den Grundtenor der BMFT-Politik bis heute. Das technologiepolitische Konzept der »Modernisierung der Volkswirtschaft« versteht sich als Strukturpolitik des Staates und ging in seiner regierungsamtlichen sozialdemokratischen Interpretation davon aus, aktiv und zielgerichtet, zwingend notwendige strukturelle Veränderungen von Produktion und Distribution zu bewirken, um damit Zukunftssicherung zu betreiben. Dabei werden zwei Prämissen formuliert:

1. Daß die internationale Arbeitsteilung und Konkurrenz um Innovation, Produktion und Märkte sich in einem Maße vollziehen, wie es binnenwirtschaftlich weder angemessen reflektiert wird, noch entsprechende Konsequenzen sich mit rein marktwirtschaftlichen Elementen in gesellschaftlich akzeptabler Form realisieren lassen, d.h., daß eine so angelegte Strukturpolitik die Kompensation charakteristischer marktwirtschaftlicher Defizite in vorausschauender Weise zu lösen hätte.⁷

2. Es wird von der Notwendigkeit und Bereitschaft ausgegangen, staatlicherseits aktiv auf die wirtschaftliche Strukturgestaltung und auf die Produktionsschwerpunkte einzuwirken, um solche Sektoren zu entwickeln, zu unterstützen und zu fördern, von denen aufgrund der Analyse der internationalen Situation anzunehmen ist, daß sie mittel- und langfristig die Gewähr dafür bieten, auf gegenwärtigem Niveau im Rahmen der Industrie-

staaten einen angemessenen Platz zu behaupten, worin auch die Bewältigung der gesellschaftlichen Krisenfolgen eingeschlossen ist.

Mit diesem strukturpolitischen Ansatz staatlicher Technologiepolitik wird gleichzeitig konstatiert, daß darin nicht nur technologiepolitische, sondern insbesondere auch ökonomische und soziale Dimensionen eingeschlossen sein müssen, weshalb eine gesamtstaatliche Strukturpolitik erforderlich wird, die sich qualitativ auch von der keynesianischen Globalsteuerung der 60er Jahre zu unterscheiden habe.⁸ Hierfür werden zwei mögliche alternative Strategien staatlichen Handelns angeboten:

1. Die *Erhaltungsstrategie*, die auf die Erhaltung der gegenwärtigen Produktionschwerpunkte und vor allem der Exportsektoren zielt. Sie würde eine protektionistische Förderung zur Wettbewerbsverbesserung gegenüber der ausländischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt erfordern, was einen hohen Aufwand staatlicher Mittel bedeutet. Ferner wären zwangsläufig Maßnahmen notwendig, die in das Lohngefüge einzelner Branchen eingreifen müßten, bis zu einem Lohnstopp und einer generellen Absenkung des gesamtwirtschaftlichen Lohnniveaus, um damit zur finanziellen Stärkung der Kapitalverwertung beizutragen, was allerdings mit einer Senkung des Lebensniveaus der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik und den damit verbundenen ökonomischen und sozialen Problemen verbunden wäre.⁹

2. Die *Strategie des aktiven Strukturwandels* ist als deutlich positivere Alternative und als Kern des Konzeptes der »Modernisierung der Volkswirtschaft« hervorgehoben, da in ihr »die Chance einer Umstrukturierung und damit politischen Auswahl zwischen alternativ möglichen ökonomischen Strukturen in unserem Land« gesehen wird. Bei Erhaltung des »gesamtwirtschaftlichen Einkommensniveaus« und »voller Mitbestimmung der abhängig Tätigen« liegt der Schwerpunkt in der »Sicherung des Investitions- und Innovationspielraums für jene Wirtschaftszweige, in denen auf mittlere Sicht noch ein wesentlicher Teil unseres gesamtwirtschaftlichen Einkommens erwirtschaftet wird und deren Exporterlöse unsere in Zukunft eher steigenden Einfuhren finanzieren müssen. Die notwendige Konsequenz einer auf Stärkung der leistungsfähigsten Branchen und Unternehmen gerichteten staatlichen Steuer- und Förderungspolitik wird allerdings eine viel stärkere Spezialisierung unserer Industriestruktur sein«, womit insbesondere die »technologische Innovation in ausgesuchten Märkten« (*Marktnischen*) gemeint ist. Die Zeit des Übergangs zu einer neuen Struktur soll mit der »Spezialisierungsstrategie« gesichert werden, wobei »die Wahl und selektive Förderung dieser zukünftigen Wirtschaftsstruktur die eigentliche Aufgabe einer Strategie der aktiven Strukturpolitik sein [wird]«, die »sich zu einem wesentlichen Teil auf neue, noch nicht ausentwickelte Technologien und damit auf neue, noch ungesättigte Märkte stützen« muß.¹⁰ Als Instrumente dieses Modernisierungsprozesses gelten: erstens die Verlagerung von Kapital und Arbeit aus stagnierenden in vorläufig noch produktive Sektoren und damit eine entsprechende Spezialisierung der Industriestruktur sowie zweitens die Förderung und Entwicklung neuer Technologien und Verfahrensweisen und deren tatsächliche Einführung als langfristig wirkender Umstrukturierungseffekt. In dieser Funktion kommt der staatlichen F.u.T. in der gesamten staatlichen Förderungspolitik eine zentrale Bedeutung zu, »wenn sie auch als Instrument einer Wirtschaftsstrukturpolitik gesehen wird«¹¹ und damit auch über den Rahmen der Förderung und Unterstützung »zur Beseitigung von Engpässen der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung«¹² hinausweist.

Mit diesem strukturpolitischen Kern des Modernisierungskonzeptes wird die qualitative Komponente in der Technologiepolitik ausgedrückt, wobei diese sowohl entsprechenden

Niederschlag in der Prioritätensetzung und Akzentverschiebung von direkter und indirekter Forschungsförderung finden müßte¹³ als auch in den Überlegungen zur Folgenbewältigung solcher forciert umstrukturierungen hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation und der gesellschaftlich-ökologischen Folgewirkungen. Im Hinblick auf die arbeitsplatzbezogenen Folgen einer solchermaßen forcierten technologischen Entwicklung herrscht hier — ebenso wie für andere Folgewirkungen — ein programmatischer Optimismus vor.¹⁴ Zur Lösung des Problems der rationalisierungsbedingten Einsparungen menschlicher Arbeitskraft wird angestrebt, diese durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in expandierenden oder neu entstehenden Produktionsbereichen auszugleichen, wobei bereits in der 1979 formulierten rückblickenden Betrachtung konstatiert wird, daß dies »in den zurückliegenden Jahren schwachen Wachstums nicht in ausreichendem Maße gelungen« sei.¹⁵

Das Verhältnis von programmatischer Ausformulierung des Konzeptes »Modernisierung der Volkswirtschaft«, dessen Realisierung und Grenzen im Rahmen der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesrepublik werden schon im Verlauf der Ära sozialdemokratischer ministerieller Ressortverantwortung und besonders in deren Endphase 1982 deutlich. Hier sind zwar deutliche Akzentverschiebungen gegenüber früheren Phasen gesetzt worden, aber auch eine folgenschwere Defensivrolle im Verhältnis zur rapiden Krisenentwicklung und Arbeitslosigkeit, eine problematische Primärorientierung auf außenwirtschaftliche Ziele und internationale Märkte, die binnenwirtschaftliche Erfordernisse vernachlässigte, das Fehlen der organischen Verbindung der Technologiepolitik mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik und letztlich auch die Inkonsequenz in der gesellschaftlichen Interessendurchsetzung gegenüber privaten Kapitalinteressen in traditionellen, besonders problemträchtigen Sektoren, kennzeichnen die praktisch-politische Bedeutung und Funktion des Konzeptes. Die zunehmende und bis zur Gegenwart weiter gesteigerte Bedeutung eines lediglich auf die Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen gerichteten Technologietransfers und der Innovationsförderung markieren die Stationen einer Technologiepolitik des Staates, die weder eine ökonomische längerfristige Perspektive weist, noch in irgendeiner Weise in der Lage ist, die soziale Lage und Beschäftigungssituation von abhängig Beschäftigten zu verbessern. In dem 1979 vorgelegten Forschungsbericht VI dominieren zwar die Verbindung von kritischer Bestandsaufnahme mit der Darlegung wünschenswerter Entwicklungen und eine umfassende Katalogisierung und Erörterung von Zielen und Maßnahmen der F.u.T., in der sich der strukturpolitische Ansatz aber lediglich auf bestimmte Förderungsschwerpunkte und -formen begrenzt, die das Niveau und Ziel staatlicher strukturpolitischer Eingriffe und Lenkung nicht erreichen. Das heißt, Erfahrungen und Versagen des Konzeptes bleiben für dieses selbst folgenlos, ursächliche Zusammenhänge werden nicht benannt.

Statt dessen werden fünf Ziele der F.u.T. formuliert: »1. den wissenschaftlichen Erkenntnisstand zu erweitern und zu vertiefen, 2. die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und auszubauen, 3. die Ressourcen zu schonen und die natürlichen Lebensvoraussetzungen zu erhalten, 4. die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern, 5. technologische Entwicklungen in ihren Auswirkungen und Zusammenhängen zu erkennen, ihre Chancen und Risiken abzuwägen und zu diskutieren und Entscheidungen über die Nutzung von Technologien zu begründen.«¹⁶

Während im Forschungsbericht IV (1972) die Sozialverantwortlichkeit zentral betont wird und ein qualitativ neues — im Sinne von Gesellschaftsverantwortung — Wissenschaftsverständnis gefordert wird, geht der Forschungsbericht V (1975) pragmatisch von drei zentralen Zielen aus, die im Forschungsbericht VI (1979) lediglich um die Punkte

Technologiefolgenabschätzung/-akzeptanz und die Ressourcenschonung/Umwelterhaltung (s.o.) erweitert werden, ein Ausdruck wachsender Probleme in diesen Bereichen sowie stärkerer Opposition und Sensibilität größerer Teile der Bevölkerung. Hierin werden u.a. sowohl die fehlende vorausschauende Problemprognose als auch die unzureichende gesellschaftliche Legitimation und fehlende Beteiligung relevanter Gesellschaftsgruppen an der Forschungs- und Technologiepolitik erkennbar.¹⁷

3. »Modernisierung« ohne Ende

In der F.u.T. wird der Übergang von der sozialliberalen Koalition zur CDU/CSU/FDP-Regierung bereits schrittweise unter der sozialdemokratischen Ressortverantwortung vollzogen. Die früher formulierten Ansprüche »sozialer Abfederung« von technischem Fortschritt werden in den letzten Jahren sozialdemokratischer Politik des BMFT unter der Regierung Helmut Schmidt auch vom verbal-programmatischen Anspruch her Zug um Zug aussortiert. Die politische Realität ist gekennzeichnet vom unaufhaltsamen Drang zur Modernisierung der kapitalistischen Produktion, um die sogenannte internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, unter Inkaufnahme der sozialen Folgen: Massenarbeitslosigkeit, Rationalisierung, Intensivierung und Sinnentleerung der Arbeit, Dequalifizierung etc., verbunden mit ideologischem Flankenschutz zur Akzeptanzsicherung neuer Technologien durch die Masse der Bevölkerung.

Selbst das seit 1974 laufende und im Hinblick auf den Gesamthaushalt des BMFT recht bescheidene Programm »Humanisierung des Arbeitslebens«, ein differenziert zu bewertendes, aber bezüglich der Befriedigung von Ansprüchen der Arbeitnehmerorganisationen stets gehegtes und wirksames Forschungsprogramm, wurde schrittweise in zunehmendem Maße in die fertigungstechnische Rationalisierung eingebaut.

Die »Wendepolitik« konnte hier begonnenes Werk fortsetzen und tat dies auch konsequent, nach Maßstäben, die die CDU/CSU bereits 1981 und 1982 bezüglich des HdA-Programms im Bundestag formuliert hatte und schon im März 1983 in ein neues Konzept umsetzte.¹⁸ Insbesondere seit 1981 stellte die CDU/CSU die Weichen für ihre »Neuorientierung der Forschungs- und Technologiepolitik« (Bundestagsdrucksache 9/765). Die Zielrichtung dieser Initiativen und der Praxis von Minister Riesenhuber sind im Kern nicht etwa gegen das Konzept der »Modernisierung der Volkswirtschaft« gerichtet, sondern lediglich gegen sozialdemokratische Inkonsequenzen dieser Programmatik, die unter CDU/CSU-Führung sehr viel stärker direkt den Kapitalinteressen dienstbar gemacht werden kann. So zielen ihre Vorstellungen und praktische Politik auf eine noch stärkere Integration der F.u.T. in ihre Wirtschaftspolitik, was für den Aufgabenbereich des BMFT bedeutet: Förderung der »Eigeninitiativen der Unternehmen« durch »Verstärkung der indirekten Forschungsförderung« u.a. mit: »steuerlichen Entlastungen«, »erhöhten Abschreibungen«, »Personalkostenzulagen«, »Abbau der direkt geförderten Projekte« etc., sowie weitere Verstärkungen in der Schwerpunktsetzung zugunsten neuer rationalisierungsfördernder Technologien und deren umfassender Anwendung.¹⁹

Von politischem Interesse zur Bewertung konservativer Politik seit der »Wende« ist in diesem Zusammenhang die Akzentverschiebung von der zunächst postulierten weitestgehenden »Marktorientierung« der Technologiepolitik, die stärker den Intentionen des Wirtschaftsministeriums (Lambsdorff) entsprach und im Kern lediglich auf direkte und indirekte Unternehmenssubventionierung zielte, hin zur strukturpolitisch motivierten Variante der Modernisierungsstrategie. Diese Richtung — für die auch Minister Riesenhuber steht — ist verbunden mit: gezielten produktionstechnischen Modernisierungen, Struktur-

veränderungen hin zu neuen Technologien, Anpassungen und umfassenden Rationalisierungen zur Steigerung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit, wie sie sich auch bereits in regionalen Plänen und Anstrengungen widerspiegeln. Diese »Reform der Wirtschafts- und Produktionsstrukturen« als Zielsetzung staatlicher F.u.T., die untrennbar verbunden ist mit der Realisierung höherer Kapitalrentabilität, stabiler mittlerer Höhe von Arbeitslosigkeit und schrittweiser Absenkung des Wertes der menschlichen Arbeitskraft, wird gegenwärtig ebenfalls zur Stilisierung eines neuen gesellschaftspolitischen Modells der CDU/CSU benutzt, um mit »Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung«²⁰ o.ä. einer Ideologie der durchgreifenden »Erneuerung« im konservativen Sinne den Weg zu bereiten.²¹

4. Zur weiteren Diskussion

Für die weitere politische Diskussion lassen sich hieraus u.a. folgende zusammenfassende Bewertungen und Gesichtspunkte formulieren:

1. Das Konzept zur »Modernisierung der Volkswirtschaft« in seinen verschiedenen vorgelegten Ausformulierungen und Interpretationen ist ungeeignet, um zu einer Bewältigung der Probleme beizutragen, die sich in ökonomischer, sozialer und technologischer Sicht gegenwärtig für ein dringend notwendiges technologiepolitisches Konzept stellen. Trotz aller auch von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite geforderten Sozialorientierung der Technologiepolitik hat diese zu keinem Zeitpunkt reale Bedeutung erlangt und tatsächlich die technologie- und forschungspolitische Entwicklung in wahrnehmbarem Maße beeinflusst.

2. Technologiepolitik ist untrennbar mit dem herrschenden Wirtschaftssystem und der Wirtschaftspolitik einer Regierung verbunden und diesen stets untergeordnet, wenn der klassische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht gerade politisch personifiziert am Kabinettschisch sitzt. Das heißt, wirksame Einflußnahme auf die Inhalte und Folgen von F.u.T. hat auch immer die Beeinflussung der Wirtschaftspolitik zum Gegenstand. Gesellschaftliche Kontrolle, Verfügung, Mitbestimmung oder Verhinderung von Entwicklungen müssen zwar auch direkt auf die Anwendung neuer Technologien zielen, werden letztlich aber nur in dem Maße wirksam, wie sie die ökonomische Grundstruktur und konkrete Kapitalverwertung als solche mit in ihre Strategie einbezieht.

3. Auch eine noch in staatlicher Reserve befindliche Variante partieller Zugeständnisse in der F.u.T. in Form von eigenständigen an Arbeitnehmerinteressen orientierten Forschungen und Anwendungsversuchen relativiert die grundlegende Ausrichtung auf Verbesserung und Sicherung der Kapitalverwertung nicht. Es kann bestenfalls ein Freiraum nutzbar gemacht werden, der Erkenntnisse produziert, welche neue Maßstäbe, höheres Bewußtsein und Gegenmachtpositionen stärken. Hiermit lassen sich auch die Grenzen und Möglichkeiten einer »sozialorientierten Technologiepolitik« fixieren.

4. Dem Konzept »Modernisierung der Volkswirtschaft« wird gegenwärtig weder von der SPD noch von den Gewerkschaften ein grundlegend anderes Programm entgegengestellt. Die SPD setzt nach wie vor voll auf das »Modernisierungskonzept«. Inhaltliche Differenzen zur CDU-Politik bestehen hier nur in Marginalien verbaler Natur (»Blutleere SPD-Vorstellungen«, FR v. 26.7.84). Außer den Pflichtübungen verbaler Kritik und dem Vortragen von möglichen Anforderungen und Varianten herrscht Hilflosigkeit vor, die sich in besonderem Maße in den Strategien für eine praktische politische Einflußnahme zeigt. Eine neue, breiter und grundsätzlicher geführte Diskussion ist erforderlich, um wirksame Ansatzpunkte zu finden und ein geschlossenes Konzept zu formulieren, das

nicht von der Illusion geprägt ist, die Technik in den Dienst des Menschen stellen zu können, ohne entsprechende Einflußnahme auf den Anwendungs- und Verfügungsbereich von Technik — nämlich auf die kapitalverwertende Wirtschaft — ausüben zu müssen. Konzepte der Planung, Lenkung und echter Mitbestimmung des Wirtschaftsprozesses sind hier ebenso einzubeziehen wie Strategien der direkten Mobilisierung und Aktivitäten auf betrieblicher, örtlicher und regionale Ebene zur Verhinderung technologischer, sozialer und ökologischer Fehlentwicklungen.

5. Forschung und Technologiepolitik personalisiert sich in einem Riesenheer wissenschaftlicher und technischer Intelligenz verschiedenster Disziplinen und unterschiedlichster institutioneller Einbindung, zumeist in relativ kritikloser Anpassung an vorgegebene Ziele. In diesem Bereich sind verstärkte Anstrengungen erforderlich, um Bewußtsein über die gesellschaftlichen Folgen ihrer Tätigkeit, Problemsensibilität hinsichtlich des Verhältnisses von Mensch-Technik-Gesellschaft-Umwelt zu erzeugen, sie mehr als bisher in die Diskussion um forschungs- und technologiepolitische Ziele und Interessen einzubeziehen, um die Basis für neue Bündnisse zu schaffen.

6. F.u.T. hat als ein spezifischer Politikbereich in erster Linie die Förderung, Steuerung und Zielsetzung der Produktivkraftentwicklung zum Gegenstand. Produktivkraftentwicklung und Produktivität der Arbeit sind stets und gerade unter den heutigen Bedingungen brennender denn je mit der Frage der Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten verbunden. In Anbetracht der Beendigung der ersten Runde des gewerkschaftlichen Tarifkampfes um die 35-Stunden-Woche wird die Verbindung von technologiepolitischer Diskussion und notwendiger massiver Arbeitszeitverkürzung als einer möglichen Form von Sozialbindung neuer Technologien zu einem wichtigen Ansatzpunkt einer diesbezüglichen politischen Strategie, die auch einen höheren Stellenwert in der Arbeitszeitdiskussion und bei der Handhabung der ausgehandelten Flexibilisierungsvereinbarungen haben muß.

Anmerkungen

- 1 Vgl. W. Fischer: Das Verhältnis des Menschen zur Technik in der Geschichte. In: E. Münch, O. Renn, T. Roser (Hrsg.): Technik auf dem Prüfstand. Methoden und Maßstäbe der Technologiebewertung, Essen 1982, S.123ff.
- 2 Vgl. F. Klemm: Geschichte der Technik. Reinbek 1983; W. Treue: Die Technik in Wirtschaft und Gesellschaft 1800-1970. In: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd.2, hrsg. v. W. Zorn, Stuttgart 1976, S.51ff.
- 3 Vgl. Bundesbericht Forschung VI, Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Bonn 1979.
- 4 Vgl. dazu ausführlicher: E. Ott: Technologiepolitik. In: E. Ott, A. Boldt: Handbuch zur Humanisierung der Arbeit. Hrsg. v. der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, 2.Bd., Bremerhaven 1984 (derzeit in Druck); ferner: G. Bräunling, D.-M. Harmsen: Die Förderungsprinzipien und Instrumente der Forschungs- und Technologiepolitik, Göttingen 1975.
- 5 P.v. Oertzen, H. Ehmke, H. Ehrenberg (Hrsg.): Orientierungsrahmen '85. Texte und Diskussion, Bonn - Bad Godesberg 1976; V. Hauff, F.W. Scharpf: Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik, Köln, Frankfurt/M. 1975.
- 6 Mit unterschiedlicher »Radikalität« in: Bundesbericht Forschung IV, V, VI, Bonn 1972, 1975, 1979.
- 7 Vgl. Hauff, Scharpf, a.a.O., S.48f.
- 8 Vgl. ebd., S.14f.
- 9 Vgl. ebd., S.34ff.
- 10 Ebd., S.38f., S.80 und S.86ff.
- 11 Ebd., S.66 und S.53ff.

- 12 Modernisierung der Volkswirtschaft in den 80er Jahren, hrsg. vom BMFT, Düsseldorf-Wien, S.104ff. und S.216ff.
- 13 Vgl. Bundesbericht Forschung VI, a.a.O., S.26ff.
- 14 Vgl. H. Matthöfer: Forschungs- und Technologiepolitik und Arbeitswelt, in: IG Metall (Hrsg.): Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel? Frankfurt/M. 1977, S.49f.
- 15 Bundesbericht Forschung VI, a.a.O., S.11.
- 16 Ebd., S.8.
- 17 An dieser Stelle wäre es erforderlich, genauer auf die Vorstellungen einer »sozialorientierten Technologiepolitik« einzugehen, sowohl was deren Möglichkeiten und Grenzen betrifft als auch auf ihre Kritik am Modernisierungskonzept. Aus Platzgründen muß hier jedoch darauf verzichtet werden.
- 18 Vgl. E. Ott: Forschungspolitik nach der »Wende« — Konsequenzen für das Programm »Humanisierung der Arbeit«. In: Alternation 3/1983, S.3ff.; ferner: Bundestagsdrucksache 10/16 v. 6.4.1983, Bericht der Bundesregierung zur Planung für die Weiterentwicklung des Programms »Humanisierung des Arbeitslebens«.
- 19 Vgl. Minister Dr. Riesenhuber, in: BMFT-Journal, Februar 1983.
- 20 So z.B.: Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung. Bericht der Kommission, erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.
- 21 Vgl. dazu H.-J. Krysmanski: Zukunfts-Mythen des Späth-Kapitalismus — Zum Bericht der Kommission »Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1984, S.806ff.

Die neue Studie der GRÜNEN zur NATO-Politik:

Angriff als Verteidigung

AirLand Battle,
AirLand Battle 2000
und Rogers-Plan:

Die neuen
Militärdoktrinen und
ihre politischen
Hintergründe. Eine
Analyse mit
ausführlicher
Dokumentation.



Zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle
der Grünen, Colmanstraße 36, 5300 Bonn 1,
in jeder guten Buchhandlung und bei der
Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam,
Bodelschwinghstraße 13, 3500 Kassel.

Aus dem Inhalt:

- Der Geist der Offensive ► Der Angriff in die Tiefe ► Die nuklear-chemisch-elektronisch-konventionelle Kriegsführung ► Zur Umsetzung der Doktrin in der BRD ► Die innenpolitische Diskussion in der BRD zu AirLand Battle: Friedensbewegung und Parteien ► Die Bedeutung der Pläne für Europa und die US-Drohpolitik gegenüber UdSSR und der Dritten Welt.

Ulrich Klotz

Perspektiven arbeitnehmerorientierter Innovations- und Technologieberatung

Redaktionelle Vorbemerkung

Der Autor des folgenden Beitrags, Ulrich Klotz, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Innovations- und Technologieberatungsstelle der Industriegewerkschaft Metall (IBS/IGM) in Hamburg. Was ist eine Innovations- und Technologieberatungsstelle der IGM? Dazu heißt es im Info Nr.1 der IBS/IGM:

»Der Vorstand der IG Metall hat ... im Sommer 1979 in Hamburg und Berlin als Pilotprojekte 'Innovations- und Technologieberatungsstellen (IBS/IGM)' eingerichtet. Das Projekt wird vom BMFT [Bundesministerium für Forschung und Technologie] gefördert ... und hat Erprobungscharakter auch für andere DGB-Gewerkschaften. Die Adressaten der Beratung sind Gewerkschaftsmitglieder. (...)

Die Aufgabenstellung der IBS/IGM umfaßt nicht nur soziale, sondern auch technologische und ökonomische Innovationen:

1. Sammlung und Auswertung langfristiger technischer Trendanalysen; umfassende Abschätzung der Folgen von Technologien insbesondere auf die Zahl und Qualität der Arbeitsplätze;
2. Ermittlung der dringendsten Probleme in Betrieben und Branchen;
3. Abbau von Informationsdefiziten auf Arbeitnehmerseite und Förderung von Problembewußtsein und Handlungsbereitschaft;
4. Unterstützung von Abwehrmaßnahmen gegen negative Folgen von Rationalisierungen nach Kriterien wie Erhaltung von Arbeitsplätzen und Qualifikationen, Verminderung von Belastungen und Erweiterung der Handlungs- und Entscheidungsspielräume sowie nach Merkmalen wie soziale Nützlichkeit, Umweltverträglichkeit, Rohstoff- und Energieeinsparung bei neuen Produkten;
5. Erarbeitung von gewerkschaftlichen Stellungnahmen zu allgemeinen Technologieproblemen und Maßnahmen des Technologietransfers, insbesondere zugunsten der Klein- und Mittelbetriebe;
6. Aufbau und Pflege des Kontaktes zwischen Gewerkschaften, Staat und Wissenschaften zwecks permanenter Begutachtung der technologischen Entwicklung.

Oberster Leitsatz der arbeitsorientierten Innovationspolitik ist, daß die Technik den Bedürfnissen der Menschen anzupassen ist und nicht umgekehrt ...»

Im nachfolgenden Beitrag sollen einige der Problemschwerpunkte und Arbeitsfelder skizziert werden, die sich in der Tätigkeit der Hamburger Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall in den letzten Jahren herauskristallisiert haben. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen werden dann einige konzeptionelle Überlegungen für eine Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Technologiepolitik formuliert.

1. Problemfeld: »Soziale Kontrolle mit Hilfe informationsverarbeitender Systeme«

Nicht erst seit der Diskussion um die Volkszählung werden bei der IBS/IGM immer häufiger Anfragen von Arbeitnehmern registriert, die sich auf computergestützte Leistungs- und Verhaltenskontrollen und Datenschutzprobleme beziehen. Seit Mitte der 70er Jahre ist eine rapide zunehmende Verbreitung sogenannter Personalinformations-, Betriebsdatenerfassungs-, Zugangskontroll-, Projektverfolgungs-, Telefondatenerfassungs-, Fertigungssteuerungs- und ähnlicher Systeme auch in mittleren und kleineren Unternehmen zu verzeichnen. Da andernorts schon zahlreiche detaillierte Darstellungen der mit diesen Systemen verbundenen sozialen Risiken vorliegen, kann diese Problematik hier in einem einzigen Satz zusammengefaßt werden: Bei unkontrollierter Weiterentwicklung sind derartige

Systeme geeignet, innerbetriebliche und gesellschaftliche Machtverhältnisse langfristig zum Nachteil der Arbeitnehmer zu verändern.

Genau aus diesem Grund werden in gewerkschaftlichen Diskussionen über Computeranwendungen die Fragen der sozialen Kontrolle zunehmend stärker in den Vordergrund gerückt und mittlerweile in einer bisher ungekannten Schärfe behandelt — wie dies beispielsweise die Forderung des DGB-Kongresses 1982 nach einem generellen Verbot von Personalinformationssystemen zeigt. Allerdings lösen solche Forderungen bei betrieblichen Praktikern meist nur mildes Lächeln aus, denn noch ist entsprechendes Problembewußtsein oder gar Handlungsbereitschaft längst nicht so verbreitet, wie es für eine wirksame Durchsetzung derartiger Beschlüsse erforderlich wäre. Deshalb dominieren bei betrieblichen Konflikten derzeit noch die Versuche, diesen Systemen auf juristischem Wege, insbesondere mit Hilfe von Betriebsvereinbarungen, »die Giftzähne zu ziehen«. Jedoch stößt man in den wenigen Fällen, wo auf diese Weise einigermaßen präzise Zweckbestimmung und Einsatzbereich eines Systems definiert werden konnten, schnell auf ein neues, weitaus schwierigeres Problem. Nämlich auf die Frage, wie angesichts der im allgemeinen mangelhaften EDV-Kenntnisse unmittelbar Betroffener die tatsächliche Einhaltung solcher Vereinbarungen mit vertretbarem Aufwand gewährleistet bzw. kontrolliert werden kann. Wer sich einmal konkret mit dieser Aufgabenstellung beschäftigt hat, weiß, daß hierfür noch keine zufriedenstellenden Lösungen existieren (vgl. hierzu Klotz/Meyer-Degenhardt 1984). An diese grundsätzlichen Schwierigkeiten und die gängigen Argumentationen von Unternehmensleitungen sollte ein anderer Lösungsgedanke anknüpfen: Regelmäßig wird nämlich behauptet, daß man zum Beispiel ein Standard-Personalinformationssystem einführen müsse, um ein veraltetes, nicht mehr wartbares Lohnabrechnungssystem zu ersetzen. Keineswegs sei Verhaltenskontrolle usw. oder gar der »gläserne Arbeitnehmer« das Ziel dieser Maßnahmen.

Es erscheint ratsam, zukünftig derartige Behauptungen beim Wort zu nehmen — egal ob sie nur vorgeschoben sind oder nicht — und sich stärker auf die Entwicklung und Anwendung alternativer Systeme für von allen Beteiligten akzeptierte Aufgabenbereiche zu konzentrieren, anstatt sich in selten erfolgreichen Defensivstrategien zu verschleißen. Zumindest würde die Existenz von klar aufgabenbezogen abgegrenzten, stärker logisch und physikalisch dezentralisierten und besser durchschaubaren bzw. kontrollierbaren Systemen es in betrieblichen Konflikten erleichtern, die tatsächlichen Beweggründe der Geschäftsleitungen offenzulegen. Damit wäre nicht nur entsprechendes Problembewußtsein bei den Betroffenen besser zu fördern, sondern zugleich die Voraussetzung geschaffen für eine Abkehr von der wenig motivierenden »Neinsagerrolle« zugunsten einer offensiven Verhandlungsstrategie. Betrachtet man hingegen die bisherigen gewerkschaftlichen Aufklärungsmethoden über computergestützte Kontrollsysteme, so fällt auf, daß durch eine unzulässige Pauschalierung der damit verbundenen realen und fiktiven Gefahren *genau das Gegenteil des angestrebten Ziels erreicht wird*: nämlich eine Einschüchterung und Disziplinierung der (potentiell) Betroffenen. Denn allein schon die bloße Vermutung bestimmter Überwachungsfunktionen in einem bereits installierten Computersystem ist häufig für die Erreichung des gewünschten Disziplinierungseffekts völlig ausreichend. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist zukünftig eine mehr aktiv-konstruktive Beschäftigung mit den jeweiligen konkreten Fakten dringend erforderlich.

2. Arbeitsfeld: »Gestaltung computergestützter Arbeitssysteme«

In der kontroversen Diskussion über die Folgen des zunehmenden Informationstechnik-einsatzes gibt es nur wenige unbestrittene Feststellungen. Zu ihnen gehört die Tatsache, daß mit wachsender Flexibilität der in immer kürzeren Zeitabständen aufeinanderfolgenden Geräte-»Generationen« auch die technisch-sozialen Gestaltungsspielräume zunehmend größer werden. Ähnlich unbestreitbar ist aber auch, daß die hierin enthaltenen Chancen, zum Beispiel durch direkte Einbeziehung der jeweiligen Benutzer neue und verschiedenartige Arbeitsformen zu entwickeln und zu erproben, in der Praxis bisher kaum genutzt wurden. Allenfalls in dem vom traditionellen arbeitswissenschaftlichen Verständnis geprägten Bereich der sogenannten »Hardware-Ergonomie«, das heißt der Anpassung von Geräten und Einrichtungen an körperliche Erfordernisse, sind in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielt worden.

Erst etwa seit Anfang der achtziger Jahre tauchen neue Stichworte wie »kognitive Ergonomie« oder »Software-Ergonomie« häufiger in der arbeitswissenschaftlichen Diskussion auf. Doch bei näherer Betrachtung lassen die hierbei verfolgten Ziele vielfach noch ein verengtes Blickfeld erkennen. Denn der überwiegende Anteil von Arbeiten dieses Bereiches beschränkt sich auf die »benutzerfreundlichere« Ausgestaltung der sogenannten »Mensch-Maschine-Dialogschnittstelle«, da in der »Unfreundlichkeit« der meisten heutigen Computersysteme eines der bedeutsamsten »Akzeptanzhindernisse« vermutet wird (Balzert 1983). Angesichts der mit dem Computereinsatz verbundenen Verlagerung der Problemschwerpunkte — von physischen hin zu psychisch-sozialen Problemen — ist die Schnittstellengestaltung zweifellos eine wichtige Aufgabenstellung. Jedoch erfordern wesentliche Teile gerade dieser Problemgruppe eine über den einzelnen Arbeitsplatz hinausgehende Betrachtungsweise. Denn problematische Folgeerscheinungen, wie zum Beispiel zunehmende soziale Isolierung am Arbeitsplatz, Zerstörung gewachsener Kommunikationsstrukturen und insbesondere Dequalifikationstendenzen *sind in starkem Maße von Arbeitsumfeldeinflüssen bzw. arbeitsorganisatorischen Maßnahmen abhängig*. In der Praxis werden arbeitsorganisatorische Entscheidungen — wie etwa eine stärkere Zergliederung und zentrale Steuerung von Arbeitsabläufen — nicht selten mit Software-technischen »Sachzwängen« begründet und durchgesetzt. Die Tatsache, daß die Programmierung von Computern ein universell anwendbares und höchst flexibles Instrumentarium darstellt, erlaubt aber genausogut die Realisierung gegenteiliger Zielsetzungen. Nämlich die Vorgabe sozial verträglicher Arbeitsstrukturen mit ganzheitlichen Abläufen, erweiterten Entfaltungs- und Kooperationsmöglichkeiten etc. und die daran anschließende gezielte Auslegung der Software als ein diese Arbeitsformen begünstigendes Element. Eine Kernfrage bei der personenbezogenen Konzeption von Arbeitssystemen ist, inwieweit der Computer als ein den »Bediener« steuerndes und kontrollierendes oder als ein den »Benutzer« unterstützendes Instrument betrachtet wird. Darin enthalten sein muß auch die fallweise Entscheidung, welche Funktionen sinnvollerweise dem Computer übertragen werden sollten und welche nicht, das heißt besser dem Menschen überlassen bleiben. Gerade die letztere Überlegung ist ein vielen Technikern noch fremder Gedanke. Allzuoft wird stur das Ziel verfolgt, die Einflußmöglichkeiten des »Störfaktors« Mensch weitestgehend zu beschneiden — die Systeme sollen möglichst »narrensicher« sein. Manche dieser Entwicklungen benötigen dann zu ihrer Bedienung als lückenfüllende menschliche Restgröße tatsächlich kaum mehr als die Fähigkeiten eines Narren.

Konkrete Beispiele für personenbezogene Arbeitssystemgestaltung mit dem Ziel reduzierter Arbeitsteilung sind bis heute leider rar. Einer der wenigen Fälle, in denen eine sol-

che technisch-organisatorische Alternativlösung auch in nennenswertem Maße in die industrielle Praxis Eingang gefunden hat, ist das immer wieder zitierte Beispiel der Werkstattprogrammierung von CNC-Maschinen (Hammer 1980, Diekmann, Klotz 1980). Ähnliche Ansätze, wie zum Beispiel die »kompetenzorientierte dezentrale Fertigungssteuerung« (Spur, Seliger, Eggers 1983) oder »Fertigungsinseln« (Massberg 1982) befinden sich meist noch im Stadium von Pilotprojekten. Bei Computeranwendungen im Büro-/Verwaltungsbereich wird schon seit Jahren die Einrichtung sogenannter »Mischarbeitsplätze« gefordert. Bei den Betroffenen herrscht allerdings oft Ratlosigkeit hinsichtlich der konkreten Realisierung dieser Forderung. In derartigen Fällen wird deutlich, daß pauschale Vorschläge und juristische Regelungen allein längst nicht ausreichen. Erst nach differenzierter Berücksichtigung der jeweiligen Bedingungen und umfassender Qualifizierung der Betroffenen können diese in Form fallspezifisch angepaßter Lösungen in die Praxis umgesetzt werden. Insbesondere die Schwierigkeiten der Transformation allgemein formulierter Zielsetzungen in konkrete betriebliche Situationen sind letztlich immer wieder typischer Gegenstand von Anfragen bei arbeitnehmerorientierten Technologieberatern. Dabei ist sicher leicht einzusehen, daß relativ kleine Institutionen wie die IBS/IGM in vielen Fällen nur Hilfestellung leisten können: etwa durch Vermittlung geeigneter Fachleute, die bereit sind, gemeinsam mit den Betroffenen detaillierte technisch-organisatorische Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Leider wird die Bereitstellung von solchen Experten zunehmend schwieriger, weil die Kluft zwischen dem rapide wachsenden Beratungsbedarf von Arbeitnehmern und dem Potential an entsprechend qualifizierten und bereitwilligen Beratern ständig größer wird.

3. Arbeitsfeld: »Innovationsberatung als Bestandteil einer beschäftigungsorientierten Strukturpolitik«

Mit den beängstigenden Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wird ein weiterer Bereich arbeitnehmerorientierter Technologieberatung zunehmend bedeutsamer: die Initiierung und Förderung arbeitsplatzschaffender Maßnahmen, insbesondere von Produktinnovationen mit sozialem Nutzen. Indirekt gehören natürlich auch die schon im Arbeitsfeld 2 aufgeführten Vorschläge, daß die Sicherung bzw. Steigerung des allgemeinen Qualifikationsniveaus das Fundament jeder vorausschauenden, aktiven Beschäftigungspolitik sein muß, in diesen Bereich. Die in der Mehrzahl einschlägiger Arbeiten genannten Gründe für den Anstieg der Arbeitslosigkeit sind hinreichend bekannt: Steigerung der Produktivität insbesondere durch informationsverarbeitende Techniken; ungünstige demographische Entwicklung; Stagnation der Produktion. Darüber hinaus werden seit einigen Jahren Begriffe wie »Strukturwandel«, »Innovationsdefizit« und ähnliches zunehmend häufiger in diesem Zusammenhang erwähnt.

In der innergewerkschaftlichen Diskussion und Praxis dominieren derzeit noch *defensive oder kompensatorische Maßnahmen zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme*, wie zum Beispiel Arbeitszeitverkürzung und Rationalisierungsschutzabkommen. Nur allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß die derzeit anvisierten, zweifellos notwendigen Arbeitszeitverkürzungen bei weitem nicht ausreichen werden, um auch nur die Arbeitsmarkteffekte der enormen Produktivitätssteigerungen — insbesondere durch die geplanten Telekommunikationstechniken — aufzufangen. Darüber hinaus können Rationalisierungsschutzabkommen herkömmlicher Art durchaus unerwünschte Folgewirkungen nach sich ziehen. So etwa das Abdrängen von nachrückenden Schulabgängern in die Dauerarbeitslosigkeit (oder zukünftig evtl. in einen Bereich scheinbarer Selbständigkeit auf der Ba-

sis computergestützter Heimarbeit). — Gegenüber diesem defensiv-kompensatorischen Vorgehen setzen vorausschauend-offensive Maßnahmen zur Lösung des Beschäftigungsproblems nicht bei den Wirkungen der Produktivitätssteigerung, sondern bei den Ursachen der Produktionsstagnation an. Dies allerdings nicht im Sinn jener unbelehrbaren Wachstumprediger, die immer noch meinen, durch Investitionsanreize nach dem Gießkannenprinzip ließe sich ein angeblisches Konjunkturtief überwinden, die dabei aber geflissentlich die tieferliegenden, strukturellen Ursachen verdrängen. »Als wichtigster Stagnationsgrund werden häufig die beiden 'Ölpreisschocks' 1973 und 1979/80 genannt. Sie weisen in der Tat auf das entscheidende Strukturproblem dieser Jahrzehnte, auf die gegenüber früheren Nachkriegsjahren grundlegend veränderte Ressourcensituation« (Krupp o.D.). Die schlichte Tatsache, daß Energie, Rohstoffe und Umweltkapazitäten im »Raumschiff Erde« nur begrenzt vorhanden sind, wird immer unverkennbarer zur alles beherrschenden Rahmenbedingung wirtschaftlichen Handelns. *Deshalb liegt auch genau hierin der entscheidende Schlüssel zu einer radikalen und wirklich dauerhaften Lösung unserer Arbeitsmarktprobleme.* Diese nicht sonderlich neue, ja eher banale Erkenntnis in ganz konkret-praktische Schritte umzusetzen, ist mit eine Zielsetzung der IBS/IGM. Zusammen mit mittlerweile einem knappen Dutzend gewerkschaftlicher Arbeitskreise (auf überbetrieblicher und betrieblicher Ebene) und einer ganzen Reihe unterstützender Fachleute wird eine Vielzahl von Vorschlägen für ressourcenschonende Produkt-Innovationen auf ihre praktische Verwertbarkeit (insbesondere in der krisengeschüttelten Wertindustrie) hin diskutiert und durchzusetzen versucht.

Im Verlauf dieser mehrjährigen Arbeiten wurde deutlich, daß die Ausgangssituation und die Schwierigkeiten in diesem Aufgabenbereich sich wesentlich von denen der beiden zuvor skizzierten Arbeitsfelder unterscheiden. Denn im Gegensatz beispielsweise zum bisher völlig unzureichenden Bestand an Antworten auf die psychisch-sozialen Fragen bei Computereinsatz gibt es für die Lösung der Ressourcen- und Beschäftigungsprobleme eine schier unerschöpfliche Fülle an Vorschlägen. Dabei handelt es sich keineswegs nur um pauschale Appelle oder bloße Theorien, sondern um zum Teil sehr konkrete Maßnahmenkataloge (Matthöfer 1982, Scharpf 1980, Schneider 1983). Dies gilt insbesondere für den gesamten Bereich neuer Techniken zur rationelleren Verwendung von Energie (IBS/IGM 1982), Angerer u.a. 1982, Garnreiter u.a. 1982, Browa u.a. 1981, Klauer 1982, Enquête 1980). Hier existiert bereits eine ganze Reihe praktischer Beispiele im In- und Ausland, in denen sowohl die technische Machbarkeit als auch die ökonomische Plausibilität unterschiedlicher Vorschläge ganz handfest bewiesen werden konnte.

Doch trotz dieser eindeutig positiven Resultate blieben die bisherigen Versuche der IBS/IGM, diese Ansätze in Form konkreter Projekte auf die Region Hamburg zu übertragen, regelmäßig in einem Dickicht von Hindernissen stecken. Da einige dieser Innovationshemmnisse meines Erachtens die tieferliegenden Ursachen unserer Arbeitsmarktprobleme sind, erscheint es notwendig, hierauf etwas ausführlicher einzugehen. Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Entwicklungen in den verschiedenen Industriestaaten und der sich abzeichnenden zukünftigen Engpässe wird zunächst deutlich, daß nicht das Tempo des vielzitierten Strukturwandels, sondern ganz im Gegenteil ein Strukturwandelstau die Hauptursache der jeweiligen Arbeitslosigkeit ist. Das heißt, die im Hinblick auf die veränderte Ressourcensituation notwendige Umstrukturierung in unserer Wirtschaft erfolgt nicht mit der erforderlichen Geschwindigkeit. Besonders in Westeuropa zielen derzeit noch viele Maßnahmen darauf ab, den Fortbestand überalterter Industriezweige zu sichern, statt die Investitionen in neue, zukunftsträchtige Sektoren zu lenken. Welche Folgen

es hat, wenn Industriezweige länger als wirtschaftlich vertretbar überleben, läßt sich unschwer aus den täglichen Krisenmeldungen in der Wirtschaftspresse herauslesen. Die Ursachen für die rasche Zunahme von Krisen aufgrund mangelnder Anpassungsfähigkeit sind nicht ausschließlich beim jeweiligen Management in Form des vielgescholtenen »unternehmerischen Fehlverhaltens« zu finden. Denn wenn staatliche Rahmenbedingungen falsch gesetzt sind, führen gerade die innerhalb dieses Rahmens völlig richtigen einzelbetriebswirtschaftlichen Entscheidungen in ihrer Summe zum volkswirtschaftlichen Desaster. Und andersherum werden auf diese Weise permanent volkswirtschaftlich vernünftige Unternehmensentscheidungen blockiert, weil sie betriebswirtschaftlich nicht zu vertreten sind. Das heißt, von entscheidender Bedeutung ist ebenso die Frage, wie rasch die staatlichen Rahmenbedingungen der veränderten Ressourcensituation angepaßt werden können. Obwohl nun die Massenarbeitslosigkeit die am besten vorausgesagte Krise der Nachkriegszeit ist, obwohl die einschneidenden Veränderungen bei den Faktoren Energie, Rohstoffe, Umwelt nicht erst seit der Studie »Global 2000«, sondern spätestens seit dem 1972 vorgelegten Club-of-Rome-Bericht »Grenzen des Wachstums« bekannt sind, ist dieser notwendige Anpassungsprozeß bis heute nicht erfolgt.

Eines der wichtigen Beispiele für die Behinderung längst überfälliger Umstrukturierungen aufgrund staatlicher Handlungsschwäche ist die Situation im Energiesektor, insbesondere im Bereich der Elektrizitätsversorgung. Obwohl von Politikern immer wieder die Schlüsselfunktion der Elektrizitätsversorgungsunternehmen für die gesamte Wirtschaftsentwicklung zu Recht betont wird, operieren diese Firmen noch immer innerhalb eines gesetzlichen Rahmens, der in wesentlichen Zügen aus dem Jahre 1935 stammt. Die Beibehaltung dieser anachronistischen, wettbewerbsblockierenden Rahmenbedingungen hat mittlerweile fatale Konsequenzen. Statt die volkswirtschaftlich sinnvolle Steigerung der Energieproduktivität mit absolutem Vorrang zu betreiben, dominiert in diesem Bereich eine unverändert angebotsorientierte Politik mit Kapazitätserweiterungen, degressiven Stromtarifen und einer Vielzahl von energieverbrauchsfördernden Einzelmaßnahmen. Obendrein wird diese falsche Prioritätensetzung durch weitere wettbewerbsverzerrende Maßnahmen des Staates, wie zum Beispiel eine seit Jahren einseitig orientierte Forschungs- und Technologiepolitik, begünstigt. Daß die Belastung der Außenhandelsbilanz, das hohe Zinsniveau und vor allem die stetig wachsenden Innovationsrückstände im Bereich neuer ressourcenschonender Techniken nicht zuletzt durch diese Mißstände verursacht sind, wurde bemerkenswerterweise auch von den ehemaligen Forschungsministern Matthöfer, Hauff und von Bülow jeweils kurz nach dem Verlassen ihres Ressorts eingestanden.

Angesichts der mittlerweile grotesken Diskrepanz zwischen neuen naturwissenschaftlich/technischen Erkenntnissen und der nahezu unveränderten Fortschreibung inadäquater, strukturkonservierender Rahmenbedingungen durch die reale Politik wird die wachsende Unruhe in Teilen der Bevölkerung zunehmend verständlicher. Dennoch sind auch hier noch längst keine genügend starken Interessenbündelungen in Sicht, die die erforderlichen Umstrukturierungen rasch durchsetzen könnten. Ganz im Gegenteil deutet alles daraufhin, daß nach der »Wende« in Bonn einige der Krisenursachen noch massiver zementiert werden: Obwohl durch technologiepolitische Entscheidungen in immer stärkerem Maße auch die übrigen Politikbereiche beeinflußt werden, ist interessenunabhängiger technischer Sachverstand auf praktisch allen Politikebenen nach wie vor die Ausnahme. Und genauso unverändert scheinen die verhängnisvollen Mechanismen der Informationsflüsse in Bürokratien weiterzuwirken, die dazu führen, daß an der Spitze dieser Apparate häufig lückenhafte und teilweise falsche Vorstellungen von der Wirklichkeit existieren.

Ganz zu schweigen von dem Fehlen einer stärker kybernetischen Betrachtungsweise, wie sie zum Beispiel Vester (1980) als »vernetztes Denken« seit langem völlig zu Recht fordert.

In dieser wenig ermutigenden Lage gibt es zur Zeit wohl nur eine einzige gesellschaftliche Gruppierung, die genügend Einfluß geltend machen könnte, damit die Prognosen von einer nochmaligen Verdoppelung der Arbeitslosenzahl nicht vollends zur bitteren Realität werden: die Gewerkschaften. Allerdings werden solche Anstrengungen nur dann erfolgreich sein, wenn sie in eine zukunftsorientierte, offensive Strategie eingebettet werden. Denn daß die bisher ergriffenen Defensivmaßnahmen — um zum Beispiel in Form von Protesten, Demonstrationen oder juristischen Schritten eine Werkstilllegung zu verhindern — zwar manchmal spektakulär, aber in der Regel letztlich erfolglos sind, bedarf keiner Erläuterung. Gerade diese oft hilflos-verzweifelten Versuche offenbaren auch einen schwerwiegenden »Webfehler« in den gewerkschaftlichen Strukturen und Denkweisen. Denn fast alle konkreten Aktivitäten sind auf die Erhaltung bestehender und nicht auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze gerichtet. Gerade diese Vergangenheitsorientierung der »Schutzstrategien« trägt oft dazu bei, daß zum Beispiel durch falsch verwendete Subventionen längst überfällige Umstrukturierungen verschleppt und letztlich genau das Gegenteil des angestrebten Ziels erreicht wird: nämlich eine noch größere Vernichtung von Arbeitsplätzen zu einem späteren Zeitpunkt.

Es ist allerdings unbestreitbar, daß insbesondere von den Gewerkschaften seit langer Zeit Maßnahmen zur Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze gefordert werden, und gerade die IG Metall war es, die schon 1972 den weitsichtigen Begriff vom »qualitativen Wachstum« prägte. Die seit Jahren vom DGB geforderten beschäftigungspolitischen Maßnahmen decken sich weitgehend mit den in dieser Formel enthaltenen Zielsetzungen. Doch der bloße Appell nützt bekanntlich wenig; und überdies treten die eigentlichen Probleme erst dann auf, wenn die Konkretisierung und Durchsetzung solcher Forderungen in einer bestimmten Region auf der Tagesordnung steht. Das DGB-Küstenstrukturprogramm ist ein Beispiel für einen solchen Konkretisierungsversuch. Leider liest es sich wie ein bunter Warenhauskatalog aller nur irgend denkbaren Forderungen — den eigentlichen Schwierigkeiten wurde hier aus dem Weg gegangen.

In der Praxis ist das Kernproblem die schwierige Entscheidung zwischen verschiedenen Investitionsalternativen, da die Gesamtheit alles Wünschenswerten nicht finanzierbar ist — oder, um es noch deutlicher zu sagen: es kommt nicht nur darauf an, Prioritäten für Investitionsbereiche zu setzen, sondern mindestens genauso bedeutsam ist die — ungleich härtere — Festlegung einer Rangfolge von Bereichen, in denen nicht mehr investiert werden soll, um dadurch Mittel für Zukunftsaufgaben freizubekommen. In diesen Planungs- und Entscheidungsphasen ist eine differenzierte Kenntnis der unterschiedlichen technischen Möglichkeiten, ihrer jeweiligen Folgeeffekte, der regionalen Besonderheiten usw. vonnöten. Leider mangelt es den lokalen Gremien hierbei oft an unterstützender Entscheidungshilfe durch unabhängige Fachkompetenz. Eine Konsequenz dieser unzureichenden fachlichen Unterstützung bzw. Berücksichtigung möglicher Alternativen ist die vielfach zu beobachtende Tatsache, daß trotz richtiger übergeordneter Zielsetzungen — vergleiche die Entschließungen der Gewerkschaftstage — in der konkreten Einzelsituation letztlich nicht die längerfristigen, volkswirtschaftlichen Perspektiven, sondern nackter Betriebs- oder Branchenegoismus ausschlaggebend sind.

An einem Beispiel aus der Praxis läßt sich das Dilemma verdeutlichen: Im Verlauf der langandauernden Diskussion über Investitionsentscheidungen für die zukünftige Energieversorgung Hamburgs wurden von gewerkschaftlichen Arbeitskreisen und der IBS/IGM

unter anderem auch Konzeptvorschläge für sogenannte »Nahwärmeinseln« auf Basis von Blockheizkraftwerken eingebracht. Ausgelöst wurden diese Anregungen durch entsprechende, zum Teil mehrjährige Erfahrungen in anderen Regionen, wie zum Beispiel in Heidenheim, Flensburg und einigen ausländischen Standorten. Aufgrund der hohen Energieproduktivität und Flexibilität dieser dezentralisierten Technik lassen die bisherigen Praxisresultate deutliche Vorteile gegenüber konventionellen Verfahren erkennen: Teilweise drastische Heizkostenreduzierung, insbesondere bei Siedlungsstrukturen mit typischerweise hohem Arbeitnehmeranteil; Verminderung von Umweltbelastungen durch Schadstoffe und Abwärme; gute Integrations- und Kombinationsmöglichkeiten in/mit anderen längerfristig erforderlichen Versorgungstechniken. Und nicht zuletzt sprechen auch die Arbeitsmarktaspekte für den Einsatz dieses Verfahrens. Denn da zum Beispiel Blockheizkraftwerke überwiegend auf Schiffsmotorentechnik basieren, sind die Aussichten für entsprechende, exportchancenreiche Produktdiversifikationen insbesondere in der Werftbranche sehr günstig. Doch trotz dieser eindeutigen Vorteile konnten sich diese Innovationsvorschläge in Hamburg bis heute nicht durchsetzen. Ganz im Gegenteil, aufgrund der bereits angedeuteten restriktiven Rahmenbedingungen im Energiesektor und aufgrund des oben genannten innergewerkschaftlichen »Webfehlers« wird der innovationsfeindliche Kurs der Angebotserweiterung derzeit noch weiter gefestigt. Andererseits zeigen sich in der Zwischenzeit einige kleinere Städte im Umland Hamburgs, wie zum Beispiel Norderstedt, Quickborn und Pinneberg erheblich lernfähiger. Die ersten Blockheizkraftwerke gingen hier sogar bereits in Betrieb. Doch mangels geeigneter norddeutscher Produzenten mußten zum Beispiel die Anlagen in Norderstedt und Quickborn von einem Schiffsdieselmotorenhersteller aus Österreich geliefert werden.

Dieses Beispiel ist leider nicht das einzige, mit dem sich schlagartig der Konflikt zwischen technischen Möglichkeiten und institutionell-organisatorischen Hindernissen erhehlen läßt. Gerade in den norddeutschen Küstenländern häuften sich im vergangenen Jahrzehnt vergleichbare Fälle, in denen — zum Teil mit erheblichem Aufwand an kurzfristig verwendeten Steuergeldern — der wirtschaftliche Niedergang ganzer Regionen beschleunigt worden ist. Man denke hierbei nur etwa an die unzeitgemäße Ansiedlung energie- und kapitalintensiver Grundstoffindustrie zur angeblichen Strukturverbesserung des Unterelberaumes. Die aktuellen Massenentlassungen bei den Werften und ihren Zulieferfirmen lassen auf nur allzu deutliche Weise erkennen, wie im Wortsinne *notwendig* es geworden ist, die schon erwähnten Maßnahmenkataloge vom Staub ihres Schubladendaseins zu befreien.

Nachbemerkung

Im Kern geht es bei der Mehrzahl der Probleme, mit deren Lösung sich die IBS/IGM beschäftigt, um einen alten Widerspruch zweier Grundsatzpositionen. Nämlich um die je nach Interessenlage und/oder Wissensstand unterschiedliche Bevorzugung von stärker zentralisierten oder mehr dezentralisierten Systemstrukturen. Dieser Konflikt über Organisationsprinzipien zieht sich wie ein roter Faden durch alle Beispiele der drei geschilderten Arbeitsfelder: So bei den aktuellen Auseinandersetzungen über die zunehmende Zentralisierung von Steuerungs-, Überwachungs- und Kontrollfunktionen in immer komplexeren Informationssystemen; bei den Meinungsverschiedenheiten über die nach wie vor dominierenden zentralistisch-tayloristischen Prinzipien der Arbeitssystemgestaltung und auch bei den gegensätzlichen Auffassungen über unsere hochzentralisierten, großtechnischen Energie- und Rohstoffversorgungssysteme. Auf einen zugegebenermaßen sehr stark ver-

kürzten Nenner gebracht, lassen sich diese Interessengegensätze mit dem Begriffspaar »Technik und Herrschaft« (Ullrich 1977) umreißen: Zentralistische Systeme gehen einher mit einer Bündelung von Kompetenz und Kontrolle und tragen deshalb zur Stabilisierung bzw. Verstärkung bestehender hierarchischer Machtstrukturen bei. Und andersherum: die in Hierarchien vorherrschenden Denkweisen prägen in Form unzähliger Selektions- und Gestaltungsentscheidungen die nicht nur in der technischen Entwicklung weitgehend ungebrochen vorherrschenden Zentralisierungstendenzen. Um sich diese verhängnisvollen Wechselwirkungen klarzumachen, muß man nicht erst die düsteren Visionen eines Orwellschen Staates der »gläsernen Knopfdrücker« oder einer »expertokratischen Plutoniumsgesellschaft« bemühen — ein aufmerksames Betrachten unseres heutigen Alltags genügt schon, um eine Vielzahl verräterischer Einzelheiten zu entdecken, die zum Umdenken Anlaß geben sollten. Dementsprechend gilt für dezentrale Strukturen das genaue Gegenteil: durch Dezentralisierung werden nicht die Spitzen sozialer Hierarchien, sondern ihre unteren Ebenen begünstigt, da Kompetenzen gleichmäßiger verteilt, Abhängigkeiten verringert und Entfaltungsspielräume vergrößert werden. Eine sinnvolle Dezentralisierungsstrategie — in der die sogenannten »mittleren Technologien« einen größeren Stellenwert erhalten — hat also durchaus auch etwas mit der Demokratisierung unserer Gesellschaft zu tun. — Dennoch werden in diesem Zusammenhang auch heute noch regelmäßig die immer gleichen pauschalen Sachzwangargumentationen hervorgeholt: zum Beispiel, daß zunehmende Größe zu stetiger Kostendegression führe, daß zwischen Produktivität und Humanität oder zwischen Ökonomie und Ökologie zwangsläufig Gegensätze bestünden usw., usw. Doch gerade die in den letzten Jahren auf allen Gebieten rapide gewachsene Zahl positiver Gegenbeispiele entlarvt den wahren Charakter derartiger Behauptungen mühelos: Sie sind nichts anderes als kurzsichtige, ideologisch gefärbte Verschleierungsversuche derjenigen, die an der Beibehaltung derzeitiger Zustände interessiert sind.

Literatur

- Angerer u.a. 1982:: Möglichkeiten der Energieeinsparung durch Mikroelektronik. BMFT-Forschungsbericht
- Balzert, Helmut (Hrsg.), 1983: Software-Ergonomie. Stuttgart
- Browa u.a. 1981: Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei verschiedenen Energiestrukturen. Prognos-Politikberatung. Basel
- Diekmann, Thomas, und Ulrich Klotz 1980: Veränderung der Organisation des Arbeitsablaufs bei Werkzeugmaschinen durch den Einsatz von Mikrocomputern. BMFT-Forschungsbericht, Hamburg
- Enquêtékommision 1980: »Zukünftige Kernenergie-Politik«. Bericht und energiepolitische Handlungsempfehlungen, Bonn
- Garnreiter u.a. 1982: Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industriezweige in der Bundesrepublik Deutschland. FHG-Forschungsbericht
- Hammer, H., 1980: NC-Technik und Werkstattorganisation. In: tz für Metallbearbeitung 10
- Hinz, Horst: Technischer Fortschritt im Zwielficht: Zur Technologie- und Innovationspolitik der Gewerkschaften. In: Niemann, H., Seitzer, D., und H.W. Schüßler 1983: Mikroelektronik, Information, Gesellschaft. Berlin/Heidelberg/New York/Tokio
- IBS/IGM, 1982: Rationelle Energieverwendung — Herausforderung und Chance für Arbeitnehmer. Hamburg
- Keil, Günter, 1982: Der sanfte Umschwung. Düsseldorf/Wien
- Klauder, W., 1982: Regenerative Energien und Arbeitsmarkt. Vortrag, 4. Intern. Sonnenforum Berlin/W.
- Klotz, U., 1981: Computereinsatz in der industriellen Fertigung. In: AFA-Informationen 6

- Klotz, U., und K. Meyer-Degenhardt 1984: Personalinformations-Systeme. Reinbek
- Krupp, H., o.D.: Konjunkturschwankungen oder Strukturwandel. Manuskript
- Krupp, H., 1982: Technische Innovationen und industrieller Strukturwandel. In: VGB-Kraftwerkstechnik 10
- Massberg, W., 1982: Autonome Fertigungsinseln für die rationale Fertigung von Kleinteilen in Kleinstserien. Vortrag, FAMETA
- Matthöfer, H., 1982: Mut zur Vollbeschäftigung. Manuskript, Januar
- Scharpf, F., 1980: Beschäftigungsorientierte Strukturpolitik. Berlin/W.
- Schneider, K., 1983: Arbeit und Umwelt. Wiesbaden
- Spur, G., Seliger, G., und A. Eggers 1983: Kompetenzorientierte Fertigungssteuerung. In: ZWF 5
- Ullrich, O., 1977: Technik und Herrschaft. Frankfurt/M.
- Vester, F., 1980: Neuland des Denkens. Stuttgart

Manfred H. Bobke und Bruno Zwingmann

Rechtsweg ausgeschlossen?

Betriebliche Mitbestimmung und neue Bürotechnologien nach dem Bildschirmurteil des Bundesarbeitsgerichtes

Arbeitnehmerrechte in der Krise

Die Durchsetzung gesetzlicher und tarifvertraglicher Schutzbestimmungen, die die Arbeitsbedingungen regeln, und erst recht die Erkämpfung weitergehender Vereinbarungen und Bestimmungen hängen im Betrieb zentral von der Handlungsfähigkeit der betrieblichen Interessenvertretung ab. Schon in »normalen Zeiten« trifft die betriebliche Interessenwahrnehmung und -durchsetzung auf eine große Zahl von Problemen.¹ Vor dem Hintergrund anhaltender Massenarbeitslosigkeit allerdings verhärtet sich das Klima in den Betrieben grundsätzlich. Die betrieblichen Interessenvertretungen werden geradezu erdrückt in der Konfrontation mit Folgeproblemen von Unternehmenszusammenbrüchen, Schließung unrentabler Betriebsteile, »Ausdünnung« der Belegschaften, rigorose Verschärfung der technischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierung, Ausweitung von Leiharbeit, Erhöhung des Leistungsdrucks und der Überstunden für die verbleibenden Beschäftigten und die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen insgesamt. Eine 1983 in rund 90 Verwaltungsstellen der IG Metall durchgeführte Erhebung von Fallbeispielen belegt dieses Unternehmerverhalten bei über 250 namentlich genannten Firmen.²

In dieser Situation gewinnt die im Betriebsverfassungsgesetz verankerte Schutzfunktion des Betriebsrates trotz ihrer unzureichenden Ausgestaltung eine erhebliche Bedeutung. Die Untersuchung der IG Metall aber zeigt, daß die Unternehmerstrategien nicht nur auf Arbeitsplätze, Einkommen und soziale Besitzstände der Beschäftigten zielen, sondern einhergehen mit einem umfassenden Angriff auf die Betriebsverfassung: die gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb wird behindert, betriebsverfassungsrechtliche Bestimmungen werden mißachtet, bestehende Mängel und Lücken im Betriebsverfassungsgesetz werden zusätzlich genutzt, um die Arbeit der Betriebsräte zu erschweren. Häufige Mißachtung des BetrVG und sanktionsloser Verstoß gegen seine Bestimmungen, das ist auch der Befund einer Fragebogenaktion zur Betriebsratsarbeit des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg bei knapp 2000 Kolleginnen und Kollegen. Die Untersuchung belegt die durchgängige Erfahrung der Arbeitnehmer, daß Verstöße gegen das Betriebsverfassungsrecht in den allermeisten Fällen ohne praktische Folgen bleiben.

Ist also im betrieblichen Alltag die Einhaltung vor allem der Verfahrensregeln des BetrVG bei weitem nicht überall die Regel, was schon allein den betrieblichen Machtverhältnissen zuzuschreiben ist, so wird vor diesem Hintergrund deutlich, wie notwendig es ist, daß der Betriebsrat gegen Rechtsbrüche des Arbeitgebers überhaupt wirksam juristisch vorgehen kann. Genau in dieser Frage, dem sogenannten Unterlassungsanspruch des Betriebsrates gegenüber dem Arbeitgeber, hat das Bundesarbeitsgericht 1983 ein Grundsatzurteil gefällt. Es berührt wie eine Reihe von aktuellen Grundsatzurteilen des BAG den Kern verbindlicher Mitbestimmungsrechte im Betriebsverfassungsgesetz.

BAG: Kein allgemeiner Unterlassungsanspruch des Betriebsrates

In dem besagten Urteil⁴ hat der erste Senat des BAG grundsätzlich einen allgemeinen Unterlassungsanspruch bei Verletzung seiner Mitbestimmungsrechte durch den Arbeitgeber

verneint. Folgender Fall lag der Entscheidung zugrunde: Im Unternehmen eines Berliner Großverlages bestand Streit zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat, ob dieser bei angeblich immer wieder notwendig werdender Mehrarbeit im Rechenzentrum ein Mitbestimmungsrecht habe. Der Betriebsrat nahm ein solches Mitbestimmungsrecht in Anspruch und verlangte vom Arbeitgeber, daß dieser die Anordnung und Duldung derartiger Mehrarbeit solange unterlassen sollte, bis eine Einigung unter Beachtung seines Mitbestimmungsrechts zustandegekommen sei. Diesen Antrag hat der 1. Senat des BAG abgewiesen. Zur Begründung führt das Gericht aus: der Betriebsrat habe zwar hinsichtlich der Mehrarbeit im Rechenzentrum des Verlages ein Mitbestimmungsrecht. Daraus folge aber noch nicht, daß er auch verlangen könne, daß bis zu einer Einigung jede Mehrarbeit unterbleibe. Das Betriebsverfassungsrecht kenne keinen allgemeinen Anspruch des Betriebsrates gegen den Arbeitgeber, daß dieser alle Handlungen zu unterlassen habe, die gegen Beteiligungsrechte des Betriebsrates verstoßen. Erst wenn ein »grober Verstoß« des Arbeitgebers gegen seine Pflichten aus dem Betriebsverfassungsgesetz vorlägen, könne der Betriebsrat die Unterlassung mitbestimmungswidriger Handlungen des Arbeitgebers verlangen. Mit dieser Entscheidung hat das BAG das ohnehin in vieler Hinsicht unzulängliche System der betrieblichen Mitbestimmung mit einem Schlag in zentralen Teilen entwertet. Würde diese Rechtsprechung Bestand haben, so hätte der Unternehmer künftig die Möglichkeiten, selbst in vielen Fragen, die der uneingeschränkten Mitbestimmung unterliegen, einseitig Anordnungen zu treffen und Fakten zu schaffen. Der Betriebsrat wäre juristisch völlig wehrlos und müßte in einem unter Umständen jahrelangen Verfahren rückwirkend feststellen lassen, daß der Arbeitgeber seinerzeit ein Mitbestimmungsrecht nicht beachtet hat. »Die Kasseler Richter haben im Grunde genommen entschieden, daß Arbeitgeber ihre eigenen Richter sein können ...«³ Es bleibt abzuwarten, ob das Bundesarbeitsgericht bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit von seiner mitbestimmungs- und arbeitnehmerfeindlichen Rechtsprechung bezüglich des Unterlassungsanspruches abrückt. Gegen Ende 1983 fällt das BAG allerdings eine weitere Grundsatzentscheidung zum Mitbestimmungsrecht bei der Einführung von Bildschirmarbeitsplätzen⁶, die ebenfalls den »harten Kern« der Mitbestimmungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz trifft.

Das Bildschirmurteil des Bundesarbeitsgerichtes

Ein generelles Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei der Einführung und Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen wird vom Bundesarbeitsgericht verneint. Anlaß für diese Entscheidung war ein seit 1979 geführter Rechtsstreit über die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Einrichtung von 70 Bildschirmarbeitsplätzen bei der Fluggesellschaft PAN AM, die in der Bundesrepublik rund 1 500 Arbeitnehmer beschäftigt. Der Konflikt steht stellvertretend für die große Zahl von Auseinandersetzungen in den letzten zehn Jahren um die Einführung von Bildschirmarbeit, ihre Regelung in Betriebsvereinbarungen und in Arbeitsgerichtsurteilen.⁷ Das BAG führte im einzelnen aus:

a) Eine generelle Regelung über die Ausgestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen kann der Betriebsrat nicht verlangen. Sein Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs.1 Zif.7 BetrVG beziehe sich allein auf die Ausfüllung bestehender Gesetze und Verordnungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Da diese speziell für die Bildschirmarbeit nicht vorlägen, würde ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates den Versuch bedeuten, unzulässigerweise anstelle des Gesetzes- und Verordnungsgebers Rahmenvorschriften zu erstellen. Nur für einzelne Arbeitsplätze könne der Betriebsrat konkrete Maßnahmen aufgrund des korrigierenden Mitbestimmungsrechtes zur Arbeitsgestaltung nach § 91 BetrVG fordern.

b) Eine zeitliche Beschränkung der Arbeit an Bildschirmen und eine Auflockerung durch Unterbrechungen kann der Betriebsrat ebenfalls nicht allgemein verlangen, da es keine ausfüllungsbedürftigen, verbindlichen Arbeitsschutzvorschriften gebe, die den Arbeitgeber dazu verpflichteten. Auch die Grundsatzbestimmungen des bundesdeutschen Arbeitsschutzes, vor allem den § 120a Gewerbeordnung⁸, reduziert das BAG im Hinblick auf die Reichweite des Schutzzieles Gesundheit und die mögliche Gestaltung von Geräten und Arbeitsumgebung, so daß arbeitszeitbegrenzende Arbeitsschutzmaßnahmen fast gar nicht mehr in Frage kommen können. Darüber hinaus läßt das BAG selbst eine einzelfallbezogene zeitliche Begrenzung oder Unterbrechung der Bildschirmarbeit aufgrund von § 91 BetrVG nicht zu, da angeblich hierzu bisher keine gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse vorlägen.

Ebenfalls wegen des Fehlens gesetzlicher Vorschriften können Augenuntersuchungen als Maßnahme des vorbeugenden Gesundheitsschutzes nach § 87 Abs.1 Zif.7 BetrVG nicht gefordert werden.

d) Ein Verbot der Beschäftigung von schwangeren Arbeitnehmerinnen an Bildschirmgeräten aufgrund eventueller Gefährdungen durch Strahlung könne der Betriebsrat ohnehin unter keinen Umständen verlangen, selbst wenn eine gesundheitliche Gefährdung vorläge. Diese Frage sei abschließend durch das Mutterschutzgesetz geregelt, aufgrund dessen allein im Einzelfall die Gewerbeaufsicht zu intervenieren habe. Der Betriebsrat kann also lediglich sein Recht auf Information und Einschaltung der Gewerbeaufsicht wahrnehmen.

e) Zur weiteren Beweisaufnahme zurückverwiesen an das Landesarbeitsgericht hat das BAG die Frage des Vorliegens der Mitbestimmung bei Verhaltens- und Leistungskontrollen aufgrund von § 87 Abs.1 Zif.6 BetrVG. Entscheidend sei die objektive Eignung der technischen Geräte zur Überwachung von Verhalten und Leistung der Arbeitnehmer, nicht die subjektive Absicht des Arbeitgebers, solche Kontrollen vorzunehmen. Diese objektive Eignung, genauer das Vorliegen eines entsprechenden Programms und die Zuordnungsmöglichkeit der Daten zu einzelnen Arbeitnehmern, sei durch das LAG nicht geprüft worden. Trotz leichter Einschränkungen hat das BAG im Grundsatz dieses Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bestätigt.

Ebenfalls zurückverwiesen an das LAG hat das BAG das Verlangen des Betriebsrates nach einem Sozialplan aufgrund von § 111 BetrVG. Es sei nicht geprüft worden, ob die Einführung der Datensichtgeräte eine Betriebsänderung im Sinne von § 111 BetrVG darstelle. Das Gericht bestätigt also im Prinzip die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates zum Schutz vor wirtschaftlichen Nachteilen durch Betriebsänderungen. Allerdings bestreitet es eine umfassende Zuständigkeit des *Gesamtbetriebsrats*. Selbst wenn es um unternehmenseinheitliche Maßnahmen gehe, stelle die Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrates lediglich eine Bündelung der Zuständigkeiten der einzelnen Betriebsräte dar, erstrecke sich also nicht auf betriebsratslose Betriebe im Bereich eines Unternehmens.

g) Das Gericht verneint schließlich auch ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates zur Einrichtung einer paritätischen Kommission mit bestimmten Auskunfts-, Überwachungs- und Kontrollrechten, da diese nach § 77 Abs.1 BetrVG nur freiwillig vereinbart werden können.

Ein reaktionäres Urteil — trotzdem kein Grund zur Resignation

Die ersten Stellungnahmen der Gewerkschaften brachten vor allem die ohnmächtige Wut über dieses Skandalurteil zum Ausdruck, das »den Schutz der arbeitenden Menschen auf dem Altar der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit geopfert« habe, so der DGB.

Wie auch bei der Entscheidung zum Unterlassungsanspruch wird in krasser Weise deutlich, daß von der höchstrichterlichen Rechtsprechung kaum ein Schutz vor der Aushöhlung der Rechte der betrieblichen Interessenvertretung zu erwarten ist. Es geht hier um einen Teil der »Wendepolitik«. Gerhard Müller, ehemaliger Präsident des Bundesarbeitsgerichtes, spricht von einer »ganz natürlichen Phase der Besinnung und Konsolidierung«, die insgesamt in der Rechtsprechung eingesetzt habe.⁹ Weniger salbungsvoll schritt der an der Bildschirm-Entscheidung beteiligte Bundesarbeitsrichter Matthes gleich zur Tat und gab schon, bevor die Entscheidungsgründe im einzelnen vorlagen, Tips zur Interpretation und Ausnutzung der durch das BAG geschaffenen Rechtsgrundlage für die Teilnehmer eines Seminars der unternehmernahen Deutschen Gesellschaft für Personalführung.

Vor allem folgende Punkte an dem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes müssen kritisiert werden:

a) Die Bundesarbeitsrichter gehen mit ihrer Parteinahme zugunsten der Unternehmer in dem Konflikt um die Bildschirmarbeit so weit, daß sie sogar hinter den von einer großen Zahl von Arbeitgebern akzeptierten Stand in den Betrieben zurückfallen. Die vorhandenen Betriebsvereinbarungen werden allerdings in aller Regel nicht durch das Urteil gefährdet sein, weil, wie der schon zitierte Bundesarbeitsrichter Matthes bedauernd feststellt, das Urteil leider schon zu spät komme, da in den Betrieben schon alles weitgehend gelaufen sei. Die negativen Folgen werden sich vor allem bei weiteren Neueinführungen von Bildschirmgeräten und beim Versuch der Regelung von weitergehenden Aspekten der Bildschirmproblematik zeigen, die ja nur zum kleinsten Teil ein ergonomisches Problem der unmittelbaren Gestaltung des Arbeitsplatzes darstellt, sondern vielmehr die sichtbare Spitze der umfassenden elektronischen Umwälzung der Arbeitsbedingungen im Büro. Beispielsweise ist es nach diesem Urteil schwieriger geworden, auf rechtlicher Basis das Problem einer umfassenden Gestaltung der Software anzugehen.

b) Die Bildschirmarbeit ist wie kaum ein anderer Bereich im Rahmen der Einführung von EDV untersucht worden¹⁰, was sogar schon zum Teil seinen Niederschlag in den gewiß nicht zu arbeitnehmerfreundlichen Normenwesen gefunden hat.¹¹ Negative gesundheitliche Folgen weichen von Augenbeeinträchtigungen über Beeinträchtigungen des Stütz- und Bewegungsapparates bis zu psychischen und psychosomatischen Auswirkungen. Die Behauptung, es lägen keine gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse vor, die unter anderem Arbeitszeitbegrenzungen und Pausenregelungen rechtfertigen könnten, ist schlicht falsch. Allerdings geht es bei den Auswirkungen der Bildschirmarbeit wie bei fast allen neueren Arbeitsbedingungen um unspezifischere, allgemeine Symptome als zum Beispiel beim Verlust der Hörfähigkeit durch Lärmarbeit. Eine Beurteilung, die allein von den äußerst restriktiven, entschädigungsrelevanten Gesichtspunkten des Berufskrankheitenrechts ausgeht, kann sie nur sehr schwer erfassen. Über diese sachlich-rechtliche Schwierigkeit hinaus dürfte aber für die Anerkennung eine entscheidende Rolle spielen, daß die Arbeitszeit sich im Kern des betrieblichen Interessenkonfliktes befindet, der durch die Auseinandersetzung um Lohn und Leistung im Zusammenhang mit der Arbeitszeit charakterisiert wird. Auch beim Vorliegen völlig unbestreitbarer Erkenntnisse waren arbeitszeitbezogene Schutzmaßnahmen immer das Ergebnis eines bitteren Interessenkampfes, aus dem der Staat sich so weit als möglich herausgehalten hat (im Gegensatz beispielsweise zur Festsetzung von Mindestbedingungen für die Arbeitsumwelt).

Das BAG fällt hinter den in den letzten zehn Jahren erreichten Problemstand im Bereich des Gesundheitsschutzes zurück, was sich vor allem in dem indirekt zum Ausdruck kommenden beschränkten Verständnis von Gesundheitsschutz niederschlägt. Sowohl ein

umfassender Gesundheitsbegriff wie auch daraus folgend umfassende vorbeugende Schutzmaßnahmen haben sich in den letzten Jahren sogar in Gesetzentwürfen für ein allgemeines Arbeitsschutzgesetz niedergeschlagen.

d) Die rechtliche Wahrnehmbarkeit von Arbeitnehmerinteressen durch den Betriebsrat war schon bisher sehr unzureichend. Das BAG mutet den Betriebsräten nunmehr allen Ernstes zu, auch bei Vorlage gesicherter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse darauf zu warten, daß der Gesetzes- bzw. Verordnungsgeber eine entsprechende Rechtsvorschrift erläßt. Selbst in reformfreudigeren Phasen war es jedoch schon sicher, daß die Entwicklung staatlicher Schutzrechte immer um viele Jahre hinter der Entwicklung der technisch-organisatorischen Arbeitsbedingungen herhinkte.

e) Eine vorbeugende Gestaltung der Arbeitsbedingungen aufgrund der Bestimmungen des BetrVG wird den Betriebsräten nach diesem Urteil noch schwerer als bisher gemacht. Lediglich einzelarbeitsplatzbezogen können sie aufgrund des mit vielen Einschränkungen versehenen korrigierenden Mitbestimmungsparagrafen 91 tätig werden. Es ist aber sicher, daß im Planungsstadium viele Auswirkungen für einzelne Arbeitsplätze noch kaum absehbar sind, wobei ohnehin Einzelarbeitsplätze meistens in größeren Zusammenhang von Arbeitsbereichen zu sehen sind.

f) Zur Regelung der Folgen des Vordringens der neuen Technologien im Büro sind die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften nach diesem Urteil in zentralen Teilbereichen noch ausschließlicher auf ihre eigene betriebliche und/oder tarifliche Durchsetzungskraft verwiesen. Vor allem für den Bereich der Klein- und Kleinstbetriebe bedeutet dies häufig, daß die dortigen Arbeitnehmer weitgehend schutzlos sind. In Verbindung mit dem Unterlassungsanspruchsurteil wird deutlich, daß der Staat nicht nur nicht gedenkt, regelnd in die Ausbreitung und Entwicklung der neuen Technologien einzugreifen, sondern die betrieblichen Interessenvertretungen soweit wie möglich ebenfalls aus diesem Prozeß herauszuhalten.

g) Die in den letzten Jahren ergangene Rechtsprechung des BAG zum Kern der Mitbestimmungsrechte nach dem BetrVG ist im übrigen auch aus rein rechtsdogmatischen Gründen sehr zweifelhaft. Beispielsweise ist die Interpretation der Grundsatzbestimmungen des Arbeitsschutzes und des hiermit verbundenen Ausschlusses von arbeitszeitbezogenen Maßnahmen nicht widerspruchsfrei. Es kann letztlich nicht begründet werden, wieso für bestimmte Berufsgruppen mit schweren körperlichen Belastungen Arbeitszeitmaßnahmen möglich sein sollen, dies bei Bildschirmarbeit aber nicht aus den Grundsatzbestimmungen des Arbeitsschutzes ableitbar sein soll. Ohne Zweifel ist eine Reform des BetrVG selbst nunmehr dringendst geboten¹², wofür sich allerdings im Moment keine Mehrheit im Bundestag finden dürfte. Eher muß wohl eine »Reform« in rückwärtiger Richtung abgewehrt werden.

Trotz der Desillusionierung über die Möglichkeiten der Wahrung von Arbeitnehmerrechten über den Weg der Gerichte kann und darf auch die rechtliche Auseinandersetzung nicht aufgegeben werden. Es kann und muß weiterhin versucht werden, Betriebsvereinbarungen abzuschließen. In dem besagten Bildschirmurteil finden sich trotz der arbeitnehmer- und mitbestimmungsfrendlichen Grundausrichtung noch wichtige Ansatzpunkte:

a) Die Rechte aus § 87 Abs.1 Zif.6 (Schutz vor Leistungs- und Verhaltenskontrollen) und § 111 (Schutz vor wirtschaftlichen Nachteilen/Sozialplan) werden durch das Gericht im Prinzip bestätigt. Die Unternehmer haben also nicht eine generelle Ausschaltung der Betriebsräte bei der Einführung neuer Technologien erreichen können. Betriebsvereinbarungen sind hier nach wie vor erzwingbar.

b) Selbst in der Frage der Arbeitsgestaltung läßt das BAG ausdrücklich offen, ob auf den einzelnen Arbeitsplatz bezogene Regelungen über § 91 BetrVG erzwungen werden können. Dies bedeutet also, trotz des damit verbundenen zusätzlichen Aufwandes an Arbeit und Zeit, daß für jeden einzelnen Arbeitsplatz die Arbeitsbedingungen im Hinblick auf besondere Belastungen festgestellt und Gegenmaßnahmen gefordert werden müssen. Gelingt es, diese Untersuchungsprozesse in breitem Umfang zu organisieren, kann sich sehr schnell erweisen, daß die Unternehmer an der Untersuchung jedes einzelnen Arbeitsplatzes überhaupt kein Interesse haben. Neben einer möglichen Mobilisierung der Arbeitnehmer und Durchleuchtung der Arbeitsbedingungen würde dieses Vorgehen schließlich auch eine Vervielfachung der Rechtsverfahren und der hiermit verbundenen Kosten nach sich ziehen. Die Abhängigkeit dieses Weges von der Aktivität und Durchsetzungsfähigkeit der betrieblichen Interessenvertretung insgesamt liegt allerdings auf der Hand. Aber diese Arbeiten mußten ja auch bisher (jedenfalls teilweise) bei der konkreten Ausfüllung von Betriebsvereinbarungen geleistet werden.

c) An verschiedenen Stellen ist durch das BAG-Urteil ausdrücklich die Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht der Bundesländer angesprochen, so zum Beispiel in der Frage der Vorschreibung zusätzlicher Pausen für besonders belastende Arbeiten aufgrund von § 12 der Arbeitszeitordnung. Es könnte also durchaus in bestimmten Bundesländern ein Vorstoß unternommen werden, auch auf dem Gebiet der Gewährleistung zusätzlicher Pausen und Arbeitszeitbegrenzungen aktiver zu werden.

Darüber hinaus könnten die Bundesländer auch generell in der Frage der Durchsetzung von Mindestbedingungen für die Arbeitsgestaltung bei Bildschirmarbeit eine aktivere Rolle einnehmen. In vergleichbaren Fällen, wo ebenfalls keine speziellen rechtlichen Vorschriften vorlagen, ist dies verschiedentlich ja auch schon geschehen, so zum Beispiel bei der Frage der Gestaltung von Kassenarbeitsplätzen.

Der Betriebsrat hat zwar das Recht und auch gegebenenfalls die Verpflichtung, die Gewerbeaufsicht zu informieren und in betriebliche Streitfälle einzuschalten. Allerdings wäre in diesem Fall wohl auch eine überbetriebliche Initiative der Gewerkschaften oder auch aus der SPD notwendig.

d) Abschließend muß darauf hingewiesen werden, daß auch eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes nur einen konkreten Fall regelt. Gerichte der unteren Instanzen müssen in anderen Fällen nicht so entscheiden. Die BAG-Entscheidung läßt sogar in Grundsatzfragen der Mitbestimmung bei der Arbeitsgestaltung noch vieles offen.

Rechtliche Ansatzpunkte für die betriebliche und überbetriebliche Interessenwahrnehmung bleiben also auch nach diesem Urteil. In einem Informationsrundsreiben verweist die IG Metall allerdings völlig richtig auf den viel wichtigeren Ausbau der eigenen Stärke auch im Hinblick auf juristische Fragen: »Dort, wo eine breite Mobilisierung der Arbeitnehmer gelingt, verlieren juristische Argumentationen und 'herrschende Meinung' an Gewicht.«

Aktive gewerkschaftliche Interessenwahrnehmung im betrieblichen, tariflichen und allgemein-politischen Bereich muß die Rechtsprechung des BAG gegenstandslos machen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu den rechtlichen Bedingungen: Zachert, U., 1979: Betriebliche Mitbestimmung. Eine problemorientierte Einführung. Köln.
- 2 IG-Metall (Hrsg.) 1983: Unternehmerverhalten in der Krise und gewerkschaftliche Gegenwehr. Argumentationshilfen, Frankfurt/M. Eine starke Zunahme des Problem- und Hand-

- lungsdrucks für die Betriebsräte weist auch die große Erhebung der IG Metall, Rationalisierung in der Metallwirtschaft, Frankfurt/M. 1983, aus.
- 3 Vgl. dazu Schmidt, E., 1983: Betriebsräte in krisenhafter Entwicklung. In: Die Mitbestimmung, S.113ff.
 - 4 BAG: Beschluß vom 22.2.1983 — Az. 1 ABR 27/81.
 - 5 Frankfurter Rundschau vom 2.3.1983.
 - 6 BAG: Beschluß vom 6.12.1983 — Az. 1 ABR 43/81.
 - 7 Vgl. hierzu Trautwein-Kalms, G., 1981: Zur Auseinandersetzung um Bildschirmarbeit am Beispiel betrieblicher Vereinbarungen. In: WSI-Mitteilungen 2, S.90ff.; Stahn-Willig, B., und B. Zwingmann 1980: Gesundheitsprobleme im Dienstleistungsbereich. In: WSI-Mitteilungen 8, S.471ff.; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB (WSI) 1981ff.: Informationspaket Bildschirmarbeit. Düsseldorf.
 - 8 Gewerbeordnung § 120a »Betriebssicherheit«: »(1) Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten, daß die Arbeitnehmer gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.«
 - 9 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.10.1983.
 - 10 Vgl. WSI 1981ff.: Informationspaket Bildschirmarbeit, Düsseldorf; Köchling, A., 1981: Bildschirmarbeit. Gesundheitliche Auswirkungen, Ursachen und Empfehlungen zur menschengerechten Gestaltung, DGB Bundesvorstand, Reihe Automation und Angestellte Nr.7, Düsseldorf.
 - 11 Vor allem: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Sicherheitsregeln für Bildschirmarbeitsplätze (ZH 1/618); weiterhin eine Reihe von DIN-Normen.
 - 12 Vgl. hierzu DGB-Bundesvorstand 1983: Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsrechts, Düsseldorf.



Frauen hört die Signale ...

Wirtschaftskrise und Frauenerwerbslosigkeit. Sozialstaat und Familienpolitik. Gewerkschaftsarbeit. Frauenfrie-
denbewegung.

Wahlen in der BRD und Österreich. Atomwaffenfreie
Zonen. Rüstungsindustrie und Arbeitsplätze.

Mit Beiträgen u.a. von Fricke/Gröning/Günther/Tilt-
man, M. Jansen, K. Roth; D. Albers, Beling/Scholz,
Häupl/Pelinka, J. Rodejohan, A. Statz

Juni 1983

Dokumentation

»Maschinen wollen sie — uns Menschen nicht«

Rationalisierung in der Metallwirtschaft*

Unter der Federführung der Abteilung »Automation und Technologie« beim Vorstand der IG Metall wurde vom Sommer 1982 bis zum Frühjahr 1983 eine bundesweite Bestandsaufnahme in 1107 Betrieben der Metallwirtschaft zur Verbreitung und den Folgen der neuen Technologie durchgeführt. Von den 6611 Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten in den metallverarbeitenden und eisenschaffenden Industrien beteiligten sich 14%, wobei die Großbetriebe mit 1000 und mehr Beschäftigten überrepräsentiert sind. Diese Abweichungen sind bei Hochrechnungen berücksichtigt worden. In der Größenordnung und Vielschichtigkeit der Informationen gibt es keine vergleichbare Untersuchung in der Bundesrepublik. Sie zeigt trotz erheblicher Unterschiede zwischen einzelnen Regionen insgesamt einen beschleunigten Einsatz der neuen Technologien. So sind bestimmte Technologien bei mehr als der Hälfte der Betriebe vorhanden:

- Betriebsdatenerfassungssysteme,
- Bildschirmstationen allgemein,
- spezielle Dialogsysteme.

Neue Technologien, die verschiedene Systeme miteinander »vernetzen« können, sind im Kommen:

- computerunterstütztes Konstruieren (CAD),
- flexible Fertigungssysteme und Systeme zur Fertigungssteuerung,
- Fertigungstechnologien wie Industrieroboter und Montageautomation.

Die Rationalisierung durch neue Technologien auf der Grundlage der Mikroelektronik gehört zu einer Vielfalt von Rationalisierungsmaßnahmen, die fertigungsgerechte Produktveränderungen, organisatorische Maßnahmen mit einer steigenden Leistungsverausgabung, personelle Maßnahmen mit der Bildung »olympiareifer Belegschaften« durch den inner- und überbetrieblichen Austausch von Arbeitskräften, Veränderungen von Betriebsstrukturen mit erheblichen Arbeitsplatzverlusten infolge von Einschränkungen, Verlagerungen oder Stilllegungen einschließen. Dieses »Konzert von Rationalisierungsmaßnahmen« erfordert eine breitenwirksame Beratung von Betriebsräten »vor Ort«, die Entwicklung von Gestaltungsregeln für den Einsatz komplexer, technologisch vernetzter Systeme, betriebliche wie unternehmensübergreifende Strategien zur Abwehr negativer Rationalisierungsfolgen. Besondere Gefährdungen für die Arbeitnehmer gehen in den nächsten Jahren von dem Einsatz folgender Technologien aus:

- NC/CNC-Technologie
- Industrieroboter-Technologie
- Rationalisierung in der Montage
- Rationalisierung in der Industrieverwaltung.

NC/CNC-Technologie

Gegenwärtig ist eine massenhafte Ausbreitung insbesondere von CNC-Technologie mit

* Eine Bestandsaufnahme des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall, Abteilung Automation und Technologie, Oktober 1983. Kurzfassung, zusammengestellt von Paul Oehlke.

jährlich von 4000 bis 5000 Maschinen zu verzeichnen, die sich zu fast drei Vierteln auf Maschinenbau, elektrotechnische Industrie und Straßenfahrzeugbau verteilen. In 71% der befragten Anwenderbetriebe sind Erweiterungen des NC/CNC-Maschinenparks auch zunehmend in kleinen und mittleren Betrieben geplant. Nach wie vor ist die spanende Bearbeitung das wichtigste Einsatzgebiet; aber es breiten sich auch andere trennende Bearbeitungsaufgaben wie Schleifen, Stanzen, Brennschneiden und Umformen, Messen aus.

Beim Einsatz von NC/CNC-Technologie hat in sechs von zehn Fällen ein Abbau von Arbeitsplätzen stattgefunden. Dagegen sind Abgruppierungen weitgehend verhindert worden. Der Abnahme von körperlicher Beanspruchung stehen die Zunahme des Arbeitstempos und der psychischen Belastung gegenüber. Hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen zeichnen sich Gestaltungsspielräume insbesondere bei der Werkstattprogrammierung ab. Hier lassen sich verschiedene Tätigkeiten zu Misch Tätigkeiten zusammenfassen, die Aufgabenverteilung kann durch die Arbeitsgruppe mit festzulegenden Besetzungszahlen erfolgen. Dabei ist eine gleichmäßige und breite Qualifizierung aller Beschäftigten anzustreben.

Roboter

Die hochgerechneten Erhebungsdaten zeigen, daß in etwa 820 Anwenderbetrieben sich Ende 1982/Anfang 1983 schätzungsweise 4650 Industrieroboter, zu über 70% in Großbetrieben mit 1000 und mehr Beschäftigten, vor allem im Automobilbau, im Einsatz befanden. Andere Branchen wie Elektrotechnische Industrie, Maschinenbau und EBM-Industrie werden die Anwendung von Industrierobotern erheblich verstärken. Sie werden vornehmlich in der Werkzeughandhabung, aber auch in der Werkstückhandhabung und zunehmend im Montagebereich eingesetzt.

An nahezu zwei Dritteln der Anwenderbetriebe wird ein Verlust von Arbeitsplätzen berichtet; die Beschäftigungsrisiken steigen beim Einsatz in verketteter Form, sei es zu automatisierten Fertigungsbereichen, sei es in Verbindung mit CNC-Werkzeugmaschinen oder Bearbeitungszentren.

Wie schon bei der NC/CNC-Technologie, werden Arbeitsplätze abgebaut, erhöhen sich Arbeitstempo und psychische Belastungen, während die Qualifikationsanforderungen eine unterschiedliche Entwicklung aufweisen. Humanisierungseffekte sind nur in Einzelfällen realisiert. Der Einsatz von Industrierobotern müßte folglich auf Verschleißarbeitsplätze zum Beispiel in Warmbereichen, bei hohen Umwelt- und körperlichen Belastungen, sehr viel Lärm und unfallträchtigen Bereichen konzentriert und begrenzt werden. Dabei ist bei der Gestaltung der Arbeit darauf zu achten,

- inhumane Restarbeit zu vermeiden,
- die bisherige Qualifikation der Arbeitnehmer zu erhalten, zu erweitern und entsprechend einzusetzen,
- Taktzwang und Einbindung des Menschen in festgelegte Arbeitsabläufe zu vermeiden,
- soziale Kontakte zu sichern,
- Programmierung und Wartung der Systeme dem Bediener zu übertragen.

Montage

Innerhalb der letzten zwei Jahre wurde in über zwei Fünftel der befragten Betriebe die Montage insbesondere im Straßenfahrzeug- und Maschinenbau, in der elektrotechnischen Industrie und EBM-Industrie rationalisiert. Mit wachsendem Anteil kommen hinzu: Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeug-, Schiffs- und Luftfahrzeugbau sowie die

Hersteller von Büromaschinen und EDV-Einrichtungen. Die Automatisierungstechnologien in der Montage konzentrieren sich weitgehend unabhängig von der Betriebsgröße auf die Mittel- und Großserien. Dabei lösen flexible und freiprogrammierbare Montagesysteme die bisher bekannten Formen der starren Einzweckmaschinen ab. Mit der Montagerationalisierung kommt es in verstärktem Maße zu konstruktiven Produktveränderungen wie zum Beispiel durch die Bildung von Teilfamilien, Baugruppen usw., die mit dem Einsatz von computergestütztem Konstruieren (CAD) noch zunehmen werden. Die flexible Montageautomatisierung wird mit ihrer raschen Ausbreitung in den 80er Jahren besonders un- und angelernte Arbeitnehmer, in überdurchschnittlichem Ausmaß Frauen und ausländische Arbeitnehmer, verdrängen. Dabei findet eine starke Umschichtung zu »qualifizierten Angelernten« statt. Diese üben vor allem Tätigkeiten aus, die auf Überwachung, Einrichten, Wartung und Instandhaltung ausgerichtet sind. Die zukünftigen Arbeitsmarktchancen hängen entscheidend von verbesserten Qualifizierungsmaßnahmen und der Gestaltung von qualifizierten Arbeitsinhalten ab. Es müssen vor allem arbeitsplatzübergreifende Qualifikationen in den Bereichen

- Produkttechnologie,
 - Betriebsmitteltechnologie
 - Verfahrenstechnologie,
 - Arbeits- und Betriebsorganisation
- erworben werden.

Verwaltung

Immer mehr Bildschirme, Textverarbeitungsgeräte und Computer lassen die Büros zu einem Schwerpunkt der Automatisierung werden. EDV-Systeme breiten sich in Konstruktion, Kalkulation, Lagerwesen, Versand, Buchhaltung und Personalwesen aus und verknüpfen zunehmend die Verwaltung mit der Fertigung. Als Kernbereiche schälen sich heraus

- Bereiche der Fertigungsnähe,
- Bereiche der finanziellen und personellen Organisation,
- Bereiche der materiellen Organisation wie Einkauf, Verkauf und Auftragsabwicklung.

Merkmale der Verbreitung der neuen Bürotechnologien sind:

- die Bildschirmdichte — fünf Bildschirme und mehr pro 100 Angestellte in mehr als der Hälfte der befragten Betriebe;
- die EDV-Systeme — direkt am Arbeitsplatz oder arbeitsplatzübergreifend als Datenbanksysteme in mehr als vier Fünfteln aller befragten Betriebe;
- die gleichzeitige Anwendung unterschiedlicher EDV-Systeme in über einem Viertel der befragten Betriebe.

Die Verknüpfung dieser Systeme kann besonders brisant bei Personalinformations- und Betriebsdatenerfassungssystemen werden, wenn Daten über das Verhalten der Arbeitnehmer mit aktuellen Leistungsergebnissen gemeinsam ausgewertet werden. Arbeitsplatzverluste konzentrieren sich vor allem auf »innovative« Betriebe mit hoher Bildschirmdichte und arbeitsorganisatorischen Rationalisierungsmaßnahmen. Bisher sind vor allem Angestellte in Großbetrieben betroffen; die Klein- und Mittelbetriebe stehen vor einer Situation, die man als »Ruhe vor dem Sturm« bezeichnen kann. In 79% der Betriebe finden zwar Maßnahmen zur Qualifizierung beim Einsatz von EDV-Systemen statt; diese sind aber in der Regel unzureichend, da sie nur kurzfristig, meistens auf weniger als eine Woche, angelegt sind. Bei den neu entstehenden Arbeitsplatztypen sind etwa ein Drittel mit

einfachen Qualifizierungsanforderungen und zwei Fünftel mit höherwertigen wie zum Beispiel Programmierung und Systemanalyse ausgestattet.

Die Belastungen haben sich überwiegend erhöht. Dies gilt für:

- traditionelle Belastungen wie Schichtarbeit und Lärm,
- körperliche Belastungen wie Augenbelastung und Zwangshaltungen,
- psychische Belastungen wie Monotonie, Arbeitstempo und soziale Isolation.

Der EDV-Ausbau tritt auf sichtbaren und unsichtbaren Ebenen »schiebchenweise« auf. Gestaltungsmaßnahmen sollten weniger an Einzelarbeitsplätzen als vielmehr an den Arbeitsbereichen insgesamt und abteilungsübergreifend ansetzen, um Möglichkeiten für qualifizierte Mischarbeit zu schaffen. Entscheidendes Merkmal an EDV-Arbeitsplätzen ist die Software, die auf der Grundlage von Kriterien für einen benutzerfreundlichen Dialog herzustellen ist. Auf die Produktgestaltung der Hersteller kann durch Vorgabe von positiven und sozialen Merkmalen wie zum Beispiel Gruppenarbeit und weniger Arbeitsteilung, umfangreichere Aufgaben usw. eingewirkt werden. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklungslinien der neuen Technologien sind zu unterscheiden:

- die zunehmende Ersteinführung und Verbreitung über weitere Betriebe und Branchen;
- die intensivere Nutzung in den Betrieben, die bereits die Einführung vollzogen haben;
- das Zusammenschließen der verschiedenen EDV-Systeme ohne Zwischenschaltung des Menschen.

Die Betriebe sind in stark und weniger stark innovative unterteilt worden. Etwa jeder zehnte Betrieb gehört zu den stark innovativen, die

- überdurchschnittlich viele Bildschirmgeräte in der Verwaltung einsetzen;
- organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen mit Hilfe von Unternehmensberatern durchgeführt haben;
- mindestens eine der noch wenig verbreiteten neuen Technologien (z.B. IR, CAD) einsetzen;
- zu stärkerer Vernetzung innerhalb des Fertigungsbereichs und mit der Verwaltung übergehen.

Die Verknüpfung betrieblicher und überbetrieblicher EDV-Systeme wird einen erneuten Rationalisierungsschub auslösen, der Rahmenvereinbarungen über den Einsatz der neuen Technologien erforderlich macht. Folgende Kriterien sind im Sinne eines betriebsinternen Rationalisierungsschutzes anzuwenden:

- angemessene und zumutbare Ersatzarbeitsplätze
- Umschulungsmöglichkeiten für entsprechende qualifizierte Tätigkeiten
- Abbau von Überstunden, kürzere Arbeitszeiten statt Entlassungen
- Handlungsspielräume bei der Arbeitsgestaltung
- Mischarbeitsplätze, komplexe Arbeitspakete und Gruppenarbeit mit hoher gleichmäßiger Qualifikation
- zumutbare Belastungen durch Begrenzung der Bildschirmarbeit auf maximal 50% der täglichen Arbeitszeit und angemessene Erholzeiten.
- Qualifizierungsmaßnahmen einschließlich der Vermittlung von Grundlagenkenntnissen.

Fazit

Rationalisierungsmaßnahmen und neue Technologien haben nach den Angaben der befragten Betriebsräte weitreichende Folgen für die Arbeitnehmer in den vier Gefährdungsbereichen:

Gesundheit

Arbeitstempo, Monotonie, soziale Isolation und psychische Belastungen haben zugenommen. Es ist verstärkt mit langfristig wirksamen Verschleißerkrankungen zu rechnen. Daher sind praxisbezogene Arbeitsschutzkonzepte, Informationsmaterialien und ein Konzept für eine einheitliche, regional gegliederte und selbstverwaltete Arbeitsschutzaufsicht zu entwickeln. Das betriebliche Arbeitsschutzsystem ist unter Beteiligung der Arbeitnehmer in Richtung des Belastungsabbaus zu stärken.

Verhalten und Leistung

Die vielfältig eingerichteten EDV-Systeme, insbesondere aber die Personalinformationssysteme, ermöglichen eine Verschärfung der Leistungskontrolle, von der knapp die Hälfte der Betriebsräte ausgehen. Die Kontrolle von Arbeitnehmern durch die Computer-Technologie ist dadurch auszuschalten, daß die Vernetzung von EDV-Systemen beschränkt und ihre Bedingungen und Anwendungen festgeschrieben wurden. Insbesondere dürfen personenbezogene Daten nicht systemübergreifend verarbeitet und keine Persönlichkeits- und Arbeitsplatzprofile hergestellt werden.

Qualifikation und Einkommen

Die erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen sind nur zu einem geringen Anteil längerfristig und setzen stärker auf »technische Flexibilität« als auf menschliches Können, Wissen und Erfahrung. In Verwaltung und Fertigung steigen die Qualifikationsanforderungen an, ohne sich in höheren Eingruppierungen niederzuschlagen. Der soziale Besitzstand bleibt weitgehend gewahrt. Statt der »Anpaßqualifikationen« sind differenzierte Qualifizierungsmaßnahmen für die betroffenen Arbeitergruppen zu entwickeln. Dabei ist auf längerfristig stabile Kenntnisse zu achten.

Beschäftigung

Selbst bei Umsatzsteigerungen nehmen die Beschäftigungsrisiken zu. Auch in gut auslastbaren Betrieben wird im Saldo kein positiver Beschäftigungseffekt mehr erwartet. Gerade bei der Gruppe der stark innovativen Betriebe wird häufiger über sinkende Beschäftigungszahlen berichtet. Neben den Entlassungen dienen eine Reihe von Maßnahmen zur »Abfederung« der Beschäftigungsprobleme wie Verringerung der Neueinstellungen, Kurzarbeit, Versetzungen, Aufhebungsverträge und Sozialpläne. Prinzipielle Antworten auf diese Erfahrungsberichte der Betriebsräte sind:

- Arbeitszeitverkürzung,
- soziale Produktionskontrolle durch Förderung qualitativen Wachstums,
- Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die Erfahrungen der Betriebsräte zeugen von einem anwachsenden Problemdruck und entsprechend zunehmenden Spannungen, die eine stärkere gewerkschaftliche Beratung »vor Ort«, aber auch politische Entscheidungen erforderlich machen. Eine Grundfrage bleibt, ob gewerkschaftliche Schutz- und Gestaltungsaufgaben erst während der Einführungs- und Ausbauphase einsetzen oder sozial verträgliche Konzepte zwischen Unternehmer und Betriebsrat schon für die Einführung selbst ausgehandelt werden.

Jetzt erst recht!

Tendenzbeschluß der Landesdelegiertenkonferenz der Berliner Jungsozialisten vom 27. Mai 1984 zur Frauenarbeit

Positionen und Aufgaben zur Frauenarbeit des Landesverbandes

Feministinnen beschuldigen Sozialisten, auf die Lohnarbeit fixiert zu sein und den Rest des Lebens unberücksichtigt zu lassen. Sozialisten beschuldigen Feministinnen, unpolitisch zu Werke zu gehen, im Privatbereich steckenzubleiben, der keinerlei Relevanz für den Klassenkampf habe, welcher schließlich in der Produktion ausgetragen werden müsse. Dieser Vorwurf ist nicht neu. In einem Gespräch mit Clara Zetkin sagte Lenin:

»Ihr Sündenregister, Clara, ist noch größer. Es wurde mir erzählt, daß in den Lese- und Diskussionsabenden der Genossinnen besonders die sexuelle Frage, die Ehefrage behandelt werde. Sie sei der Hauptgegenstand des Interesses, politischer Unterrichts- und Bildungsgegenstand. Ich glaubte, meinen Ohren nicht trauen zu dürfen, als ich das hörte (...) Die Lage in Deutschland (...) fordert die größte Konzentration aller proletarischen, revolutionären Kräfte zur Zurückwerfung der immer mehr vorwärtsdringenden Gegenrevolution. Die tätigen Genossinnen aber erörtern die sexuelle Frage und die Frage der Eheformen.«

Die Auffassung, wonach Frauenfragen privat und also politisch irrelevant und ihre Lösung daher nur Folgewirkung des erfolgreichen Kampfes für die sozialistische Revolution seien, gehörte zu den unhinterfragten Selbstverständlichkeiten der Mehrheit der sozialistischen Arbeiterbewegung. Gerade für Marxisten, die gegen jede Form von Herrschaft und Ausbeutung kämpften, muß es dagegen *Aufgabe* sein, *für die Befreiung der Frau einzutreten, denn »es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.« (Bebel)*

Der Marxismus, die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus, ist die am meisten ausgearbeitete Theorie der kollektiven Befreiung der Menschen und auch für die Frauenbefreiung unverzichtbar. Lohnabhängige Frauen und Männer haben gemeinsame Klasseninteressen gegen das Kapital. Deshalb ist es für die Frau notwendig, gemeinsam mit dem Mann in den Organisationen der Arbeiterbewegung zu kämpfen. Wissenschaftliche Theorie wird jedoch aus konkreten Praxen der Menschen gewonnen. Gerade die konkrete Praxis vieler — auch berufstätiger, doppelbelasteter — Frauen, nämlich die Sorge um den Reproduktionsbereich, wurde jedoch lange von Marxisten, die fast ausschließlich auf die Produktionssphäre blickten, nicht beachtet. Hieran richtet sich die Kritik vieler Feministinnen. Andererseits wird von vielen Feministinnen nicht erkannt, daß *die Befreiung der Frau innerhalb des kapitalistischen Systems, das an der billigen Arbeitskraft Frau und der Priorität des Profitstrebens alle Maßnahmen mißt, nicht möglich ist.* Die Befassung mit den Aspekten der *Geschlechtsunterdrückung* heißt nicht, daß die *Klassenunterdrückung* von Frauen im Kapitalismus ausgeblendet wird. *Denn eine Aufhebung der Unterdrückung der Frau als Geschlechtswesen ist im Kapitalismus ebenso unmöglich.* Genauso wenig ist in einer sozialistischen Gesellschaft »automatisch« mit der Klassen- auch die Geschlechtsunterdrückung beseitigt. Es sind lediglich die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen. In welchem Zusammenhang stehen die beiden Arten der Unterdrückung? Das Verhältnis von Klassen- und Geschlechtsunterdrückung — also von Kapitalismus und Patriarchat —, deren Zusammenspiel und Wechselwirkungen müssen untersucht werden. Ein unbestreitbarer Verdienst von feministischer Wissenschaft besteht darin, hier Vorarbeiten geleistet zu haben. Wir müssen prüfen, wieweit wir Marxistinnen feministische Ansätze und Theorien für unsere Arbeit nutzen können.

»Die Frauenbewegung strebt kein anderes Ziel an als den Sozialismus, im Gegenteil, sie weitet den Kampf auf Gebiete aus, die bisher außer Acht gelassen worden sind: Familie, Reproduktionsbereich, zwischenmenschliche Beziehungen. Die Frauenbewegung zu ignorieren oder zu unterschätzen, ist dumm, die linke Bewegung untergräbt sich selbst, wenn sie dies nicht ein- sieht!« (Anja Meulenbelt)

Für sozialistische Organisationen ist es wichtig, feministische Forderungen, wie die, daß reale Wandlungen auch im Privaten vollzogen werden müssen (*Das Private ist politisch*), zu unterstützen. Weiterhin muß auf alle gesamtgesellschaftlichen Probleme geachtet werden, die von sozialen Bewegungen für die Veränderung aufgeworfen werden. Hier haben traditionelle linke Organisationen wie auch feministische Gruppen ihre Fehler gemacht. Feministische Positionen vorantreiben zu wollen heißt nicht, sich in die Isolation zu begeben, sondern bestimmte Forderungen der autonomen Frauenbewegung, wie zum Beispiel die Kritik an den verkrusteten Politik- und Arbeitsstrukturen aufzugreifen und in die Auseinandersetzung und das Bewußtsein der Arbeiterbewegung einzubeziehen.

Für uns Jungsozialist/inn/en heißt es hier, diese Verknüpfungspunkte mit zu schaffen und auszubauen. Veränderungen in unserem eigenen bewußten Handeln und Bewußtsein sind notwendig wie auch die Verbesserung unserer Strukturen. Das Problem der Beteiligung von Frauen wurde bei uns theoretisch verbal erkannt, konkrete Forderungen wurden jahrelang ohne Widerspruch unterstützt, ohne daß ein wirkliches Engagement und Bewußtseinsveränderungen bei den Genossen zu beobachten waren. An den Frauenbereich, besonders an spezielle Frauenstandpunkte wurde von den Genossen alleine nie gedacht, vielmehr mußten die Genossinnen ständig darauf hinweisen. Wie Frauen mit Kindern sowie Alleinerziehende in unsere Arbeit besser einbezogen werden können, wurde nie ernsthaft von allen überlegt. Das »politische« Leben wird vom »Privaten« getrennt, so daß das Leben des einzelnen außerhalb von Terminen nicht transparent ist und uns, so *er/sie* »funktioniert«, auch nicht interessiert. Diese »Arbeitsatmosphäre schreckt besonders Genossinnen ab. Bei den ständig zunehmenden Angriffen auf die Rechte der Frau, die sich seit der »Wende« verstärkt haben, ist es unverzichtbar, daß wir alle für den Erhalt und Ausbau der Rechte von Frauen kämpfen.

Wie kann dies nun aussehen?

Da wir immer noch hierarchische Strukturen haben, in denen Frauen unterdrückt werden, ihr Selbstbewußtsein nicht frei entwickeln können, ist eine eigenständige Frauenarbeit bei den Jusos notwendig. Eigenständig insoweit, als sich die Frauen organisieren (Frauengruppen/Landesarbeitskreis), um ihre Erfahrungen und Probleme gemeinsam auszuwerten, zu bewältigen. Frauengruppen bei den Jusos sind nicht Domäne »frustrierter Genossinnen«, sondern eine Möglichkeit, Frauen in ihrer politischen Arbeit zu unterstützen, zu fördern, diese zu koordinieren, sich gegenseitig zu qualifizieren und die politischen Diskussionen in den Verband zu tragen. Dies steht nicht im Gegensatz zu anderen politischen Arbeitsfeldern, an denen die meisten Genossinnen schon aktiv mitwirken. Es muß jedoch auch endlich akzeptiert werden, daß die Frauenarbeit gleichberechtigte politische Arbeit ist. Im Verband muß eine Verantwortlichkeit aller für frauenspezifische Fragen verankert werden. Alle müssen überlegen, wie hierarchische Strukturen abgebaut werden können, wie die private Lebensweise mit der politischen Arbeit vereinbart werden kann.

Aktuelle Situation und Themenschwerpunkte für die Frauenarbeit

Die Rechtsregierung wie auch der Westberliner CDU-Senat sind angetreten, um eine um-

fassende gesellschaftliche Wende nach rechts durchzusetzen. In dieser Zeit einer tiefen Krise sollen die Verwertungsbedingungen des Kapitals noch verbessert werden und die demokratischen Rechte weiter eingeschränkt werden. Forcierte Aufrüstung, Militarisation vieler gesellschaftlicher Bereiche, verstärkter Bildungs- und Sozialabbau, umfassende Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse vor allem durch eine offensive Strategie gegen die Gewerkschaften, Angriffe auf das Tarifsystem und der Wille, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit zur Erpressung der Arbeiterschaft zu nutzen, sowie eine umfassende »geistig-moralische Erneuerung« der Gesellschaft sind Eckpfeiler im Konzept der Rechtskräfte. Dieses Konzept setzt auf Entsolidarisierung, Rückzug ins Privatleben und auf Spaltung der demokratischen und Arbeiterbewegung.

1. Frauenerwerbstätigkeit

Gerade Frauen sind von der derzeitigen ökonomischen Krise besonders betroffen:

- die Frauenarbeitslosigkeit liegt stark über der der Männer
- neue Arbeitszeitmodelle — besonders zur profitablen Ausbeutung der Arbeitskraft geeignet — richten sich unter dem Vorwand der »besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie« gerade gegen Frauen
- die Folgen des Sozialabbaus betreffen gerade Frauen besonders hart: direkt (so sind z.B. 60% der Sozialhilfeempfänger Frauen — oft ältere Frauen mit geringer Rente oder alleinerziehende Mütter) und indirekt (die Doppelbelastung der Frau steigt durch die Verschärfung ihrer Erwerbssituation als auch durch die Erhöhung der Hausarbeitslast aufgrund zunehmender Privatisierung der Reproduktion)

Frauenerwerbstätigkeit als Voraussetzung für ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Mann ist bei Jungsozialist/inn/en unumstritten. Typische Frauenarbeitsplätze sind von geringer Entlohnung, niedrigem Qualifikationsprofil und hoher gesundheitlicher und nervlicher Belastung gekennzeichnet. Die neuen Technologien werden gerade diese »Frauenarbeitsplätze« massiv verändern und die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern, so daß immer mehr Frauen als einzigen Ausweg eine verkürzte Arbeitszeit sehen. Deshalb ist die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gerade für Frauen so wichtig, da sie sonst in Teilzeitarbeitsverhältnisse abgeschoben werden und damit auf einem beruflichen Abstellgleis landen. Die 35-Stunden-Woche ist ein wichtiger Beitrag, um die prekäre Lebenslage erwerbstätiger Frauen zu verbessern. Notwendig für die Entlastung der Eltern, insbesondere der Mütter, ist und bleibt der Ausbau quantitativ wie qualitativ ausreichender familienergänzender Dienste und Einrichtungen (Kitas, Krippen, Gesamtschulen in Ganztagsform usw.).

Wir fordern:

- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- Recht auf qualifizierte Ausbildung für Mädchen und Frauen sowie einen entsprechenden Arbeitsplatz!
- Recht auf Arbeit für die Frau!
- Verbot der geschlechtsspezifischen Stellenausschreibung!
- Weg mit den Leichtlohngruppen!
- Tarifliche und arbeitsrechtliche Absicherung der Teilzeitarbeit.
- Bezahlten Elternurlaub für Frau und Mann!

2. Familienpolitik der Rechtsregierung

Um die Interessen des Kapitals an der flexibel verfügbaren Arbeitskraft der Frau auch ge-

sellschaftlich um- und durchzusetzen, greift die Rechtsregierung zu bewährten Konzepten: Die »Zurück-an-den-Herd«-Ideologie wird propagiert. Ein ganzer Katalog von Maßnahmen soll Frauen wieder verstärkt die »Perspektive« eines Mutter- und Hausfrauendaseins als Alternative erscheinen lassen. Erziehungsgeld, »Mutter-Kind-Stiftung« und ähnliches sollen zur Mütterlichkeit und Häuslichkeit locken. Konzepte, die darauf ausgerichtet sind, Frauen systematisch auf die Tätigkeit im Haushalt zu beschränken, sie in Abhängigkeit zu halten und zu entmündigen, müssen auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen! Auch den Angriffen auf die Frauenhäuser müssen wir offensiv entgegenreten.

Wir fordern:

- Keine Erziehungsgelder!
- Zurücknahme der Kürzung des Mutterschaftsurlaubsgeldes!
- Erhalt und Ausbau der Frauenhäuser!
- Keine Einschränkung der Mittel für pro familia!

3. § 218 StGB

Wir fordern nach wie vor die ersatzlose Streichung des § 218. Doch seit Antritt der Rechtsregierung werden Widerstände konservativer und reaktionärer Kräfte gegen die 1976 reformierte Fassung des Paragraphen lauter und entschiedener. Besonders die Notlagenindikation, dieser erste und wichtige Schritt in Richtung auf Selbstbestimmung der Frau bei Schwangerschaft und Abtreibung, war und ist diesen Kräften ein Dorn im Auge. Sowohl vor dem Bundesverfassungsgericht als auch im Bundestag wird versucht, die Krankenkassenfinanzierung der Notlagenindikation zu untersagen. (Diese wurde 1982 von 77% der Betroffenen in Anspruch genommen!) Angesichts dieser Angriffe sind wir in die Defensivlage gedrängt.

Der zweite Eckpfeiler dieses frauenfeindlichen Konzepts ist der »Geißler-Bericht« mit seinen Maßnahmen. Anstelle wirksamer Hilfe tritt hier die Verunsicherung, Entmündigung, Demütigung und Diffamierung der Frau. In der Beratung soll sie vorrangig zum Austragen des Kindes überredet werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau wird verneint. Der § 218 wird durch die beabsichtigten Maßnahmen wieder stärker zum Klassenrecht! Dagegen müssen wir uns wehren, denn die Geschichte des Kampfes gegen diesen Paragraphen hat gezeigt, wie wichtig dieses Thema von jeher für die Frauenbewegung war.

Wir fordern:

- Erhalt der Krankenkassenfinanzierung (auch) bei der Notlagenindikation!
- Keine Beratung, die das Selbstbestimmungsrecht der Frau weiter einschränkt!
- Keine Stiftung »Mutter und Kind«!

4. Kleinfamilie/Kindererziehung

Auch bei Linken geht wieder der Trend zur Kleinfamilie, zur privaten Kindererziehung. Die ausschließliche Verweisung der Kindererziehung in den familiären Bereich belastet insbesondere die Frauen. Daher wehren wir uns zum Beispiel gegen die Streichung von Kitaplätzen. Es müssen auch Lösungen diskutiert werden, wie wir mit Müttern (Vätern) in unserer Organisation umgehen. Auch wir müssen Verantwortung für Vereinbarkeiten übernehmen (Bsp. Kinderbetreuung). Das bedeutet aber keineswegs eine Zustimmung zur als »Selbsthilfe« deklarierten Privatisierung gesellschaftlicher Aufgaben.

Wir fordern:

- die Bereitstellung eines flächen- und bedarfsdeckenden Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder ab dem 3. Monat!

— Elternurlaub für Frau und Mann!

Geschichte der Frauenbewegung

Um unser eigenes Handeln einordnen und auf schon erarbeiteten Erfahrungen und Kenntnissen aufbauen zu können, ist es notwendig, die Geschichte, die Entstehung und den Kampf der Frauenbewegung aufzugreifen und einzubeziehen. Die Herausarbeitung der Unterschiede zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Frauenbewegung, die Kenntnis der gemeinsamen Betroffenheiten und die Aufarbeitung des Umgangs der Parteien mit der Frauenfrage sind wichtige Aspekte dieses Bereichs.

Umsetzung

Die Erarbeitung dieser und anderer Themen sollten nicht allein auf die Arbeit in Frauenarbeitskreisen beschränkt bleiben. Es ist vielmehr unabdingbar, jeweils entsprechend dem eigenen Kenntnisstand wie auch anknüpfend am Bewußtseinsstand im Verband, diese Themen im Verband zu diskutieren und umzusetzen. *Jedes* Mitglied sollte zur Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Emanzipation aufgefordert sein. Die Frauenarbeit muß schrittweise zum integralen Bestandteil der Juso-Arbeit werden.

- In den Kreisen sollen regelmäßige KDKs, Vollversammlungen, Kreisvorstände etc. Frauenthemen beinhalten.
- Im Landesvorstand ist der Frauenbereich insoweit vertreten, daß dem LV »Kontaktgenossinnen« benannt werden, die vom Landesarbeitskreis bestimmt werden und jeweils zu den bestimmten Themen hinzugezogen werden.
- Durch Mitarbeit in der Bundesfrauenkommission und gemeinsamen Seminaren mit Frauen anderer Juso-Bezirke ist der Zusammenhalt zu stärken. Trotz der vor dem Hintergrund des letzten Bundeskongresses stattgefundenen Auseinandersetzung in der Bundesfrauenkommission muß es in erster Linie unsere Aufgabe sein, die konstruktive Arbeit der vergangenen Jahre dort fortzusetzen.
- In der Schulungsarbeit müssen frauenspezifische Themen integraler Bestandteil aller Bereiche werden.
- In den Juso-Organen und nahestehenden Publikationen müssen regelmäßig Artikel zu Frauenfragen zu finden sein. In der *spw* sollte außer Frauenschwerpunkten regelmäßig Diskussionen zu Frauenfragen erscheinen.
- In Bereichen, wo dies möglich ist (z.B. § 218, innerparteiliche Veränderungen etc.) soll eine Zusammenarbeit mit der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) in verstärktem Maße stattfinden.
- Kontakte und Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Gruppen können neue Ideen und Anregungen bringen. Eine Zusammenarbeit soll, soweit möglich, stattfinden. Kontakte zum Frauenkoordinationskreis müssen wieder aufgegriffen werden.
- Neue Arbeitsformen müssen, wo dies möglich ist, verstärkt geprobt werden (Verzicht auf Rednerlisten, mehr Arbeitsgruppen etc.).
- Frauen müssen frühzeitig in Arbeitsfelder eingearbeitet werden, ohne zu Hilfsdiensten »deklassiert« zu werden.

[...] Ziel muß es sein, daß die Juso-Organisation über die Formalität des Quotierungsbeschlusses hinauskommt, wieder eine eigenständige Frauenarbeit hat, Genossinnen in allen Arbeitsfeldern gleichberechtigt arbeiten und unsere Strukturen und Lebensweisen sich so ändern, daß es auch Frauen attraktiv erscheint, bei uns zu arbeiten.

Laßt uns nicht ewig darauf warten, sondern endlich damit beginnen!

Interview mit dem Botschafter der DDR, Dr. Günther Bühring

Zum Stand der Stockholmer Abrüstungskonferenz

Das Interview mit Dr. Günther Bühring, Leiter der DDR-Delegation auf der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, führten Hans Raßmes und Matthias Zipser

spw: Herr Botschafter, welchen Stellenwert räumt die DDR der Stockholmer Konferenz im Vergleich zur KSZE ein?

Dr. Bühring: Die Stockholmer Konferenz ist als Verhandlungsforum aller 35 Teilnehmerstaaten der KSZE, das sich ausschließlich mit Fragen der Vertrauensbildung und Sicherheit befaßt, ein Novum. Sie beruht auf der Idee, die die DDR gemeinsam mit anderen sozialistischen Staaten im gesamten KSZE-Prozeß konsequent vertreten hat, die Entspannung auf das militärische Gebiet auszudehnen. Diese Konferenz bietet eine Chance, durch entschlossene Maßnahmen die militärische Konfrontation zu mindern und die Staatenbeziehungen wieder berechenbar zu machen. Nun begann diese Konferenz in einer Zeit außerordentlich verschärfter internationaler Spannungen. Die Stationierung von USA-Raketen mittlerer Reichweite in Westeuropa bewirkt das glatte Gegenteil von Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa, die die Stockholmer Konferenz erreichen soll. Dies mußte von Anfang an Schatten auf die Stockholmer Konferenz werfen. Der aktuelle Stellenwert der Stockholmer Konferenz besteht deshalb vor allem darin, daß sie Maßnahmen festlegt, die zu einer echten Wende zum Besseren in den Ost-West-Beziehungen führen und die Gefahr eines Kernwaffenkrieges vermindern. Dem entsprechen die Vorschläge der sozialistischen Staaten in Stockholm zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages, zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen und zur Bildung kernwaffenfreier Zonen — um nur einige zu nennen.

spw: Wie beurteilen Sie den bisherigen Verlauf der Stockholmer Konferenz?

Dr. Bühring: Die Stockholmer Konferenz konnte bisher die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Diese Konferenz findet nicht im luftleeren Raum, sondern in einem politischen Umfeld statt, das durch Konfrontation und Hochrüstung gekennzeichnet ist. Das Streben nach militärischer Überlegenheit, das sich sowohl in den Rüstungsprojekten als auch in einseitigen Verhandlungspositionen der USA bei den Abrüstungsgesprächen äußert, wirkt sich selbstverständlich auch auf die Stockholmer Konferenz aus. Wegen des fehlenden politischen Willens einiger westlicher Teilnehmerstaaten war es bisher noch nicht möglich, zu substantiellen Verhandlungen, das heißt zur gleichberechtigten Behandlung aller der Konferenz unterbreiteten Vorschläge, überzugehen. Ich darf Ihnen versichern, daß die sozialistischen Staaten alles daransetzen werden, diesen unbefriedigenden Zustand zu überwinden und die mit der Stockholmer Konferenz gegebenen Chancen für Frieden und Sicherheit in Europa zu nutzen.

spw: Herr Dr. Bühring, bedeutet der Abbruch der Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen aus der Sicht der DDR, daß zur Zeit keine Abrüstungsgespräche Erfolg versprechen können?

Dr. Bühring: Dazu möchte ich nur zwei Aspekte erwähnen. Erstens ist der Abbruch der Genfer Verhandlungen eine Wirkung, nicht die Ursache der Stagnation der nuklearen Abrüstung. Durch den Beginn der Stationierung von Pershing II und Flügelraketen in Westeuropa wurden die bis dahin gültigen zwischen den USA und der UdSSR vereinbarten Grundlagen für Verhandlungen über Kernwaffenabrüstung zerstört. Erfolgversprechende Verhandlungen zum Themenkomplex strategische Kernwaffen sowie Kernwaffen in Europa setzen deshalb die Wiederherstellung des Zustandes vor der Stationierung voraus. Zweitens bestanden — unabhängig von diesen Verhandlungen — Möglichkeiten, Vereinbarungen auf anderen Gebieten herbeizuführen. Das gilt zum Beispiel für das Verbot des militärischen Mißbrauchs des Weltraums, den Kernwaffenteststopp, das Verbot der chemischen Waffen und auch für jene Fragen, die auf der Stockholmer Konferenz zur Diskussion stehen. Allerdings zeigte sich, was Vereinbarungen bei den Genfer Verhandlungen verhindert: das Streben der USA nach militärischer Überlegenheit und das daraus resultierende Desinteresse an ernsthaften Verhandlungen erschwert auch Ergebnisse auf anderen Gebieten.

spw: Haben unter diesen Bedingungen und der Möglichkeit einer Fortsetzung der Politik der Reagan-Administration sowie eventueller neuer Aufrüstungsmaßnahmen der USA Abrüstungsgespräche überhaupt einen Stellenwert für die Friedensbewegungen?

Dr. Bühring: Es ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich, eine Wende zum Besseren herbeizuführen. Gerade in den letzten Jahren ist das Interesse und auch das Engagement vieler Menschen für die Sicherung des Friedens, für die Abrüstung stetig gewachsen. Das spiegelt sich auch in zahlreichen sozialdemokratischen Parteien Westeuropas wider. Diese und viele andere Faktoren, darunter natürlich auch das Potential und die Politik der sozialistischen Staaten, eröffnen die Chance, den gefährlichen Trend in der internationalen Entwicklung der letzten Jahre umzukehren und die Periode der Erfolglosigkeit internationaler Abrüstungsverhandlungen zu beenden. Die von Ihnen in Ihrer Frage angedeuteten möglichen negativen Entwicklungen in der Politik der USA zwingen geradezu alle Menschen, denen der Frieden am Herzen liegt, nun erst recht ihre Aktivitäten für die Abrüstung und die Gesundung der internationalen Lage zu intensivieren.

spw: Herr Botschafter, sehen Sie für die DDR und die BRD eine besondere Verantwortung bei der Friedenssicherung in Europa?

Dr. Bühring: Verantwortung für den Frieden tragen alle Staaten und Völker, die großen wie die kleinen. Für die DDR und die BRD gibt es jedoch über diese Verantwortung hinausgehende Verpflichtungen. Diese ergeben sich aus den Lehren zweier Weltkriege, die von deutschem Boden ausgingen, und aus den Beschlüssen der Antihitlerkoalition, die — wie es im Potsdamer Abkommen heißt — sichern sollen, daß »Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt« bedroht. Zu diesen Verpflichtungen steht die DDR. Alles, was sie in den 35 Jahren ihrer Existenz auf außenpolitischem Gebiet getan hat und auch weiter tun wird, entspricht der Maxime, daß von deutschem Boden niemals wieder ein Krieg ausgehen darf.

spw: Entsprechen dieser besonderen Verantwortung auch vergleichbare Möglichkeiten, bilateral den Abrüstungs- und Entspannungsprozeß zu fördern?

Dr. Bühring: Durchaus. Denken Sie nur an solche Vorschläge wie den des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme, in Mitteleuropa beiderseits der Berührungslinie zwischen

Staaten der Warschauer Vertrages und der NATO einen von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Korridor zu schaffen. Die DDR unterstützt diesen Vorschlag auch auf der Stockholmer Konferenz. Die BRD gehört zu den eifrigsten Gegnern dieses Vorschlages. Oder nehmen Sie die Idee, daß beide deutsche Staaten Schritte unterstützen, die uns dem Ziel der Befreiung Europas von chemischen Waffen näherbringen. Diese Idee spielt ja in der SPD und in den Gewerkschaften der BRD auch eine Rolle. Aber die Regierung der BRD lehnt die Erörterung auch dieser Idee ab.

spw: Haben Sie den Eindruck, daß sich die BRD-Delegation auf der Stockholmer Konferenz einer solchen besonderen Verantwortung bewußt ist?

Dr. Bühring: Ob die Mitglieder der BRD-Delegation sich dieser Verantwortung bewußt sind, sollten Sie besser Herrn Citron fragen. Wenn ich allerdings die konkrete Haltung zu wichtigen den Frieden in Europa betreffenden Fragen sehe, so muß ich leider sagen, daß die BRD diese Verantwortung nicht wahrnimmt. Der besondere Eifer, den die BRD-Regierung bei der Stationierung neuer USA-Mittelstreckenraketen an den Tag legt, widerspricht dieser Verantwortung ebenso wie die destruktive Haltung zu den von mir zur vorangegangenen Frage genannten Initiativen.

spw: Das Gastgeberland Schweden hat einige konkrete Vorschläge zur Abrüstung in Mitteleuropa unterbreitet, die in der DDR eine positive Aufnahme gefunden hatte: Korridor frei von nuklearen Gefechtswaffen. Sieht die DDR nach der Absage der BRD noch Möglichkeiten, an diesem Vorschlag weiter festzuhalten?

Dr. Bühring: Ein Abrüstungsvorschlag ist nicht dadurch automatisch vom Tisch, wenn die Regierung eines der beteiligten Staaten ihn ablehnt. Ich möchte daran erinnern, daß der schwedische Ministerpräsident Olof Palme während seines DDR-Besuchs keinen Zweifel daran gelassen hat, daß Schweden am Korridor-Vorschlag festhält. Er sagt sicher zu Recht, daß die Zeit für diesen Vorschlag arbeiten wird. Ich füge dem hinzu: Auch die Staaten des Warschauer Vertrages werden weiter für ihn arbeiten.

spw: Es wurden Vorschläge für einen Gewaltverzichtsvertrag zwischen NATO und Warschauer Vertrag gemacht, die auch von der SPD unterstützt wurden. Sehen Sie Möglichkeiten, hier zu einer neuen Ebene der Verhandlungen zu kommen?

Dr. Bühring: Der Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages ist für uns keine Frage von Ebenen und Formen. Den sozialistischen Staaten geht es darum, mit einem derartigen Vertrag das Prinzip des Gewaltverzichts entsprechend den politischen Gegebenheiten auf unserem Kontinent zu präzisieren und durch konkrete Maßnahmen zur Vertrauensbildung und zur Entfaltung gutnachbarlicher Beziehungen abzusichern. Er wäre angesichts der gegenwärtigen zugespitzten Lage ein entscheidender Schritt, der signalisieren würde, daß es alle Teilnehmer mit der Vertrauens- und Sicherheitsbildung ernst meinen. Die Stockholmer Konferenz ist ein geeignetes Forum für die Behandlung des Vorschlages zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages. Hier kann der in Gang gekommene Meinungsaustausch zu diesem Vorschlag intensiviert und zu einem konkreten Ergebnis geführt werden.

spw: Herr Dr. Bühring, welche zwischenstaatlichen Probleme beider deutschen Staaten müßten Ihrer Meinung nach dringend gelöst werden, um im Bereich gesamteuropäischer Friedenspolitik störende Elemente zu beseitigen?

Dr. Bühning: Das wichtigste Störelement ist die fortgesetzte Stationierung von Pershing II in der BRD. Würde dieses beseitigt, gäbe es — wie Sie es nennen — im Bereich gesamteuropäischer Friedenspolitik für beide deutsche Staaten große Möglichkeiten, die sie im Interesse der europäischen Sicherheit und der Rückkehr zur Entspannung nutzen könnten. Selbstverständlich gibt es in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auch noch eine ganze Reihe anderer spezieller Fragen, deren Lösung für beide Staaten von Nutzen wären und auch Auswirkungen auf die Lage in Europa hätte. Ich möchte dabei lediglich auf die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft verweisen und die bekannten anderen Probleme, die normalen Beziehungen zwischen unabhängigen Staaten widersprechen.

spw: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.



etwa 160 Seiten
ca. 16,- DM

Dietz Taschenbuch 6
Originalausgabe
224 Seiten, 12,80 DM



Anna Siemsen

Georg Ledebour**Vorbemerkung**

Mehr als 37 Jahre sind vergangen seit dem Tode des Mannes, über dessen politische Biographie der nachstehende Text Auskunft gibt. Unverzichtbar für die Identität marxistischer Sozialdemokraten heute bleibt das Wissen um die eigene Geschichte. Die ernsthafte Aufarbeitung von Erfahrungen aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung kann auch einzelne Akteure als »Vorbilder« sichtbar machen; aber sie waren nicht unfehlbar. Ein Nachruf, wie es die Bestimmung dieses Textes war, neigt zu Idealisierung und Heroisierung. Wer das berücksichtigt, wird Sinnvolles entnehmen.

Was hieß es, »revolutionärer Sozialist« zu sein? *Georg Ledebour* gehörte zu jenen Linken in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, denen die wachsende Kriegsgefahr nicht entging, die ihre Ursachen erkannten und zu überzeugten Kriegsgegnern wurden. Nachteile (wie den Ausschluß aus der Redaktion im sogenannten »Vorwärts-Konflikt«) für die Weigerung, sich anzupassen, schreckten Ledebour nie ab. 1920 lehnte er die Bedingungen der Kommunistischen Internationale für die Verschmelzung der USPD mit der von Paul Levi geführten KPD ab. Zwei Jahre später akzeptierte er ebensowenig die politischen Grundlagen der »Wiedervereinigung« der Rest-USPD mit den Rechtssozialisten. SPD und KPD waren »verpanzert und versteinert in ihrer Parteilinie« (Anna Siemsen), unfähig zu jener Aktionseinheit, die allein den Faschismus hätte abwehren können und die auch Ledebour durch seinen Beitritt zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) als bereits Achtzigjähriger fördern wollte.

Mitbegründerin der SAP war die Autorin. *Anna Siemsen*, geboren 1882 in Westfalen, die anders als Ledebour 1922 wieder in die SPD zurückkehrte, ist manchen immerhin als führende Repräsentantin der Linksopposition in der Weimarer SPD ein Begriff. Mit Beiträgen zur sozialistischen Kulturtheorie beeinflusste sie nicht unerheblich sozialdemokratische Schul- und Kulturpolitik vor allem in Thüringen und Sachsen. Sie war, Zeitgenossinnen und -genossen zufolge, eine begeisterte Frau und eine beliebte Pädagogin an verschiedenen Einrichtungen des Arbeiterbildungswesens. Nach 1945 (wie Ledebour Emigration in die Schweiz) übernahm sie in Hamburg die Leitung des Instituts für Lehrerbildung; sie starb dort am 22.1.1952. Der abgedruckte Text ist ein Auszug aus ihrem Nachruf auf Georg Ledebour (A.S., Georg Ledebour, in: Georg Ledebour. Mensch und Kämpfer, hrsg. von Minna Ledebour, Zürich 1954, S.7-31, hier: 16-26 und 28f.).

Die Erläuterungen (vgl. Anmerkungen am Ende) stammen von Hans-Gerd Hofschens (Bremen).
Frank Heidenreich

* * *

Georg Ledebour war ein ausgezeichnete Erzähler. Er verstand es, das, was er erlebt hatte, lebendig wiedererstehen zu lassen. Aber trotz aller Bitten hat er sich nie dazu bequemen wollen, seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben: Das ist ein großer und unersetzlicher Verlust. Denn sein Leben umfaßt ein Jahrhundert, das die Welt revolutioniert hat. Und er stand von den achtziger Jahren bis 1933, von Bismarcks Abgang und den Anfängen des Wilhelminischen Kaisertums bis zu Hitlers Staatsstreich mitten im Zentrum des Geschehens, und nicht selten an entscheidender Stelle. Er ist zugleich ein beispielhafter Vertreter jener wenigen bürgerlichen Intellektuellen, die in Deutschland schon früh zur Arbeiterschaft stießen und bei dieser durch alle Wechsel des Glücks ausharrten, ohne für sich einen Vorteil zu suchen, ohne den Glauben in den Sozialismus und die revolutionäre Entschlossenheit einzubüßen und ohne die Unabhängigkeit und innere Freiheit je zu verleugnen.

Er war Niederdeutscher, Hannoveraner. Seine Familie stammte aus Minden. Seine Ah-

nen waren Hofbauern, die sich noch wie Könige fühlten. [...] Sein Vater, Ernst Ledebour, war Beamter und bei Georgs, des jüngsten Sohnes, Geburt — am 7. März 1850 — ein Vierzigjähriger; die Mutter, Karoline Ledebour, war zwei Jahre jünger. Der Vater starb, als Georg achtjährig war, die Mutter folgte dem Vater im Tode 1860. Die Sorge für das Kind übernahm einer seiner Brüder [...]. Bis zum Ende der Schulzeit erhielt der Verwaiste eine kleine staatliche Erziehungsbeihilfe. Georg besuchte die Realschule. Aber er war ein zartes Kind und erkrankte an Knochentuberkulose, die falsch behandelt wurde; daher sein lahmes Bein. Doch mit äußerster Energie kämpfte der Junge um seine Gesundheit, und Ledebour betonte später gern, daß er durch Schwimmen sich gelenkig erhalten und sein Übel weitgehend ausgeglichen habe. Aus dieser Zeit behielt er auch die Gewohnheit regelmäßiger weiter Wanderungen. Er wurde zum Kaufmann bestimmt, ohne in diesem Beruf Befriedigung zu finden. Am Kriege von 1870 nahm er, da sein Leiden ihn am Militärdienst hinderte, als Sanitäter teil. Tiefere Eindrücke scheint er von diesem Feldzug nicht erhalten zu haben. Ich habe ihn nie davon erzählen hören. Dagegen wurden seine äußeren Verhältnisse dadurch gewandelt; sein Erzieher und bisheriger Versorger fiel. Er war nun auf sich allein gestellt. Sein Wunsch, Jurist zu werden, wurde dadurch unerfüllbar. Aber das Interesse am Juristischen behielt er. Und seine große Begabung zeigte sich später immer wieder, am glänzendsten in seinem Hochverratsprozeß. Er kehrte nach dem Siebziger Krieg nicht wieder zum Kaufmannsberuf zurück, sondern erwarb sich seinen Unterhalt durch Deutschunterricht für die Engländer, die damals vorzugsweise Hannover aufsuchten, um mustergültiges Deutsch zu lernen. Damals, in den siebziger Jahren, begann er, sich als Journalist zu betätigen. Für einige Berliner Zeitungen ging er nach England. [...]

Nach seiner Rückkehr, in den achtziger Jahren, wurde er Redakteur an der demokratischen »Berliner Volkszeitung«. Hier war *Mehring* sein Kollege. Beide gewannen in dieser Zeit wachsendes Interesse für die sozialen Verhältnisse. Und dieses Studium und der daraus sich ergebende Wandel ihrer Anschauungen zu einem entschiedenen Sozialismus hin führte zum Konflikt mit der Redaktion. Sie verließen beide die Volkszeitung. Ledebour wurde zunächst freier Mitarbeiter am »Vorwärts« und trat dann, im Jahre 1895, in die Redaktion ein. Damals war seine ganze Kraft schon der Arbeiterschaft gewidmet. Er war ein entschiedener Marxist geworden, ein radikaler Demokrat geblieben. In religiöser Hinsicht war er von Haus aus Freidenker. Er trat aus der Kirche aus und hat diese Haltung bis an sein Ende bewahrt, was ihn indes nicht hinderte, auch mit Theologen freundschaftlich zu verkehren, wenn er ihren Charakter achtete.

Neben seiner Betätigung als Schriftsteller und Parteiredner widmete er sich auch der Unterrichtung von Arbeitern in Abendkursen und setzte, nach Gründung der Parteischule, diese Tätigkeit als Lehrer an ihr fort. In den Abendkursen lernte er seine spätere Frau kennen. Sie, die aus bürgerlich-demokratischer Familie stammte, mit der sie durch alle Wandlungen eng verbunden blieb, war 17 Jahre jünger als er. Aus ihrer Freundschaft zu dem älteren Lehrer, mit dem sie oft Ausflüge unternahm, entwickelte sich in drei Jahren eine Liebe, die zum Besten in Ledebours Leben gehört hat. Am 1. Mai des Jahres 1895 heirateten sie. Und Frau Minna ist ihm dann durch alle so schweren Zeiten, in Armut, Gefahr und Exil, die tapferste und treueste Gefährtin gewesen, deren unvergleichlichen Wert er pries und deren für sie ganz selbstverständliche Opferbereitschaft er mit einer Liebe voll Zartheit und gerade im Alter mit vertiefter Zärtlichkeit erwiderte.

Gemeinsame Arbeit und Überzeugung hat Ledebour in diesen Jahren um die Jahrhundertwende zu engem, freundschaftlichem Verkehr geführt mit Bebel, Wilhelm Liebknecht und dessen Söhnen, wie auch mit Kautsky und dessen Kreis. [...]

Nur für die kurze Zeit von 1898-1900 verließ er, in die Redaktion der »Dresdner Volkszeitung« berufen, Berlin, um dann aber wieder als Redakteur des »Vorwärts« und zugleich als Reichstagsabgeordneter dorthin zurückzukehren. Im Jahre 1900 wurde er in den Reichstag gewählt, zu dessen markantesten und hervorragendsten Vertretern er fast ein Vierteljahrhundert gehörte. Erst als er sich weigerte, die Fusion von Unabhängiger und Mehrheitssozialdemokratie mitzumachen, verlor er das Mandat — die *Arbeiterschaft* einen ihrer hervorragendsten Vertreter und der *Reichstag* in einer höchst kritischen Periode einen seiner besten Auslandsexperten. Ledebour gehörte also von Anfang an zu *Bebels Kreis* und vertrat dessen Politik des konsequenten, auf internationalem Boden zu führenden Kampfes gegen die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnisse. Sein Charakter wie sein Temperament führten ihn bald auf den linken Flügel der Partei. Und seine außenpolitischen Kenntnisse — etwas außerordentlich Seltenes in der Partei! — ließen ihn vor allem die kaiserliche Außenpolitik scharf bekämpfen. Als führender Außenpolitiker der SPD wurde er auch eine bekannte Erscheinung auf internationalen Konferenzen und Kongressen. Seine beiden Leitgedanken waren der demokratische des unbedingten Selbstbestimmungsrechts der Völker und der weltbürgerliche der internationalen Zusammenarbeit der sozialistischen Arbeiterschaft. Das hat ihn trotz seinem oft heftigen, ja eigensinnigen Willen jederzeit vor autokratischen Macht- und Zwangsgelüsten bewahrt und trotz seinem starken Heimatgefühl vor jedem Chauvinismus geschützt. Um so schwerer, wenn auch tapfer, trug er an den Irrungen, welchen nach beiden Richtungen hin so viele Genossen verfielen.

Der bis dahin dank *Bebels* kluger Leitidee verdeckte, wenn auch sehr tiefe Riß in der deutschen Sozialdemokratie wurde bei Kriegsausbruch 1914 offenkundig. Ledebour gehörte der Gruppe der Kriegsgegner an, die, mit der einen Ausnahme *Karl Liebknechts*, im Reichstag zunächst sich dem Fraktionszwang fügten, bald aber in immer offenere Opposition traten. Sie wurden rasch aus Parteiämtern und Redaktionen entfernt. Ledebours Arbeit am »Vorwärts« hörte auf. Die Parteschule stellte ohnehin ihre Arbeit ein. Es begann für ihn die harte Zeit der Entbehrungen und der Existenzsorgen, die mit kurzen Unterbrechungen bis in das Exil hinein währte. Damit begann auch die Heldenzeit seiner Frau, ohne deren klaglose, heitere, aber strenge Sparsamkeit Ledebour seinen Weg kaum hätte zu Ende gehen können. Sie haben beide auch in dieser Zeit ihre innere Freiheit so großartig bewahrt wie nur wenige unter uns.

Die oppositionellen Sozialdemokraten bildeten 1916 zuerst eine »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft«, dann die »Unabhängige Sozialdemokratische Partei«, die in den alten Zentren der Bewegung, in Berlin, Sachsen und im Ruhrgebiet, die Mehrheit der Arbeiterschaft anzog. Da den Unabhängigen aber auch dort, wo sie das Übergewicht hatten, die Parteiorgane gerichtlich aberkannt und Neugründungen nicht zugelassen wurden, war ihre Arbeit außerordentlich schwierig. Auch Flugblätter und Broschüren fielen der Zensur zum Opfer und mußten illegal erscheinen. *Karl Liebknecht* wurde zu Zuchthaus verurteilt. *Rosa Luxemburg*, *Mehring*, aber auch eine immer wachsende Zahl weniger bekannter Sozialisten verfielen der Schutzhaft, und erst beim Zusammenbruch des Reiches öffneten sich ihnen die Kerkertore. Ledebour gehörte nicht zu den Inhaftierten, da sein Reichstagsmandat immerhin eine Immunität gewährte, die nur, wie bei *Liebknecht*, durch einen Sonderbeschluß des Reichstages aufgehoben werden konnte. So blieb er in engem Kontakt mit der Berliner Arbeiterschaft und wurde einer der entschiedenen Führer ihres revolutionären Flügels. Es gelang ihm, die Verbindung mit dem Ausland aufrechtzuerhalten. Er gehörte zu den deutschen Delegierten der sozialistischen Linken, die in den Konferen-

zen von *Zimmerwald* bei Bern und *Kienthal* im Berner Oberland die internationale Lage und die politische Linie, die einzuhalten sei, berieten. In *Kienthal* stellte sich dann heraus, daß zwischen dem Leninschen linken Flügel, der den Krieg bis zur Revolution weitertreiben wollte, und dem mehr auf raschesten Friedensschluß gerichteten rechten, dem auch Ledebour angehörte, keine Verständigung möglich war. So kam es, damals so wenig wie im zweiten Weltkrieg, zu keiner internationalen Aktion. Jede nationale Gruppe ging ihre eigenen Wege.

Im Februar 1918 brach in Berlin der große Streik der Metallarbeiter aus, der das erste offene Zeichen der Kriegsmüdigkeit war. Damit begann auch der Kampf der beiden Richtungen in der deutschen Arbeiterschaft: Die Partei der Rechts- oder Mehrheitssozialisten suchte, aus Furcht vor der Niederlage, dann — nachdem der Krieg verloren war — aus Abneigung gegen eine soziale Revolution die Aktion der Arbeiterschaft zunächst aufzuhalten, schließlich, da sich dies als unmöglich erwies, den revolutionären Aufstand abzulenken. Fünf Jahre lang, von 1918 bis zum Herbst 1923, hat dieser Kampf die deutsche Innenpolitik beherrscht. Es hat sich dabei ein Wort Heinrich Stroebels¹ bewahrheitet: »Ihr werdet die gesellschaftliche Ordnung retten und die Revolution verlieren!« Stroebel, ehemaliger Chefredakteur des »Vorwärts«, gehörte der pazifistischen Gruppe der Unabhängigen an und zeichnete sich bei aller unbedingten Hingabe an die Sache des Sozialismus und die Ziele der revolutionären Erhebung durch scharfes, nüchternes Urteil und verantwortungsvolle Besonnenheit aus.

Ledebour selbst hat dreizehn Jahre nach der deutschen Novemberrevolution, zu einer Zeit also, da schon die düsteren Vorzeichen der kommenden Nazi Herrschaft, der über Deutschland und Europa hereinbrechenden Nacht erkennbar waren, in einer von der »Sozialistischen Arbeiterzeitung«, dem Organ der SAP, veröffentlichten Artikelserie das unmittelbare Bild der Ereignisse gegeben, in deren Verlauf die kaum begonnene Revolution nach einem kurzen Anfangerfolg ihre, wie sich bald erwies, entscheidende Niederlage erlitt.² Diese Darstellung deckt sich, von Einzelergänzungen abgesehen, in allen wesentlichen Zügen mit seinen beiden, in diesem Buch erscheinenden Reden im berühmten »Ledebour-Prozeß«³ — ein Beweis, wie scharf der alte Kämpfer schon damals die Situation geistig erfaßt hatte. Auf die Berliner Kämpfe folgten, wie Ledebour in dieser Artikelserie darlegt, rasch erstickte Unruhen im Ruhrgebiet, bei denen die nun erprobten reaktionären »Freischaren« sehr scharf gegen die Arbeiterschaft voringen — auch dann, wenn nicht der geringste Anlaß dazu vorlag, gar keine Aktion von Arbeiterseite stattgefunden hatte. Ostern 1919 riefen die durch Eisners Ermordung gereizten Münchener Arbeiter die Räterepublik aus. Bei deren Niederwerfung setzte bereits der später so ausgedehnte Terror der Mordkommandos ein, begann »die Feme« sich einzurichten und forderte bald ihre Opfer: von ihr »geküllt« wurden, um nur einige »Prominente« zu nennen, die Unabhängigen Haase⁴ und Gareis⁵, der Pazifist Paasche, dann der Zentrumsführer Erzberger und der Großbürgerliche Rathenau. Hitler begann seine öffentliche Rolle in München ...

1920 fühlte sich die Reaktion bereits so stark und hatte ihre Wurzeln schon so tief und weit in das Gefüge der Reichswehr eingesenkt, daß sie es wagte, mit dem Kapp-Putsch loszuschlagen. Diese plötzlich als ganz akut sich enthüllende Gefahr führte zum Zusammenschluß der Arbeiterschaft in einem von den Gewerkschaften geleiteten Generalstreik — der letzten und großartigsten Manifestation der Arbeiterschaft, die so den Beweis lieferte, daß sich ihr weittragende Möglichkeiten öffneten, sobald sie einig war. Doch schon wenige Wochen nach dieser einheitlichen Aktion und ihrem Siege war die Arbeiterschaft wieder in zwei feindliche Lager gespalten, und der Kampf zwischen diesen setzte sich unver-

söhnlicher fort denn je. Die vom sozialistischen Reichskommissar *Severing* zugelassenen Exekutionen des Generals *Merker*, der während des Putsches eine sehr zweideutige Neutralität bewiesen hatte, brachten gegen die Ruhrarbeiter alle Methoden des weißen Terrors, der Gefangenenerschießungen und willkürlichen Verhaftungen zur Anwendung. Das ist in späteren Memoiren beispielsweise von Pfarrer Niemöller, der damals Freikorpsführer war, mit Stolz auf solche »Heldentaten« bezeugt worden. Die Erinnerung an diesen offiziell sanktionierten Terror hat bis zur Zeit von Hitlers Machtergreifung die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet feindlich getrennt und so tödlich geschwächt.

Unter dem Eindruck der tiefen Enttäuschungen über zerstörte Erwartungen, unter dem Druck der sich nun verschlechternden wirtschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterschaft waren große Arbeitermassen der Unabhängigen Sozialdemokratie zugeströmt. Diese schien auf dem Wege, zur stärksten Partei der Arbeiterschaft zu werden. Aber die aus dem Spartakusbund schon Ende 1918 entstandene Kommunistische Partei übte eine starke Suggestion auf viele Mitglieder der USP aus. Als die dritte Internationale in Moskau gegründet wurde, erhob sich auch für die deutschen Unabhängigen die Frage, ob man ihr beitreten solle. In Leipzig fiel im Herbst 1920 die Entscheidung. Eine Mehrheit stimmte für den Übertritt zur KPD, die dadurch plötzlich zur Massenpartei wurde. Damit war die Kraft der Unabhängigen gebrochen. Sie konnten sich von dieser Schwächung nie erholen. Mit dem Schwinden der Überzeugung, daß ihr die Zukunft gehöre, schwand auch ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter. So fand im Herbst 1922 der Zusammenschluß der beiden großen Sozialdemokratischen Parteien statt, der in Wirklichkeit ein Aufgehen der Unabhängigen in der Mehrheitssozialdemokratie war, da ihre Führer sich schnell der Politik der Mehrheitler anpaßten.

Für Ledebour waren diese Jahre eine Zeit allerstärkster Tätigkeit und sein Einfluß als Reichstagsabgeordneter, als Schriftsteller, Redner und Lehrer war weitreichend und bedeutend. Es war die letzte Epoche, in der er, wenn auch keineswegs unangefochten und ungehemmt, seine Kräfte ganz entfalten konnte. Seine Haltung in dem gegen ihn angestregten Prozeß, sein oft bewiesener Mut — eine nicht gerade häufige Erscheinung in Deutschland — sicherten ihm das Vertrauen der Arbeiterschaft und allgemein eine große Popularität. Wo er redete, war ihm in überfüllten Sälen die begeisterte Zustimmung der Arbeiter sicher. Mit seiner Kritik und seinen Forderungen sprach er ihnen aus dem Herzen; von seiner unzerstörbaren Zuversicht fühlten sie sich neu ermutigt. Gegen seine Überzeugung sich anzupassen, war nicht Ledebours Sache, und so machte er, wie schon erwähnt, die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien nicht mit.⁶

Es begann nun eine sehr schwere Zeit für ihn wie für seine Frau. Als Redner wie als Schriftsteller war ihm beinahe jeder Weg in die Öffentlichkeit versperrt. Der kleine Kreis der Getreuen, hauptsächlich Berliner Arbeiter, war kaum imstande, das Mitteilungsblatt, das die Verbindung zwischen ihnen herstellte, zu unterhalten. Es ging bei Ledebours also hart am Rande der Not hin, und es brauchte die ganze erfinderische Hausfrauentüchtigkeit von Frau Minna, um diese fernzuhalten. Bezeichnend aber für Ledebours Großzügigkeit war folgendes: Es ist, seit die Diäten für Reichstagsabgeordnete eingeführt wurden, Sitte gewesen, daß die Sozialdemokraten 20 Prozent derselben an ihre Partei abführten. Ledebour war mit seiner Zahlung etwas im Rückstand. Nach der Fusion und dem Verlust seines Mandates zahlte er diese rückständige Summe gegen den Protest seiner Freunde der nun gegnerisch gewordenen Partei aus seinem geringen und unsicheren Einkommen.

Die Sozialdemokraten wie die Kommunisten gingen ihren Weg weiter. Die kurze Scheinstabilisierung, die auf die Währungsreform folgte, brach 1929 unter der Wucht der

von USA ausgehenden Wirtschaftskrise zusammen. Sämtliche Arbeiterparteien erwiesen sich als ratlos, zugleich nicht willens, ihre alten Streitigkeiten vor der Gefahr des drohenden Chaos zu begraben. Die KPD sah in dem gewaltigen Anwachsen des Nazitums nur den Vorläufer einer später zu erwartenden kommunistischen Revolution. Die SPD suchte angesichts des scharfen Drucks der extremen Rechten und Linken ihre Rettung in engerer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien, die indes bemüht waren, den unerwünschten Satelliten abzuschütteln. In dieser Situation bildete, wie oben erwähnt, eine Gruppe von oppositionellen Sozialdemokraten die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), der auch Ledebour mit seinen Anhängern beitrug. So öffnete sich ihm noch einmal die Möglichkeit zu politischer Wirksamkeit. Er gehörte selbstverständlich dem Vorstand der Partei an und war von nie ermüdender Aktivität. Aber diese Tätigkeit, die ganze Zuversicht und Energie des Dreiundachtzigjährigen blieb ohne Frucht. Der Zerfall und die Reaktion in Deutschland waren schon viel zu groß gewesen. Die Arbeiterschaft ließ sich nicht mehr aufwecken und mitreißen. Sie war zermürbt durch die Krise, mißtrauisch und gleichgültig durch allzuvielen Enttäuschungen. Die Parteien waren gepanzert und versteinert in ihrer Parteilinie. Und abgesehen von den unter Moskauer Direktion stehenden Kommunisten, die mit bewundernswerter Präzision auf die wechselnden Parolen einschwenkten, galt der Sozialismus ganz allgemein und günstigenfalls als Angelegenheit einer fernerer Zukunft, bei der Mehrzahl sogar als Rückstand aus einer bereits getöteten Vergangenheit.

Das einzige, was in jener Zeit wesentlich und möglich gewesen wäre: in einer gemeinsamen Aktion dem verbrecherischen und offen hochverräterischen Treiben der Nazis durch Zusammenstehen aller Arbeiterparteien den Weg zu versperren, lag völlig jenseits der Konzeption von Parteiführungen und der Mehrzahl der Parteiangehörigen, während eine Minderzahl bereits mit dem Naziregime als der Zukunftsmacht rechnete und heimlich mit ihm flirtete.

Innerhalb der SAP aber, die in ihrer Gesamtheit zum Kampf gegen das Hitlertum mit allen seinen Konsequenzen durchaus ehrlich entschlossen war — was sie später in Exil und Illegalität mit der hohen Zahl der Opfer bewies — bestand keineswegs Einmütigkeit über die Methoden dieses Kampfes. Ledebour war unter allen Vorstandsmitgliedern der Mann, der die längste und umfassendste politische Erfahrung hatte, der daher am wenigsten auf theoretische Formulierungen und am stärksten auf politische Zusammenarbeit sah. Sein Drängen blieb indes fruchtlos. Und über weitgespannte Theorien vergaß man die reale Situation, ihre Aufgaben und Möglichkeiten. Die Tätigkeit der SAP versackte in einer, wie vorauszusehen war, erfolglosen Wahlkampagne im Herbst 1932. Dann gingen die letzten Intrigen, Schiebungen, Polizei- und Terrormaßnahmen, alle sozialistischen Theorie und Praxis auslöschend, über die Arbeiterbewegung hinweg. Die führenden Leute der SAP flüchteten entweder ins Exil oder verschwanden in Zuchthaus, Gefängnis, KZ oder im Grab. Georg Ledebour ging mit seiner Frau in die Schweiz. Seine politische Tätigkeit war damit zu Ende.

Er fand in der Schweiz seine Freunde wieder aus den Zeiten von Zimmerwald und Kiental und aus den späteren Jahren, als die Schweizer Partei mit den Österreichern, Norwegern und der deutschen USPD der linken sozialistischen, der sogenannten 2¹/₂. Internationale angehörte. Vor allem Robert Grimm⁷ sicherte Ledebour und seiner Frau die Asylgewährung und eine bescheidene, aber dauernde Pension, die zum Lebensunterhalt ausreichte.

Fast alle sozialistischen Emigranten hatten in jenen Tagen unter mannigfachen Polizeischikanen zu leiden und standen unter der dauernden Gefahr der Ausweisung. Aber die

Achtung, in der Ledebour stand, sein internationaler Ruf, wohl auch sein hohes Alter — er war dreiundachtzig, als er in die Verbannung ging — schützten ihn vor Übergriffen.

[...] Am 31. März 1947 ging so einer unserer streitbarsten und reisigsten revolutionären Sozialisten aus dieser Erdenwelt. Viele werden geneigt sein, sein Leben ein tragisches zu nennen. Er hat die Sache, der er, solange er bewußt lebte, gedient hat, die Sache der Freiheit und der Gerechtigkeit, die sich ihm zuerst als Demokratie darstellte, dann durch sechzig Jahre hindurch als Sozialismus, nicht siegreich gesehen. Die entscheidenden Perioden seines Lebens, in welcher er die Massen der Arbeiterschaft führte, in Kämpfe, die weltbewegend hätten werden können, endeten mit einer Niederlage, deren Folgen auf dem Jahrzehnt lasteten, wo ihm noch Wirksamkeit gewährt war, und reiften zur völligen Katastrophe, die seine letzten Jahre überschatteten. Er gehörte zu den Besiegten.

Soweit wir in der Geschichte rückwärts schauen können auf den nicht endenden Kampf zwischen Freiheit und Herrschaft, finden wir die beiden Typen: den Sieger, der im Siege und um des Sieges willen die Sache, für die er den Kampf begonnen, opfert; den Besiegten, der selber Opfer wird, und dessen Sache doch dieses Opfer überlebt, sei es auch nur, weil sein Zeugnis und das Vorbild seiner Hingabe neue Kämpfer weckt. [...]

Die objektive Notwendigkeit der Revolution zur Gewinnung der Freiheit bleibt wirkungslos ohne die subjektive Bereitschaft, sie zu erkämpfen. Diese aber kann sich nur am Vorbild entzünden. Das ist einer der Gründe, weshalb der Demokrat und freiheitliche Sozialist Ledebour nicht vergessen werden darf, in Deutschland so wenig wie in der sozialistischen Internationale. [...]

Anmerkungen

- 1 *Heinrich Ströbel* (1869-1944), seit 1892 sozialdemokratischer Redakteur, von 1900 bis 1916 beim »Vorwärts«, 1908-1918 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1914 Gegner der Kriegskreditbewilligung und der Burgfriedenspolitik, zeitweilig Mitglied der »Gruppe Internationale«, seit 1917 Mitglied der USPD, 1918/19 Mitglied der Revolutionsregierung in Preußen, 1920 Rückkehr in die SPD, 1924-1932 MdR, führender Vertreter der SPD-Linken, Mitherausgeber des »Klassenkampf«, 1931 Austritt aus der SPD und Wahl zu einem der Vorsitzenden der SAP, Ende 1931 Rückkehr in die SPD, 1933 Emigration in die Schweiz.
- 2 *Georg Ledebour*, Die deutsche Novemberrevolution [17 Fortsetzungen und Schluß], in: Sozialistische Arbeiter Zeitung Nr. 10-27, 12.11. bis 3.12.1931
- 3 *Georg Ledebour*. Mensch und Kämpfer, a.a.O., S.53-163
- 4 *Hugo Haase* (1863-1919), Rechtsanwalt, 1897-1906 und 1912-1918 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, von 1911-1916 einer der beiden Parteivorsitzenden der SPD, führender Vertreter der zentristischen Strömung. 1914 Gegner der Kriegskreditbewilligung, seit 1915 gegen die Kriegskredite, 1916 Ausschluß aus der SPD-Fraktion, Vorstandsmitglied der »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« und Ende Dezember 1918 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten. 1919 Mitglied der Nationalversammlung, starb Haase am 7. November 1919 an den Folgen eines am 8. Oktober 1919 auf ihn verübten Pistolenschusses.
- 5 *Karl Gareis* (1889-1921), Führer der USPD-Fraktion im bayerischen Landtag, wurde am 9. Juni 1921 von Rechtsradikalen ermordet.
- 6 Nach der Vereinigung der Rest-USPD mit der SPD 1922 führte *Ledebour* gemeinsam mit *Theodor Liebknecht* (einem Sohn von *Wilhelm* und Bruder von *Karl Liebknecht*) zunächst die USPD als Splittergruppe weiter, trennte sich aber 1923 von ihr und gründete den »Sozialistischen Bund«, mit dem er sich 1931 der SAP anschloß.
- 7 *Robert Grimm* (1881-1958), führender Vertreter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), vor 1914 Exponent der Parteilinken, im I. Weltkrieg Vertreter der zentristischen Strömung, Teilnehmer an den internationalen sozialistischen Konferenzen in Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916), Sekretär der in Zimmerwald gegründeten »Internationalen Sozialistischen Kommission«, in der Zwischenkriegszeit Nationalrat und Parteiführer der SPS sowie Vertreter der SPS in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Berichte und Ankündigungen

Jürgen Blume und Frank Heidenreich

»Marxismus ist halt schöner als Reformismus«

Der Beitrag Otto Bauers und des Austromarxismus zur Theorie und Praxis des Demokratischen Sozialismus —

Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg, 21. bis 24. Juni 1984

Was führt den chinesischen Professor Xin Xuyi, sozialdemokratische Parteihistoriker wie Norbert Leser und Susanne Miller, den polnischen Lenin-Biographen Waldenberg, den Philosophen Walter Euchner und den parteilosen Marxisten Wolfgang Fritz Haug nach Freudenberg? Was bringt HDS-Theoretiker Thomas Meyer und *spw*-Herausgeber Detlev Albers an einen Tisch? Welcher Gegenstand veranlaßt die Friedrich Ebert Stiftung, »unsern« Peter Glotz und den DKP-Theoretiker Sandkühler einzuladen? — Der führende Austromarxist der Zwischenkriegszeit, *Otto Bauer*, sollte der politischen und wissenschaftlichen Analyse unterzogen werden.

Welches spezifische Interesse haben die verschiedenen Richtungen an Otto Bauer und dem Austromarxismus?

Thematische Schwerpunkte der Tagung bildeten die Politik Otto Bauers in der Sozialisierungsfrage, das strategische Konzept des von Bauer wesentlich beeinflussten Linzer Parteiprogramms von 1926 sowie seine Analysen über den Faschismus und die Entwicklung der Sowjetunion. Wenn Susanne Miller darin zustimmen war, daß wichtige Weichenstellungen für das Schicksal der österreichischen Arbeiterbewegung und der Ersten Republik nicht erst 1927, sondern bereits in der Revolutionszeit erfolgten, dann muß die sozialdemokratische Politik und Bauers Anteil an ihr 1918/19 besonders interessieren.

Walter Euchner (Schüler Fetschers und Professor an der Universität Göttingen) tat dies, indem er die Sozialisierungsvorstellungen Otto Bauers einer politiktheoretischen Analyse unterzog. Ergänzt wurde dieser Schwerpunkt von einem Referat Richard Saages (Professor an der Universität Göttingen), der sich mit der Restriktionsanalyse Bauers befaßte, also mit der Frage, welche Bedingungen die sozialdemokratische Politik erschwerten.

Vor allem die Analyse des Linzer Programms der SDAP von 1926 mußte zeigen, »... ob die Theorie des Austromarxismus noch Anstöße und Hinweise enthalte, die die programmatische Debatte der Sozialdemokraten fördern kann.« (A.G. Frei, Vorwärts v. 13.7.84). Während *Franz Walter* und *Gerhard Storm* (Bielefeld) im Linzer Programm den Versuch erblickten, mit radikalen Formeln (»Klassenherrschaft«, »Diktatur«) *symbolische Stärke* zu demonstrieren und damit das proletarische Gemüt angesichts der »Mühen der Ebene« reformistischer Tagespolitik zu beruhigen, betonte *Frank Heidenreich*, daß Linz den Mangel an *strategischer Konkretion* sozialdemokratischer Politik seit Gründung der ersten Republik beheben sollte (und unter diesem Gesichtspunkt nicht mehr nur als objektive Entwicklungstendenz, sondern als Aufgabe der *Politik* der Partei. Linz formuliere die Strategie in zwei miteinander verknüpften Aspekten: Die Einheit der Arbeiterbewegung muß gegen die Sonderinteressen der einzelnen Branchen erst politisch durch die sozialdemokratische Partei hergestellt werden. Diese Einheit ist Bedingung für die Hegemonie der Arbeiterklasse über die Bauern und die Mittelschichten. Die Arbeiterklasse muß so Vorkämpferin werden und unter Vermeidung des Bürgerkriegs die Voraussetzungen für den

Übergang zum Sozialismus schaffen. Denn die Oktoberrevolution und der Blick auf die Verhältnisse in Mitteleuropa lehren die Gefahr der Vonselbständigung von gewaltsamen Formen des Kampfes gegen die Kämpfenden selbst. Linz akzeptierte die proletarische Diktatur nur für den Fall, daß die Bourgeoisie ihre militärische oder faschistische Diktatur errichte oder den demokratischen Übergang zum Sozialismus mit Gewalt sabotiere.

Grundsätzlich wurden die Kontroversen in der Debatte über »Otto Bauers Auseinandersetzungen mit der Oktoberrevolution und dem sowjetischen Weg«. Ulrich Schöler (Bonn) gab zunächst einen Überblick über die Auseinandersetzungen Otto Bauers mit der SU, die sich kaum auf eine einheitliche Linie bringen ließen. Zu den Stärken der Analysen gehöre, daß er die Fraktionskämpfe nach Lenins Tod nicht moralisch beurteilt, sondern sie gegen ein Verständnis als »reine Cliquenkämpfe« einer konkreten Analyse der Klassengegensätze (allerdings nicht frei von Ableitungsdenken) unterzieht. Zu den analytischen Stärken zählt sicherlich auch das Begreifen der SU als Übergangsgesellschaft, in der die »Elemente des Sozialismus«, nicht aber der Sozialismus selbst verwirklicht seien. Zu kritisieren sei, daß Bauer zwar nicht abstrakt »Demokratisierungen« fordert, sondern nach den historischen Möglichkeiten fragt, aber keine Kriterien für die Notwendigkeit undemokratischer Zustände entwickelt. Zu schematisch schließe er von Veränderungen an der Basis auf »fällige« Veränderungen des Überbaus.

Daß Otto Bauer die Oktoberrevolution als historischen Fortschritt und als »Beginn einer neuen Epoche begriff, war der Startschuß für *Norbert Leser*, Autor eines Standardwerks zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung (vgl. Leser 1966): Er bezweifelte die historische Notwendigkeit der Oktoberrevolution durch einen Vergleich mit der Französischen: Diese habe auf wirkliche Probleme der ganzen Bevölkerung geantwortet und sei damit auch unabhängig von dem Handeln einzelner Personen gewesen. Bei der Oktoberrevolution handle es sich hingegen um die »Vergewaltigung« einer »geschichtlichen Situation« durch eine Minderheit, mithin um *Manipulation*. *Susanne Miller* vertrat eine differenziertere Position: Die Beendigung des Krieges sei für die Bevölkerung notwendig gewesen und diese ohne die Leitung der Bolschewiki nicht denkbar. Was danach passierte (Kollektivierung, Etablierung der Sowjetmacht, für Susanne Miller ein »mechanistischer Sozialismus«), ergebe sich nicht zwangsläufig aus der Oktoberrevolution.

Faschismusanalyse in der Perspektive wirksamer antifaschistischer Politik war und bleibt eines der wichtigsten Felder theoretischer Anstrengung. In beispielhafter begrifflicher Genauigkeit umriß *Peter Pelinka*, Redakteur der sozialdemokratischen Wiener »Arbeiterzeitung« (AZ) und führender Theoretiker der marxistischen Linken in der SPÖ, Bauers Faschismus-Auffassung, genauer: Die Artikulation keineswegs widerspruchsfreier Vorstellungen vom Faschismus in verschiedenen Situationen der Klassenkämpfe. 1923 untersucht Bauer den Faschismus angesichts des Sieges von Mussolini als Bonapartismus — wie später Thalheimer in Deutschland in Anlehnung an Karl Marx (Über den Staatsstreich Louis Bonapartes in Frankreich 1851, in: MEW, Bd. 8, 115ff.) als eine spezifische Form der Konterrevolution, in der die Bourgeoisie von der unmittelbaren Ausübung der politischen Macht zurücktritt, um ihre soziale Herrschaft als Produktionsmittelbesitzer zu sichern. Bauers Warnung vor der »antikapitalistischen Sehnsucht nach einem österreichischen Mussolini« (Rede auf dem Linzer Parteitag 1926) deutet die Umformulierung der Frage an; sie führt ihn in den 30er Jahren zu einem leistungsfähigeren, entwickelteren Verständnis des Faschismus als Bewegung (Faschisierungsprozeß): Wie konnte sich der Faschismus (vor allem in Deutschland) vor seiner Machteinsetzung eine Massenbasis unter Einschluß von Teilen der Arbeiterklasse schaffen?

Ist nun der Austromarxismus, oder besser das theoretische und politische Werk Otto Bauers, zu beurteilen als besonders gefährliche »Spielart des Revisionismus« (Philosophisches Wörterbuch 1975, 179), als in Teilen konstruktive Erneuerung marxistischer Theorie und Politik unter veränderten Bedingungen oder als der vierspurige Ausbau einer Sackgasse, die den Namen »Marxismus« trägt?

Zur Frage der theoretischen Leistung Otto Bauers diskutierten *Wolfgang Fritz Haug*, Argument-Herausgeber und Professor am Institut für Philosophie der FU Berlin, und *Horst Heimann*, Dozent an der Gustav-Heinemann-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Heimann formulierte die Frage: »Ist der Theorieansatz Otto Bauers für demokratische Sozialisten auch heute und künftig ein aktuelles Instrumentarium, um die Probleme unserer Gesellschaft zu erkennen und Lösungsstrategien *im Sinne des demokratischen Sozialismus* zu entwickeln?« (Hervorhebung d. Verf.) Die richtige und offene Frage nach der Brauchbarkeit der Theorie steht sogleich unter einem ungeklärten, weil mehrdeutigen politischen Vorbehalt (»demokratischer Sozialismus«). Aber auch die so eingeschränkte Frage glaubte Heimann erst durch die Entscheidung darüber beantworten zu können, ob Bauer dem *Paradigma* »Weiterentwicklung« oder »Revision des Marxismus« zugehöre. Unbekümmert ob der Erfordernis, das eigene Verständnis von »richtiger« Revision offenzulegen, ging Heimann zum klassifikatorischen Definieren seines Gegenstands über — auch hierin einer anderen Wissenschaftsauffassung als der Marxschen folgend. Bauer wurde so unter »Marxismus, Weiterentwicklung« rubriziert, wobei — wir ahnten es schon! — Marxismus jedem glühenden Bernsteinianer als Irrweg gilt. Dessen »Weiterentwicklung« gilt als Anerkennung der ursprünglichen Marxschen Positionen, und zwar auch dann, wenn die weiterentwickelten Positionen im Widerspruch zu den ursprünglich marxistischen stehen. Die überholten und revisionsbedürftigen theoretischen Auffassungen des Marxismus und mithin auch Bauers sind die orthodoxe Klassen-, Staats- und Revolutionstheorie sowie die Konzeption des *wissenschaftlichen* Sozialismus. Historisch wertvoll, aber: »Heute und künftig sind die theoretischen Inkonsequenzen des Austromarxismus nicht mehr tragbar.« (Heimann)

Haug stellte den Begriff des Paradigmas und die Unterscheidung von Revision und Weiterentwicklung im Marxismus in Frage. Marx selber habe in seinem Spätwerk frühere Theorien gerade auch dadurch weiterentwickelt und verwissenschaftlicht, daß er eigne Ansichten verwarf oder sich gegen Interpretationen seiner Arbeiten wandte (die teilweise noch heute das Marx-Verständnis von Nicht-Marxisten wie von manchen Marxisten bestimmen). Die Leistung, die den Marxisten Bauer auf der Höhe seiner Zeit zeige trotz seiner Nähe zum *kautskyanischen Ableitungsmarxismus*, sei seine *Haltung*, neue Situationen vorbehaltlos und rücksichtslos zu analysieren, seine Fähigkeiten zur Kritik (etwa der Spaltung der Arbeiterbewegung), die sich selber als Handelnden in einem Prozeß zu erkennen vermag. Das spezifische Marxistische in einem Projekt der Linken heute sei am ehesten mit dem Begriff der *Vergesellschaftung* zu umschreiben — das heißt eingreifen in die sozialen Zusammenhänge in der Perspektive zunehmender kollektiver Selbstbestimmung (was die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln als Initiative der Massen »von unten« einschließt). Das Konzept des wissenschaftlichen Sozialismus dürfe nicht wegen der Unterordnung der Wissenschaften unter die Politik der kommunistischen Partei in der SU seit Stalin preisgegeben werden. Offene theoretische Diskussion, wie sie auch die FES anstreben müsse, sei eine demokratische Sicherung gegen das Ideologische in der Politik.

In der abschließenden Diskussion zur »politischen Aktualität Otto Bauers« wurden die

unterschiedlichen Interessen an einer Bauerrezeption heute recht deutlich. *Thomas Meyer* (Mitglied der SPD-Grundwertekommission und »Epplerianer«) will mit den reformistischen« Bestandteilen im Werk Bauers den Reformismus erneuern. Dazu bedarf es allerdings der schon von der Marx-Rezeption in unserm Lande bekannten Zergliederung in einen *frühen* und *späten* Bauer. Aus dem disparaten Material Bauerscher Äußerungen in verschiedenen historischen Zusammenhängen wird dann ein »guter« und ein »schlechter« Bauer herausgefiltert. Zum »guten« gehört dann das Eintreten für »Selbstverwaltung des ganzen Volkes« 1919 und der Kritik des Staates als undemokratisch. Die spätere Erklärung der SU für sozialistisch trotz der bloßen Abschaffung des Privateigentums hält Meyer hingegen für »illusionistisch«. Die differenzierte Einschätzung der SU fällt damit allerdings durchs Raster: So will Meyer auch nicht in den Kopf, wie jemand bis 1934 für den Kampf mit dem dem Stimmzettel eintritt (das »reformistische« Element), aber angesichts des Sieges des Faschismus wieder zur »alten« Diktatur des Proletariats zurückkehrt. Meyer sieht die Hauptfronten heute, quer zum überholten Rechts-links-Schema auch bei Bauer, zwischen »Traditionalisten« (DKP und Gewerkschaften) und den linken und nichtlinken Alternativlern, die eine substantielle Korrektur des traditionellen Fortschrittskonzepts forderten. Ein »erneuerter Reformismus« müsse auf die neuen Fragen (Krise der industriellen Zivilisation/Grenzen des Wachstums/Technologische Entwicklungen/Grenzen des Sozialstaats/Atomare Bedrohung) antworten.

Detlev Albers versuchte aus den Stärken und Schwächen Otto Bauers die Anknüpfungspunkte für eine heutige sozialistische Strategie herauszuarbeiten: Im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus (der Demokratie und Diktatur des Proletariats für identisch erklärt) und Kautsky (für den die beiden sich ausschließen) begreift Bauer die Frage der Demokratie als eine Frage, die von den jeweiligen nationalen Verhältnissen abhängt. So gab es 1917/18 in Rußland keine Alternative zur Diktatur des Proletariats, aber immer wieder wird von Bauer deren Demokratisierung gefordert und die SU als »sozialistische Gesellschaft im Werden« begriffen. Im Westen hingegen könne für Bauer der »Stimmzettel zur politischen Waffe« werden. Bevor die Arbeiterbewegung jedoch im politischen Bereich die Hegemonie erreichen könne, müsse die »kulturelle Hegemonie« (Gramsci) erreicht werden, das heißt die »Durchorganisation des gesellschaftlichen Körpers für sozialdemokratische Ziele« (Bauer). Zu beerben sei Bauer ebenfalls in seiner Haltung zum Marxismus, den er als »unfertiges Instrument«, dessen Weiterentwicklung und Umformung für die jeweilige Situation unabdingbar sei, begriff. Marxismus müsse weiterentwickelt werden, um auf die Fragestellungen zu antworten, die für die Austromarxisten noch kein Problem waren, aber heute zentral geworden sind: Ökologie, 3. Welt, Frieden, Frauen.

Was lehrt uns das? Grundlegende Auffassungsunterschiede bestimmten viele Diskussionen der Tagung (Sozialismus-Begriff, Beurteilung der Oktoberrevolution und der Sowjetunion, Wege zur Gesellschaftsveränderung, Relevanz des austromarxistischen Erbes). Aber es kam nicht jene intolerante Aggressivität zum Vorschein, die noch vor wenigen Jahren den »Stamokap-Haß« bei den Jungsozialisten kennzeichnete und die Parteiführung 1977 zum Ausschluß des gewählten Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter verleitet. Beschleunigt durch die Erfordernisse sozialdemokratischer Opposition, entwickeln sich in der Partei vorsichtig und widersprüchlich, jederzeit umkehrbar, aber doch unübersehbar, Versuche zu wirklicher Diskussion unterschiedlicher Positionen in der SPD und zwischen verschiedenen Strömungen der Linken. Diese Ansätze — gerade auch in der FES — sind es wert, im Zuge der anhebenden Debatte um das neue Parteiprogramm vorangetrieben zu werden. Die Einladung von fünf sozialdemokratischen Marxisten bot eine faire

Chance, die nicht die letzte bleiben darf. Derartige Herausforderungen auch anzunehmen bedeutet, sich der Diskussion und der Kritik auszusetzen, heißt zu lernen, den eigenen marxistischen Standpunkt immer wieder zu überprüfen und zu präzisieren.

Die Tagung war unter drei Gesichtspunkten bemerkenswert; Berichte in der Neuen Gesellschaft, in Vorwärts und Argument sowie in den SPÖ-Blättern »Zukunft« und »Arbeiter-Zeitung« haben dies bereits teilweise hervorgehoben. Seit einiger Zeit schenkt die FES der sozialdemokratischen Theorien- und Ideengeschichte und Fragen der politischen Theorie größere Aufmerksamkeit. 1982 wurde Eduard Bernsteins an seinem 50. Todestag mit einer Tagung in Berlin gedacht, um mit ihm die Distanzierung der SPD vom Marxismus als Theorie politischen Handelns zu feiern. Zwei Jahre später organisierte die sozialdemokratische FES ein Seminar über einen führenden Austromarxisten: Otto Bauer (und nicht etwa über Karl Renner!). Eine lange vergessene, weil parteioffiziell in Österreich und in der Bundesrepublik nach 1945 totgeschwiegene marxistische Linie in der internationalen Sozialdemokratie findet das neu erwachte Interesse von Wissenschaftlern und Vertretern unterschiedlicher politischer Richtungen. 1985 wird der Argument-Verlag die Referate der Tagung in einem Sammelband der AS-Reihe veröffentlichen.

Die Teilnahme chinesischer Wissenschaftler schuf eine internationale Dimension besonderer Art: Mit Yin Xuyi saß ein Marxist aus der sogenannten Dritten Welt am Tisch. Ihre Teilnahme während der gesamten Dauer des Seminars mußte all jene überraschen, denen die noch frische Revision der Aburteilung des Austromarxismus durch den Maoismus unbekannt geblieben war.

Die Einladungen an Haug und Sandkühler signalisierten erfreuliche Diskussionsangebote. Thomas Meyer und Horst Heimann unterstrichen damit praktisch ihre Bereitschaft, die Auseinandersetzung um Grundfragen sozialdemokratischer Identität und linker Politik auch über die Parteigrenzen hinweg zu eröffnen. Das sollte beispielhaft werden für die Bearbeitung jener Probleme, die künftig die Programmdiskussion beherrschen werden. Wie anders als durch Erneuerung und sozialistische Veränderung kann die SPD wieder »organisierendes Zentrum« (Glotz) der Linken in der Bundesrepublik werden? Für die hier fälligen und sicher schwierigen Diskussionsprozesse sollte berücksichtigt werden, was Otto Bauer angesichts der Spaltung der Arbeiterbewegung sagte und woran W.F. Haug erinnerte: Wir müssen die wechselseitigen Bornierungen überwinden.

Literatur zum Austromarxismus (Auswahl)

- Abendroth, Wolfgang, 1980: Renaissance des »klassischen« Austromarxismus. In: *spw* 8, 3.Jg., Berlin/W., S.97-105
- ders., 1982: Die Bedeutung von Otto Bauer und Antonio Gramsci für die Diskussion der Eurolinken. In: Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken, hrsg. von Albers/Cap/Chèvènement/Ingrao. Berlin/W. S.25-33
- Albers, Detlev, 1979: Otto Bauer und das Konzept des »integralen Sozialismus«. In: Eurokommunismus und Theorie der Politik, Argument-Sonderband (AS) 44, Berlin/W., S. 83-102
- ders., 1983: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Zur politischen Theorie des Marxismus, Berlin/W.
- Bauer, Otto, 1923 a: Die österreichische Revolution. In: Werkausgabe (WA), Bd.2
- ders., 1923 b: Marx als Mahnung. Wiederabgedruckt in: *spw* 17, 5.Jg., 369ff.
- ders., 1926: Das neue Parteiprogramm. Rede auf dem Linzer Parteitag der SDAP, in: WA, Bd.5, Wien
- ders., 1934: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. In: WA, Bd.3, Wien, 957-998
- ders., 1936: Zwischen zwei Weltkriegen? In: WA, Bd.4, Wien.

- Butterwegge, Christoph, 1984: Otto Bauer — ja bitte! Aber welcher? In diesem Heft
- Frei, Alfred G., 1984: Rotes Wien. Austromarxismus und Arbeiterkultur. Berlin/West, hier besonders Kap.3 (35-48)
- Frei, Bruno, 1980: Otto Bauer und der Eurokommunismus. In: Das Argument 119, 22.Jg., Berlin/W., 88-92
- Gransow, Volker, und Michael Krätke, 1979: Thesen zur politischen Theorie im Austromarxismus, in: Eurokommunismus und Theorie der Politik, Argument-Sonderband (AS) 44, Berlin/W., S.103-121.
- Leser, Norbert, 1968: Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien, Frankfurt/M., Zürich (hier besonders Kapitel 2 im ersten Teil, S.105-160)
- Linzer Programm der SDAP, 1926: wiederabgedruckt in: Bauer, Otto, WA, Bd.3, Wien, S.1017ff.
- Philosophisches Wörterbuch, 1975: Stichwort »Austromarxismus«, Bd.1, Leipzig, S.179-180
- Sandkühler, Hans-Jörg, 1970: Einleitung zu: Austromarxismus. Texte zu »Ideologie und Klassenkampf« von Bauer, Adler u.a., Wien, S.6-47
- Schöler, Ulrich, 1984: »Otto Bauer — nein danke?«. Historische Bezüge für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten, in: *spw* 23, 7.Jg., S.153-166

Andreas Wehr

Erste Sommerschule der Zeitschrift *spw* vom 29. Juli bis zum 4. August 1984 in Bonn

In der Einladung hieß es, »Ziel der Sommerschule ist es, nicht eine herkömmliche Einführung in die *Herforder Thesen* zu bieten; die Diskussion soll vielmehr bewußt auf grundlegende Fragen unserer Gruppierung konzentriert werden. Ohne den Zwang, Beschlüsse fassen zu müssen, und ohne Rücksicht auf sonst übliche Tagesordnungen sollen gemeinsam Lösungsmöglichkeiten gesucht werden.« Damit war zugleich der Rahmen der ersten Sommerschule abgesteckt. Beabsichtigt war nicht, eine »Selbstverständnisdiskussion« zu ersetzen oder — wie von einigen fälschlicherweise vermutet — eine Arena zur Austragung von theoretischen Streitfragen zu bieten. Gelernt werden sollte auch und gerade durch Einblicke in die »Werkstätten der Diskussion« grundlegender Fragen. Ein nicht geringes Unterfangen, mit dem hier Diskussionsprozesse der Zeitschrift *spw* nach außen transparent gemacht werden sollten.

Anders als in Grunds Schulungen konnte denn auch kein festes Konzept mit genauen Lernzielen angeboten werden. Unterschiedlichste Themenstellungen — Ökonomie, Frauenbewegung, Traditionslinien der marxistischen Sozialdemokraten, Parteianalyse — folgten oft hart aufeinander. In jedem dieser Abschnitte standen aktuelle Fragen im Vordergrund: Im Bereich der Ökonomie der Ausgang des Kampfes um die 35-Stunden-Woche, die Entwicklung der *Hannoveraner Leitsätze* und die neuen Elemente in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, im Abschnitt Frauenbewegung die gerade in der gegenwärtigen Juso-Arbeit wichtige Auseinandersetzung über die Autonomie der Frauen in sozialistischen Organisationen. Unsere Stellung zum Essener Parteitagbeschuß und zur stattfindenden »Konventionalisierungsdebatte« wurde im Abschnitt Friedensbewegung behandelt. In die

aktuellen Diskussionen innerhalb der Juso-Linken führten die Ausführungen zu den Traditionslinien marxistischer Sozialdemokraten — hier der Stellenwert der Renaissance des Austromarxismus — und zur Veränderbarkeit der Sozialdemokratie — hier das Verhältnis von Reformismus und Integrationismus in der SPD.

Gerade bei den beiden letzten Themen reduzierte sich die Debatte leider oft auf anwesende Referenten und einige Juso-Veteranen. Die übrigen Teilnehmer sahen sich dementsprechend mitunter in die Rolle eines bloßen Zuschauers gedrängt. Überhaupt litt die erste Sommerschule an einer weitgehend fehlenden didaktischen Durcharbeitung. Das eingefahrene Schema Referat/Diskussion wurde selten verlassen, alternative Lernformen nur sporadisch angewandt. Das durchgeführte Rollenspiel im Abschnitt Frauenbewegung bildete eine rühmliche Ausnahme. Kritisiert wurde von den Teilnehmern auch die teilweise unzureichende Vorbereitung der Referenten, fehlende Texte und Materialien zu den Referaten erschwerten eine aktive Mitarbeit. Bei dieser Kritik wurde aber keineswegs übersehen, daß es den Referenten oftmals nur unter erheblichen Opfern an Zeit und auch an Geld möglich war, für diese Sommerschule zuzusagen. Insgesamt gesehen, kann denn auch die Besetzung der Referate als außergewöhnlich gut angesehen werden. Es referierten im Bereich Ökonomie Rainer Christ, Klaus-Peter Kisker, Paul Oehlke und Arno Brandt, im Frauenbereich Katharina Gröning und zum Abschnitt Frieden Wolfgang Zellner. Für die Diskussion über die Traditionslinien marxistischer Sozialdemokraten und über die Parteianalyse standen Detlev Albers bzw. Kurt Neumann zur Verfügung.

Angesichts dieses Angebots muß die Beteiligung an der Sommerschule als dürftig angesehen werden. Insbesondere die Stammbezirke der Juso-Linken waren schlecht vertreten. Sicherlich trug auch die Einladungspraxis daran eine gewisse Mitschuld, verließ man sich doch viel zu lange auf die Ansprache lediglich von Juso-Bezirksvorstandsmitgliedern. Zukünftig sollte die Einladung rechtzeitig über die Zeitschriften von Beginn an einem sehr großen Kreis bekanntgemacht werden. Es muß auch noch einmal darüber nachgedacht werden, ob die Ferienzeit wirklich so gut für die Durchführung einer einwöchigen Sommerschule geeignet ist.

Trotz aller organisatorischen Mängel bleibt festzuhalten, daß die Konzeption der Sommerschule von allen Teilnehmern durchweg positiv bewertet wurde. Die Behandlung unterschiedlichster Themen unter Einbeziehung aktueller Fragestellungen wurde als richtig angesehen. Grund genug demnach, der ersten Sommerschule im nächsten Jahr eine zweite folgen zu lassen.

Antonio Gramsci — Rosa Luxemburg: Gesellschaft, Kultur und Politik im Vergleich zweier Theorien

**Internationales wissenschaftliches Symposium
an der Universität Hamburg vom 3. bis 5. September 1985**

Veranstalter dieser Tagung ist der zuständige Arbeitskreis der »Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft« (DVPW). Diese Fachtagung mit Experten aus unterschiedlichen Ländern wird in Zusammenarbeit mit dem Istituto Gramsci (Rom) und der Fondazione Basso (Rom) vorbereitet. Ein international zusammengesetzter wissenschaftlicher Beirat ist ebenfalls an den Vorbereitungen beteiligt. Im Mittelpunkt dieses Gramsci/Luxemburg-

Symposiums stehen die politischen Theorien zweier Autoren, die konvergierende, aber auch divergierende Perspektiven in Theorie und Praxis entwickelt haben. Der Begriff »politische Theorie« ist dabei nicht im engeren Sinne gefaßt; er schließt lebensweltliche, kulturelle und ökonomische Komponenten ein.

Eine breitere wissenschaftliche Auseinandersetzung über die politischen Theorien von Antonio Gramsci und Rosa Luxemburg hat in der Bundesrepublik bisher nicht stattgefunden, obgleich zumindest die ideengeschichtliche Aktualität des Themas inzwischen unbestreitbar ist. Überlegungen zu einem Vergleich beider Linksklassiker des politischen Denkens stellte schon *Peter Weiss* an, der stichwortartig notierte: »Linie Gramsci — Luxemburg — Voraussetzung: Aufklärung historischer Fehler — die lebendige kritische Wissenschaft, Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen«.

Eine der Fragen des Hamburger Symposiums ist: Kann eine Synthese der wesentlichen Komponenten des politiktheoretischen Denkens von Gramsci und Luxemburg als Ausgangspunkt für einen neuen Weg zum Sozialismus begriffen werden? Oder: Gibt es kaum noch geistige und politische Bezüge der Gegenwart zu diesen beiden Theoretikern der europäischen Arbeiterbewegung? Die Tagung verfolgt also ein doppeltes Ziel: Sie soll einen Überblick zur internationalen Gramsci-Luxemburg-Forschung geben und darüber hinaus Möglichkeiten des wissenschaftlichen Gedankenaustauschs zur Geschichte und Aktualität sozialistischer Theorien bieten. Um diese Zielsetzungen zu gewährleisten, ist an folgenden Ablauf des Symposiums gedacht:

- *rechtzeitige Vorlage der schriftlichen Beiträge*, die allen Konferenzteilnehmern zugeschickt wird,
- *eine knappe mündliche Zusammenfassung der Thesen* durch die Hauptreferenten bei Sitzungsbeginn,
- *vorherige Ankündigung von Statements*,
- *rechtzeitige Überarbeitung der schriftlichen Beiträge* für die spätere Publikation.

Kontaktadresse

Ulrich Schreiber / Peter Südhoff, Klosterallee 49, 2000 Hamburg 13, Telefon: 040/420 27 81
Konto: Postgiroamt Hamburg 306600-203

Statt eines Leserbriefs

Kurt Neumann und Andreas Wehr

Gegen überflüssige Sperren

Kurze Replik auf Fiete Saß in *spw* 23

Die Diskussion über die verschiedenen politischen Konzeptionen, Strömungen und Flügel in der Sozialdemokratie wird weitergehen. Insbesondere in der bevorstehenden Programmdiskussion¹ werden Marxisten Gelegenheit finden, die Angemessenheit ihrer politiktheoretischen Begrifflichkeit zu überprüfen. Das gilt auch für den Begriff des Reformismus. Weiterführende Diskussionen können aber durch Sperren behindert werden, die nicht durch die Sache geboten sind, sondern auf Mißverständnissen beruhen. Solche Sperren sehen wir in der Erwiderung von Fiete Saß² auf unseren Aufsatz zum »Reformismus«.³ Da wir ihre Entstehung veranlaßt haben, wollen wir helfen, sie so schnell wie möglich beiseite zu räumen.

1. Fiete Saß ist empört über unsere Formulierung, daß der SHB mit »von Lenin geborgter Autorität« Feststellungen getroffen habe, und zieht daraus »Rückschlüsse« auf (unser) Intentionen.⁴ Hier liegt ein Mißverständnis: Wir kritisieren nicht, daß der SHB sich auf Lenin bezieht, sondern wie er es tut: »Trade-unionistisches Bewußtsein ... beinhaltet die Einsicht in die Notwendigkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren und den Kampf gegen die Unternehmer zu führen sowie auf politischer Ebene einzelne Verbesserungen zu erkämpfen.«⁵ Bei der Lektüre erinnerten wir uns Lenins: »Trade-Unionistisches Bewußtsein ..., d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen.«⁶ Wir wollten zum einen kritisieren, daß Lenin »verwertet« wurde, ohne ihn der Erwähnung wert zu befinden. Zum anderen aber wollten wir zeigen, daß gerade Lenin nicht nur von »trade-unionistischem Bewußtsein«, sondern auch von »trade-unionistischer Politik«⁷ schreibt — wie übrigens auch von »sozialdemokratischem Bewußtsein«⁸ und »sozialdemokratischer Politik«⁹, womit er Klassenbewußtsein und klassenbewußte Politik meint. Mit dem SHB sind wir der Meinung, daß stärker differenziert werden muß zwischen Formen des Bewußtseins und politischen Konzeptionen, als das bei Lenin zum Ausdruck kommt. Das kann aber nur wirklich diskutiert werden, wenn ausdrücklich auf ihn Bezug genommen wird. Dieses deutlicher zu machen, war unsere »Intention«. Andere Rückschlüsse abstrahieren zu Unrecht von unserer Ein- und Wertschätzung des SHB als »Bestandteil der sozialdemokratischen Bewegung.«¹⁰

2. Uns geht es vorgängig um den Unterschied von klassenbewußter Politik und »anderen« politischen Konzeptionen in der Arbeiterbewegung. Hier haben wir nun Fragen an Fiete Saß: Unterscheidet sich reformistische von klassenbewußter Politik nur durch unterschiedliche Methoden? Streben »die Reformisten« wirklich das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft an — nur mit untauglichen Mitteln? Wer ist denn überhaupt Reformist in der SPD?¹¹ — Da halten wir selbst es lieber mit Lenin, der den Reformismus vom unterschiedlichen Ziel her definiert: »Der Reformismus besteht überhaupt darin, daß man sich darauf beschränkt, für Veränderungen zu agitieren, die nicht die Beseitigung der Hauptgrundlagen der alten, der herrschenden Klasse erfordern — Änderungen, die mit der Er-

haltung dieser Grundlagen vereinbar sind.«¹² — Das Entscheidende sind nicht Unterschiede im Weg, sondern im Ziel: Klassenbewußte Politik orientiert auf den Bruch mit der kapitalistischen Gesellschaftsformation und ihre Ersetzung durch den Sozialismus; reformistische Politik beschränkt sich auf Veränderungen im Kapitalismus.¹³

3. Fiete Saß bemängelt, wir wollten die »Widersprüchlichkeit des Reformismusbegriffs« »überspielen«. ¹⁴ Uns geht es nicht um widerspruchsfreie Begrifflichkeit, sondern darum, die Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Realität, auch die des Reformismus, auf den Begriff zu bringen. Und wer wollte die reale Widersprüchlichkeit des Reformismus leugnen? »Solche (reformistischen) Ansätze bewegen sich von partiell integrationistischen bis hin zu teilweise marxistischen Inhalten. Hinzu kommt, daß bestimmte reformistische Positionen integrativen Charakter haben.«¹⁵ Was bleibt in der Realität von der abstrakten Entgegensetzung von »Reformismus« und »Integrationismus«? — Wir halten an unserem Vorschlag fest, im Rahmen eines weit gefaßten Reformismusbegriffs die gegensätzlichen, konkret höchst unterschiedlich gewichteten Momente reformistischer Politik begrifflich als »integrative« und »anti-kapitalistische« zu erfassen. Dabei sehen wir die Möglichkeit von Übergängen: Von stark integrationistisch geprägten hin zu offen pro-kapitalistischen.

4. Wichtiger als die Begriffe ist die Realität — hier die Realität, daß die gesellschaftlichen Widersprüche objektiv auf den Übergang zum Sozialismus drängen, daß aber auf der subjektiven Seite klassenbewußte Positionen in der Arbeiterklasse der BRD nur in Ansätzen vorhanden sind. Dieses zu erklären und theoretische Voraussetzungen schaffen für die Weiterentwicklung und letztendliche mehrheitliche Überwindung der Vorstellungen, die wir als reformistische bezeichnen, ist das Ziel unserer Bemühungen — der mit Fiete Saß und anderen gemeinsamen Bemühungen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu Albers, Neumann, in diesem Heft
- 2 *spw* 23, S. 149
- 3 *spw* 22, S.64.
- 4 S.149.
- 5 Diskussionsbeitrag zu den Herforder Thesen, Beschluß der 22. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des SHB, S.145.
- 6 Lenin: Was tun? Werke (LW) Bd.5, S.386 = Ausgewählte Werke (LAW) Bd.I, S.166.
- 7 LW 5, S.409 = LAW I, S.188.
- 8 LW 5, S.385 = LAW I, S.166.
- 9 Vgl. 7.
- 10 *spw* 22, S.65.
- 11 Vgl. etwa Eppler, Ende oder Wende? S.150: »Was hier vorgeschlagen wird, bedarf keiner Verfassungsänderung. Es läßt sich, wenn man will, innerhalb dessen verwirklichen, was man unser 'System' zu nennen pflegt.«
- 12 Lenin, Strittige Fragen, LW 19, S.157.
- 13 Ähnlich wie der SHB von Oertzen (vgl. zuletzt: Für einen neuen Reformismus, S.27: »Der Reformismus ist jene Form der sozialistischen Bewegung, die das Ziel auf dem Wege demokratischer, gesetzlicher (legaler), friedlicher und schrittweiser Veränderung der Gesellschaft zu erreichen versucht.« (Dagegen schon Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke I/1, S.428: »Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg *anstatt* und *im Gegensatz* zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein *anderes* Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderung in der alten.« (Hervorhebung im Original)
- 14 *spw* 23, S.150.
- 15 Hofschens, Ott, Rupp: SPD im Widerspruch, S.162.

Besprechungen

Mielke, Siegfried (Hrsg.): Internationales Gewerkschaftshandbuch. Opladen 1983 (1263 Seiten, br., 24,80)

Seit Ludwig Heyde in den Jahren 1931/32 das als Standardwerk geltende »internationale Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens« herausgegeben hat, sind mehr als vierzig Jahre vergangen, in denen keine entsprechende und gleichwertige Aufarbeitung internationaler Gewerkschaftsentwicklung stattgefunden hat. Eine erstaunliche Tatsache, bedenkt man, daß gerade diese Zeit unter dem Druck kapitalistischer Konkurrenz im Zeichen stark wachsender Internationalisierung von Produktion und Handel stand — mit entsprechendem Anstieg der Proletarisierung weiter Teile der Weltbevölkerung. Es ist daher sowohl gewerkschaftspolitisch wie wissenschaftlich sehr verdienstvoll, wenn Siegfried Mielke mit dem von ihm herausgegebenen internationalen Gewerkschaftshandbuch den Versuch macht, auf knapp 1 300 Seiten einen umfassenden Überblick über die jüngste Gewerkschaftsentwicklung rund um den Globus zu geben. In den Länderstudien von Ägypten bis Zypern finden sich neben Frankreich, Großbritannien, USA, Japan usw. sogar Artikel zu den Gewerkschaftsbewegungen in südpazifischen »Ferienparadiesen« wie Kiribati, Vanuatu und Tuvalu.

Das Autorenverzeichnis zu diesem Sammelband umfaßt etwa 130 Mitarbeiter — zu meist Landes- und Gewerkschaftsspezialisten, die für rund 200 Beiträge verantwortlich sind. In seinem Aufbau ist das Handbuch an der vorherrschenden nationalstaatlichen Einbindung und Prägung der Gewerkschaften durch Länderstudien orientiert. Diese Struktur wird sehr informativ ergänzt durch »Überblicksartikel«, die die Gewerkschaftsentwicklungen in regionalen, politisch-ökonomischen bzw. kulturellen Großräumen analysieren und beschreiben. Thematisiert werden hier die Gewerkschaftsbewegungen in »kapitalistischen Industriestaaten«, »staatssozialistischen Ländern Osteuropas«, »den sozialistischen Ländern Asiens«, dem »nichtkommunistischen Asien« sowie Afrika, Lateinamerika, Asien und Nahost. Außerdem werden die Länderstudien durch Aufsätze zu den internationalen Gewerkschaftszusammenschlüssen ergänzt.

Um das Handbuch auch für vergleichende Betrachtungen nutzbar zu machen, wurden den Autoren der Länderartikel ein Grundschema an die Hand gegeben: Einer knappen Skizze der historischen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und der Gewerkschaftsgeschichte folgt die Darstellung der Struktur, Ideologie, Programmatik und Funktion der Gewerkschaften. Das Verhältnis der Organisation zu Betriebsvertretungen, die Beziehungen zu Parteien und Staat sowie gegenwärtige Tätigkeitsschwerpunkte sind weitere Gliederungspunkte. Ein Verzeichnis der wichtigsten deutsch- und landessprachlichen Fachliteratur sowie die Anschriften der wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen sollen gezielte Weiterarbeit und Materialbeschaffung ermöglichen.

Es ist nicht zu erwarten, daß in allen Länderbeiträgen dieses Schema Punkt für Punkt eingehalten wird — nicht zuletzt deshalb, weil es an dem Vorhandensein von entwickelten Gewerkschaftsorganisationen, zum Beispiel in Westeuropa, orientiert ist. Bei einigen Stichproben entdeckt man sowohl informierte wie informationsreiche Beiträge. Einige Arbeiten zeichnen sich sogar durch eine Qualität aus, die im Niveau über dem liegen, was allgemein von Handbüchern zu erwarten ist. In dem Kanada-Artikel von R.O. Schultze wird sehr differenziert auf dem heterogenen sozialen Hintergrund des sehr ausgeprägten Regionalismus und Föderalismus von Staat und Gesellschaft in Kanada sowie des Einflusses der USA der schwierige Entwicklungsprozeß der Gewerkschaften nachgezeichnet und

analysiert. Dabei arbeitet der Verfasser zum Beispiel die Bedeutung der Gewerkschaften der USA für den Wandel der kanadischen Organisationen von Anlehnung und Dominierung durch AFL-Gewerkschaften bis zur zunehmenden Abgrenzung und Politisierung in den letzten Jahren heraus. In ähnlich kompetenter Weise verdeutlicht der USA-Artikel von P. Lösche, weshalb die amerikanische Gewerkschaftsbewegung eine in Organisation, Zielsetzung, Aufgaben und Stellung im politisch-sozialen System gegenüber europäischen Gewerkschaften erheblich andere Entwicklung genommen hat.

Selbstverständlich gibt es auch Gegenbeispiele, wie den Australien-Artikel von G. Doeker. Zwar wird eine gute Skizze der rechtlichen Dimension der industrial relations gegeben, Probleme wie die Beziehung zwischen Organisations- und Betriebsebene oder programmatische Entwicklungen werden jedoch nur gestreift.

Hingewiesen werden soll noch auf die durchweg interessanten Überblicksartikel. Der Beitrag von K. v. Beyme zu den kapitalistischen Industriestaaten ist eine gelungene und aktualisierte Zusammenfassung seines Buches »Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern«. Der Artikel von P. Waldmann über Lateinamerika zum Beispiel kann als grundlegende Einführung in die Geschichte, Struktur und Problematik der Gewerkschaftsbewegung dieser Region gelten.

Um abschließend ein Resümee zu ziehen: Dieses in der vorliegenden Form einzigartige Handbuch kann als in der Regel gut, sachverständlich und zuverlässig informierendes Nachschlagewerk empfohlen werden. Neben griffigen Informationen bietet es genügend Material für wissenschaftliche Weiterarbeit und politische Information.

Dieter Scholz (Berlin/W.)

Heidenreich, Frank: Arbeiterbildung und Kulturpolitik. Kontroversen in der sozialdemokratischen Zeitschrift »Kulturwille« 1924-1933. Mit einem Vorwort von Walter Fabian. Argument-Verlag (SH 58), Berlin/West 1983 (140 Seiten, 19 Abb., br., 9,80 DM)

Mit Recht charakterisiert einer der letzten noch lebenden Mitarbeiter der Zeitschrift des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts »Kulturwille«, Walter Fabian, die vorliegende Arbeit als einen »wichtigen Beitrag zur Analyse und Darstellung der Probleme der Arbeiterbildung«, die »unsere Kenntnisse über ein bisher arg vernachlässigtes Gebiet der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wesentlich erweitert«. In der Tat gelingt es Heidenreich, durch eine enge Anlehnung an die wichtigsten Themen der neun Jahre monatlich in Leipzig erscheinenden Zeitschrift *Kulturwille* wesentliche Etappen der sozialdemokratischen Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik nachzuzeichnen. Da der *Kulturwille* von 1924 bis 1933 das gesamte Feld von Kunst und Kultur aufgreift und auch wichtige Aspekte des Alltagslebens zum Gegenstand zahlreicher Beiträge macht, sah Heidenreich sich gezwungen, sich auf kulturpolitisch relevante Fragestellungen zu beschränken. In diesem Zusammenhang wäre es zweifelsohne der Arbeit zugute gekommen, wenn die Auswahlkriterien für die Schwerpunkte der Arbeit im Einleitungskapitel genauer begründet worden wären. Das hätte zugleich die Einbindung der spezifischen Thematik in allgemeinere Zusammenhänge erleichtert und jene systematisch entwickelten Fragestellungen und Begründungszusammenhänge konkretisiert, die relativ knapp im Schlußteil durch zusammenfassende Thesen zur sozialdemokratischen Kulturarbeit präsentiert werden.

Heidenreich konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte: 1. Eine Darstellung des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts (ABI), also jener Institution, die den »Kulturwillen« als ihr Organ gründete (Kapitel 2); 2. Darstellung der Konzeption und Organisationsfragen der sozialistischen Kulturbewegung (Kapitel 3); 3. Darstellung von zwei »Extremen«

sozialdemokratischer Kulturarbeit, Bildung und Erziehung sowie Film und Rundfunk. Dabei gelingt es Heidenreich besonders im Kapitel 4, die verschiedenen Formen der Arbeiterbildung sozialdemokratischer Provenienz knapp und präzise darzustellen. Welche Schwierigkeiten schon in der Weimarer Republik für die Sozialdemokratie bestanden, sich mit den »neuen Medien« auseinanderzusetzen, konkretisiert das Kapitel 5 der Arbeit. Wie sehr die politischen Veränderungsprozesse in den Krisenjahren der Weimarer Republik auch den *Kulturwillen* radikalisieren mußten und wie weit auch innerparteiliche Streitfragen und das Faschismus-Verständnis die Arbeiterkulturbewegung beherrschten, wird im 6. Teil der Arbeit aufgegriffen.

Hier zeigt sich zugleich eine Grenze jener Darstellungsform, die wichtige kulturelle und politische Zusammenhänge im Spiegel von ausschließlich einer — wenn auch wichtigen — Zeitschrift thematisiert. Gerade die Politisierung des *Kulturwillen* nach 1928 wird in ihren Stärken und Grenzen dann noch sichtbarer, wenn man auf vergleichbare Zeitschriften sozialdemokratischer Provenienz zurückgreift, in denen zum gleichen Zeitpunkt die gleichen Autoren schreiben. Wir meinen dabei nicht nur die gelegentlich zitierte *Sozialistische Bildung*, sondern auch zum Beispiel das *Freie Wort*, jenes sozialdemokratische Diskussionsorgan, in dem sich nach 1930 die Auseinandersetzung über unterschiedliche Konzeptionen der Bildungsarbeit mehren und die Zweckbildung für den politischen Kampf thematisiert wird (vgl. zum Beispiel die Auseinandersetzung von Weimann, Stein u.a. mit Franz Grosse). Daß man die innerparteilichen Streitfragen im Spiegel des *Kulturwillen* nach 1930 nur verstehen kann, wenn man zugleich die Auseinandersetzungen um die »Klassenkampf-Gruppe« mit einbezieht, erscheint schon wegen der personalpolitischen Identität vonnöten. Daß die Vertreter dieser Zeitschrift, die 1931 zur SAP gehen, nur in Ausnahmefällen Gelegenheit erhalten, im *Kulturwillen* ihre Auffassungen zu publizieren, erklärt zugleich, warum gelegentlich der Eindruck relativer Naivität und mangelhafter politischer Stringenz angesichts der faschistischen Gefahr in manchen Beiträgen des *Kulturwillens* nicht zu übersehen ist. Diesen Eindruck vermögen auch jene prominenten Linken nicht zu verdrängen, die in der Sozialdemokratie bleiben und deshalb auch ihre Bildungsarbeit fortsetzen können, wie zum Beispiel Otto Jenssen aus Tinz oder Engelbert Graf aus Dürrenberg, den Heidenreich fälschlicherweise der SAP zurechnet, weil ihm der Parteivorstand die Herausgabe der »Jungsozialistischen Blätter« entzieht. Zu welchen Unterschätzungen der faschistischen Gefahr gerade diese Vertreter neigen konnten und zu welchen Anpassungsprozessen auch nach 1933 sie fähig waren, bleibt auch nach der Arbeit von Heidenreich ein nicht thematisiertes, unaufgearbeitetes Kapitel. Behutsam wird wohl in der These 10 zum Abschluß der Arbeit auf diese Problematik hingewiesen und auf Seite 123 angedeutet, wie die Redaktion des *Kulturwillen* dem drohenden Verbot durch politische Selbstbeschränkung glaubte entgehen zu können: »Das Heft schloß mit dem Aufruf, bei den Reichstagswahlen am 5. März SPD zu wählen. Naiv war der Glaube der Schriftleitung, eine sozialdemokratische Zeitschrift wie der *Kulturwille* könne im 'Tausendjährigen Reich' fortbestehen — vielleicht gar ohne völligen Verzicht auf Kritik an den 'Taten des Nationalismus'. Wegen Verbots stellte der *Kulturwille* mit dem März-Heft 1933 sein Erscheinen ein.« Daß die sozialdemokratische Kulturbewegung bereits vor diesem Verbot weitgehend aufgelöst war und nach der Lähmung und Zerschlagung durch den Hitler-Faschismus systematisch zerstört und nach 1945 nicht wieder hergestellt wurde, mag möglicherweise auch erklären, weshalb die deutsche Arbeiterbewegung nicht nur als politisch operierender Faktor, sondern auch als »Gegenkultur« dem aufkommenden Faschismus gegenüber auf das Ganze gesehen — trotz des mutigen Widerstands einzelner und vieler Gruppen —

Gruppen — ohnmächtig blieb, und deshalb im Unterschied zu vielen anderen westeuropäischen Gesellschaften auch nach 1945 keine spezifische Kultur der Arbeiterbewegung mehr aufweisen konnte (oder wollte?).

Halten wir abschließend noch einmal fest: Heidenreich hat eine interessante problemorientierte und materialreiche Studie vorgelegt, die die Untersuchungsergebnisse von van der Will und Burns zur sozialdemokratischen Arbeiterkulturbewegung sinnvoll ergänzt und fortsetzt. Mit den *Monatsblättern für Kultur der Arbeiterschaft*, mit dem *Kulturwille*, lernen wir das erste Mal in einer Monographie Stärken und Grenzen einer sozialdemokratischen Kulturtheorie kennen, die zunächst Kultur und Politik im Freistaat Sachsen bestimmen sollte und darüber hinaus in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle im Rahmen der Kulturpolitik der Weimarer Republik wahrnahm. Jörg Wollenberg (Bremen)

Frei, Alfred Georg: Rotes Wien — Austromarxismus und Arbeiterkultur. Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919-1934. dvk-Verlag, Berlin/W. 1984 (179 Seiten, 14 Abb., br., 12,80 DM)

Das Interesse, das die österreichische Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit in der Eulinken findet, beruht nicht allein auf den Impulsen, die aus den Werken eines Max Adler oder Otto Bauer für die Suche nach einem »Dritten Weg« abgeleitet werden, sondern zu einem Gutteil auch auf den Leistungen des *Roten Wien*, der ersten sozialdemokratisch regierten Millionenstadt der Welt. A.G. Frei skizziert diese Politik der »ersten wahrhaftigen Arbeiterregierung der Welt« (Karl Kautsky) und beleuchtet speziell die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien. Nach einer in ihrer Kürze das Wesentliche aussagenden Darstellung der Grundzüge der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und der Grundlinien der politischen Theorie Otto Bauers liefert er umfangreiches Material zu Situation und Politik der Wiener Sozialdemokratie nach 1918.

Die christlichsoziale Gemeindeverwaltung hatte vor dem Ersten Weltkrieg teilweise Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit der Sozialdemokratie in den Jahren nach 1919 geschaffen (etwa, was die Kommunalisierung der Gas- und E-Werke sowie der Verkehrsbetriebe betrifft), zum anderen aber riesige Probleme (z.B. auf dem Wohnungssektor) nicht einmal ansatzweise gelöst. Die Bedingungen, unter denen der erste sozialdemokratische Bürgermeister Jakob Reumann nach dem Sieg in den ersten Gemeinderatswahlen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht 1919 sein Amt antrat, waren denkbar ungünstig. Zu dem schon vor dem Krieg vorhandenen riesigen sozialen Schwierigkeiten kamen die Hinterlassenschaft eines verlorenen Weltkrieges und die Situation der Metropole einer Mächtegarn-Großmacht, der plötzlich das Hinterland verlorengegangen war. Den einzigen Lichtblick bildete die in dieser Phase ausgeprägte politische Stärke der Sozialdemokratie. Die SDAP nutzte diese zwar nicht, um die durchaus mögliche sozialistische Revolution durchzuführen — dies wurde mit dem Hinweis auf die Bedrohung durch die Entente und die isolierte Stellung Wiens gegenüber den Bundesländern abgelehnt, sogar verhindert —, aber man rang wenigstens im Rahmen des Systems dem bürgerlichen Gegner (wenn auch nur für beschränkte Zeit) einige Konzessionen ab, die auch — etwa die Position der Stadt Wien als eigenes Bundesland — für die Politik des *Roten Wien* von Bedeutung werden sollten.

In dieser Lage begann die Wiener Sozialdemokratie mit ihrem Veränderungswerk, das neben dem zentralen Feld Wohnungsbau (zwischen 1919 und 1933 wurden in der rund 1,5 Mill. Einwohner zählenden Stadt über 60000 Gemeindewohnungen fertiggestellt) umfangreiche sozial- und kulturpolitische Anerkennung in der ganzen Welt fand. Die sozial-

demokratische Verwaltung hob mit ihren Maßnahmen ganz entscheidend den Lebensstandard und die Lebensqualität speziell der proletarischen Schichten dieser Stadt. Zehntausende erhielten erstmals eine menschenwürdige Unterkunft, die Kindersterblichkeit ging entscheidend zurück, Fürsorge- und Gesundheitseinrichtungen wurden erweitert und verbessert, die Erwachsenenbildung ausgebaut usw. Materielle Grundlage dieser für die damalige Zeit beispiellosen Errungenschaften stellte die Finanzpolitik des Stadtrates Hugo Breitner dar, der die in der Verfassung eingeräumten Kompetenzen weitgehend ausnützte und mit zahlreichen Sondersteuern (etwa auf Reitpferde, große PKWs, Nobellokale usw., jeweils stark progressiv) die Besitzenden belastete und damit, gepaart mit anderen Maßnahmen (z.B. Verzicht auf Gewinne der kommunalen Unternehmungen), eine Politik zugunsten der Armen finanzierte. Damit gelang es sogar noch in einer Zeit, als die auf den Faschismus zusteuernde Bundesregierung die Mittel aus Bundessteuern drastisch zu kürzen begann, ein beachtliches Maß an Aktivitäten aufrechtzuerhalten. Erst die Etablierung der Dollfuß-Diktatur und die Zerschlagung der Partei nach dem blutigen Februar 1934 konnte diese Epoche beenden.

Eine Darstellung der Kommunalpolitik des *Roten Wien* im allgemeinen und der Wohnungspolitik im besonderen wäre jedoch, wie auch das umfangreiche Literaturverzeichnis beweist, für sich allein nichts Besonderes. Auch Kritik an Fehlern und Versäumnissen und die Formulierung der Erkenntnis der Begrenztheit der Erfolge der österreichischen Sozialdemokratie sind bereits mehrfach geliefert worden. Was die Arbeit von A.G. Frei allerdings interessant und wertvoll macht, ist der Versuch zur Klärung seiner »Hauptfragestellung: Inwieweit hat die sozialdemokratische Wohnungspolitik zur Ausbildung von Klassenbewußtsein, zur Errichtung einer neuen Hegemonie beigetragen?« (S.69)

Frei konstatiert, daß Otto Bauer als erster die Wohnungspolitik in Zusammenhang mit dem Weg zum Sozialismus brachte, diese Frage also nicht wie bis dahin in der sozialdemokratischen Diskussion (auch schon bei Engels) als im Kapitalismus prinzipiell nicht lösbar betrachtete und sich daher nur auf die Beseitigung der ärgsten Not beschränkte (S.80ff.). Anknüpfend an Poulantzas, stellt Frei die Möglichkeit der Existenz einer »systemüberwindenden Politik in Teilbereichen« fest und entwickelt Indikatoren für »systemüberwindenden Wohnungsbau« (S.73f.), die er auf die Wiener Situation anwendet. Mit Hilfe dieses Instrumentariums analysiert er die austromarxistische Wohnungspolitik in ihrer ganzen Großartigkeit und Widersprüchlichkeit. Als Objekt der Untersuchung dient ihm hauptsächlich der »Karl-Marx-Hof«, mit seinen 5000 Bewohnern das Flaggschiff der Wiener Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit. Er bewegt sich dabei — wie es jeder, der mit seriösem marxistischen Anspruch an den Austromarxismus herangehen will, tun muß — auf dem schmalen Grat zwischen Hochstilisieren bloßer Reformen zu revolutionären Handlungen und dem Ignorieren der systemüberwindenden Gegensätze. Der Austromarxismus, das zeigt auch diese Untersuchung seiner Kommunalpolitik, war einerseits mehr als eine »bloße Spielart des Reformismus« mit radikalerer Sprache und überdurchschnittlich konsequenten Reformen. Er war andererseits auch behaftet mit schwerwiegenden theoretischen und praktischen Schwächen, die letztlich für sein Scheitern verantwortlich waren. Die versäumten Gelegenheiten von 1918/19, vom 15. Juli 1927 und schließlich von 1933/34 waren keine vereinzelt Ausrutscher und auch nicht die einzigen Möglichkeiten in objektiven historischen Situationen, sondern lagen durchaus in der Linie der inkonsequenten Theorie und Praxis der SDAP. Diese Mängel werden von Frei auch erkannt und dargestellt, ohne daß er sich auf voluntaristische Kritik einließe oder die positiven Aspekte abwarten würde. Daher ortet er in der Kommunalpolitik im allgemeinen und auch in der

Wohnungspolitik des Roten Wien durchaus die von ihm gesuchten emanzipatorischen Ansätze, die diese zu einem beachtenswerten Ansatz zu einer Strategie für eine proletarische Hegemonie werden ließen. Er wird ihr aber auch dadurch gerecht, daß er die vorhandenen »Halbheiten« (S.63) und die typischen Schwächen sozialdemokratischer Politik offenlegt (siehe etwa die Bevormundung der Mieter oder den Gegensatz zwischen der bewußt zur Kommunikation und zur gemeinsamen Aktivität einladenden Außengestaltung der Bauten und den »freien Entfaltungsmöglichkeiten« für bürgerliche Wohnvorstellungen im Inneren, vgl. S.104). Sein abschließendes Urteil bleibt daher, trotz aller Würdigung, differenziert: »Mit ihrer Wohnungspolitik nahmen die Austromarxisten — notwendigerweise widersprüchlich und unfertig — 'ein Stück Sozialismus' vorweg. Dieses Stück war allerdings nicht groß genug, um eine umfassende Arbeiterkultur als Gegenkultur zu schaffen und eine gesamtgesellschaftlich hegemoniale Position der Arbeiterklasse zu erreichen.«

Robert Stöger (Wien)

Pfabigan, Alfred: Max Adler. Eine politische Biographie. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1982 (344 Seiten, Ln., 78,- DM)

Während Otto Bauer, Hauptrepräsentant des Austromarxismus, gegen Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre im Kreise der sogenannten Eurolinken wachsende Aufmerksamkeit erfuhr, blieb Max Adler, »Linksaußen« der österreichischen Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, weithin unbekannt. Diesen Mangel der gegenwärtigen Rückbesinnung auf geistige Quellen und Grundlagen des Linksozialismus behebt eine Biographie, die Alfred Pfabigan, Mitherausgeber der Ausgewählten Schriften Adlers und Verwalter seines umfangreichen Nachlasses, verfaßt hat.

Biographien gleichen vielfach in der dritten Person geschriebenen Memoiren, die wiederum nicht selten eine Form literarischer Selbstbeweihräucherung darstellen. Ganz anders Pfabigans Adler-Buch, das die Person, der sein Interesse gilt, mit größer werdender Distanz, nicht wachsender Bewunderung begleitet. Adlers Theorie wird nicht losgelöst vom politischen Wirken des Austromarxismus betrachtet, sondern in den Zusammenhang der österreichischen Zeitgeschichte hineingestellt und mit seiner Praxis konfrontiert.

Adler sah manches Problem der Tagespolitik und der Politiktheorie aus dem Blickwinkel des »Parteiphilosophen« klarer als andere, in verantwortlichen Funktionen stehende Sozialdemokraten, obwohl die Beschränkung auf den politischen und ideologischen Überbau der kapitalistischen Gesellschaft seiner Erkenntnis Schranken setzte, an die er immer dann stieß, wenn der als Aufklärungswerk begriffene »Kampf um die Köpfe« nicht ausreichte, um Machtverschiebungen zu bewirken. Adlers »Idealisierung« des Klassenkampfes beinhaltete eine Verkürzung des Marxismus zur geistigen Potenz und basierte auf einem Realitätsverlust, der die Ökonomie, gesellschaftliche und innerparteiliche Kräfteverhältnisse betraf. Hier liegt denn auch der Grund, weshalb Adler von der sozialdemokratischen Parteiführung nie richtig ernstgenommen, ignoriert und zunehmend isoliert wurde. Als Kritiker des Reformismus (Karl Renner) wie der zwischen den Fronten stehenden SDAP-Spitze (Otto Bauer) konnte sich Adler nicht durchsetzen und geriet in eine Außenseiterrolle, die eine Art publizistischer Emigration mit sich brachte, so daß seine Spätschriften teilweise in Deutschland erscheinen mußten, wo sich ihr Verfasser großer Beliebtheit unter Jungsozialisten des »Hannoveraner Kreises« erfreute.

Bedeutsam war Adlers Unterscheidung zwischen Herrschafts- und Zwangsordnung, solidarischer und unsolidarischer Gesellschaft, politischer und sozialer Demokratie, die es ihm erlaubte, an umstrittenen Grundbegriffen der Marxschen Staatslehre (»Diktatur des

Proletariats«) festzuhalten, ohne ihre Ausdeutung durch den Leninismus gutheißen zu müssen. Viel früher als Bauer betonte Adler, daß man Demokratie und Diktatur des Proletariats nicht als Gegensatz begreifen dürfe; er warnte davor, Demokratie mit Gewaltlosigkeit gleichzusetzen, weil der Staat seinen Klassencharakter sogar im parlamentarischen Repräsentativsystem behält. Als die österreichische Bourgeoisie den Bürgerkrieg vorbereitete und den Heimwehfaschismus als paramilitärische Eingreifreserve gegen die Arbeiterbewegung aufrüstete, gehörte Adler zu den wenigen Sozialdemokraten, die voraussahen, daß ihre Partei der Katastrophe entgegentrieb.

Damit die Austromarxismus-Rezeption der Jungsozialisten keine Schlagseite bekommt, muß Otto Bauers Konzeption eines demokratischen Weges zum Sozialismus, wiewohl die brillianteste Positionsbestimmung innerhalb der SDAP, gemeinsam mit Max Adlers davon teilweise abweichenden Vorschlägen diskutiert werden. Pfabigans Biographie, die Adler als originellen Denker und Schöpfer wichtiger Begriffe der sozialistischen Ideengeschichte (»Dritter Weg«, Einheitsfront) ausweist, stellt eine geeignete Grundlage für den noch ausstehenden Versuch dar, sein Gesamtwerk zu würdigen und für die Kämpfe des Linkssozialismus der Gegenwart nutzbar zu machen. Christoph Butterwege (Bremen)

Über die Autorinnen und Autoren

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Universität Bremen am Fachbereich Arbeitslehre/Politik. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus. Veröffentlichungen: Demokratie und Sozialismus in Italien (1978); Herforder Thesen (1980, Mitautor), Versuch über Bauer und Gramsci (1983). Mitglied in SPD und GEW. Mitherausgeber der *spw*.

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studium der Germanistik und Geschichte an der FU Berlin. Mitglied in SPD und HBV. Mitglied der *spw*-Redaktion.

Butterwegge, Christoph, geb. 1951; Lehrbeauftragter an den Universitäten Duisburg und Münster. Wichtigste Veröffentlichung: SPD und Staat heute (1979). 1974/75 Ausschuß aus der SPD, 1983 Wiederaufnahmeantrag; Mitglied im Arbeitsausschuß des Bremer Friedensforums.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft, z.Z. Doktorand und Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Wichtigste Veröffentlichung: Arbeiterbildung und Kulturpolitik (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD - Die Falken. Mitglied der *spw*-Redaktion.

Klotz, Ulrich, geb. 1948; Dipl.-Ing., Mitarbeiter der Innovations- und Technologie-Beratungsstelle der IG Metall in Hamburg.

Kremer, Uwe, geb. 1956; Doktorand. Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, Reformismusanalyse und Gewerkschaftspolitik. Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied in SPD, GEW, AWO, VVN-BdA.

Mattfeld, Harald, geb. 1943; Prof. an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg. Veröffentlichungen und Arbeitsgebiete: Geldtheorie, Konjunkturpolitik, Wirtschaftswissenschaften im Faschismus.

Neumann, Kurt, geb. 1945; Rechtsanwalt. Arbeitsgebiete: Marxistische Theorie, SPD-Entwicklung, Reformismusanalyse. Mitglied der SPD, ÖTV, 1974-76 Landesvors. der Berliner Jusos, seit 1981 Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin.

Oehlke, Paul, geb. 1943; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Bonn. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Arbeiterbewegung. Mitglied der ÖTV.

Ott, Erich, geb. 1945; Dipl.-Betriebswirt, Dipl.-Politologe, Sozialwissenschaftler in Kiel/Bielefeld. Mitglied in SPD und GEW.

Petersen-Buggisch, Ingrid, geb. 1955; Lehrerin. Arbeitsgebiete: Frauenarbeit, Abbau demokratischer Rechte, Ausländerpolitik. Mitglied in SPD und GEW, stellv. Juso-Bundesvorsitzende.

Rix, Christiane, geb. 1953; Friedensforscherin, Mitglied der Arbeitsgruppe westeuropäische Friedenspolitik an der Freien Universität Berlin. Mitglied der SPD, GEW und des BdWi, der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung und der International Peace Research Association.

Schneider, Roland, geb. 1950; Mitarbeiter der Abt. Technologie beim DGB-Bundesvorstand. Veröffentlichungen: Zeitschriftenbeiträge zur Gewerkschafts- und Technologiepolitik. Mitglied der SPD und ICCPK.

Scholz, Dieter, geb. 1947; Dipl.-Politologe, Mitglied in SPD, HBV und AWO. Mitarbeiter des Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Egert. Mitglied der *spw*-Redaktion.

Sieling, Carsten, geb. 1959; Student der Wirtschaftswissenschaften. Arbeitsgebiete: Alternative Wirtschaftspolitik, Gewerkschaftspolitik. Mitglied des Landesvorstandes der Bremer Jusos. Mitglied in SPD und IGM.

Ströger, Robert, geb. 1958; Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Wien; Mitglied des Bundesvorstandes der Sozialistischen Jugend Österreichs (SJÖ) und Mitarbeiter der Zeitschrift »tribüne«.

Wehr, Andreas, geb. 1954; Jurist. Mitglied in SPD, ÖTV, Falken, AWO, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Wollenberg, Jörg, geb. 1937; Hochschullehrer. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung. Jüngste Veröffentlichung: Von der Krise zum Faschismus (1983). Mitglied in SPD und ÖTV.

Zwingmann, Bruno, geb. 1953; wissenschaftlicher Referent beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB, SJD - Die Falken und HBV.

2. LERNFEST 28. - 30.9. Steilshoop



Noch mehr als beim 1. Lernfest werden Aktive aus den sozialen Bewegungen selbst, Praktiker und Betroffene ihre Erkenntnisse und Erfahrungen vermitteln und zur Diskussion stellen. Es geht in den Vorträgen und Podiumsdiskussionen, Werkstattgesprächen und Workshops um die Linken und die Medien - historisch (Münzenberg) und aktuell (Medienpolitik in Hamburg, Kultur im elektronischen Zeitalter, Kinder und neue Medien), und um avantgardistische Kunst und Politik (Luigi Nono, eine antimilitaristische Oper). Automatisierung in der Arbeit und ihre Folgen: Forschungsprojekte und der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt diskutieren. 'Ästhetik des Widerstand' und widerständiges Handeln: Gegner des Faschismus (Gewerkschafter, Kommunisten, Christen und Angehörige von Jugendbewegungen) vermitteln und kritisieren ihre Erfahrungen. Geschichte der Zauberei und Zauber der Wende: Faszination der Täuschung; Ideologie der Privatisierung; Gebärpolitik und Frauenunrecht; u.v.a.m.

Dabei sind u.a.: Inge Ammonn, Anne Albers, Chemiegruppe Bergedorf, Ottwald Demele, Thomas Ebermann, Wieland Elfferding, Hartmut Fladt, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Greenpeace, W.F.Haug, Jost Hermand, Heinz Hengst, Michael Jäger, Joachim Kuntzsch, Kaspar Maase, Wittwulf Malik, Regine Meyer, Neuer Chor Hamburg, Hans-Jürgen Otte, PLÜSCH UND PLASTIK, Sänger Freies Berlin, Rolf Surmann, Günter Trautmann, Bernd-Jürgen Warneken, Erich Wulff.

Gegen Vorkasse versenden wir für DM 20.- eine Gesamtkarte
DM 30.- Gesamtkarte für Besserverdienende
DM 6.- das Programmbuch.

Kontaktadresse: **Gemeinsam Lernen e.V.**
(VOLKSUNI Hamburg)
Jarrestraße 20-26
2000 Hamburg 60
Telefon: 040/270 32 09
Kto.Nr.0054757209
Psch Hamburg (BLZ 20010020)

**Volks.
uni**
Hamburg

spw



WIRTSCHAFTSKRISE und regionale Gegenwehr

Sozialdemokratische Konzepte
für Vollbeschäftigung
und Lebensqualität

spw-Verlag, Motzstraße 65, Postfach 1101, D-1000 Berlin 30, Telefon: 030/213 40 57
214 Seiten, 16,- DM (zuzüglich Porto) — Bestellung über:

Mit einer Dokumentation
regionaler Wirtschafts- und
Beschäftigungsprogramme

SONDERHEFT 4